

SÄCHSISCHE HEIMAT BLÄTTER 1 2023

Zeitschrift für
Sächsische
Geschichte,
Landeskunde,
Natur und Umwelt
69. Jahrgang
Heft 1/2023
14,00 €



Gekommen, um zu bleiben



Joachim Amm, Lars-Arne Dannenberg, Matthias Donath, Werner Rellecke Gekommen, um zu bleiben. Migration nach Sachsen im historischen Kontext	1
Matthias Donath Schwarze in Sachsen vom Mittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts	7
Matthias Donath Türken, Tataren und Tschuwaschen. Muslime und Konvertiten in Sachsen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert	18
Frank Metasch Böhmische Glaubensflüchtlinge in Sachsen. Die Pirnaer und Dresdner Exulantengemeinde als Zentrum der tschechischsprachigen Migration im 17. und 18. Jahrhundert	29
Lubina Mahling Tschechischsprachige Exulanten und Lausitzer Sorben. Begegnungen und Beziehungen in der Frühen Neuzeit	38
Hans-Jürgen Schröter Kroatische Gardereiter in Sachsen 1660-1680	43
Sebastian Liebold Griechische Baumwollhändler in Chemnitz	52
Kai Drewes Jüdischer Adel in Sachsen?	63
Jürgen Nitsche Ostjuden in Chemnitz. Eine Spurensuche	75
Judith Matzke Einwanderung, Auswanderung, Rückwanderung – Migration und ihre Erscheinungsformen in Sachsen im 19. und frühen 20. Jahrhundert	84
Ralph Schermann Griechen in Görlitz	92
Ulrich van der Heyden Sachsen – eine zeitweilige Heimat für Afrikaner zu DDR-Zeiten	98
Vũ Văn Phạm Ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter in Sachsen	103
Volkmar Geupel Die Anfänge der Stadt Zöblitz im Erzgebirge. Zur Ersterwähnung der Stadt vor 700 Jahren	110
Neuerscheinungen	119
Mitteilungen	122

Gekommen, um zu bleiben

Migration nach Sachsen im historischen Kontext

Joachim Amm, Lars-Arne Dannenberg, Matthias Donath,
Werner Rellecke

Seit jeher erfährt auch das Gebiet des heutigen Freistaats Sachsen Zuwanderung von Menschen, die einen von der Aufnahmegesellschaft abweichenden ethnischen, sprachlichen, kulturellen und/oder religiösen Hintergrund haben. Dieses Themenheft spannt einen Bogen über mehrere Jahrhunderte der Zuwanderung/Einwanderung nach Sachsen. Dabei wird deutlich, dass Migration kein Phänomen der Gegenwart ist, sondern eine geschichtliche Dimension besitzt.

Wanderungsbewegungen sind – gleichgültig, ob einzelne Personen oder Personengruppen – in unterschiedlicher Intensität seit jeher Bestandteil der Kulturgeschichte.¹

Das verweist schon auf ein erstes Kriterium, nämlich dasjenige der Menge. Wenn beispielsweise eine einzelne Familie oder gar nur eine einzelne Person aus privaten familiären Gründen in ein anderes Land zieht, so ist dies objektiv betrachtet eine Migration, aber doch wohl kaum im sozialwissenschaftlich relevanten Ausmaß. Es müssen folglich weitere Kriterien hinzukommen. Es stellt sich die Frage, ab welcher Größenordnung, welcher Personenzahl man von einer Migration sprechen kann. Vielleicht erst, wenn es zu einem spürbaren kulturellen Austausch kommt, das heißt die Gruppe so groß ist, dass sie ihre Kultur sichtbar nach außen tragen kann? Damit ist ein weiteres Kriterium berührt, nämlich die teilweise von der UN verwendete Unterscheidung zwischen temporärer und dauerhafter Migration. Hier werden zum Teil willkürlich festgelegte Zeiträume zum Maßstab der Unterscheidung erhoben, etwa wenn bei einem Aufenthalt von bis zu einem Jahr von temporärer Migration gesprochen wird, was dann folgerichtig eine dauerhafte Migration unterstellt, wenn diese länger als ein Jahr dauert.² Dabei werden aber nicht die Gründe und Motive des „Migranten“ hinterfragt.

Der Titel des vorliegenden SHB-Themenheftes „Gekommen, um zu bleiben“ ist dem gleichnamigen Lied der Band ‚Wir sind Helden‘ entlehnt. Im Refrain heißt es dann weiter: „Wir gehen hier nicht mehr weg“. Diese Zeilen liefern schon

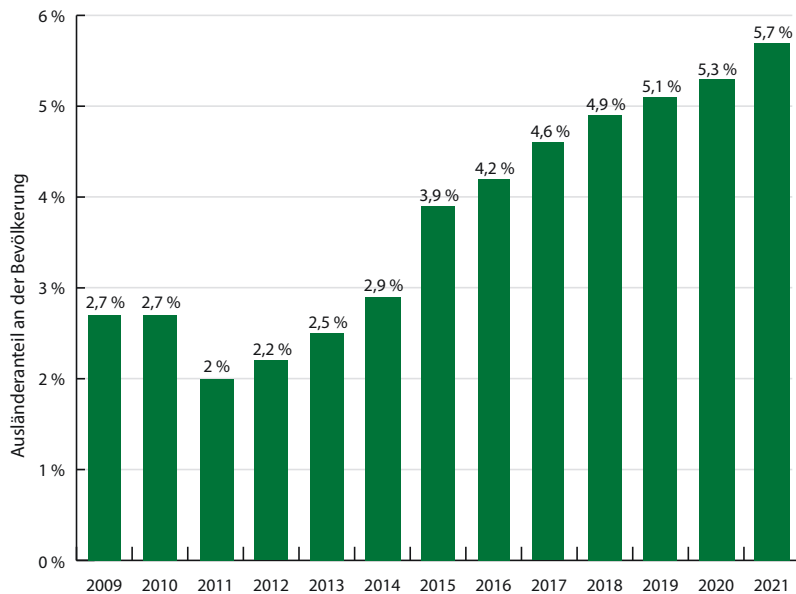
beinahe eine knappe Definition für das Phänomen „Migration“.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kennzeichnet Migration folgendermaßen: „Von Migration spricht man, wenn eine Person ihren Mittelpunkt räumlich verlegt. Von internationaler Migration spricht man, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht.“ Damit bleibt das Bundesamt bei einem objektiven Merkmal stehen. Es ist nichts darüber gesagt, ob der innere Wille auf einen dauerhaften Ortswechsel angelegt ist und welche Motive generell den Ortswechsel veranlassen. Die Definition sagt nichts über (äußeren) Druck, über Zwangsmaßnahmen, seien sie physischer oder psychischer Natur, seien sie angedroht oder müssen sie bereits tatsächlich verübt worden sein. Der Begriff „Migration“ lässt nicht erkennen, ob sie freiwillig oder unfreiwillig erfolgte. Letzteres ist vor allem eine politisch brisante Frage, beispielsweise wenn man von „Wirtschaftsflüchtlingen“ spricht. Anders gefragt: Handelt es sich um psychischen Zwang, wenn man aus Armut und existenzieller Not seine Herkunftsregion verlässt, um anderswo sein Glück zu (ver)suchen?

Bei der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 war der Ausländeranteil in Sachsen wie auch in den anderen neuen Bundesländern deutlich niedriger als in den westdeutschen Bundesländern. Die ostdeutsche Gesellschaft war ethnisch homogener als die westdeutsche, in der sich seit den 1960er Jahren eine starke Zuwanderung zunächst durch sogenannte „Gastarbeiter“ vollzogen hatte. Der Ausländeranteil stieg jedoch, nachdem Sachsen in das bundesdeutsche Verteilungssystem von Flüchtlingen und Asylsuchenden integriert wurde. Gemäß dem Königsteiner Schlüssel hatte Sachsen zwischen 4,9 und 5,1 Prozent aller schutzsuchenden Migranten aufzunehmen. Diese Regelung galt auch 2015, als mehrere Millionen Flüchtlinge vorwiegend aus Syrien, Afghanistan und Irak nach Europa drängten und die Bundesrepublik Deutschland unter Aussetzung der Grenzkontrollen einen Großteil von ihnen aufnahm. Die Migrations-

1 Vgl. Andreas Gestrich u.a. (Hrsg.): Historische Wanderungsbewegungen. Migration in Antike, Mittelalter und Neuzeit, Münster/Hamburg 1991.

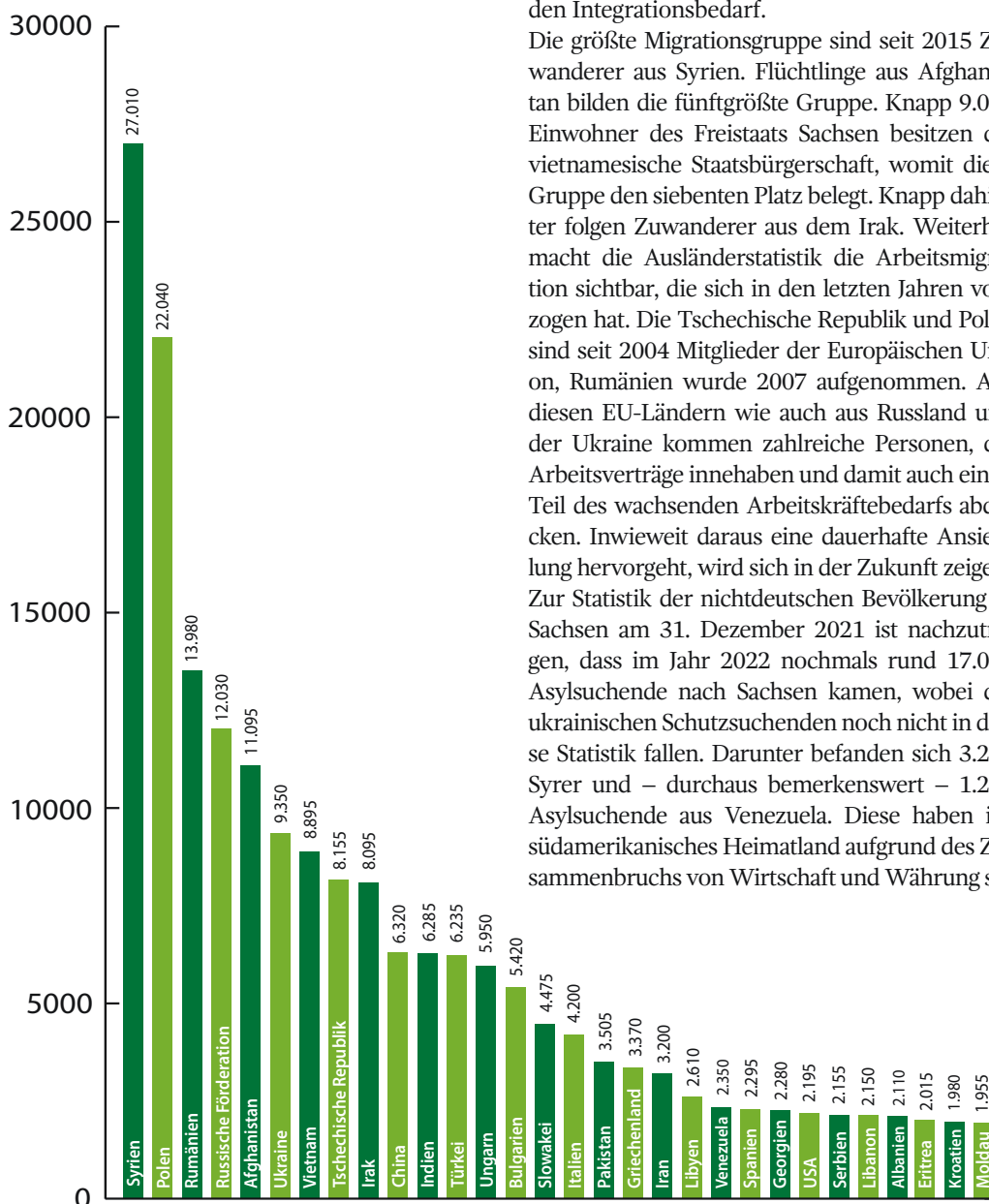
2 Siehe https://unstats.un.org/unsd/publication/SeriesM/SeriesM_58rev1e.pdf.



welle 2015/16 ließ den Ausländeranteil in Sachsen erheblich anwachsen; er stieg von 2,2 Prozent im Jahr 2012 auf 5,7 Prozent im Jahr 2021. Die aktuelle Ausländerstatistik des Freistaats Sachsen bildet die Migrationschübe der letzten Jahre ab. Dabei fanden nur Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft Eingang in die Statistik, nicht jedoch Personen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Weiterhin unterscheidet die Statistik nicht zwischen Personen, die als Kriegsflüchtlinge Schutz genießen oder das Asylrecht in Anspruch nehmen, und Personen, die sich aufgrund der in der Europäischen Union geltenden Freizügigkeit für einen Wohnsitz in Sachsen entschieden haben und in der Regel studieren oder einer Beschäftigung nachgehen. Dies erschwert die Interpretation der Zahlen etwa im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit der Zuwanderung und den Integrationsbedarf.

Die größte Migrationsgruppe sind seit 2015 Zuwanderer aus Syrien. Flüchtlinge aus Afghanistan bilden die fünftgrößte Gruppe. Knapp 9.000 Einwohner des Freistaats Sachsen besitzen die vietnamesische Staatsbürgerschaft, womit diese Gruppe den siebenten Platz belegt. Knapp dahinter folgen Zuwanderer aus dem Irak. Weiterhin macht die Ausländerstatistik die Arbeitsmigration sichtbar, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat. Die Tschechische Republik und Polen sind seit 2004 Mitglieder der Europäischen Union, Rumänien wurde 2007 aufgenommen. Aus diesen EU-Ländern wie auch aus Russland und der Ukraine kommen zahlreiche Personen, die Arbeitsverträge innehaben und damit auch einen Teil des wachsenden Arbeitskräftebedarfs abdecken. Inwieweit daraus eine dauerhafte Ansiedlung hervorgeht, wird sich in der Zukunft zeigen. Zur Statistik der nichtdeutschen Bevölkerung in Sachsen am 31. Dezember 2021 ist nachzutragen, dass im Jahr 2022 nochmals rund 17.000 Asylsuchende nach Sachsen kamen, wobei die ukrainischen Schutzsuchenden noch nicht in diese Statistik fallen. Darunter befanden sich 3.224 Syrer und – durchaus bemerkenswert – 1.249 Asylsuchende aus Venezuela. Diese haben ihr südamerikanisches Heimatland aufgrund des Zusammenbruchs von Wirtschaft und Währung so-

oben: Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Sachsen von 2009 bis 2021



Nichtdeutsche Bevölkerung, d. h. ohne deutsche Staatsbürgerschaft, des Freistaats Sachsen zum 31. Dezember 2021
© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2022

wie politischer Verfolgung verlassen. Ob Sachsen damit dauerhaft eine venezolanische, spanischsprachige Minderheitengruppe erhält, werden die nächsten Jahre erweisen.

Noch nicht in der Statistik sichtbar sind die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die seit dem Beginn des russischen Kriegs gegen ihren westlichen Nachbarn ihre Heimat verlassen und Zuflucht in Sachsen gefunden haben. Im Laufe des Jahres 2022 wurden im Freistaat Sachsen rund 60.000 Schutzsuchende registriert. Davon kehrte ein Teil trotz des Krieges in die Heimat zurück, während neue Schutzsuchende dazukamen, als Russland im September 2022 neue Angriffe vor allem auf die Infrastruktur des Landes startete. Die langfristigen Auswirkungen dieser Fluchtwelle sind noch nicht abzuschätzen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch der seit einigen Jahren zu beobachtende Begriffswandel. Während in den englischsprachigen Ausgaben der einschlägigen UN-Dokumente, wie etwa der Genfer Flüchtlingskonvention, von „refugees“ die Rede ist, was im Deutschen mit „Flüchtlinge“ übersetzt wurde und wird, fand spätestens seit der sogenannten Flüchtlingskrise des Jahres 2015 der Begriff „Geflüchtete“ Eingang in den Sprachgebrauch, der sich nunmehr durchgesetzt zu haben scheint, da er auch von den Medien unhinterfragt übernommen wird. Zwar wird von den Befürwortern dieser Wortschöpfung behauptet, „Flüchtling“ klinge zu negativ, erinnere an die Folgen der NS-Diktatur, ließe sich nicht gendern und andere Argumente mehr. Tatsächlich aber hat die neue Wortkreation auch den Grund, dass die meisten Migranten, die in den letzten Jahren nach Deutschland kamen, eben nicht die Definition jener Genfer Flüchtlingskonvention erfüllen, wonach „Refugees“ nur jene sind, „die aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen können oder wegen dieser Befürchtung nicht in Anspruch nehmen wollen“. Hier zeigt sich, dass es neben den Migranten im herkömmlichen Wortsinne eine Vielzahl gibt, bei denen das Kriterium der Verfolgung nicht gegeben ist. Ihr Antrieb ist allein die „Flucht“ vor Armut, die Perspektivlosigkeit in ihrem Herkunftsland und die Hoffnung auf wirtschaftliche Besserstellung.

Das Themenheft konzentriert sich auf die Migration aus anderen Kultur- und Sprachräumen. Die deutsche Binnenmigration soll ausgeblendet bleiben, obwohl sie natürlich auch zur Migration zu rechnen ist. So findet man in dieser Publika-

tion keine Beiträge über Vertriebene und Flüchtlinge, die aus den östlichen Teilen des Deutschen Reichs und aus den deutschen Siedlungsgebieten in Mittel- und Osteuropa vorwiegend zwischen 1945 und 1948 nach Sachsen kamen,³ obwohl dies die bislang größte Migrationsbewegung nach Sachsen war, denn das Land musste rund eine Million „Umsiedler“ – so der beschönigende und verharmlosende Begriff in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR – aufnehmen. Die Zuwanderung aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion wird ebenfalls nicht thematisiert. Schätzungen zufolge fanden in Sachsen rund 50.000 Russlanddeutsche eine neue Heimat.⁴ Da die Spätaussiedler, so die juristische Bezeichnung, deutsche Staatsangehörige sind, werden sie in der Statistik nicht als eigene Gruppe erfasst. Ebenfalls ausgeblendet bleiben die Zuzüge aus dem Westen Deutschlands nach 1990, die einen Gegenstrom zur Abwanderung darstellten und durchaus Auswirkungen auf die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung hatten.

Der Blick in die Geschichte zeigt auch, dass es augenscheinlich unterschiedliche Formen von Migration gab und gibt, die maßgeblich von den jeweiligen Motiven und Intentionen der Zuwanderer abhängen. Der bisher allenfalls rudimentär geführte Diskurs zu den differierenden Formen und Motiven von Migration verdeutlicht zugleich das Fehlen einer belastbaren Typologie! Freilich ist hier weder Raum noch Ort für eine empirie-, theorie- und methodengesättigte Analyse des diachronen Phänomens Migration, weder im europäischen noch im deutschlandweiten Kontext, auch nicht ausschnitthaft für Sachsen.

Ein Themenheft wie das vorliegende kann nicht einmal einen vollständigen Überblick zur Migration nach Sachsen leisten, zumal ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass Sachsen seit vielen Jahrhunderten durch Zuwanderung geprägt wurde. Erinnert sei nur an die Völkerwanderungsbewegungen in der Spätantike und im Frühmittelalter, die Zuwanderung der Slawen oder den hochmittelalterlichen Landesausbau, als tausende fränkische, sächsische, thüringische und flämische Siedler nach Osten zogen und Städte und Dörfer gründeten. Diese frühe Zuwanderung soll aber nicht Inhalt der Publikation sein. Sie kann nur das Desiderat benennen und allenfalls schlaglichtartig einige Gruppen und spezifische Aspekte aufgreifen – selbst diese können nur gestreift und nicht erschöpfend behandelt werden. Denn bei der Vorbereitung dieses Themenhefts wurde deutlich, dass es an aktueller wissenschaftlicher Forschung dieses Phänomens mit Bezug auf Sachsen mangelt. Wir betrachten im Folgenden die Migration ab dem späten Mittelalter, als sich längst eine weitgehend homogene Bevölke-

3 Dazu Notker Schrammek: *Alltag und Selbstbild von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen 1945-1952*, Leipzig 1999, erweiterte Auflage Frankfurt am Main 2004; Stefan Donth: *Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945-1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED*, Köln/Weimar/Wien 2000; Andreas Thüsing/Wolfgang Tischner/Notker Schrammek: „Umsiedler“ in Sachsen. Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen 1945-1952. Eine Quellensammlung, Berlin/Leipzig 2005.

4 Einen Überblick zu diesem Thema geben: Lars-Arne Dannenberg/Matthias Donath: *Heimatwechsel. Sachsen und Russland. Deutsche aus Russland in Sachsen*, Niederjahna 2020.

- 5 Verwiesen sei auf Gun-
da Ulbricht/Olaf Glöckner
(Hrsg.): *Juden in Sachsen*,
Leipzig 2013.
- 6 Vgl. Stefan Troebst: Die
„Griechenlandkinder-Akti-
on“ 1949/50. Die SED und
die Aufnahme minderjähri-
ger Bürgerkriegsflüchtlin-
ge aus Griechenland in der
SBZ/DDR, in: *Zeitschrift für
Geschichtswissenschaft* 52
(2004), Heft 8, S. 717-736.
- 7 Zur Einwanderung in die
DDR vgl. Christian Th.
Müller/Patrice G. Poutrus
(Hrsg.): *Ankunft – Alltag –
Ausreise. Migration und in-
terkulturelle Begegnung in
der DDR-Gesellschaft*, Köln/
Weimar/Wien 2005; Anja
Kohnke: „Migration in die
DDR“. Ein vorläufiger For-
schungsbericht, in: Kim
Christian Priemel (Hrsg.):
*Transit | Transfer. Politik
und Praxis der Einwande-
rung in die DDR 1945-1900*,
Berlin 2011, S. 272-298; Pa-
trice G. Poutrus: *Aufnahme
in die geschlossene Gesell-
schaft. Remigranten, Über-
siedler, ausländische Studie-
rende und Arbeitsmigranten
in der DDR*, in: Jochen Olt-
mer (Hrsg.): *Handbuch Staat
und Migration in Deutsch-
land seit dem 17. Jahrhun-
dert*, Berlin/Boston 2016, S.
967-995.

rung herausgebildet hatte. Durch Assimilations-
prozesse waren aus dem einstigen Neben- und
Miteinander deutscher und slawischer Siedler
abgeschlossene Sprachgebiete des Deutschen
und Sorbischen entstanden. Bis zur Reformation
gehörten alle Landesbewohner – von den Juden
abgesehen – dem christlichen Glauben westli-
cher Prägung an. Im 16. Jahrhundert wurde das
Kurfürstentum Sachsen zum Konfessionsstaat,
in dem ausschließlich die evangelisch-lutheri-
sche Konfession zugelassen war. Andere Religi-
onen oder Konfessionen waren – mit Ausnahme
der 1635 an Sachsen gelangten Lausitzen – nicht
erlaubt.

Eine schon angesprochene Besonderheit stell-
ten die Juden dar, die sich seit dem Mittelalter in
sächsischen Städten nachweisen lassen. Auch sie
kamen durch Migration nach Sachsen. Sie hatten
wirtschaftlichen Erfolg, mussten aber auch Pog-
rome und Verfolgungen erleiden, bis schließlich
alle jüdischen Gemeinden spätestens im 15. Jahr-
hundert ausgelöscht waren. Dieses Themenfeld,
das auch zur Migration gehört, kann hier nicht
besprochen werden.⁵

Das Themenheft wendet sich in seinem ersten
Teil Zuwanderungsgruppen zu, die bislang al-
lenfalls rudimentär wissenschaftliche Aufmerk-
samkeit erfahren haben. Matthias Donath stellt
Schwarze in Sachsen vor, die sich in Quellen
immerhin schon seit dem 15. Jahrhundert nach-
weisen lassen, sowie Muslime, deren Migrati-
on – meist durch Verschleppung, also Zwang –
in der Regel in eine Annahme des christlichen
Glaubens und vollständige Assimilation mün-
dete. Diese Form der Zuwanderung folgte
meist den Interessen des Hofes. Insbesondere
seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts
schmückten sich die Kurfürsten von Sachsen
mit Exotischem – und nahmen auch Menschen
anderer Kulturen und Ethnien an ihren Hof auf.
Dadurch wollten sie ihr geradezu weltumspan-
nendes Herrschaftsverständnis wie auch ihre
fürstliche Macht und ihren immensen Einfluss-
bereich demonstrieren. Das heißt, den Personen
anderer Kulturen und aus anderen Erdteilen war
eine ganz bestimmte Rolle am Hof zugeordnet.
Dabei gab es einen gewissen „Markt“ für An-
gestellte dieser exotischen Berufsgruppen, da
die Hofangehörigen (nach damaligen Maßstä-
ben durchaus großzügig) besoldet wurden und
sich am Hof zudem Chancen für einen sozialen
Aufstieg ergaben. Belegt sind Kammermohren,
-türken, -indianer, -kosaken und -tataren, von
(ungarischen) Heiducken und (italienischen)
Läufern ganz zu schweigen. Vielleicht besaß Au-
gust der Starke sogar den europäischen Hof mit
der größten kulturellen Vielfalt. Um hierüber je-
doch verbindliche Aussagen treffen zu können,

bedarf es noch entsprechender vergleichender
Studien.

Während Hofangehörige zwangsläufig eine In-
tegration erfuhren, sah dies bei den Soldaten an-
ders aus, da sie als abgeschottete Gruppe lebten.
Es gab mehrere Regimenter aus „Fremden“, denn
das stehende Heer Sachsens war in der vormo-
dernen Ära nicht als Armee von Staatsangehö-
rigen organisiert, sondern stand allen Männern
offen, die sich gegen Sold verdingten. Regimenter
wurden angeworben, getauscht und vermietet.
So kam es, dass Kurfürst Johann Georg II. (1613–
1690) für seine „Leibkompanie Kroaten zu Roß“
kroatische Reiter anwarb und Kurfürst Friedrich
August II. (1696–1763) Ulaneneinheiten „ein-
kaufte“, die zu großen Teilen aus muslimischen
Tataren bestanden. Diese Anstellungen waren
zunächst temporär, es kehrten viele Angewor-
bene nach dem Ende ihrer Beschäftigung in ihre
Heimat zurück. Aber es blieben eben auch einige
von ihnen in Sachsen, deren Spuren Hans-Jürgen
Schröter nachgeht. Sie kauften Grundbesitz und
gründeten Familien – und gingen aufgrund ihrer
Fremdartigkeit, ihrer Kleidergewohnheiten, ihrer
Sprache, ihres Aussehens sogar in die heimische
Sagenwelt ein, wie der Rittmeister Janko Šajatović
(deutsch: Johann Schadowitz), aus dem die sor-
bische Sagengestalt des Zauberers Krabat wurde.
Schon das Wort Krabat ist eine zeitgenössische
Verballhornung von Kroat. Einige, wie die „Beu-
tetürken“, hatten keine andere Wahl, als sich in
ihrer neuen Heimat anzupassen, wenn sie hier
(über)eben wollten.

Wenn wir oben von dem vorübergehenden Ende
jüdischen Lebens gesprochen haben, dann gab es
seit dem Ende des 17. Jahrhunderts erneut eine
allmählich anwachsende jüdische Gemeinschaft,
als sie sich in Sachsen wieder niederlassen durf-
te, anfangs nur, um auf den Leipziger Messen zu
handeln. Dann erhielten einige Juden die Geneh-
migung, sich in Dresden oder Leipzig ansässig zu
machen und Handelsgeschäfte zu betreiben, auch
wenn der Erwerb des Bürgerrechts erst ab 1838
möglich war. Trotz zahlreicher Einschränkungen
gab es sogar einige wohlhabende Juden, die nach
dem begehrten Adelstitel strebten, was nach der
Selbstdefinition des Adels eigentlich nicht sein
konnte, da Adel grundsätzlich christlich konno-
tiert war, aber unter Umständen dann doch mög-
lich war, wie der erhellende Beitrag von Kai Dre-
wes zeigt. Und eine weitere Einwanderungswelle
erreichte Sachsen im 19. Jahrhundert, als im Zuge
der Industrialisierung der Bedarf nach Arbeits-
kräften stetig wuchs. Dieses Mal kamen vor allem
Juden aus Russland oder Österreich-Ungarn, die
als „Ostjuden“ bezeichnet wurden. Es gab sie in
allen großen und kleinen Städten Sachsens. Da es
noch immer an einem vollständigen Überblick zu

dieser bemerkenswerten Migrantengruppe mangelt, müssen wir uns vorerst mit Einblicken in Chemnitz und Umgebung durch Jürgen Nitsche begnügen.

Die Industrialisierung zog Menschen vom Land in die städtischen Ballungszentren, womit eine weitere Facette des Gesamtphänomens thematisiert werden könnte, das der Binnenmigration. Sie lockte aber auch Zuwanderer aus anderen Teilen Deutschlands wie auch aus den Nachbarländern an, vor allem aus Böhmen, wo sowohl Einwohner deutscher als auch tschechischer Sprache lebten. Tschechen waren schon in den Jahrhunderten zuvor nach Sachsen gekommen, meist als Glaubensflüchtlinge. Nach 1628 hatten alle Einwohner, die nicht zum römisch-katholischen Glauben übertreten wollten, das zuvor multikonfessionelle Königreich Böhmen verlassen müssen. Viele von ihnen kamen als „Exulanten“ ins Nachbarland Sachsen, wie Frank Metasch mit besonderem Blick auf die tschechischsprachigen Glaubensflüchtlinge erläutert. Als im 18. Jahrhundert die Herrnhuter Brüdergemeine entstand, lockte diese evangelische Freikirche auch Menschen tschechischer Muttersprache an, die ihren Glauben im Habsburgerreich nur heimlich ausüben konnten und deshalb auf Glaubensfreiheit hofften. Für sie wurde die Herrnhuter Siedlung Niesky gegründet, die ausdrücklich einen tschechischen Namen erhielt. Beide tschechischen Zuwanderergruppen – Exulanten wie Herrnhuter – assimilierten sich an die deutsche Mehrheitsbevölkerung und gaben, teils nach mehreren Generationen, ihre Herkunftssprache auf. Lubina Mahling ergänzt einen besondern Aspekt, nämlich den kulturellen Austausch der Tschechischsprachigen mit den in der Nieder- und Oberlausitz heimischen Sorben.

Trotz der geografischen Entfernung kamen in mehreren Epochen und aus ganz unterschiedlichen Gründen Griechen nach Sachsen. Ende des 18. Jahrhunderts förderte die sächsische Regierung den Zuzug von Kaufleuten mazedonischer Herkunft, die man als „Griechen“ bezeichnete. Diese brachten Baumwolle nach Sachsen und stellten somit die Zufuhr des wichtigsten Rohstoffes der Frühindustrialisierung sicher, wie Sebastian Liebold anhand der „Chemnitzer Griechen“ erklärt. Bemerkenswert ist, dass diese Kaufleute – als Mittel der Wirtschaftsförderung – in den Reichsadelsstand erhoben wurden, darunter die Familie von Karajan. Mehr als einhundert Jahre später wurde im Ersten Weltkrieg ein griechisches Armeekorps ins Deutsche Reich evakuiert und in Görlitz untergebracht – wo einige von ihnen auch nach Kriegsende blieben. Von



Griechische Kinder bei einer Kundgebung in Bischofswerda, 9. Juli 1950, Foto von Erich Höhne und Erich Pohl
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

diesen verschlungenen Wegen, die aber nicht 1918 oder in den nachfolgenden Jahren enden, erzählt Ralf Schermann. Denn als 1949 der Griechische Bürgerkrieg mit einer Niederlage der kommunistischen Aufständischen zu Ende ging, nahm die DDR Kinder kommunistischer Partisanen auf.⁶ Diese trafen in zwei Gruppen im August 1949 und im Juli 1950 im Quarantänelager Bischofswerda ein und wurden seit 1950 im Heimkombinat „Freies Griechenland“ in Radebeul untergebracht. Dieses umfasste das Schloss Wackerbarths Ruhe sowie weitere Villen in Ober- und Niederlößnitz im Stadtgebiet Radebeuls. Ab 1953 wurden die 1.317 Griechenland-Kinder auf die Bezirke der DDR verteilt. Der östliche Teil von Görlitz, Zgorzelec, wurde 1949/50 gar zur größten griechischen Stadt außerhalb Griechenlands, weil die Volksrepublik Polen ihr Kontingent an Flüchtlingen aus Griechenland dort konzentrierte. Nach dem Sturz der Militärdiktatur in Griechenland 1974 kehrte die überwiegende Zahl der DDR- und Polen-Griechen in ihre Heimat zurück.

Nicht geblieben sind auch jene Koreaner und Vietnamesen, die die DDR in den 1950er Jahren aufnahm. Im Käthe-Kollwitz-Heim Moritzburg (heute Evangelische Hochschule Dresden, Campus Moritzburg) lebten von 1953 bis 1955 Kinder aus Nordkorea und von 1955 bis 1959 Kinder aus Nordvietnam, die in Moritzburg auch zur Schule gingen und die deutsche Sprache lernten. Nahezu alle „Moritzburger“, wie sie sich selbst bis heute bezeichnen, kehrten in die Heimat zurück; einige von ihnen übernahmen wichtige Ämter im sozialistischen Vietnam und blieben lange eine einflussreiche Gruppe. 1957 besuchte sogar der nordvietnamesische Präsident Hồ Chí Minh (1890–1969) seine Landsleute in Moritzburg. Ihre Aufnahme lag darin begründet, dass die DDR⁷ „Befreiungsbewegungen“ in Amerika, Afrika und Asien unterstützte und die Hinwendung nichteuropäischer Länder zum sozialistischen System unter anderem durch die Aufnahme von Waisenkindern oder die Vergabe von Studienplätzen beförderte.⁸

Um dem Arbeitskräftemangel in der Industrie entgegenzuwirken, der sich durch die Abwan-

- 8 Zwischen 1951 und 1989 studierten rund 70.000 Personen aus 125 Ländern in der DDR. Einen Überblick zu ausländischen Studenten in der DDR gibt Damian Mac Con Uladh: Studium bei Freunden? Ausländische Studierende in der DDR, in: Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hrsg.): *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 175-220.
- 9 Vgl. Mirjam Schulz: *Migrationspolitik der DDR. Bilaterale Anwerbeverträge von Vertragsarbeitnehmern*, in: Priemel: *Transit | Transfer* (wie Anm. 4), S. 143-168.
- 10 Eine Ausnahme bilden die ungarischen Vertragsarbeiter in Chemnitz, vgl. Dominik Twillemeier: *Ungarische VertragsarbeiterInnen in Karl-Marx-Stadt*, in: *Mitteilungen des Chemnitzer Geschichtsvereins 81* (2019), S. 169-188.

derung nach Westdeutschland bis zum Mauerbau verschärft hatte und wohl auch immer unter dem Gedanken internationaler Solidarität, nahm die DDR ab den 1960er Jahren sogenannte Vertragsarbeiter aus sozialistischen „Bruderländern“ auf. Der erste Vertrag wurde 1963 mit der Volksrepublik Polen geschlossen. Es folgten Kooperationen mit der Ungarischen Volksrepublik (1967), dann mit sozialistischen Staaten außerhalb des Ostblocks, nämlich mit Algerien (1974), Kuba (1978), Mosambik (1979), Vietnam (1980), Angola (1985) und China (1986).⁹ Die Vertragsarbeiter erhielten in der Regel befristete Verträge, die eine Rückkehr in die Heimat vorsahen. Überwiegend wurden sie in Wohnheimen untergebracht. Da ein Großteil der DDR-Industrie in den sächsischen Bezirken konzentriert war, lebten die meisten Vertragsarbeiter dort, wie Ulrich van der Heyden am Beispiel der Mosambikaner und Angolaner erörtert. Die wohl größte Gruppe, die durch „Vertragsarbeit“ vor 1990 nach Sachsen kam, waren ungarische Staatsbürger. Ein Großteil von ihnen blieb dauerhaft und integrierte sich. Leider ist auch diese Gruppe bisher nicht erforscht¹⁰, weshalb hier eine Lücke bestehen bleiben muss. Die Vietnamesen in Sachsen stellt Vù Vân Phạm vor. Bei dieser Gruppe handelt es sich um Vertragsarbeiter, die in den 1980er Jahren in die DDR kamen und nach der Wiedervereinigung nicht nach Vietnam abgeschoben wurden, sondern in Deutschland blieben, beziehungsweise die erst nach 1990 aufgrund der Netzwerke der Vertragsarbeiter nach Deutschland kamen sowie ihre nach dem Ende der DDR geborenen Nachkommen. Inzwischen lebt die zweite und dritte Generation in Sachsen. Insbesondere Jüngere sind gut integriert.

Wie die Beispiele dieses Themenheftes zeigen, befördert die Migration einen kulturellen Austausch. Noch stärker ausgedrückt: Migration zunächst fremd erscheinender Kulturen bedeutet – ob nun bewusst oder unbewusst, ob gewollt oder ungewollt – immer einen kulturellen Austausch. Aufnahme und Integration geht stets mit einer gegenseitigen Veränderung einher. Einwanderer haben immer auch die autochthone Bevölkerung befruchtet und bereichert. Erinnert sei nur an Ess- und Speisegewohnheiten, an Kleidungs- oder Frisurmoden. Umso befremdlicher mutet die aktuelle Debatte um eine vorgeblich unzulässige, ja verbotene kulturelle Aneignung anderer Kulturen an, mit dem Vorwurf, dass bestimmte Ethnien heroisiert oder romantisiert würden, was unzulässig sei. Und es treibt noch weitere Blüten: weiße Europäer sollten keine Kleidung oder Frisuren afrikanischer Kulturen imitieren dürften, da dies eben dem Vorwurf

der kulturellen Aneignung unterliegt. Was aber wären wir heute ohne die allgegenwärtige Jeanshose? Und weiter gefragt: wenn sich Weiße keine Dreadlocks oder Rastalocken drehen dürfen, ist es dann gerechtfertigt, wenn sich Schwarze ihre Haare glätten? Und in kulinarischer Hinsicht wäre zu fragen: Dürfen wir dann noch in die Pizzeria gehen oder Sushi und Döner essen, außer natürlich in Italien, Japan oder der Türkei? An diesen nicht ganz ernst gemeinten Fragen erkennt man auch die Absurdität, zu der ein konsequent betriebenes Verbot der dem Vorwurf kultureller Aneignung ausgesetzten ganz alltäglichen Momente führen würde. Es zeigt sich weiterhin, dass kultureller Austausch etwas höchst Positives, etwas Belebendes und Befruchtendes ist, ja kultureller Austausch zu den Motoren gesellschaftlicher Entwicklung gehört.

Das verlangt dann aber auch, dass die Mehrheitsgesellschaft den Hinzukommenden eine Chance gibt, sich am Gemeinwesen zu beteiligen und an der Entwicklung mitzuwirken. Umgekehrt bedeutet das, dass sich die Gruppe der Einwanderer öffnen muss und auch integrieren will. Wenn sich Minderheitengruppen abschotten und einem gesellschaftlichen Miteinander verweigern, ist es schwer, von der Mehrheitsgesellschaft akzeptiert zu werden. Staatlich gewollter und geförderter Pluralismus darf nicht zur Spaltung der Gesellschaft und letztlich sogar zum Zusammenbruch der staatlichen Ordnung führen.

In dieser Hinsicht fragen einige Autoren des Themenheftes auch, wie sich die Zuwanderergruppen in die Gesellschaft eingefügt haben, ob sich eine Integration oder gar eine Assimilation vollzog. Unter Integration ist der soziale Einbezug bisher ausgeschlossener Individuen oder Gruppen in die Mehrheitsgesellschaft zu verstehen. Integration ist nicht zu verwechseln mit Assimilation, also der vollständigen Anpassung an die Mehrheit. Letzteres beinhaltet die Aufgabe der Herkunftskultur und den Verlust der kulturellen Eigenständigkeit, was wiederum zu einer kulturellen Verarmung führen würde. Der geringe zeitliche Abstand zu den Migrationsprozessen der letzten Jahre hat ihre wissenschaftliche Aufarbeitung – jedenfalls aus sächsischer Sicht – noch nicht ermöglicht. Daher müssen wir in diesem Themenheft auf Beiträge zur Gegenwartsmigration verzichten. Auch ein Ausblick kann nicht gewagt werden. Wie der Fall des Ukrainekrieges gezeigt hat, haben politische Ereignisse rasante und nicht vorher-sagbare Auswirkungen auf Bevölkerungsströme. Die Menschheit hat jederzeit mit Migration gelebt – und so ist zu erwarten, dass sich auch Sachsen weiter durch Migrationsprozesse verändern wird.



Schwarze in Sachsen vom Mittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts

Matthias Donath

Es ruft jedes Mal Erstaunen hervor, wenn man angibt, sich mit schwarzen Menschen zu beschäftigen, die schon vor Jahrhunderten in Sachsen gelebt haben. Im kollektiven Gedächtnis ist dieser Teil der Geschichte vollkommen ausgelöscht – wohl auch bedingt durch den im 19. Jahrhundert entstandenen deutschen Nationalismus, der einen ethnisch homogenen Nationalstaat einforderte und damit den Blick auf die Vergangenheit prägte und veränderte. Aktuelle Forschungen haben aber gezeigt, dass es auch in Sachsen – wie in anderen Teilen des Reichs und der mitteleuropäischen Staaten – seit dem ausgehenden Mittelalter Menschen dunkler Hautfarbe gab, die nach Europa gekommen waren und vor allem an den Fürstenhöfen Anstellung gefunden hatten. Diese wurden als

„Kammermohren“ oder „Hofmohren“ bezeichnet.¹ Die Anwesenheit schwarzer Menschen am Hof hatte im Rahmen des Wettbewerbs um Rang und Herrschaft eine symbolische Bedeutung. Schwarze in höfischen Diensten demonstrierten der Außenwelt, dass der Landesfürst so mächtig und wohlhabend war, dass ihm Menschen aus anderen Kontinenten dienten. Es ging um den exotischen Reiz der schwarzen bzw. dunklen Hautfarbe und um einen möglichst „fremdländischen“ Eindruck. „Kammermohren“ waren Statussymbole und dienten der Distinktion, also der sozialen Abgrenzung der Fürstenhäuser von anderen Gesellschaftsschichten, aber auch von fürstlichen Standesgenossen, die sich keine exotischen Begleiter leisten konnten.

Johann Joachim Kaendler:
Dame im Reifrock mit „Mohren“,
der Kakao serviert, Meißner Porzellan,
Modell 1737, Ausformung
zwischen 1900 und 1924
Meissen Porzellan Stiftung

- 1 Zu den Schwarzen in Mitteleuropa vgl. Peter Martin: *Schwarze Teufel, edle Mohren. Afrikaner in Geschichte und Bewusstsein der Deutschen*, Hamburg 2001; Vera Lind: *Africans in early modern German Society*, in: *Bulletin of the German Historical Institute*, Washington 28 (2001), S. 74-82; Mark Häberlein: „Mohren“, ständische Gesellschaft und atlantische Welt. Minderheiten und Kulturkontakte in der Frühen Neuzeit, in: Claudia Schnurmann/Hartmut Lehmann (Hrsg.): *Atlantic Understandings: Essays on European and American History in Honor of Hermann Wellenreuther*, Hamburg 2006, S. 77-102; Anne Kuhlmann-Smirnov: *Schwarze Europäer im Alten Reich. Handel, Migration, Hof*, Göttingen 2013.
- 2 Matthias Donath: *Schwarze in Sachsen im 17. und 18. Jahrhundert*, in: André Thieme/Matthias Donath (Hrsg.): *Augusts Afrika. Afrika in Sachsen, Sachsen in Afrika im 18. Jahrhundert*, Königsbrück 2022, S. 42-79, hier S. 61-65.
- 3 Brigitte Streich: *Zwischen Reichsherrschaft und Residenzbildung. Der wettinische Hof im späten Mittelalter*, Köln/Wien 1989, S. 495.
- 4 Ebenda, S. 497.
- 5 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (folgend HStA Dresden), 10005 Hof- und Zentralverwaltung (Wittenberger Archiv), Loc. 4360/02, fol 17r-19r (Geyer fol. 8r-10r). Ich danke Dr. André Thieme für die Transkription des Vorgangs.
- 6 Karl von Weber: *Anna, Churfürstin von Sachsen, geboren aus königlichem Stamm zu Dänemark. Ein Lebens- und Sittenbild aus dem 16. Jahrhundert*, Leipzig 1865, S. 87. Ich danke Ralf Giermann für den Hinweis.
- 7 Alfred Berger: *Altzella, das Kloster der Mark Meißen. Ein Wegbereiter deutsch-christlicher Kultur*, Nossen 1935, S. 10. Ich danke Dr. Peter Dänhardt für den Hinweis. Der Quellennachweis Bergers ist fehlerhaft. Er verweist auf HStA Dresden, 10077 Kollektion Schmid, Amt Nossen, Vol. VI, Nr. 76. Dort befindet sich ein Inventar des Vorwerks Zella und der Klostervorwerke, erstellt 1575 von Abraham (von) Thumshirn, in dem jedoch weder das Türstüblein noch der „Mohr Georg“ aufgeführt werden.

In Vorbereitung der Ausstellung „Augusts Afrika“, die 2022/23 in Schloss Moritzburg zu sehen ist, konnten wir in den Archivalien vorwiegend des Hauptstaatsarchivs Dresden ungefähr 80 Männer und Frauen dunkler Hautfarbe ermitteln, die im 17. und 18. Jahrhundert in Sachsen lebten.² Der Begriff in den Quellen für sie ist stets „Mohr“, während das heute geächtete „Neger“ an keiner Stelle erscheint. „Mohr“ war im damaligen Sprachgebrauch ein wertfreier Begriff, der lediglich eine dunkle Hautfarbe kennzeichnete, aber keine Diskriminierung beinhaltete. Er leitet sich von griechisch *μαύρος* „braun, schwarz“ ab. Das davon abgeleitete lateinische „maurus“ bezeichnete zugleich die Bewohner der nordwestafrikanischen Provinz Mauretanien. Somit stammen von dieser Wurzel sowohl die Herkunftsbezeichnung „Maure“ als auch das für dunkle Hautfarbe stehende „Mohr“ ab, das als „mor“ schon im 8. Jahrhundert im Althochdeutschen belegt ist.

Frühe Nachweise

Nach bisherigem Wissensstand traten „Kammermohren“ vereinzelt zuerst im 16. Jahrhundert auf (1509 Stuttgart, 1570 Landshut), bevor in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhundert Höfe im ganzen Reich schwarze Menschen aufnahmen. Unsere Forschungen ergaben jedoch, dass sich in Sachsen schon im 15. Jahrhundert „Mohren“ nachweisen lassen, was darauf hindeutet, dass das Phänomen älter ist als bisher vermutet. Brigitte Streich schilderte in ihrer Dissertation aus dem Jahr 1989 bezogen auf den Hof Kurfürst Friedrichs II. von Sachsen (1412–1464) und seiner aus Österreich stammenden Gemahlin Margaretha (1416/17–1486) in Altenburg: „Ein Ausnahmefall blieb offenbar ein Mohr, von dem die Küchenbücher 1449 berichten; wie er nach Altenburg kam, ist ebensowenig bekannt wie die Krankheit, die ihn befiel und an der er nach längerer Pflege starb. Da er kein Christ war, wurden für seine Seele keine Messen gelesen; lediglich die Kosten für das Grab verzeichnet die Hofhaltsrechnung.“³ Bei der Nachprüfung der angegebenen Quellen stellte sich heraus, dass die genannten Akten nicht auf den geschilderten Fall eingehen. Offenbar gab Streich – wohl durch ein Versehen beim Niederschreiben ihrer Dissertation – falsche Quellennachweise an. Dass sie den „Mohren“ erfunden hat, ist kaum anzunehmen, zumal Kurfürstin Margaretha einen Blick für das Exotische hatte. Sie unterhielt in Altenberg eine Menagerie mit Affen, Bären und Luchsen und ließ 1464 einen Affenstall anfertigen.⁴ Dass es damals in Sachsen bereits Menschen dunkler Hautfarbe gab, belegt ein zweiter Fall, der allerdings viele Fragen offenlässt. Friedrich

Blanck, kursächsischer Hauptmann auf Scharfenstein, hielt in sauberer Handschrift 1482 einen Vorfall in Geyer im Erzgebirge fest und kopierte Schreiben der Brüder Kurfürst Ernst (1443–1486) und Herzog Albrecht von Sachsen (1445–1500) sowie der Richter und Schöffen aus Geyer an ihn.⁵ Demnach nahmen Einwohner von Geyer vor dem 29. Februar 1482 „eynen moren gefangen“, der „vor reterey und ander abentewer willen in unsern landen umb begangen“. Wie dieser Schwarze hieß und wie er ins Erzgebirge kam, wird aus dem Vorgang nicht ersichtlich. Vorgeworfen wurde ihm Verrat, ohne dass zu erfahren ist, was genau er getan haben soll. Kurfürst Ernst und Herzog Albrecht baten ihren Hauptmann, den „Mohren“ auf die Burg Scharfenstein zu bringen, doch lehnte das Gericht in Geyer seine Auslieferung ab. Schließlich wurde der „Mohr“ in Geyer vor Gericht gestellt, „als uff eynen ubel tetter“ verurteilt, gefoltert und offenbar schließlich hingerichtet, was Friedrich Blanck eindrücklich beklagt. Dass sich Blanck des Vorgangs annahm, hat wahrscheinlich damit zu tun, dass unklar war, ob in diesem Fall der Stadt Geyer das Obergericht zustand.

Kurfürst August von Sachsen (1526–1586) und Kurfürstin Anna, geborene Prinzessin von Dänemark (1532–1595), hatten womöglich einen schwarzen Torwärter. Darauf verweist Karl von Weber in seiner 1865 veröffentlichten Biografie Annas von Sachsen, jedoch ohne Quellen anzugeben. Wörtlich vermerkt er: „Unter der Hofdienerschaft befand sich auch ein Mohr mit seiner schwarzen Frau, welche sich aber so unnützlich machte, daß ihr schließlich ein Quartier im Stalle angewiesen ward.“⁶ Aus einer Beschreibung des Klosters Altzella geht hervor, dass zu Lebzeiten Kurfürst Augusts dort im Torstüblein der „Mohr Georg mit Weib und Kindern“ als Torwärter wohnte.⁷

1602 schickte Kaiser Rudolf II. (1552–1612) dem jungen Kurfürsten Christian II. von Sachsen (1583–1611) drei reich geschmückte Pferde, auf denen fremdländische Krieger ritten: zwei Türken, zwei Tataren und ein „Mohr“.⁸ Der „Mohr“ saß auf einem Schweißfuchs. Er trug einen weißen Turban mit Feder, war in einen roten und einen weißen Kaftan gekleidet, hatte rote Hosen an und war mit einer Leibbinde aus roter Seide und silbernen Knöpfen umkleidet, während seine Füße in gelben Lederstiefeln steckten. Zudem führte er allerlei Ausrüstung mit sich: einen Säbel, einen Dolch, ein Schild, ein Speiß und eine vergoldete Streitkeule, ein sogenannter Pusikan. Die vier anderen Reiter waren ähnlich opulent ausgestattet. Kaiser Rudolf II. nutzte dieses aufwendige Geschenk, um Christian II. zu bewegen, das politische und militärische Bündnis mit den

Habsburgern fortzusetzen. Was aus den mitgebrachten Reitern wurde, ist nicht überliefert.

Kulturelle Aneignung durch Verkleidung

Für die Herrschaftsinszenierung war es äußerst attraktiv, Menschen mit schwarzer Hautfarbe abzubilden oder zu verwenden, signalisierte man doch dadurch ein universales Herrschaftskonzept. Die Quellen reichen hier bis ins 16. Jahrhundert zurück. Es waren Angehörige des Kaiserhauses, die in Deutschland erstmals „afrikanische Inventionen“ aufführten, so 1568 bei einer Hochzeit in München. 1581 trat Erzherzog Karl von Österreich in Dresden als „König Löwe“ auf. Seit dem Regierungsantritt von Kurfürst Christian II. von Sachsen gehörten afrikanische Aufzüge zum festen Bestandteil der Hoffeste. So trat zur Hochzeit Christians 1602 Herzog Johann Georg (1585–1656), der spätere Kurfürst, als afrikanischer Fürst auf.⁹ Die „Mohren“ dieser Hoffeste waren keine „echten“ Schwarzen. Vielmehr wurden Verkleidungen und Masken angelegt. Besonders beliebt am Dresdner Hof war das „Mohrenballett“. Dabei traten die Balletttänzer des Dresdner Opernballetts in afrikanischer Verkleidung auf. Teil der „Durchlauchtigsten Zusammenkunft“, eines Treffens des Kurfürsten Johann Georgs II. (1613–1680) mit seinen Brüdern 1678 in Dresden, war etwa ein „Mohrenballett“ mit 34 Tänzern.¹⁰ Das Ballett hatte die Kurfürstin Magdalena Sibylla, geborene Prinzessin von Brandenburg-Bayreuth (1612–1687), selbst choreografiert.

August der Starke (1670–1733), Kurfürst von Sachsen und König von Polen, hatte eine besondere Affinität zum Afrika-Thema.¹¹ Verkleidete Afrikaner traten u. a. bei folgenden Festen auf: Wirtschaft der Nationen 1695 (August der Starke als „Mohr“, seine Frau Christiane Eberhardine als „Mohrin“), Ringrennen der Nationen am 9. Februar 1697 in Dresden, Rennen am 5. Februar 1701 in Warschau (August der Starke als Anführer der „Mohrenquadrille“), Karussell der Vier Weltteile am 19. Juni 1709 anlässlich des Staatsbesuchs des dänischen Königs Friedrich IV. (August der Starke als „Chef der Afrikaner“), Redoute im Residenzschloss Dresden am 23. Februar 1717 (August der Starke ist „Affricaner“).¹² Wie beschrieben, trat August der Starke dabei wiederholt selbst als „Mohr“ oder „Mohrenkönig“ auf. Beim „Wasserfest“ in Moritzburg am 15. August 1718 ließ sich August der Starke als „Herrscher der vier Weltreiche“ feiern. 24 „Mohren“ – vermutlich verkleidete und geschminkte Einheimische – bereiteten dem „Herrscher Afrikas“ einen festlichen Empfang.¹³



„Kammermohren“

„Kammermohr“ und „Kammermohrin“ (oder „Kammermöhrlin“) hatten die Aufgabe, den Herrscher bzw. seine Ehefrau zu bedienen und zu begleiten.¹⁴ Dabei stand der „Kammermohr“ in einer besonderen, meist lebenslangen Vertrauensstellung zum Kurfürsten bzw. zur Kurfürstin. Die schwarzen Bediensteten hatten unter anderem die Aufgabe, ihrer Herrschaft „orientalische“ Getränke wie Kaffee oder Kakao zu servieren. Sie wurden gut bezahlt. Die „Kammermohren“ rangierten in einer mittleren Besoldungsstufe – deutlich unter den adligen Hofangehörigen, aber auch deutlich über den einfachen Lakaien. Sie bezogen zwischen 120 und 200 Taler im Jahr. Eine Ausnahme bildete Joseph Benno Manino, der sogar ein Jahresgehalt von 432 Talern erhielt. Die Beköstigung



Johann Samuel Mock: August der Starke als Anführer der Mohrenquadrille beim Kopfrennen am 5. Februar 1701 in Warschau, Wasser- und Deckfarben auf Papier, 1701 Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Kupferstich-Kabinett, Ca 193, Bl. 32

8 Vgl. Holger Schuckelt: Ein kaiserliches Geschenk an Kurfürst Christian II. von Sachsen im Jahr 1602, in: *Dresdener Kunstblätter* 46 (2002), Heft 2, S. 67-74; Holger Schuckelt: Orientalische Geschenke Kaiser Rudolfs II. an Kurfürst Christian II. von Sachsen, in: *Beket Bukovinská/Lubomír Konečný* (Hrsg.): *Dresden-Prag um 1600*, Prag 2018, S. 147-164.

9 Jutta Charlotte von Bloh: *Faszination des Fremden: Afrika-Inszenierungen am kurfürstlichen Hof in Dresden im 16. und 17. Jahrhundert*, in: *Kerstin Volker-Saad/Anna Greve* (Hrsg.): *Äthiopien und Deutschland. Sehnsucht nach der Ferne*, München/Berlin 2006, S. 76-84, hier S. 76.

Christian Ehrenfried Kayer: „Mohr“ mit „Mohrenbeil“ bei den Hochzeitsfeierlichkeiten 1719 in Dresden, Wasser- und Deckfarben auf Papier Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Kupferstich-Kabinett, Ca 100, Bl. 65r

„Mohrin“ in rotem Kleid,
Fotografie eines im Zweiten
Weltkriegs zerstörten Gemäldes,
entstanden um 1710, ehemals
im Schloss Prettin. Abgebildet ist
die „Kammermohrin“
Christiane Eberhardine
Stiftung Preußische Schlösser und
Gärten Berlin-Brandenburg

erfolgte am Hof, wobei die „Kammermohren“ selbst Kaffee tranken.

Die „Kammermohren“ trugen eine exotisch wirkende Phantasiekleidung, die vom Hof gestellt wurde.¹⁵ Sie war von Vorbildern aus dem Osmanischen Reich abgeleitet, also eigentlich nicht „Afrikanisch“. Zwingend war ein Turban vorgeschrieben. Oft war dieser mit Federn besteckt. Auf Gemälden sind die „Kammermohren“ oftmals mit einem Halsring aus Metall abgebildet. Der Halsring war eine Anspielung auf die Herkunft aus der Sklaverei, denn er wies den „Mohren“ als „Besitz“ aus. Die kostbare Ausführung legt nahe, dass es sich hier nicht um eine tatsächliche Kennzeichnung eines Sklaven handelte, sondern um ein ikonographisches Motiv. Ein dritter Bestandteil der exotischen Inszenierung waren Ohrringe oder Ohrgehänge. Sie sind auf allen Zeichnungen und Gemälden zu sehen, die „Mohren“ abbilden, und tragen zur „fremdländischen“ Wirkung bei, denn in Mitteleuropa waren Ohrringe bei Männern unüblich. Es handelte sich entweder um Ohrstecker aus Perlen oder Brillanten oder um kleinere Ohrgehänge. Die „Kammermohrinnen“ trugen die neueste Mode, wie kostspielige Kleidungskäufe 1716 für die „Moresse Friederica“ zeigten.

Ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts lässt sich eine kontinuierliche Abfolge von „Kammermohren“ am Dresdner Hof ermitteln. Der erste eindeutig nachweisbare „Kammermohr“ war Sigismund de Lion¹⁶, der 1659 in Leipzig getauft und dann vom Kurfürsten Johann Georg II. (1613–1680) für den Dresdner Hof abgeworben wurde. Lion war „Kammermohr“ der Kurfürstin Magdalena Sibylla. Wahrscheinlich ersetzte er den „Mohren“ Hans Christian, der 1660 gestorben war. Lion hatte künstlerisches Talent und malte, wohl auch im Auftrag des Hofes, denn die Schlosskirchenbücher führen ihn wiederholt als „Mahler“.¹⁷ Werke aus seiner Hand sind bislang nicht bekannt.

Magdalena Sibylla hatte darüber hinaus eine „Kammermohrin“ namens Anna Isabella, die 1667 getauft worden war. Als 1687 die Kurfürstinmutter starb, trat die „Mohrin“ in den Hof der Kurfürstin Anna Sophie (1647–1717), geborener Prinzessin von Dänemark, ein. Diese hatte seit 1681 zwei persönliche „Mohren“, die als Geschenk ihres Gatten aus Dänemark nach Sachsen gebracht worden waren. Johann Christian ist wahrscheinlich schon bald nach der Taufe, die 1682 stattfand, gestorben, während Christiana Charlotta noch 1692 am Dresdner Hof nachweisbar ist.

Die Kurfürsten Johann Georg III. (1647–1691) und Johann Georg IV. (1668–1694) hatten keine persönlichen „Kammermohren“. Seit Re-



gierungsantritt Augusts des Starken nahm die Anzahl der „Mohren“ am Dresdner Hof kontinuierlich zu. Der 1696 getaufte Friedrich Clemens Minimus scheint früh verstorben zu sein, desgleichen Christiana Eberhardina, die 1699 getaufte „Kammermohrin“ der Kurfürstin und Königin Christiane Eberhardine, geborener Prinzessin von Brandenburg-Bayreuth (1671–1727).¹⁸ Das Mädchen erhielt bei der Taufe bewusst den Namen ihrer Patin. Nach dem Tod der ersten Christiana Eberhardina beschaffte sich die Kurfürstin wahrscheinlich über einen britischen Händler eine neue „Kammermohrin“. Aischa wurde 1704 von Oberhofprediger Samuel Benedict Carpov (1647–1707) im böhmischen und damit katholischen Teplitz während eines Kuraufenthaltes lutherisch getauft. Sie erhielt ebenfalls den Namen Christiana Eberhardina und blieb in Dresden und Pretzsch an der Seite der Kurfürstin, bis sie 1712 in Bayreuth verheiratet wurde. An ihre Stelle trat die „Kammermohrin“ Lucia, über die nur wenig bekannt ist.

August der Starke hatte in den Anfangsjahren keine „Kammermohren“. Jedenfalls sind in den Besoldungslisten des Hofes keine entsprechenden Personen aufgeführt. 1715 stellte er Andreas Mirtil (1682–1748) ein, der wahrscheinlich von afrikanischen Sklaven aus Westindien abstammte. Der Kurfürst und König schenkte ihm 1717 ein Freihaus nahe dem Dresdner Schloss, was für eine hohe Wertschätzung spricht. Nach 1717 stellte August der Starke fünf weitere „Kammermohren“ ein, von denen jedoch zwei früh starben: Carl Christian Gaetano (gest. 1721), Johann Heinrich Franz, da Costabine (der Vorname ist nicht bekannt), Christian (gest. 1724) sowie Johann Baptista Malabar, der 1727 an den Dresdner Hof kam und dort über Jahrzehnte blieb.

10 HStA Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, G, Nr. 7, fol. 6v, 8; vgl. Bloh 2006 (wie Anm. 9), S. 82–83

11 Claudia Schnitzer: Herrschende und dienende „Mohren“ in den Festen Augusts des Starken, in: Kerstin Volker-Saad/Anna Greve (Hrsg.): Äthiopien und Deutschland. Sehnsucht nach der Ferne, München/Berlin 2006, S. 86–101, hier S. 87.

12 Vgl. Claudia Schnitzer/Petra Hölscher: Eine gute Figur machen. Kostüm und Fest am Dresdner Hof, Dresden 2000, S. 158–167, Schnitzer 2006 (wie Anm. 11), S. 87–97.

13 Vgl. Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Gemäldegalerie Alte Meister, Inv.Nr. 99/164.

14 Zum Aufgabenfeld der „Kammermohren“ vgl. Donath (wie Anm. 2), S. 50–56.

15 Zur Kleidung der „Kammermohren“ vgl. Donath (wie Anm. 2), S. 56–58.

16 Alle Quellennachweise zu den nachfolgend genannten Personen sind in Donath (wie Anm. 2), S. 67–74 zu finden.

17 Christa Maria Richter (Hrsg.): Die Dresdner Schlosskirchenbücher. Textkritische Edition der beiden Amtsbücher der evangelischen Schlosskapelle zu Dresden (geführt zwischen 1608 und 1710), Noschkowitz 2021, Download unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:14-qucosa2-740925>, hier S. 455, 582.

18 Zu den „Kammermohren“ Christiane Eberhardines vgl. Silke Herz: Königin Christiane Eberhardine – Pracht im Dienst der Staatsraison. Kunst, Raum und Zeremoniell am Hof der Frau Augusts des Starken, Berlin 2020, S. 121–123.

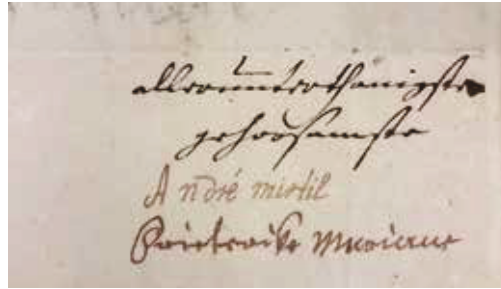
Augusts Mätresse Maria Magdalena Gräfin von Dönhoff (1685–1730) hatte eine eigene „Mohrin“ namens Friederika (mit vollem Namen Friederika Mariaux). Diese heiratete 1719 den Kammermohren André Mirtel, womit symbolisch die Verbindung zwischen der Gräfin Dönhoff und dem König unterstrichen wurde. Später trat Friederika in die Dienste der Kurprinzessin Maria Josepha (1699–1757), seit 1733 Königin von Polen. Bis 1752 ist sie im Hofstaat der Königin nachweisbar. Maria Josephas Gatte August III. (1696–1763) hatte vier „Kammermohren“: Johann Baptista Malabar, der 1745 starb, Friedrich August Joseph, sonst der lange David genannt (1705–1752), Joseph Benno Manino und Philipp Franz Xaver Manino (1721–1742). Seit 1750 war Joseph Benno Manino der einzige „Kammermohr“ des Kurfürsten und Königs, denn die anderen Stellen hatten man nicht wieder neu besetzt. Die Kurfürsten Friedrich Christian (1722–1763) und Friedrich August III. (1750–1827), die ab 1763 regierten, verzichteten auf persönliche „Mohren“ – mit einer Ausnahme, denn im Oktober 1767 wurde Dominico Clemente eingestellt, der allerdings aufgrund einer Schlägerei nach drei Wochen wieder entlassen und in Richtung Prag abgeschoben wurde. Maria Antonia, geborene Prinzessin von Bayern (1724–1780), die Witwe des Kurfürsten Friedrich Christian, hatte in ihrem Hofstaat zwei „Mohren“, nämlich Samuel Ramsy Christ, der im September 1768 von Dresden nach Berlin flüchtete, und Nicolaus Louis Giepielle, der im Februar 1769 starb. Mit ihm endete die Ära der „Kammermohren“ in Dresden.

Pauker und Trompeter

Ein zweites großes Einsatzfeld für Schwarze an den Höfen Mitteleuropas war der Dienst als Trompeter und Pauker – sowohl im Heer als auch am Hof.¹⁹ Auch zum Dresdner Hof gehörten zahlreiche Pauker und Trompeter, die gut bezahlt wurden. Die Musiker gaben mit ihren weit hörbaren Instrumenten Signale für höfische Zeremonien und Auftritte militärischer Formationen. Schwarze wurden aufgrund ihres auffälligen Aussehens gerne als Pauker ausgewählt. Wie Auswertungen der Hofbücher ergaben, war die Zahl schwarzer Pauker und Trompeter in Sachsen allerdings eher gering. Insgesamt lassen sich nur sechs Pauker und ein Trompeter mit dunkler Hautfarbe nachweisen.²⁰

„Mohrenformation“

Eine dritte Gruppe schwarzer Bediensteter nach den „Kammermohren“ und den Musikern wa-



ren die Angehörigen der „Mohrenformation“, einer militärisch organisierten Truppe, die 1719 aufgestellt wurde, einheitlich uniformiert war und zu höfischen Festlichkeiten auftrat. Da August der Starke bei der Hochzeit seines Sohnes, des Kurprinzen Friedrich August (1696–1763), mit der Kaisertochter Maria Josepha (1699–1757) mit einer vielköpfigen schwarzen Mannschaft beeindrucken wollte, aber in Leipzig, Amsterdam oder Hamburg kein ausreichendes Angebot bestand, schickte er seinen Kämmerer, den in Spanien geborenen Johann Alphonso (um 1667–1722)²¹, nach Portugal, um dort „Mohren“ zu rekrutieren. Da Portugal mehrere Kolonien in Afrika und Indien besaß und ein reger Handel zwischen den Hafentstädten und Lissabon vonstattenging, hatte dieses europäische Land bereits ab der Mitte des 15. Jahrhunderts einen größeren schwarzen Bevölkerungsanteil.²² Zudem bestand ein Sklavenmarkt. Kämmerer Alphonso brachte aus Portugal insgesamt 24 „Mohren“ mit, unter anderem „21. Große Mohre, darunter sindt 13. Sclaven mit Königl. Geldes wohl bezahlet, die andern 8. sind nur Voluntairs die alß Freye Leute Ihro Königl. Mayest. dienen wollen, unter diesen 8 aber ist der gröste Mohr so in gantz Lissabon zu finden gewesen“.²³ Es



Eigenhändige Unterschriften von André Mirtel und seiner Ehefrau Friederike Mariaux, 1727
Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden

19 Vgl. Kuhlmann-Smirnov (wie Anm. 1), S. 130 ff.

20 Vgl. Donath (wie Anm. 2), S. 56.

21 Zu den Italienreisen des Geheimkammerers Alphonso vgl. Barbara Marx: Diplomaten, Agenten, Abenteurer im Dienst der Künste. Kunstbeziehungen zwischen Dresden und Venedig, in: Barbara Marx/Andreas Henning (Hrsg.): Venedig – Dresden. Begegnung zweier Kulturstädte, Leipzig 2010, S. 10–67, hier S. 10–11. Der in Andalusien geborene Alphonso war seit 1686 am Dresdner Hof. Seine Lebensdaten ergeben sich aus den Besoldungslisten des Dresdner Hofes, vgl. HStA Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, K 2, Nr. 6. Er starb am 11. Januar 1722 in Teplitz in Nordböhmen.

22 Kuhlmann-Smirnov (wie Anm. 1), S. 76.

23 HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 357/2, fol. 93r, dort auch die folgenden Zitate.

Dominico Consalvo, Mitglied der „Mohrenformation“ und nach 1733 „Kammermohr“ des Grafen Heinrich von Brühl. Ausschnitt aus einer Figurenstudie, Öl auf Leinwand, 1747
Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Gemäldegalerie Alte Meister, Inv.-Nr. Mo 1167

- 24 Königlich-Polnischer und Churfürstlich-Sächsischer Hoff- und Staats-Calendar Auf das Jahr 1728, Leipzig o. J., S. 69.
- 25 HStA Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, K 2, Nr. 9 („Ist in Dec. 1729 durch den H. Obrist Meyer aus Portugal über Hamburg anhero gebracht“).
- 26 Zur Herrnhuter Brüdergemeine und ihrer Theologie vgl. Peter Zimmerling: Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf und die Herrnhuter Brüdergemeine. Geschichte, Spiritualität und Theologie, Holzgerlingen 1999; Dietrich Meyer/Paul Peucker (Hrsg.): Graf ohne Grenzen. Leben und Werk des Grafen Nikolaus Ludwig von Zinzendorf, Herrnhut 2000; Dietrich Meyer: Zinzendorf und die Herrnhuter Brüdergemeine 1700-1760, Göttingen 2007; Gisela Mettele: Weltbürgertum oder Gottesreich. Die Herrnhuter Brüdergemeine als globale Gemeinschaft 1727-1857, Göttingen 2009.
- 27 Vgl. Rüdiger Kröger (Hrsg.): Johann Leonhard Dober und der Beginn der Herrnhuter Mission, Herrnhut 2006, S. 99-106, 109. Paul Peucker: Aus allen Nationen. Nichteuropäer in den deutschen Brüdergemeinen des 18. Jahrhunderts. In: *Unitas Fratrum* 59/60 (2007), S. 1-35, hier S. 29, gibt an, dass er von dem Missionar Leonhard Dober erworben worden sei.
- 28 Vgl. Matthias Donath: Herrnhut und Afrika. Mission und Kulturtransfer im 18. Jahrhundert, in: André Thieme/Matthias Donath (Hrsg.): *Augusts Afrika. Afrika in Sachsen, Sachsen in Afrika im 18. Jahrhundert*, Königsbrück 2022, S. 104-118.

wurden also nicht Kinder, sondern gezielt Erwachsene nach Dresden gebracht, die teils angeworben und teils auf dem Sklavenmarkt gekauft wurden. Die Namen der „Mohren“ sind bekannt, da sie sowohl in den Hofbesoldungslisten als auch im ersten Hof- und Staatskalender aus dem Jahr 1728 genannt werden.²⁴ Demnach waren es alleamt Katholiken aus Portugal oder aus den portugiesischen Kolonien, denn sie trugen christliche Vornamen und portugiesische Nachnamen. Diese „Einkaufsaktion“ wurde zweimal wiederholt, denn die 1719 zusammengestellte „Mohrentruppe“ verminderte sich durch mehrere Todesfälle der Jahre 1729 bis 1732 und durch andere, uns unbekannt Abgänge. 1729 wurden zwei „Mohren“ namens Moritz und Sohim (oder auch Schimo) aus England nach Sachsen gebracht. Davon war einer noch ungetauft. Im Dezember 1729 reiste ein Oberst Meyer nach Portugal und brachte von dort fünf „Mohren“ mit, die aus portugiesischen Kolonien stammten.²⁵ Die Mitglieder der „Mohrentruppe“ hatten einen minderen Status als die bereits genannten Hofangehörigen. Sie lebten kaserniert zusammen und wurden wie Soldaten behandelt. Sie hatten Befehlen zu gehorchen und durften sich nur in ihrer Formation in der Öffentlichkeit bewegen. Ihre Bezahlung war deutlich niedriger als die der „Kammermohren“. Wie bei Soldaten üblich, durften sie nicht heiraten. Die „Mohrenformation“ war in Dresden, Warschau und verschiedenen Städten Sachsens und Polens stationiert. Als August der Starke 1733 starb, löste man sie auf.

Schwarze in Herrnhut

Der einzige außerhökische Ort in Sachsen, an dem schwarze Menschen im 18. Jahrhundert sichtbar waren, bildete das 1722 gegründete Herrnhut im Markgraftum Oberlausitz. Dort



Johann Valentin Haidt: Erstlingsbild, Fassung in Zeist (Niederlande), nach 1747, Ausschnitt mit schwarzen Mitgliedern der Brüdergemeine. Von links nach rechts: Josua (Oly Carmel) (1727–1739), Immanuel (Jupiter) (1728–1739), Andreas (Bartel) (um 1720–1744), Anna Maria (um 1705–1740), auf ihrem Schoß Michael (1743–1744), Josua (Kibbodo)

hatte sich eine evangelische Freikirche formiert, die Herrnhuter Brüdergemeine.²⁶ Ge gründet und geprägt durch Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf (1700–1760), verscrieb sich die Gemeinschaft der weltweiten Mission. 1732 reisten die ersten Missionare aus Herrnhut in die Karibik, um dort schwarze Sklaven für das Christentum zu begeistern. Bald darauf entstanden Niederlassungen und Missionsstationen in verschiedenen Teilen der Welt. Die Freikirche entwickelte sich zu einer globalen Gemeinschaft.

Der erste schwarze Sklave aus der Karibik, der die Taufe empfang, und zugleich das erste nichteuropäische Mitglied der Herrnhuter Brüdergemeine hieß Oly Carmel (1727–1739). Als kleines Kind war er aus dem westafrikanischen Königreich Loango als Sklave in die Karibik verschleppt worden. Der Herrnhuter Missionar Caspar Oelsner kaufte den Siebenjährigen aus der Sklaverei frei und gab ihm den Namen „Carmel“.²⁷ Als der Missionar Leonhard Dober im August 1734 von der Karibikinsel St. Thomas nach Europa aufbrach, nahm er den Knaben mit. Über Kopenhagen erreichten sie schließlich Herrnhut, wo Carmel Oly am 5. Februar 1735 mit einem Liebesmahl begrüßt wurde. Am 22. August 1735 wurde er in Ebersdorf, dem Heimatort von Zinzendorfs Ehefrau Erdmuth Dorothea, geborener Gräfin von Reuß-Ebersdorf (1700–1756), getauft. Oly Carmel erhielt den Taufnamen „Josua“. Der Knabe starb sieben Monate später, am 28. März 1736, an einem Infekt in Herrnhut und wurde dort auf dem Gottesacker, dem Friedhof der Brüdergemeine, begraben.

Indem im 18. Jahrhundert mehrere Bekehrte unter anderem aus der Karibik nach Herrnhut reisten, wurde der Gründungsort der Herrnhuter Brüdergemeine zu einer multiethnischen Gemeinschaft, der Brüder und Schwestern schwarzer Hautfarbe als gleichberechtigte Mitglieder angehörten.²⁸ Paul Peucker ermittelte, dass sich im 18. Jahrhundert 31 Nichteuropäer in den europäischen Siedlungen der Brüdergemeine aufhielten.²⁹ Einige von ihnen reisten später wieder zurück in ihre Heimat oder in andere Missionsgebiete, andere starben in Herrnhut oder in einer der anderen Siedlungen. Zu unterscheiden ist zwischen denen, die als freie Menschen freiwillig nach Europa kamen, und denen, die als Sklaven gekauft wurden und gar keine Wahl hatten, ob sie mitkommen wollten oder nicht. Es gab auch fehlgeschlagene Versuche, Sklaven nach Herrnhut oder Herrnhut zu holen.³⁰ Die Nichteuropäer lernten die deutsche Sprache und nahmen gleichberechtigt am Alltags- und Gemeindeleben teil. Die Unver-

heirateten lebten in den Chorhäusern der jeweiligen Gemeinschaft („Chor“), der sie angehörten. Hautfarbe oder gesellschaftlicher Rang spielten im Alltagsleben keine Rolle, weil sich die Brüdergemeine – nach der Offenbarung des Johannes – als Gemeinde „aus allen Nationen und Stämmen und Völkern und Sprachen“ (Offb. 7,9) verstand. Eine weiße Gräfin und eine schwarze Sklavin konnten nebeneinander und miteinander essen, singen und beten.

Zwei schwarze Mitglieder der Brüdergemeine, Rebecca und Christian Jacob Protten, die beide mehrere Jahre in Herrnhut lebten, gingen später selbst auf Mission und verkündeten das Evangelium in Westafrika. Christian Jacob Protten (1715–1769) gilt als bedeutendstes Mitglied der Herrnhuter Brüdergemeine des 18. Jahrhunderts mit afrikanischen Wurzeln.³¹ Er wurde 1715 als Sohn eines dänischen Vaters und einer afrikanischen Mutter, die wohl Tochter eines Häuptlings oder Königs aus Kleinpopo (heute Aného, Togo) war, 1715 in der dänischen Niederlassung Christiansborg (heute Osu, Teil von Accra, der Hauptstadt Ghanas) an der Goldküste geboren. Er sprach das westafrikanische Ga als Muttersprache, wuchs im dänischen Küstenort Christiansborg auf, wurde im lutherischen Glauben unterwiesen und reiste 1726 nach Kopenhagen, wo er im folgenden Jahr getauft wurde. 1732 begann er ein Studium der evangelischen Theologie in Kopenhagen, das er 1735 abbrach, als er den Grafen Zinzendorf kennenlernte, der am dänischen Hof weilte. Protten schloss sich der Herrnhuter Brüdergemeine an und ließ sich in Herrnhut nieder. 1736 wurde er von Graf Zinzendorf gemeinsam mit Heinrich Huckoff in seine Heimat entsandt, um dort Mission zu betreiben. Er reiste mehrfach zwischen Westafrika und Europa hin und her. In Herrnhut heiratete er 1746 die Witwe Rebecca Freundlich (um 1718–1780), eine ehemalige afrikanische Sklavin. Protten starb 1769 in Christiansborg, wo der über viele Jahre die „Mulattenschule“ leitete. Sein Tagebuch, das er in den Jahren 1756 bis 1762 während seines Aufenthalts in Westafrika führte, gilt als bedeutendster schriftlicher Nachlass eines Afrikaners aus dem 18. Jahrhundert.³² Christian Jacob Protten und seine Frau waren damals die einzigen Nichteuropäer, die für die Brüdergemeine in Übersee das Evangelium verkündigten.

Christian Jacob Protten's Ehefrau Rebecca stammte von der Karibikinsel Antigua, hieß eigentlich Shelly und sprach als Muttersprache Kreol-Niederländisch. Die Tochter eines namentlich unbekanntem weißen Pflanzers und einer schwarzen Mutter wurde im Alter von



Johann Valentin Haidt:
Christian Jacob und Rebecca
Protten mit ihrer Tochter,
Öl auf Leinwand, wohl 1751
Unitätsarchiv Herrnhut, GS 393

sechs oder sieben Jahren aus Antigua entführt und als Sklavin nach St. Thomas verkauft, wo sie als Haushälterin für einen weißen Plantagenbesitzer arbeiten musste. Sie bekehrte sich zum christlichen Glauben und erhielt den Namen Rebecca. Im Alter von 18 Jahren lernte sie den Herrnhuter Missionar Friedrich Martin kennen, dem sie sich anschloss. Mit ihm gründete sie die ersten Herrnhuter Gemeinden auf St. Thomas. Da sich vor allem schwarze Sklaven der Glaubensbewegung anschlossen, gilt sie als „Mutter“, mitunter gar als „Apostel“ des afro-amerikanischen evangelischen Christentums.³³ Rebecca heiratete 1738 den Missionar Matthäus Freundlich (1681–1742) und reiste mit ihm nach Europa, wo ihr Mann allerdings bald nach der Ankunft in Herrnhut starb. Rebecca Protten wurde nur vier Tage nach ihrer zweiten Eheschließung mit Christian Jakob Protten am 10. Januar 1746 zur Diakonin („Diakonissa“) ordiniert.³⁴ Zusammen mit Maria, die ebenfalls aus Westindien kam und am 26. Juli 1745 ordiniert worden war, war sie die erste schwarze Frau und die erste ehemalige Sklavin in der gesamten westlichen Christenheit, die als Geistliche ordiniert wurde – ein mehrfacher Akt der Gleichberechtigung, da die Frauenordination von den lutherischen und reformierten Kirchen noch im 18. Jahrhundert strikt abgelehnt wurde. 1764 begleitete Rebecca Protten ihren Ehemann nach Westafrika, wo sie auch starb. Bald nach der Ankunft in Herrnhut, wohl noch 1751, wurde das Ehepaar Protten zusammen mit ihrer Tochter Anna Maria von Johann Valentin Haidt in einem Gemälde festgehalten. Immerhin waren die Protten die bedeutendste Herrnhuter Familie mit dunkler Hautfarbe. Rebecca Protten trägt die Kleidung einer verheirateten Herrnhuterin. Die weiße Haube mit einem hellblauen Band weist sie als verheiratete Schwester aus. Das Gemälde ist nicht nur als reines Abbild der Familie zu betrachten, sondern hat auch eine symbolische Bedeutung.³⁵ Die Hautfarben symbolisieren einen Übergang von Dunkel zu Hell und damit eine metaphorische Reinigung

29 Peucker (wie Anm. 27), S. 1–35.

30 Vgl. Peucker (wie Anm. 27), S. 8 f.

31 Grundlegende Literatur zu Christian und Rebecca Protten: Peter Sebald: Christian Jacob Protten Africanus (1715–1769) – erster Missionar einer deutschen Missionsgesellschaft in Schwarzafrika. In: Kolonien und Missionen. Referate des 3. Internationalen Kolonialgeschichtlichen Symposiums 1993 in Bremen. Münster 1994, S. 109–121; Jon F. Sensbach: Rebecca's Revival. Creating Black Christianity in the Atlantic World, Cambridge, Massachusetts/London 2005.

32 Eine Edition der Schriften Christian Jacob Protten's ist von Peter Sebald vorbereitet worden. Dieses Projekt soll in den kommenden Jahren abgeschlossen werden.

33 Vgl. Sensbach (wie Anm. 31), S. 3.

34 Vgl. Sensbach (wie Anm. 31), S. 180; Peucker (wie Anm. 27), S. 15 mit genauem Quellenachweis.

35 Vgl. Sensbach (wie Anm. 31), S. 197–200.

36 Zitiert nach Kuhlmann-Smirnov (wie Anm. 1), S. 147.

37 Ich danke Dr. Hans Friedrich Heese für die erhellenden Hinweise.

38 Vgl. Kuhlmann-Smirnov (wie Anm. 1), S. 50-55.

39 Zur christlichen Taufe als symbolische Kommunikation vgl. Stephan Theilig: Türken, Mohren und Tataren. Muslimische (Lebens-)Welten in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert, Berlin 2013, S. 62-67. Die „Heidentaufen“ in Dresden analysierte Ronny Steinecke in einem Vortrag am 13. Januar 2021, vgl. Online-Fassung unter https://www.youtube.com/watch?v=oUn8CcErW_c.

von Seele und Körper durch den christlichen Glauben, die in das Licht der Auferstehung mündet. Die 1754 verstorbene Tochter Anna Maria hatte wahrscheinlich tatsächlich weiße oder zumindest hellere Hautfarbe, weil zwei ihrer vier Großeltern weiße Europäer waren. Ihre helle Haut steht hier vermutlich für eine lichte Zukunft in Christus – ohne dass damit aber gemeint wäre, die dunkle Hautfarbe würde generell eine Christusferne anzeigen.

Herkunft

Der „Mohr“, der 1602 nach Dresden gebracht wurde, war sicherlich ein Gefangener der Türkenkriege. Für diejenigen, die ab der Mitte des 17. Jahrhunderts nach Sachsen kamen, lässt sich eine solche Herkunft nicht bestätigen. Die Schwarzen waren offenbar bereits im Kindesalter nach Mitteleuropa gebracht worden. Nachweisbar ist ein Alter zwischen 6 und 14 Jahren. Die Vermittlung scheint über Händler in den Niederlanden, Hamburg oder London erfolgt zu sein. Offenbar wurden die schwarzen Jungen und Mädchen durch die Händler verkauft, in einem Fall auch verschenkt. Einer der Umschlagplätze für diesen Menschenhandel war Leipzig. Aus der Leichenpredigt für Rudolf August Mohr, den späteren Kammerdiener des Herzogs von Braunschweig und Lüneburg, geht hervor, dass dieser 1685 „von einem Portugisischen Juden nacher Leipzig auf die damahlige Oster-Messe zum feilen Verkauff gebracht / und daselbst an einen Juden vor 50. Rthltr. verkaufft worden“.³⁶ Von diesem Juden erwarb Herzog Rudolf August von Braunschweig und Lüneburg (1627–1704) den noch jungen Schwarzen. Auch Sigismund de Lion scheint von einem portugiesischen Händler in Leipzig angeboten worden zu sein, denn er kam aus portugiesischer Gefangenschaft nach Sachsen. Emanuel Allmoy gehörte zum Haushalt des Leipziger Kaufmanns und späteren Bürgermeisters Christian Lorentz von Adlershelm (1608–1684), so dass anzunehmen ist, dass Lorentz ihn vor Ort erworben hat.

Die ursprünglichen Herkunftsregionen sind meist nicht bekannt oder lassen sich nicht verorten. Der 1656 getaufte „Mohr“ Johannes kam aus Indien, der 1668 in Leipzig getaufte Emanuel Allmoy stammte aus „Offerxanarda“, was bisher nicht lokalisiert werden konnte. Sigismund de Lion kam aus „Anjona“, was vermutlich dem Angoniland im heutigen Malawi in Südafrika entspricht. Muslimische Sklavenhändler holten von dort mit Hilfe der in Küstennähe siedelnden Yao schwarze Sklaven, die sie an die Portugiesen verkauften, die diese wiederum nach Europa brachten.³⁷

Bei den Schwarzen, die 1729 von Portugal nach Dresden gebracht wurden, sind Geburtsjahre und Geburtsorte ausnahmsweise überliefert. Alle stammten sie aus portugiesischen Kolonien: zwei von der Inselgruppe Kapverden, einer aus Guinea (Capo da Mina), einer aus Angola und einer aus Indien. Wie das letzte Beispiel zeigt, beinhaltet „Mohr“ nicht automatisch eine Herkunft aus Afrika. Mit dem Begriff können dunkelhäutige Menschen aus Indien, aus Niederländisch-Indien, aus Schwarzafrika oder Abkömmlinge afrikanischer Sklaven aus Westindien (Karibik) gemeint sein.³⁸ Dass sie durch Zwang ihren Herkunftsfamilien entrissen wurden, ist anzunehmen, doch gibt es darüber keine Aussagen in den Quellen.

Integration durch Taufe

Die Schwarzen, die in Sachsen ankamen und hier eine Beschäftigung fanden, mussten Christen sein oder den christlichen Glauben annehmen. Im 17. Jahrhundert war es üblich, die durch Händler beschafften Knaben und Mädchen in der deutschen Sprache und im evangelisch-lutherischen Glauben zu unterrichten. Mit dem symbolischen Akt der Taufe traten sie in die christliche Gesellschaft ein.³⁹ Die Taufe war ein entscheidendes Element der gesellschaftlichen Integration. Gerade in den lutherischen Ländern wie Kursachsen demonstrierte die Taufe von „Heiden“ die Gewissheit, über den „einzig wahren Glauben“ zu verfügen, der letztlich alle Länder und Völker erreicht. Um die christliche Heilsgewissheit und Überlegenheit der lutherischen Konfession zu verdeutlichen, wurden die „Mohrentaufen“ oft mit großem Aufwand und unter Beteiligung zahlreicher Menschen gefeiert. Solche „Mohrentaufen“ des 17. Jahrhunderts fanden in der Stadtkirche St. Nikolai in Leipzig und in der Dresdner Schlosskapelle statt. In der Regel übernahmen der Kurfürst und die Kurfürstin das Patenamnt, gefolgt von weiteren hochrangigen Paten. Die prominenten Patinnen und Paten, die wohl auch immer Patengeschenke überbrachten, sorgten für eine soziale und wirtschaftliche Absicherung des Getauften. Die Taufe setzte das volle Einverständnis des Täuflings voraus. Ihr ging ein gewissenhafter Religionsunterricht voraus. Bis zum Glaubenswechsel August des Starken übernahmen die lutherischen Hofprediger den Unterricht in der christlichen Glaubenslehre. Welchen Glauben die Ungetauften vor ihrer Konversion hatten, ist in keinem Fall überliefert.

Die Täuflinge nahmen einen christlichen Namen an, der sich auf die Taufe (z. B. Johannes mit Bezug zu Johannes dem Täufer), den christlichen Glauben (z. B. Christian) oder auf den

fürstlichen Paten bezog. So ist der Pauker Johann Georg Mohr – zu seiner Taufe liegen keine Quellen vor – entweder nach Kurfürst Johann Georg I. oder nach Kurfürst Johann Georg II. benannt worden. Der nichtchristliche Ursprungsname entfiel, konnte aber auch – wie bei Almoj, der zu Emanuel Allmoj wurde – den neuen Familiennamen bilden. Ein häufiger Nachname, der vergeben wurde oder sich durch Gebrauch einbürgerte, war Mohr. Bei mehreren „Mohren“ sind keine Nachnamen bekannt. Sie wurden stets nur mit ihrem Vornamen bezeichnet. Für Friederika, die Kammermohrin der Gräfin Dönhoff und später der Königin Maria Josepha, ist auch im Traubuch der katholischen Hofkirche kein Nachname angegeben. Eine Bittschrift an August den Starken unterzeichnete sie jedoch als „Frieterike Mariaux“⁴⁰, was annehmen lässt, dass sie mindestens seit ihrer Taufe, die wohl in Frankreich vollzogen wurde, diesen französischen Nachnamen trug und auch nach der Eheschließung mit Andreas Mirtil beibehielt.

Der Glaubenswechsel Augusts des Starken 1697 änderte die konfessionelle Ausrichtung grundlegend. Die „Mohren“, die man für den Hof erwarb, mussten bereits römisch-katholischer Konfession sein. Evangelisch-lutherische „Mohrentaufen“ waren von Seiten des Hofes nicht mehr denkbar. Die letzte lutherische „Mohrentaufe“ fand 1716 in der Dresdner Schlosskapelle statt und betraf einen schwarzen Knaben, der als Geschenk eines Hamburger Kaufmanns in den Besitz des lutherischen Oberhofmarschalls Woldemar Freiherr von Löwendal (1660–1740) gekommen war. August der Starke nahm als Katholik an diesem Ereignis wohl bewusst nicht teil.

Die Schwarzen, die man im 18. Jahrhundert für den Dresdner Hof anwarb, waren überwiegend bereits getaufte Katholiken. Wenn sie etwa aus Portugal kamen, konnte man davon ausgehen, dass sie bereits die Taufe empfangen hatten. Daher waren „Mohrentaufen“ im augusteischen Dresden äußerst selten. Es lassen sich nur zwei katholische Taufen erwachsener „Mohren“ in Dresden nachweisen: 1712 wurde der 14 Jahre alte „Mohr“ der Gräfin Flemming und 1734 der 29-jährige Friedrich August Joseph Xaveri in der katholischen Hofkirche getauft. 1712 übernahmen der König und die Königin das Patenam. Der 1729 aus England nach Dresden gebrachte Sohim (oder Schimo) wurde 1731 in der Dominikanerkirche in Warschau getauft.

Mit der Taufe war ein vollständiges Eintauchen in die christlich-europäische Lebenswelt verbunden. Dies zeigen etwa die Abendmahlsteilnahmen der evangelischen Schlosskapelle, über die akribisch Buch geführt wurde. Die Schwarzen am Dresdner Hof nahmen in der Regel



Benedikta Margarete Freifrau von Löwendal mit ihrem 1716 getauften „Mohren“ Traugott Friedrich, Pastell auf Papier, um 1720

Familie Sahrer von Sahr-von Schönberg

mehrmals im Jahr am Abendmahl teil und ließen sich auch auf dem Krankenbett in Erwartung von Tod und Auferstehung das Abendmahl reichen. Ihre Glaubenspraxis unterschied sich nicht von der anderer Hofangehöriger.

Die schwarzen Hofangehörigen des 18. Jahrhunderts waren Teil der römisch-katholischen Minderheit in Sachsen. Wie die Eheschließungen nahelegen, verkehrten sie im Netzwerk der Dresdner Katholiken. Für die evangelisch-lutherische Mehrheitsbevölkerung war die katholische Frömmigkeit ungewohnt und fremdartig. Zudem muss man bedenken, dass Katholiken in Dresden noch im ersten Drittel des 18. Jahrhundert eine verschwindend kleine Minderheit bildeten. Die Zahl der Taufen, Trauungen und Beerdigungen war äußerst gering. Es ist möglich, dass katholische Schwarze in Sachsen Ausgrenzung erfahren haben, aber nicht aufgrund ihrer Hautfarbe, sondern aufgrund ihres Glaubens.

Familien und Nachkommen

Die Schwarzen am Dresdner Hof waren seit der Taufe gleichberechtigte Glieder der christlichen Gemeinde. Das bedeutete, dass die Hautfarbe keine Bedeutung für Heirat oder Familiengründung hatte. Soweit die allgemein geltenden Regeln ständischer Abgrenzung eingehalten wurden und die Zustimmung des Dienstherrn vorlag, durften sie heiraten.

Belegt sind Ehen zwischen schwarzen Männern und schwarzen Frauen, aber auch Ehen von Schwarzen mit weißen Ehepartnern. Für die weißen Ehefrauen konnte die Ehe sogar einen gesellschaftlichen Aufstieg bedeuten. So heiratete die weiße Maria Dorothea Untenzu, Tochter des Geschirrmeysters Peter Untenzu, 1670 den schwarzen Pauker Johann Georg Mohr, was ihr den Zugang zur exklusiven Spitzengruppe der

40 HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 1295/7, fol. 29r.

41 HStA Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, K 2, Nr. 7.

42 Vgl. Kuhlmann-Smirnov (wie Anm. 1), S. 69. Die Leibeigenschaft ist nicht identisch mit Sklaverei.

43 Vgl. Andreas Becker: Preußens schwarze Untertanen. Afrikanerinnen und Afrikaner zwischen Kleve und Königsberg vom 17. bis ins frühe 19. Jahrhundert, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 22 (2012), S. 1-32, hier S. 13-16.

44 Martin (wie Anm. 1), S. 129.

45 Becker (wie Anm. 43), S. 16.

46 Kuhlmann-Smirnov (wie Anm. 1), S. 70.

47 HStA Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, K02, Nr. 6, fol. 50v.

Hofgesellschaft eröffnete. Ihr Vater, der einen der untersten Rangstufen am Hof einnahm, hätte nie wie sie an den Gottesdiensten der Schlosskapelle teilnehmen dürfen.

Die Eltern bezeugten ihre Dankbarkeit, indem sie ihre Kinder häufig nach den Kurfürstinnen und Kurfürsten benannten. Sigismund de Lion, Kammermohr der Kurfürstin Magdalena Sibylla, hatte zwei Töchter, die er jeweils Magdalena Sibylla nannte. Johann Georg Mohrs Sohn erhielt ebenfalls den Namen Johann Georg, bezogen auf Kurfürst Johann Georg II.

Auch in der römisch-katholischen Hofkirchengemeinde spielte bei Eheschließungen die Hautfarbe keine Rolle. So heiratete Joseph Benno Manino 1745 in der katholischen Hofkirche Maria Francisca Voget, die Tochter des aus Böhmen stammenden Malers Franz Maximilian Voget.

Die Kinder aus den schwarz-schwarzen oder gemischten Ehen waren vollständig in die Gesellschaft integriert. Darauf verweisen die Taufregister. Nirgendwo wurde die Hautfarbe der Kinder vermerkt. Dass wir von solchen Kindern wissen, liegt nur daran, dass bei den Eltern die Bemerkung „Mohr“ oder „Kammermohr“ steht, was als Berufsbezeichnung bzw. Standeszuordnung zu bewerten ist. Die Kinder waren – auch wenn sie schwarze oder dunkle Hautfarbe hatten – offenkundig keine „Mohren“, jedenfalls wurden sie nie so bezeichnet. Und weil die Hautfarbe bei Taufen, Trauungen und Beerdigungen nie eingetragen wurde, lassen sich auch keine Genealogien schwarzer Familien in Dresden ermitteln.

Der Pauker Peter Paul Franciscus Vinzenz, der von 1727 bis 1729 dem Dresdner Hof angehörte, wird in der Besoldungsliste mit der Bemerkung „ist ein halber Mohr“ geführt.⁴¹ Das lässt vermuten, dass nur ein Elternteil dunkler Hautfarbe war. Die Eltern sind nicht namentlich bekannt; die Namensgebung deutet auf einen getauften Katholiken hin.

Rechtliche Stellung

Im Heiligen Römischen Reich war Sklaverei nicht zugelassen.⁴² Gleichwohl wurden aber Menschen, etwa schwarze Jungen und Mädchen, als Ware verkauft, etwa auch auf den Leipziger Messen. Offenbar verbrämte man diesen moralisch und rechtlich zweifelhaften Menschenhandel dadurch, dass man von einem Geschenk sprach. So gab Baron Löwendal an, seinen „Mohren“ von einem Hamburger Kaufmann geschenkt bekommen zu haben. Es ist davon auszugehen, dass der Kaufmann eine finanzielle Vergütung erhalten hatte. Einmal im Reichsgebiet angekommen, waren die schwarzen Menschen, auch die gekauften, allerdings kein Eigentum ihres Käufers.

Die historische Forschung ist sich weitgehend einig, dass es in Mitteleuropa keinen Sklavenstatus gab.⁴³ Im Widerspruch dazu betonte Peter Martin den minderen Rechtsstatus der nach Europa gebrachten Schwarzen. Sie seien „gewissermaßen im Niemandsland zwischen Freien und Unfreien“ angesiedelt.⁴⁴ Andreas Becker wies diese Auffassung zurück und betonte, dass die importierten Schwarzen „als Angehörige des Gesindes im weitesten Sinne anzusehen sind“.⁴⁵ Sie waren persönlich frei, jedoch verpflichtet, ihrem Herrn gegen Entlohnung bestimmte Dienste zu leisten. Auch die sächsischen Beispiele belegen, dass die Schwarzen mit dem Eintritt in den Haushalt ihrer Herrschaft ein Dienstverhältnis eingingen. Sie gehörten seitdem zur „erweiterten Familie“ ihres Arbeitgebers und erhielten Unterkunft, Verpflegung und Entlohnung. Rechtlich gesehen, konnten sie diese Anstellung jederzeit verlassen. Das taten auch mehrere Mitglieder der 1719 aufgestellten „Mohrentruppe“ Augusts des Starken. Die Namenseinträge in den Hof- und Staatskalender lassen erkennen, dass jedes Jahr Personen ausschieden. Auch „Kammermohren“ hätten ihre Herrschaft verlassen können. Dass sie das nicht taten, ist einfach zu erklären, denn in dieser Stellung hatten sie ein gutes Auskommen und eine lebenslange Absicherung.

Rechtliche Probleme gab es dann, wenn Schwarze im Ausland als Sklaven etwa auf einem Sklavenmarkt erworben wurden. Wie Anne Kuhlmann-Smirnov betont, lassen sich über den rechtlichen Status von als Sklaven ins Reich gekommenen Menschen derzeit keine gesicherten Aussagen treffen.⁴⁶ Es war nicht geregelt, ob der Sklavenstatus erlosch oder ob es möglich war, die ausländische Rechtsform im Reich weiterzuführen.

Wie schwierig es war, die damals in vielen Teilen der Welt praktizierte Sklaverei in die mitteleuropäische Rechtsordnung zu überführen, zeigt das Beispiel der 21 „Mohren“, die der Kämmerer Alphonso im Sommer 1719 von Portugal nach Sachsen brachte. 13 hatte er auf dem Sklavenmarkt in Lissabon gekauft und acht als Freiwillige erworben. Im Hof- und Staatskalender von 1728 – in diesem Jahr erschien die erste Ausgabe dieses Handbuchs – wurde dementsprechend zwischen „Sklaven-Mohr“ und „Frei-Mohr“ unterschieden. Dabei ist unklar, welcher Unterschied zwischen beiden Kategorien bestand. Im portugiesischen Recht war der Besitz von Sklaven zugelassen, während in Sachsen die Sklavenhaltung der Rechtsordnung strikt widersprach. Dennoch unterschied sich die Besoldung: Die „12 Mohren so Sklaven sind“ erhielten monatlich je 5 Taler, was einem Jahresgehalt von 60 Talern entspricht, und die „10 Mohren so keine Sklaven sind“ monatlich je 8 Taler, mithin 96 Taler im Jahr.⁴⁷

Die Mitglieder der „Mohrentruppe“, die gegen Befehle verstießen, wurden bestraft – doch wohl so, wie andere Soldaten auch. Drei Kostenpositionen in der Abrechnung der Hochzeitsfeierlichkeiten des Jahres 1719 belegen, dass der Hofprofoss 4 ½ Taler „wegen Züchtigung und Schließung derer Mohren“ erhielt.⁴⁸ Der Hofprofoss (Stockmeister) war für die Bestrafung von Hofbediensteten zuständig, die Verfehlungen begangen hatten. Warum die portugiesischen „Mohren“ geschlagen wurden, wird in der Abrechnung nicht angegeben. Zu vermuten ist, dass sie bestraft wurden, weil sie gegen die strikten Verhaltensregeln verstießen hatten. Möglicherweise hatten sie ohne Erlaubnis ihr Quartier verlassen, was ihnen, wie aus einem Befehl vom November 1729 ersichtlich ist, offenbar schon damals untersagt war. Die „Mohren“ wurden bei dieser Bestrafung genauso behandelt wie entlaufene Soldaten. Sie wurden nicht wegen ihrer Hautfarbe bestraft, sondern weil sie eine Anordnung missachtet hatten. Dass diese Anordnung nach heutigen Maßstäben nicht unseren Vorstellungen von Menschenrechten entspricht, steht auf einem anderen Blatt.

1742 und 1768 flüchteten „Mohren“ des Dresdner Hofes in das Königreich Preußen. Was ihre Beweggründe waren, geht aus der Aktenüberlieferung nicht hervor.⁴⁹ 1742 wurde in Stargard „ein gewisser Nahmens Boua“ arretiert, den man nach Sachsen auslieferte, während im September 1768 der „Kammerruhr“ der Kurfürstin Maria Antonia, Samuel Ramsy Christ, nach Berlin flüchtete.⁵⁰ Er hatte seinem Kameraden, dem Kammertürken Johann Wilhelm Müller, von seinem Vorhaben berichtet. Carl Graf von der Osten-Sacken (1726–1794), Kabinettsminister für auswärtige Angelegenheiten, informierte den kursächsischen Gesandten in Berlin, Heinrich Gottlob von Stutterheim (1718–1789), mit Brief vom 24. September 1768 über die Angelegenheit. Stutterheim forderte die Auslieferung des „Mohren“, was die preußischen Behörden dazu führte, die Rechtslage zu klären. Der preußische Staatsminister Karl Wilhelm Finck von Finckenstein (1714–1800) legte den Vorgang seinem König vor und empfahl, einer Auslieferung zuzustimmen, da die sächsische Seite die „genaueste Gegenseitigkeit“ zusichere. Nach der Zustimmung Friedrichs II. erhielt die Verwaltung am 16. Oktober 1768 die Anweisung, den Mohren an das sächsische Kommando in Baruth (Kurkreis) auszuliefern. Das weitere Schicksal des Entflohenen ist nicht überliefert.

Bewertung und Ausblick

Schwarze erregten im vormodernen Sachsen Aufsehen, weil es nur wenige Menschen mit



Johann Martin Bernigeroth nach einem Gemälde von Antoine Pesne: August der Starke mit „Mohren“, kolorierter Kupferstich, nach 1718
Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Kupferstich-Kabinett, Inv.-Nr. A 24859,
Foto: Herbert Boswank

schwarzer Hautfarbe in Mitteleuropa gab. Anders als im rassistischen Diskurs späterer Jahrhunderte, rief ihre Anwesenheit in europäischen Städten im 17. und 18. Jahrhundert aber keine Ablehnung hervor. Den Christen der verschiedenen Konfessionen waren Schwarze aus der Bibel und aus Bilddarstellungen vertraut. Erwähnt sei die Taufe des Kämmerers aus Äthiopien, über die in der Apostelgeschichte berichtet wird. Einer der Heiligen Drei Könige wurde traditionell mit schwarzer Hautfarbe abgebildet, und der heilige Mauritius hatte seit dem 13. Jahrhundert in der westlichen Ikonographie die Gestalt eines Afrikaners. „Mohren“ gehörten zu Gottes Schöpfung dazu. Sie erinnerten daran, dass es verschiedene Kontinente mit unterschiedlichen Bewohnern gab. Die „Kammerruhen“ symbolisierten die Präsenz eines Erdteils, dessen exotische Fremdheit man bewunderte. Sie wurden geachtet und gut besoldet. Eine Integration in die Gesellschaft war durch die christliche Taufe und die Übernahme von Sprache und Kultur der Mehrheitsgesellschaft möglich. Eheschließungen und Familiengründungen beförderten die Integration. Man darf davon ausgehen, dass die Kinder und Enkel aus schwarz-weißen Ehen eine hellere Hautfarbe hatten. Über Generationen hinweg vollzog sich somit auch eine visuelle Integration.

Dieses vormoderne Bild änderte sich infolge der Aufklärung. Seit dem 19. Jahrhundert wurden Menschen dunkler Hautfarbe in Mitteleuropa und somit auch in Sachsen anders „gelesen“: Die dunklere Hautfarbe stand nunmehr für kulturelles und soziales Zurückgebliebenheit, für einen minderen Entwicklungsstand, für eine Fremdheit, die man nicht als Bereicherung, sondern als Bedrohung empfand. Aber das ist ein anderes Kapitel.

48 HStA Dresden, 10036 Finanzarchiv, Loc. 12053/8, fol. 32r, 58r, 76v.

49 Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz Berlin (folgend GStA PK Berlin), I. HA, Rep. 41, Nr. 1759.

50 Der Name geht aus der Aktenüberlieferung im GStA PK Berlin nicht hervor, lässt sich aber eindeutig aus der Gegenüberlieferung im Hauptstaatsarchiv Dresden ermitteln, vgl. HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 3396/4, Brief von Graf Sacken an Stutterheim vom 24. September 1768 und Berichte Stutterheims nach Dresden vom 30. September sowie 3., 14., 17. und 21. Oktober 1768.

Autor

Dr. Matthias Donath
Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“



Bedienstete des Grafen Heinrich von Brühl, rechts der „Kammertürke“ des Premierministers, Figurenstudie, Öl auf Leinwand, 1747
Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Gemäldegalerie Alte Meister, Inv.-Nr. Mo 1167

Türken, Tataren und Tschuwaschen

Muslime und Konvertiten in Sachsen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert

Matthias Donath

Gehört der Islam zu Sachsen? Aus historischer Sicht ist diese Frage zu verneinen, denn die vormoderne Gesellschaft in Sachsen akzeptierte nur den christlichen Glauben, und nach der Einführung der evangelischen-lutherischen Staatskirche infolge der Reformation Martin Luthers hatten es selbst andere christliche Konfessionsgruppen wie Reformierte oder Katholiken schwer, überhaupt rechtliche Anerkennung zu finden. Und betrachtet man die nichtchristlichen Religionen, dann konnten allenfalls Juden eine bedingte Duldung erlangen. Ein praktizierter Islam lässt sich im

hier betrachteten Zeitraum nicht nachweisen, auch wenn es sicherlich Ausnahmen gab, über die noch zu sprechen sein wird. Der Kulturtransfer aus der islamischen Welt vollzog sich über Objekte, die man schätzte und zur Schau stellte, und weniger über die Menschen. Muslime, die nach Sachsen kamen, standen unter dem sozialen Druck, zum christlichen Glauben zu konvertieren, was auch die meisten taten.¹ Insofern ist die Geschichte der Türken in Sachsen im 16. bis 18. Jahrhundert vor allem eine Geschichte von Konvertiten, die den christlichen Glauben und die deutsche Spra-

che annahmen und sich, befördert durch Eheschließungen, vollständig in die Gesellschaft integrierten.

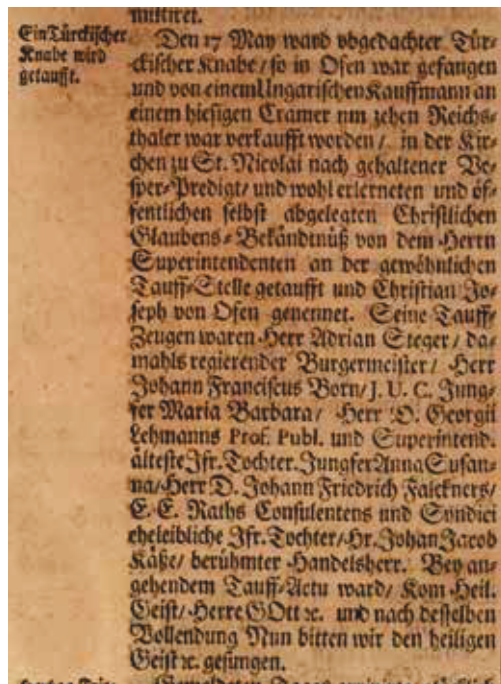
Das Vordringen der Osmanen nach Mitteleuropa – 1526 standen die Türken vor Wien – löste große Furcht aus, doch ging mit der Bedrohung auch eine Faszination für die fremde Kultur einher. Europaweit bildete sich eine „Türkenmode“ heraus, die in Sachsen besonders ausgeprägt war.² Die Kurfürsten von Sachsen legte eine Sammlung türkischer Gegenstände an und gründeten damit die „Türkische Cammer“. Bei Hoffesten schlüpfen die Kurfürsten und ihr Hofstaat in türkische Kleidung, die Kurfürsten traten gar als Sultane auf. Daraus kann man ersehen, dass man diese fremde Welt, trotz der militärischen Bedrohung und des mit dem Christentum nicht vereinbaren muslimischen Glaubens, faszinierend und anziehend fand.

Die Türkenkriege, die im Namen des Reichs auch unter Beteiligung von Truppen aus Sachsen geführt wurden, brachten die Soldaten in einen unmittelbaren Kontakt mit Menschen aus dem Osmanischen Reich. Man erbeutete Gefangene und brachte diese in die Heimat mit. Wenn im Folgenden von „Türken“ die Rede ist, müssen indes nicht zwingend ethnische Türken gemeint sein. Der Begriff fasst Bewohner des Osmanischen Reichs zusammen und schloss Angehörige verschiedene Turk- und Balkanvölker ein.

An der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert kamen erste Kriegsgefangene aus dem Osmanischen Reich nach Sachsen. Am 24. Juli 1593 wurden sechs in Ungarn gefangene Türken nach Leipzig gebracht.³ Ihre Namen werden nicht genannt, auch ist ihr weiteres Schicksal unbekannt. Kaiser Rudolf II. (1552–1612) schenkte 1602 dem Kurfürsten Christian II. von Sachsen (1583–1611) drei reich geschmückte Pferde mit fünf ebenfalls reich ausgestatteten Reitern.⁴ Darunter befanden sich drei Türken, ein Tatar und ein „Mohr“. Auch ihre Namen sind nicht überliefert. Mit diesem Geschenk inszenierte sich der Habsburger-Kaiser, dessen Reich seit Jahrzehnten von den Osmanen bedroht war, als „Türkenbezwinger“.

„Beutetürken“

Der Kriegsverlauf in einem Grenzraum, der sich im 17. Jahrhundert dynamisch veränderte, brachte mit sich, dass die Soldaten dort lebende Menschen gefangen nahmen und als ihr persönliches Eigentum in ihre Heimat mitbrachten. Besonders viele Gefangene wurden bei der Eroberung türkischer Städte und Fes-



tungen – wie Ofen 1686 oder Belgrad 1688 – erbeutet. Die in den Türkenkriegen verschleppten Menschen werden als „Beutetürken“ bezeichnet. Dabei handelte es nur selten um Kriegsgefangene, sondern meist um Familienangehörige getöteter oder gefallener Muslime, vor allem um Kinder und junge Frauen. Die Soldaten, die sie in Besitz nahmen, behandelten sie faktisch wie Sklaven. Die Kinder und Erwachsenen wurden verkauft, vertauscht oder verschenkt und gelangten so in alle Teile des Heiligen Römischen Reichs, darunter auch nach Sachsen.

Nach einem kontinuierlichen, aber zahlenmäßig eher geringen Zustrom zu Beginn und in der Mitte des 17. Jahrhunderts stieg die Zahl der „Beutetürken“ nach der Niederlage der Osmanen vor Wien 1683 und ihrer schrittweisen Verdrängung aus Ungarn ganz erheblich an. Vor allem nach der Eroberung der ungarischen Hauptstadt Ofen (Buda, heute Budapest) 1686 durch kaiserliche Truppen gelangten hunderte Männer, Frauen und Kinder türkischer Herkunft nach Mitteleuropa.

Für das Gebiet Sachsens lassen sich bislang rund 60 „Beutetürken“ nachweisen, die zwischen 1593 und 1738 hierher verschleppt wurden und überwiegend die christliche Taufe empfangen.⁵ Ausgewertet wurden die Akten zu den Türkentaufen des Dresdner Hofes, historische Chroniken wie Vogels „Leipzigisches Geschicht-Buch“ und regionale Erfassungen. Ein besonders umfassendes Bild gewinnt man zu Nordsachsen, weil Manfred Wilde⁶ und Hans-Joachim Böttcher⁷ dort Kirchenbücher auswerteten. Würde man die Kirchenbücher

Eintragung über eine „Türkentaufe“ im Jahr 1686 in Johann Jacob Vogel: Leipzigisches Geschicht-Buch, Leipzig 1756, S. 878

- 1 Vgl. Manja Quakatz: „Gebürtig aus der Türckey“. Zu Konversion und Zwangstaufe osmanischer Muslime im Alten Reich um 1700, in: Barbara Schmidt-Haberkamp (Hrsg.): Europa und die Türkei im 18. Jahrhundert, Bonn 2011, S. 417-430 mit Diskussion des Forschungsstandes. Einen ersten Überblick zum mitteldeutschen Raum gibt Hermann Metzke: Türken in Mitteldeutschland im 16.-18. Jahrhundert, in: Familie und Geschichte. Hefte für Familiengeschichtsforschung im sächsisch-thüringischen Raum 5 (1996), Heft 2, S. 256-266.
- 2 Vgl. Staatliche Kunstsammlungen Dresden (Hrsg.): Im Lichte des Halbmonds. Das Abendland und der türkische Orient, Ausstellungskatalog, Dresden/Leipzig 1995; Holger Schuckelt: Die Türkische Cammer. Sammlung orientalischer Kunst in der kurfürstlich-sächsischen Rüstkammer Dresden, Ausstellungskatalog, Dresden 2010; Holger Schuckelt: Historische und kulturelle Beziehungen Sachsens zum Vorderen Orient, in: Marie Hakenberg/Verena Klemm (Hrsg.): Muslime in Sachsen. Geschichte, Fakten, Lebenswelten, Leipzig 2016, S. 25-31.
- 3 Vgl. Johann Jacob Vogel: Leipzigisches Geschicht-Buch, Leipzig 1756, S. 326, <https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb10003662?page=326>
- 4 Vgl. Holger Schuckelt: Ein kaiserliches Geschenk an Kurfürst Christian II. von Sachsen im Jahr 1602, in: Dresdener Kunstblätter 46 (2002), Heft 2, S. 67-74; Holger Schuckelt: Orientalische Geschenke Kaiser Rudolfs II. an Kurfürst Christian II. von Sachsen, in: Beket Bukovinská/Lubomír Konečný (Hrsg.): Dresden-Prag um 1600, Prag 2018, S. 147-164.
- 5 Zusammenstellung des Autors aufgrund einer Quellenauswertung.

- 6 Manfred Wilde: Türken in Sachsen und Sachsen im Türkenkampf im 16. und 17. Jahrhundert, in: Hans-Jürgen Beier/Thomas Weber (Hrsg.): Altes und Neues – Vom Museum in den Landtag, Festschrift für Volker Schimpff zum sechzigsten Geburtstag, Langenweißbach 2014, S. 263-274.
- 7 Hans-Joachim Böttcher: Die Türkenkriege im Spiegel sächsischer Biographien, Herne 2019.
- 8 Man kann umgekehrt vom Familiennamen Türck oder Türke nicht automatisch darauf schließen, dass es Vorfahren türkischer Herkunft gab.
- 9 Evangelisches Pfarramt Löbnitz, Kirchenbücher, Taufen; vgl. Metzke (wie Anm. 1), S. 257; Wilde (wie Anm. 6), S. 264.
- 10 Vgl. Paul Meißner: Eine Serie von Türkentaufen in Leipzig, in: Familiengeschichtliche Blätter 36 (1938), Sp. 333-334.
- 11 Vogel (wie Anm. 3), S. 878, <https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb10003662?page=878>.
- 12 Vogel (wie Anm. 3), S. 883, <https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb10003662?page=883>.
- 13 Vgl. die Angaben in Vogel (wie Anm. 3) und Quakatz (wie Anm. 1), S. 422.
- 14 Christa Maria Richter (Hrsg.): Die Dresdner Schlosskirchenbücher. Textkritische Edition der beiden Amtsbücher der evangelischen Schlosskapelle zu Dresden (geführt zwischen 1608 und 1710), Noschkowitz 2021, Download unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:14-qucosa2-740925>, hier S. 607 und Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (folgend HStA Dresden), 10006 Oberhofmarschallamt, A Nr. 13, f. 8; A Nr. 22, fol. 6r.
- 15 Zur Biografie vgl. Wilde (wie Anm. 6), S. 266.
- 16 Quakatz (wie Anm. 1), S. 423-426.

in ganz Sachsen systematisch nach Türkentaufen untersuchen, käme man wohl auf ein Mehrfaches der genannten Zahl.

Die Lebensläufe der „Beutetürken“ sind ganz verschieden. Gemeinsam ist meist, dass sie von einem Soldaten oder Offizier in Besitz genommen wurden. Diese nahmen sie in die eigene Heimat mit und verkauften oder verschenkten sie – oder sorgten selbst für ein Unterkommen und eine christliche Erziehung. Die Verschleppten mussten eine fremde Sprache lernen und sich in eine fremde Kultur einleben. Sie waren von der Aufnahmefamilie abhängig, die sie versorgte. Insbesondere Kinder hatten keine andere Wahl, als den christlichen Glauben anzunehmen. Erwachsene konnten die Taufe verweigern, doch war der soziale Druck so groß, dass sie letztlich doch zustimmen mussten. Auch Zwangstaufen sind belegt. Die Täuflinge erhielten grundsätzlich einen neuen, christlichen Namen. Der Herkunftsname konnte mitunter als Familienname weitergeführt werden. Häufiger wurden jedoch deutsche Nachnamen vergeben, wie Merseburger, Wohlfahrt, Türke⁸. Die Getauften fanden Arbeit in verschiedensten Berufen und verheirateten sich. Dabei hing die Berufswahl vom sozialen Stand der Paten bzw. der Familie, in die sie aufgenommen worden waren, ab. Der Integration folgte spätestens in der zweiten Generation eine vollständige Assimilation. Darüber, wie der Prozess der Integration ablief, liegen kaum Aussagen vor. Sicherlich wird es Probleme und Konflikte gegeben haben. Immerhin waren die „Beutetürken“ nicht freiwillig in ihre neue Heimat gekommen. Die verschleppten Kinder brachten traumatische Erfahrungen mit, sie waren aus ihren Herkunftsfamilien gerissen worden und hatten manchmal auch den Tod ihrer Eltern miterleben müssen. Die geografische und mentale Trennung von der Heimat bewirkte eine Entwurzelung. Eine Kontaktaufnahme zur Herkunftsfamilie und eine Kommunikation mit Menschen, die in der früheren Heimat lebten, waren nicht möglich – ein großer Unterschied zur Migration im 20. und 21. Jahrhundert.

Um einen Fall bei Löbnitz aus Delitzsch zu schildern: Bei der Eroberung der Festung Hatvan in Ungarn wurde 1596 die etwa zehnjährige Vattzi von einem Soldaten verschleppt, der zuvor ihre Mutter enthauptet hatte. Er verkaufte sie an Wolf von Schönfeldt auf Löbnitz, der ebenfalls an dem Feldzug teilnahm. Nach ihrer eigenen Aussage war ihr Vater Peter Schaller, der deutscher Abstammung gewesen sein dürfte, Bäcker des Paschas von

Hatvan gewesen. Die Muslimin wurde am 15. November 1597 in der Kirche zu Löbnitz auf den Namen „Christiane“ getauft.⁹ Am 8. Oktober 1610 heiratete sie Ambrosius Meusel aus Kössern.

Ein wichtiger „Umschlagplatz“ für „Beutetürken“ war die Messestadt Leipzig, wie zahlreiche Taufen insbesondere nach 1686 in der Nikolaikirche belegen.¹⁰ So brachte ein Kaufmann eine in Ungarn erbeutete schwangere Türkin und ihren sechs bis sieben Jahre alten Sohn nach Leipzig. Beide verkaufte er an Leipziger Kaufleute: die Mutter vertauschte er gegen einen Sack Zucker, für den Sohn erhielt er zehn Taler. Der Knabe erhielt eine christliche Erziehung und wurde am 17. Mai 1687 getauft, wobei er den Namen Christian Joseph von Ofen erhielt.¹¹ Die Mutter hatte bald nach ihrer Ankunft einen Jungen zur Welt gebracht, der gegen ihren Willen am 20. Oktober 1686 getauft wurde, nach wenigen Monaten aber verstarb. Auch die Mutter, deren Namen nicht bekannt ist, erhielt später die Taufe. Am 21. Oktober 1688 folgte die Taufe von Achmet Pascha (Bassa) Fische, der den Namen Johann Friedrich annahm.¹² Er gab an, aus Ofen zu stammen. Sein Vater sei Orutscha Pascha und seine Mutter Silkadea von Conitz gewesen. Bei fast allen Türkentaufen in Leipzig übernahmen die Honoratioren der Stadt, darunter Ratsmitglieder und der Bürgermeister, die Patenschaft.¹³

Mehrere Taufen fanden in der evangelischen Schlosskapelle in Dresden statt. Rabi, geboren 1677 in Coron (heute Koroni, Griechenland) auf Morea (heute Peloponnes, Griechenland), stammte von türkischen Eltern ab und fiel bei der Eroberung der Festung Coron 1685 in die Hand sächsischer Soldaten, die Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen (1647–1691) an die Republik Venedig vermietet hatte. Die Sachsen brachten das Mädchen in ihre Heimat mit. Kurfürstin Anna Sophia, geborene Prinzessin von Dänemark (1647–1717), nahm sich der jungen Türkin an. Am 17. August 1688 taufte sie Oberhofprediger Philipp Jacob Spener (1635–1705) auf den Namen Sophia Wilhelmine, gemeinsam mit der Türkin Cadis, die den Namen Magdalena Sibylla annahm.¹⁴ Taufpaten waren die Kurfürstin und ihre Schwester Wilhelmine Ernestine von der Pfalz (1650–1706). Sophia Wilhelmina, die jeweils einen Vornamen beider Patinnen erhielt, wurde Kammerjungfer der Kurfürstin und lebte mit ihr auf Schloss Lichtenburg bei Prettin. Am 26. Januar 1712 heiratete sie in der Schlosskirche Lichtenburg den Bethauer Pfarrer Carl Friedrich Kayser. 1724 zog die

Familie nach Elsnig um, wo der Ehemann die Pfarrstelle angenommen hatte. Nachdem sie dort am 7. Februar 1735 gestorben war, ließ ihr Gatte in der Kirche ein Grabdenkmal aufstellen, das bis heute an sie erinnert.¹⁵

Getaufte Türken konnten durchaus einen sozialen Aufstieg erleben. Manja Querkatz verwies auf den Fall des Wolff Christoph Lustig, der, „gebürtig aus der Türckey“, in Leipzig als Schneider arbeitete und in kürzester Zeit vom Gesellen zum Meister avancierte – mit Zustimmung der Leipziger Schneiderinnung.¹⁶ Er heiratete eine junge Frau und erhielt 1721 den Meisterbrief ausgehändigt.

Die Zahl der „Beutetürken“ wie auch der Türkentaufen ging Ende des 17. Jahrhunderts merklich zurück. Der Frieden von Karlowitz beendete 1699 den Großen Türkenkrieg, legte eine neue Grenzlinie auf dem Balkan fest und ermöglichte einen Gefangenenaustausch. Ein einfaches Erbeuten von Muslimen war seitdem nicht mehr möglich. Dass im 18. Jahrhundert dennoch einige wenige Türken nach Sachsen gelangten, hat mit den Kriegen zwischen Russland und dem Osmanischen Reich zu tun. Als 1738 die türkische Festung Otschakow (heute Otschakiw, Ukraine) an der Schwarzmeerküste in russische Hände fiel, gelangten dort erbeutete Türken über Polen auch nach Sachsen. Der türkische Knabe Mustafa, den ein Hauptmann von Bölow (Böhlau?) aus Otschakow mitgebracht hatte, wurde am 24. Mai 1738 in der katholischen Schlosskapelle in Dresden auf den Namen Xaver Christian Oczakowski getauft. Paten waren Prinz Xaver von Sachsen (1730–1806) und seine Schwester Maria Anna (1728–1797)¹⁷. Am 21. September 1738 wurden in der katholischen Schlosskapelle ein türkisches Mädchen und ein türkischer Knabe getauft, was die letzten bekannten Türkentaufen am Dresdner Hof waren.¹⁸

Nur selten lässt sich ermitteln, was aus den Nachfahren der Konvertiten wurde. Da die türkische Herkunft nicht am Familiennamen erkennbar ist und bei den Taufen der Kinder und Enkel auch keine entsprechenden Eintragungen erfolgten, kann man Genealogien nur mit großem Aufwand ermitteln. Mitunter wurde die türkische Abstammung in der Familie mündlich weitergetragen. So war man in der Leipziger Bürgerfamilie Gretschel stolz auf die Ahnin Friederike Gretschel, eine getaufte Türkin, die 1683 beim Entsatz von Wien in die Hände sächsischer Reiter gefallen war. Nach der Familienüberlieferung war sie von Kantor Hörnig in Bischofswerda adoptiert worden.



Maria Aurora Spiegel (Fatima Kariman)

Die wohl bekannteste „Beutetürkin“ der deutschen und sächsischen Geschichte ist „Fatima“, die als legendenumrankte Mätresse Augusts des Starken Aufmerksamkeit erlangte. In die Geschichtsschreibung wurde sie durch den Abenteurer und Schriftsteller Carl Ludwig Freiherrn von Pöllnitz (1692–1775) eingeführt, der 1733 den Enthüllungsroman „La Saxe galante“ veröffentlichte.¹⁹ In der ältesten deutschen Ausgabe von 1734 heißt es: „Die erste[,] die er [August der Starke] lieb gewann, war ein Türkisches Mädgen, die zu Ofen zur Scлавin gemacht worden, als die Kayserlichen diesen Ort mit Sturm eroberten. Dazumal war sie nur fünff bis sechs Jahr alt, und mit der Freyheit verlorh sie auch ihren Vater und ihre Mutter, von welchen man niemals was vernehmen können. Der Herr von Schöning General-Lieutenant bey dem Churfürsten zu Brandenburg, dem sie zu Theil ward, brachte sie nach Berlin, und ließ sie tauffen, aber er ließ ihr ihren Namen Fatima. Die Fräulein von Flemming hatte diese junge Fatima lieb gewonnen, begehrete sie von dem Herrn von Schöning, und erhielt sie auch.“²⁰ Pöllnitz' Aussagen sind seitdem immer wieder kolportiert worden und bestimmen bis heute den Blick auf diese „Beutetürkin“. Friedrich August von O'Byrn veröffentlichte 1876 die einzige größere Biografie, von der bis heute beschrieben wird.²¹ Neuere Quellenfunde²² sind bislang kaum wahrgenommen worden; auch Stephan Theilig, der 2013 das Leben der „Fatima von Kariman“ nachzeichnete, kannte diese nicht.²³ Kaum bemerkt wurde bislang,

Gräfin Maria Aurora von Königsmarck, hinter ihr Maria Aurora, vormals Fatima, Ausschnitt aus einem Gemälde von Heinrich Christoph Fehling, um 1695

Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen gGmbH,
Foto: Jürgen Karpinski

17 HStA Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, A Nr. 22, fol. 10v-11v.

18 HStA Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, A Nr. 22, fol. 14v-15v und Katholische Dompfarrei Dresden, Taufbuch 1708-1759, Eintrag zum 21. September 1738.

19 Der französischen Erstausgabe folgten bald deutsche Fassungen und bis heute zahlreiche Neuauflagen und Nachdrucke.

20 [Carl Ludwig von Pöllnitz]: Das Galante Sachsen, Frankfurt am Main 1734, S. 162 f.

21 Friedrich August von O'Byrn: Zur Lebensgeschichte des Grafen Friedrich August von Rutowski, in: Archiv für Sächsische Geschichte 2 (1876), S. 317-350.

22 Besonders wichtig: Adam Lewenhaupt: Maria Aurora von Spiegel, in: F. U. Wrangel (Hrsg.): Personhistorisk tidskrift. Första årgångem 1898-99. Häft 4, Stockholm 1899, S. 219-221. Einzelne Erwähnungen in Friedrich Cramer: Denkwürdigkeiten der Gräfin Maria Aurora Königsmark und der Königsmark'schen Familie, 2 Bde., Leipzig 1836.

23 Stephan Theilig: Türken, Mohren und Tataren. Muslimische (Lebens-)Welten in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert, Berlin 2013, S. 82-89.

24 Holger Schuckelt: Historischer Hintergrund, in: Ralf Günther: Die türkische Mätresse, Berlin 2014, S. 539-555.

25 Auszug aus dem Taufbuch der Deutschen Kirche zu Stockholm, S. 367, vgl. <https://sok.stadsarkivet.stockholm.se/bildarkiv/egenproducerat/kyrkobok/K22600341-0360.pdf>.

- 26 HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 757/6, fol. 78r-79v.
- 27 Richter (wie Anm. 10), S. 636 und HStA Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, A Nr. 13, f. 50; A Nr. 22, fol. 6v.
- 28 Zur Biografie der Gräfin Königsmarck vgl. Sylvia Krauss-Meyl: „Die berühmteste Frau zweier Jahrhunderte“. Maria Aurora Gräfin von Königsmarck, 3. Auflage Regensburg 2012; Rieke Buning/Beate-Christine Fiedler/Bettina Roggmann (Hrsg.): Maria Aurora von Königsmarck. Ein adeliges Frauenleben im Europa der Barockzeit, Köln/Weimar/Wien 2015.
- 29 Das Taufbuch in Stockholm beinhaltet eine offenkundige Verwechslung. Demnach erhielt Fatima den Namen „Scharlotta Maria“ und Emini den Namen „Maria Aurora“. Da aber Maria Aurora von Königsmarck die Patin nur von Fatima war, muss es sich laut Lewenhaupt (wie Anm. 16) um einen Eintragungsfehler handeln.
- 30 Walter von Bötticher: Geschichte des Oberlausitzischen Adels und seiner Güter 1635-1815, Bd. 2, Oberlösnitz 1913, S. 899-900.
- 31 HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 3552/2, fol. 57r („le Bacha de Bender che j'ay l'honneur de voire cher luy tres sonnet doit etre f. vostre frere“).
- 32 Ralf Giermann: Maria Aurora von Königsmarck am Dresdner Hof, in: Buning/Fiedler/Roggmann (wie Anm. 28), S. 183-196.
- 33 Aus Sicht der Mittelfigur.
- 34 Giermann (wie Anm. 32), S. 190.

dass Holger Schuckelt im Anhang an den historischen Roman „Die türkische Mätresse“ neue Erkenntnisse veröffentlichte, allerdings ohne die Quellennachweise anzugeben.²⁴ Gleich man die neuen Quellenfunde mit Pöllnitz' Aussagen ab, dann zeigt sich, dass keine seiner vermeintlichen Fakten der Wahrheit entspricht. Wie aus dem Eintrag im Taufbuch der Deutschen Kirche in Stockholm hervorgeht, wurde Fatima 1685 bei der Eroberung der Festung Neuhäusel (heute Nové Zámky, Slowakei) zusammen mit drei anderen türkischen Frauen von dem schwedischen Offizier Alexander Erskin (auch Esken, Erskine) erbeutet und nach Schweden gebracht. Am 7. November 1686 erfolgte in Stockholm die Taufe nach evangelisch-lutherischem Ritus.²⁵ Der Eintrag im Taufbuch lautet: „Vier Türckische weibes persohnen, so in d[er] Neuheusslichen Eroberung durch h[err]n Baron Eschen gefangen genommen und anhero gebracht worden, derer eine Roozia geheissen und einen türkischen Officirers zum Manne gehabt, der ihrem vermuthen nach im Sturme geblieben; die andere Eysia, so zwar von Christlichen Eltern, wie sie vorgiebt, gebohren, a. o. gewiss weiss, ob sie getaufft sey, zumahlen sie bey türckischer Herrschafft gedienet. Die dritte Fattime, die eines türkischen Priesters Ehefrau gewesen, welcher Ehemann aber vor der Eroberung auff dem Bette gestorben; die vierdte Emini, die auch an einem Türcke verheyrahtet gewesen, welcher ebenfals in der Belagerung umbkommen.“ Daraus geht hervor, dass Fatima schon einmal verheiratet und verwitwet war. Selbst wenn man davon ausgeht, dass sie sehr jung verheiratet wurde, war sie bei ihrer Ankunft in Schweden zwischen 15 und 20 Jahren alt, was auf ein Geburtsjahr vor 1670 schließen lässt. Pöllnitz' Behauptung, Fatima sei durch den Generalfeldmarschall Hans Adam von Schöning (1641–1696) 1686 in Ofen erbeutet worden, ist eine Verwechslung mit Christiane Eberhardine Catko, der „Kammertürkin“ der Kurfürstin und Königin Christiane Eberhardine (1671–1727). Diese war, wie sie in ihrem eigenen Lebenslauf berichtet²⁶, vom kurbrandenburgischen Generalfeldmarschall Hans Adam von Schöning in Ofen erbeutet worden und, als er 1691 in sächsische Dienste trat, mit ihm nach Dresden gekommen. Als Schöning 1696 starb, nahm Christiane Eberhardine sie in ihren Hofstaat auf. Die Taufe folgte erst 1703.²⁷ In Stockholm fand Gräfin Maria Aurora von Königsmarck (1662–1728)²⁸ Gefallen an der wohl noch sehr jung wirkenden Türkin und nahm sie in ihren Haushalt auf. Nach ihrer

Patin wurde Fatima auf den Namen Maria Aurora getauft.²⁹ Dies erklärt, warum diese ungewöhnliche Vornamenkombination zweimal am Dresdner Hof auftaucht. Pöllnitz nennt in seinem Machwerk den christlichen Vornamen nicht und behauptet, man habe der Türkin den Namen Fatima gelassen. Das stimmt nicht, denn in allen schriftlichen Dokumenten im Hauptstaatsarchiv Dresden erscheint die Türkin mit dem Vornamen Maria Aurora. Ihren früheren islamischen Namen gebrauchten weder sie selbst noch Dritte. Ein Schriftstück in Zusammenhang mit ihrer Belehnung mit dem Rittergut Särchen bei Hoyerswerda unterschrieb sie mit „Maria Aurora von Spiegel, geboren von Kahrman“³⁰, was vermuten lässt, dass ihr Ursprungsname Fatima Kariman gelautet hat. Holger Schuckelt fand heraus, dass sie wohl mit dem Kommandanten der türkischen Festungsstadt Bender (heute Bendery, Transnistrien) verwandt war. Am 30. März 1712 schrieb Graf Lacerda de Villelongue, der sich als schwedischer Oberst in Bender aufhielt, wo König Karl XII. von Schweden im Exil lebte, an Maria Aurora Spiegel, sie müsse die Schwester des Paschas von Bender, Mustafa, sein.³¹

Die Türkin gehörte seit 1691 zu den ständigen Begleiterinnen der Gräfin Königsmarck, wurde wie eine Pflegetochter behandelt und erzogen und begleitete sie auch 1694 nach Dresden. Die Königsmarck kam an den Dresdner Hof, um das Schicksal ihres verschollenen und – wie man heute weiß – in Hannover ermordeten Bruders Philipp Christoph Graf von Königsmarck (1665–1694) aufzuklären. Durch ihre Schönheit und Anmut gewann sie das Interesse Augusts des Starken, der gerade Kurfürst geworden war. Der acht Jahre jüngere Herrscher machte die Königsmarck zu seiner ersten Mätresse.³² 1696 brachte sie den gemeinsamen Sohn Moritz zur Welt, der den Namen „Graf von Sachsen“ erhielt. Wenig später verlor August der Starke das Interesse an ihr, denn der Kurfürst und König verliebte sich in ihre jüngere, mit ihm etwa gleichaltrige Gesellschafterin.

Ein Gemälde in Schloss Moritzburg, das nicht datiert ist und etwa um 1695 entstanden sein dürfte, zeigt Maria Aurora von Königsmarck mit zwei Begleiterinnen. Der Hofmaler Heinrich Christoph Fehling (1654–1725) bildete vor einem Landschaftsausschnitt drei Frauen ab, die sich eng umfassen und berühren. Die Hauptfigur in der Mitte in antikisierender Kleidung ist eindeutig als Gräfin Königsmarck anzusprechen, während die anderen beiden Frauen unterschiedlich gedeutet wurden. Ralf

Giermann sieht in der würdevollen Gestalt in goldfarbenem Kleid auf der rechten Seite Christina Freifrau von Wrangel auf Lindeberg (1641–1709), eine verwitwete Tante der Königsmarck, die ihre Nichte im August 1694 nach Dresden begleitete. Die weibliche Gestalt links hinter der Gräfin ordnet Ralf Giermann wie folgt zu: „Bei der orientalisches gekleideten jungen Frau rechts³³ neben Aurora von Königsmarck dürfte es sich zweifelsfrei um ihre Adoptivtochter Fatima handeln. Über dem dunklen Beinkleid, aus dem ein kleiner, kurzschäftiger Schuh hervortritt, trägt die Türkin einen weiten Mantel und einen lose herabfallenden, das Gesicht nicht einhüllenden Gesichtsschleier (Hidschab). Der linke Arm ruht auf der Schulter der Pflegemutter und Herrin, mit der anderen Hand umfasst sie deren rechten Oberarm und schmiegt sich schutzsuchend an sie.“³⁴ Aufgrund dieser plausiblen Zuordnung kennen wir nun erstmals eine bildliche Darstellung der Türkin, die bei Entstehung des Gemäldes um die 25 Jahre alt war.

Nach dem Ende der Beziehung mit der Gräfin Königsmarck kümmerte sich August der Starke um die Versorgung seiner früheren Mätresse. Im Frühjahr 1696 verabredete er mit Anna Dorothea von Sachsen-Weimar (1657–1704), der Äbtissin des Reichsstifts Quedlinburg, die Gräfin Königsmarck zur Coadjutorin der Äbtissin mit Recht der Nachfolge zu wählen. Ohne eine formelle Wahl durchzuführen, postulierte die Äbtissin die frühere Mätresse im Januar 1698 eigenmächtig zum Stiftsmitglied und zur Coadjutorin. Der Wechsel nach Quedlinburg bedeutete, dass die Gräfin die weitere Versorgung ihrer türkischen Gesellschafterin absichern musste. Wohl im Jahr 1698 – das genaue Datum ist nicht bekannt – wurde Maria Aurora mit dem Kammerdiener Johann Georg Spiegel verheiratet. Entgegen meiner bisherigen Annahme gehört dieser Mann nicht der adligen meißnischen Familie Spiegel an, die kein „von“ im Namen führte und daher nur schwer von Namensträgern bürgerlicher Herkunft zu unterscheiden ist. Der letzte lebende Namensträger der Adelsfamilie war Otto Rudolf Spiegel (1655–1699), der keine Kinder hatte.³⁵ Johann Georg Spiegel, der auch nie das Spiegel-Wappen verwendete, kann ihm nicht zugeordnet werden. Spiegel war seit mindestens 1693 Kammerdiener des Prinzen Friedrich August und begleitete diesen auf der Kavaliertour durch Frankreich und Italien.³⁶ Auch nachdem August der Starke im April 1694 Kurfürst geworden war, blieb Spiegel in dessen Umgebung. Als Kammerdiener hielt er sich stets in der Nähe des Herrschers auf, was

Vertrauen voraussetzte. Seine jährliche Besoldung wurde am 25. September 1699 rückwirkend ab Oktober 1697 auf 400 Gulden erhöht.³⁷ Das lag deutlich über den Besoldungen, die Nichtadlige am Hof erreichen konnten.

Dass August der Starke einen Vertrauten für die Scheinehe gewann, ist zunächst plausibel, überrascht dann aber doch, denn es hätte nichts dagegen gesprochen, die Türkin, die ja in einer adligen Umgebung gelebt hatte, mit einem Angehörigen des Adelsstandes zu verheiraten. Spiegel wurde – entgegen der Angabe von Pöllnitz – nie geadelt. Dennoch bezeichnete sich Madame Spiegel wiederholt als „Maria Aurora von Spiegel“. In Polen führte Spiegel den Namen „Spiegelska“, also eine polonisierte Fassung, die den Eindruck eines polnischen Adelsstandes erweckt.

Die Ehe war eine Scheinehe, denn Madame Spiegel war über mehrere Jahre die Mätresse Augusts des Starken. Wann die Beziehung begann, lässt sich nicht ermitteln. Wahrscheinlich bestand sie schon, als die Verheiratung mit Johann Georg Spiegel erfolgte. Am 19. Juni 1702 wurde der gemeinsame Sohn Friedrich August (1702–1764) geboren, der nach dem königlichen Vater benannt wurde. 1706 kam die Tochter Maria Aurora zur Welt, die in den späteren Darstellungen oftmals falsch als Maria Anna oder Katharina bezeichnet wird.³⁸ Die Kinder trugen zunächst den Nachnamen Spiegel. August der Starke legitimierte sie am 19. September 1724 und erhob sie unter dem polnischen Namen Rutowski in den Grafenstand.³⁹ Der Name leitet sich vom Rautenkranz im sächsischen Wappen ab. Das ihnen verliehene Wappen zeigt in einem gespaltenen Feld einen sächsischen Rautenkranz sowie einen halben polnischen weißen Adler. Graf Rutowski schlug eine militärische Laufbahn ein. Sein Halbbruder Friedrich August II. (1696–1763) ernannte ihn zum Generalfeldmarschall der sächsischen Armee. Maria Aurora (1706–1746) heiratete in erster Ehe 1728 den polnischen Grafen Michael Bielinski und nach der Scheidung 1732 in zweiter Ehe den Grafen Claude Marie de Bellegarde.

Während der mehrjährigen Beziehung zu Madame Spiegel hatte August der Starke weitere Geliebte: Von 1696 bis 1699 leistete ihm Anna Aloysa Maximiliane Louise Freifrau von Oppersdorf (um 1666/67–1738), geborene Gräfin von Lamberg und geschiedene Hiserle von Chodau, ihre Dienste. Pöllnitz und die nachfolgende Enthüllungsliteratur bezeichneten sie als „Gräfin Esterle“. 1699 wurde Ursula Katharina Lubomirska, geborene von Altenbockum (1680–1748), die offizielle Mätresse.

35 Vgl. Klaus Knothe/Gero von Schönfeldt: Die sächsisch-thüringische Landadeligenfamilie Spiegel. Stammtafel Fischers mit Ergänzungen und Kommentaren, 2. Auflage Kleve 2007, S. 55 f.

36 Spiegel hielt sich im Februar 1694 in Paris auf, denn ein Brief vom 6. Februar 1694 aus Dresden ist an „Monsieur Jean George Spiegel, homme de chambre de S. A. S. Monseigneur le prince Fredrick Auguste duc de Saxe de present á Paris“ adressiert. Vgl. HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 3584/1, ohne Paginierung.

37 HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 895/2, fol. 5r.

38 Aus ihren eigenen Briefen in HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 707/2 sowie der Urkunde der Legitimierung 1724 geht unzweifelhaft hervor, dass sie Maria Aurora (und nur so) hieß.

39 HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 880/13 (Abschrift des lateinischen Originals), Loc. 780/06, fol. 104 ff (deutsches Konzept).

40 HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 3552/2, fol. 244r–222v.

41 Kasimir von Jerochowski: Patkuls Ausgang, in: Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Alterthumskunde 3 (1882), S. 217.

42 Friedrich August Freiherr O'Byrn: Johann George Chevalier de Saxe, Kursächsischer General-Feld-Marschall. Eine biographische Skizze, Dresden 1876, S. 18.

43 Johan Richard Danielson: Zur Geschichte der sächsischen Politik 1706–1709, Helsingfors 1878, S. 96.

44 Wann das geschah, konnte bislang nicht ermittelt werden.

Türkischer Brief an
Madame Spiegel, 1714
Sächsisches Staatsarchiv,
Hauptstaatsarchiv Dresden



Auf Betreiben Augusts erhob Kaiser Leopold I. sie 1704 zur Fürstin von Teschen. 1704 lernte August der Starke die spätere Gräfin Cosel kennen, die im Dezember 1705 seine Mätresse wurde. Damit scheint auch die Beziehung mit Maria Aurora Spiegel zu Ende gegangen zu sein. Beide blieben aber in losem Kontakt. So schickte August seiner früheren Mätresse, die inzwischen in Lemberg lebte, im Mai 1713 mehrere Geschenke, unter anderem Tafelgeschirr (wohl aus Meißner Porzellan) für Kaffee, Tee, Kakao und Likör sowie eine Standuhr mit Glockenspiel.⁴⁰

Johann Georg Spiegel begleitete August den Starken auf mehreren Reisen nach Polen und pendelte zwischen Warschau und Dresden hin und her, um geheime Korrespondenz zu überbringen. 1704 überbrachte er die Briefe, die August der Starke aus Krakau und Tschenschostochau an seinen Statthalter in Dresden, den Fürsten Anton Egon von Fürstenberg (1656–1716), schickte.⁴¹ Am 30. November 1704 traf er zusammen mit August dem Starken, von Polen kommend, in Dresden ein.⁴² Nach 1705 übernahm Johann Georg Spiegel mehr und mehr die Aufgabe eines Diplomaten. So schickte ihn August der Starke 1709 nach der siegreichen Schlacht von Poltawa als Gesandten zu Zar Peter dem Großen, um mitzuteilen, dass sein Heer mit 12.000 Mann marschfertig sei.⁴³ Zuvor war er in den Rang eines Akzisrats erhoben worden.⁴⁴ Die an ihn gerichteten meist französischen Briefe sprechen ihn als „Conseilier de S. M. le Roy de Pologne et Electeur de Saxe“ an, also als „Rat“. 1709 wurde Spiegel als Oberintendant der polnischen Domänen des Königs nach Lemberg (heute Lwiw, Ukraine) versetzt. Maria Aurora und die beiden Kinder, die Johann Georg Spiegel als seine eigenen behandelte, begleiteten ihn.

Holger Schuckelt urteilte, dass sich längst mehr als eine Zweckehe entwickelt hatte: „Zumindest Achtung müssen beide füreinander empfunden haben. Ob es darüber hinaus auch eine echte Liebesbeziehung zwischen Fatima und Spiegel gab, lässt sich anhand der Akten leider nicht sagen.“⁴⁵

Johann Georg und Maria Aurora Spiegel traten in Polen – wann, ist nicht zu ermitteln – zum römisch-katholischen Glauben über. Beide sprachen perfekt französisch und polnisch. Maria Aurora Spiegel schrieb ihre Briefe fast immer in französischer Sprache und selten auf Deutsch.⁴⁶ Die deutsche Orthographie beherrschte sie nicht, sie schrieb die Wörter nur dem Klang nach. Sie selbst unterschrieb als „Maria Aurora Spiegel“ oder „Maria Aurora Spigelska“; von Dritten wurde sie „Madame Spiegel“, „la Spiegel“ (französisch für „die Spiegel“) oder „Spigelska“ (polnisch für „die Spiegel“) genannt.

Zwischen 1711 und 1714 war Johann Georg Spiegel als Unterhändler in die Verhandlungen zwischen dem Königreich Polen und dem Osmanischen Reich eingebunden. König Karl XII. von Schweden (1682–1718) war nach seiner Niederlage 1709 ins Osmanische Reich geflüchtet und lebte im Exil in Bender. Durch diplomatische Kontakte versuchte die sächsische Seite, den Sultan zu überzeugen, August den Starken als König von Polen anzuerkennen und den Schwedenkönig auszuweisen. Johann Georg Spiegel führte, in der zweiten Reihe stehend, Hintergrundgespräche, über die Holger Schuckelt aufgrund der Auswertung von Spiegels Briefwechsel ausführlich berichtet.⁴⁷ Möglicherweise war dabei von Bedeutung, dass seine Ehefrau die Schwester des türkischen Befehlshabers in Bender war. Im Oktober 1712 empfing er in Lemberg eine türkisch-tatarische Gesandtschaft unter Leitung des türkischen Oberstallmeisters Ahmed Bey und des tatarischen Abgesandten Scheferchaha Bey (Sefer Šak Aga). An den Gesprächen war auch Maria Aurora Spiegel beteiligt, die dolmetschte. Im November 1712 reiste Spiegel mit einer polnischen Gesandtschaft nach Edirne, wo diese zunächst in Arrest gehalten wurde. Erst im Herbst 1713 kam es zu offiziellen Gesprächen, und Spiegel reiste im November 1713 weiter nach Konstantinopel.⁴⁸ Zurück in Lemberg, konnte er August den Starken über türkische Geheimvorschläge unterrichten. Der Sultan versuchte den König von Polen zu überzeugen, mit ihm ein gegen Russland gerichtetes Bündnis abzuschließen. August sollte seine Allianz mit dem Zaren aufkündigen und gemeinsam mit den Tür-

45 Schuckelt (wie Anm. 24).

46 Briefe Spiegels an verschiedene Empfänger in HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 707/2, fol. 30r–155r.

47 Schuckelt (wie Anm. 24).

48 Der türkische Name der Stadt lautete amtlich Konstantiniyye, was von Konstantinopel abgeleitet ist. Erst nach 1930 setzte sich Istanbul als Stadtname durch.

49 HStA Dresden, 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 3648/7, fol. 65r.

50 HStA Dresden, 11254 Gouvernement Dresden, Loc. 14516/30: „Es wird auch Unser Sous Brigadier von der Chevalier Garde und Obrist Lieutenant von Metzrad den Accise Rath Joh. George Spiegel, und den Capitaine Otto Wilhelm v. Milckau, welche beyde gewißer Verbrechen schuldig worden sind, überliefern.“

51 HStA Dresden, 11254 Gouvernement Dresden, Loc. 14516/30.

52 HStA Dresden, 13472 Schatullenkasse, fol. 9 und 66. Am 11. März 1711 wies August der Starke den Kammerat Steinhäuser in Warschau an, 66 Dukaten an Spiegel auszuzahlen, vgl. 10026 Geheimes Kabinett, Loc. 2094/187, fol. 23r.

ken Russland den Krieg erklären. Um diesen Gedanken näher zu besprechen, organisierte Johann Georg Spiegel ein Treffen des osmanischen Unterhändlers Scheferschaha Bey am 8. August 1714 im polnischen Reisen (Rydzyna), einst ein Besitz des Gegenkönigs Stanislaus I. Leszczyński (1677–1766). Madame Spiegel übersetzte die Gespräche sowie die Korrespondenz mit der osmanischen Seite, wie von ihr verfasste Übersetzungen und Protokolle belegen. Es war ungewöhnlich, dass eine Frau in politische Geheimgespräche involviert war, doch machte man sich hier zunutze, dass sie türkisch, polnisch und deutsch sprach. Am 7. September 1714 kam es noch einmal zu einem Gespräch zwischen dem Grafen Jacob Heinrich Flemming (1667–1728) und Scheferschaha Bey, bei dem Maria Aurora erneut dolmetschte.

Im April 1714 muss Johann Georg Spiegel in Ungnade gefallen sein. Nach seiner Rückkehr aus Konstantinopel wurde er im Warschauer Kapuzinerkloster gefangen gehalten.⁴⁹ Zusammen mit Otto Wilhelm von Milckau, der wegen Herstellung von Falschgeld verurteilt worden war, sollte er von Warschau auf die Festung Sonnenstein gebracht werden. Der Unterkommandant der Festung Dresden, General Wustromirski, wurde am 30. Mai 1715 angewiesen, für beide Gefangene auf der Festung Sonnenstein eine Zelle bereitzustellen und für Brennholz für den Winter zu sorgen. Mitgeteilt wurde nur, beide seien wegen „gewisser Verbrechen“ in Haft.⁵⁰ Spiegel starb indes bei der Überführung zum Sonnenstein, denn ein Schreiben vom 8. Juni 1715 teilt mit, dass der Gefangene „unterwegs mit Tode abgegangen“ sei.⁵¹ Ein Selbstmord ist nicht auszuschließen.

Maria Aurora Spiegel war durchaus wohlhabend. Sie (und nicht ihr Mann) kaufte am 3. Juli 1705 für 20.000 Taler das Rittergut Särchen bei Hoyerswerda von der Fürstin Teschen, womit das Rittergut sozusagen von einer Mätresse zu nächsten wechselte. Nach dem Tod ihres Mannes ohne Einkommen und wohl mit hohen Schulden belastet, gab sie Särchen am 25. Februar 1717 wieder an die Fürstin Teschen zurück, wobei sie einen Kaufpreis von nur 15.000 Talern erhielt und somit Verlust machte. Noch im gleichen Jahr kaufte sie das Haus Rampische Straße 33 in Dresden. Am 12. März 1717 verkaufte sie für 8.000 Einheiten unbekannter Währung „türckische Tapeten“ an August den Starken.⁵²

Madame Spiegel verbrachte ihre letzten Lebensjahre in Polen. Mehrfach besuchte sie das Kloster der Barmherzigen Brüder vom heili-



Christian Ehrenfried Kayser:
„Kammertürke“, Wasser- und
Deckfarben auf Papier, 1719
Staatliche Kunstsammlungen
Dresden, Kupferstich-Kabinett,
Ca. 100, Bl. 67.



Johann Samuel Gränicer:
„Kammertürke“, kolorierte
Aquatinta, um 1805
Staatliche Kunstsammlungen
Dresden, Kupferstich-Kabinett,
A 1995-5440

gen Johannes von Gott in Warschau. Der letzte erhaltene Brief stammt vom 11. April 1723 und wurde in „Oleschize“ verfasst, wobei unklar bleibt, welches Oleszyce gemeint ist. Als am 30. Oktober 1730 der Rat der Stadt Dresden in Bezug auf die Schulden Maria Auroras an August der Starken schrieb, lebte sie schon nicht mehr.⁵³ In dem Brief wird darauf verwiesen, dass „Maria Aurora von Spiegel“, so der Name mit Adelsprädikat, beim Konkurs Johann Gottlieb Anackers dessen Haus gekauft

53 HStA Dresden, 12881 Genealogica, Nr. 5302.

54 Inventar der Türkenkammer von 1683, S. 34, Nr. 49. Vgl. Holger Schuckelt: „Folget das Türckische Serail“. Das Wachsfigurenkabinett Augusts des Starken, Kammertürken und Türkenkammer am Dresdner Hof, in: Claudia Schnitzer/Petra Hölscher (Hrsg.): Eine gute Figur machen. Kostüm und Fest am Dresdner Hof, Dresden 2000, S. 68-83, hier S. 82.

55 Namensliste der „Kammertürken“, erstellt vom Autor aufgrund einer Quellenauswertung.

56 HStA Dresden, 10007 Oberkammerherrendepartement, Cap. 6, Nr. 4, fol. 15: „daß die Stelle der Cammertürken nach Ableben des damals noch lebenden, ganz eingehen und ihre Function durch einen Saalthürhüter versehen werden solle“.

- 57 Dazu Theilig (wie Anm. 17), S. 230-243.
- 58 Vgl. dazu 11237 Geheimes Kriegsratskollegium, Nr. 2745; 11338 Generalfeldmarschallamt, Loc. 10977/11 und 10975/5; 11241 Musterungslisten, Nr. 256d.
- 59 HStA Dresden, 11237 Geheimes Kriegsratskollegium, Nr. 3440.
- 60 HStA Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, K02, Nr. 6, fol. 7r.
- 61 Katholische Dompfarrrei Dresden, Taufbuch 1708-1759, Eintrag zum 21. Mai 1728.
- 62 Alle Angaben zu ihm nach HStA Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, A Nr. 22, fol. 2-3 und Katholische Dompfarrrei Dresden, Taufbuch 1708-1759, Eintrag zum 26. Juni 1735.
- 63 HStA Dresden, 10684 Stadt Dresden, Stadtgericht, Nr. 2218 und 2219; vgl. dazu auch Andrea Tonert: „Türkische Cammern“ außerhalb des Schlossbezirks. Türken im Dresden des 18. Jahrhunderts, in: Sächsisches Archivblatt 2/2010, S. 14-16.
- 64 Vgl. Hans-Joachim Böttcher: Die Türkenkriege im Spiegel sächsischer Biographien, Herne 2019, S. 244.

hatte, aber 2.000 Taler schuldig geblieben war. Auf Bitten des Sohnes Friedrich August Graf von Rutowski hatte dessen königlicher Vater die rückständigen Kaufgelder samt Zinsen aus einem Depositum genommen, wogegen sich der Rat der Stadt Dresden wandte. Da Rutowski die im Brief erwähnte Supplik an den König gerichtet hatte und nicht seine Mutter, wird sie nicht mehr am Leben gewesen sein.

„Kammertürken“

So, wie die europäischen Höfe schwarze Menschen als „Kammermohren“ beschäftigten, gab es auch die „Kammertürken“. Auch sie lassen sich an den Höfen des Heiligen Römischen Reichs und natürlich auch in Sachsen nachweisen. Doch ein Unterschied zu den „Kammermohren“ ist augenfällig: Anders als bei den „Mohren“, die eine dunkle Hautfarbe mitbringen mussten, konnten auch Einheimische, die über keinerlei türkischen Hintergrund verfügten, die Stelle eines „Kammertürken“ einnehmen.

Wann die Berufsgruppe der „Kammertürken“ am Dresdner Hof entstanden ist, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Im Unterschied zu den „Kammermohren“ wurden die „Kammertürken“ nicht in den Hofbüchern erfasst, was nahelegt, dass sie nicht aus der Kasse des Oberhofmarschallamts besoldet wurden. Für das 17. Jahrhundert ist bislang nur ein Nachweis bekannt: Im Inventar der Türkischen Kammer ist belegt, dass 1684 ein ungarischer Sattel an den „Cammer Türcken Solimannen“ ausgegeben wurde.⁵⁴ Dieser Soliman könnte durchaus ein „Beutetürke“ gewesen sein, wobei der muslimische Name andeutet, dass er nicht oder noch nicht die christliche Taufe empfangen hatte.

Im 18. Jahrhundert hatten die „Kammertürken“ eine konkrete Aufgabe: Sie waren Türhüter, Türsteher bzw. Huissiers, bewachten also die Türen der Gemächer des Herrschers und kontrollierten den Zugang. Die Namen und Geburtsorte der „Kammertürken“, die seit 1730 in den Hofbüchern verzeichnet sind, lässt überraschenderweise erkennen, dass keiner von ihnen einen türkischen oder muslimischen Hintergrund hatte.⁵⁵ Es waren Sachsen und Polen – auch ein Franzose und ein Mährer waren dabei. Die Nachnamen deuten nicht darauf hin, dass es sich um getaufte Muslime gehandelt hat. Offenbar war bei den „Kammertürken“ eine bestimmte ethnische Zugehörigkeit oder Herkunft nicht gefordert. Entscheidend war nur die „türkische“ Erscheinung, die ausschließlich durch die Kleidung vermittelt wurde. Die „Kammertürken“ trugen eine orientalische Kleidung mit Rock und Kaftan. Unverzichtbarer Bestandteil ihrer Kostümierung war der Turban.

Während die „Kammermohren“ nach dem Siebenjährigen Krieg abgeschafft wurden, blieben die „Kammertürken“ noch länger im Dienst. Um 1800 gab es am Dresdner Hof noch zwei Kammertürkenstellen. Die beiden letzten „Kammertürken“ in Dresden waren Christoph Kratzmann und Peter Hedasch, die beide unzweifelhaft Einheimische aus Sachsen waren. Am 9. Dezember 1815 entschied König Friedrich August I. von Sachsen (1750–1827), dass die Stellen der Kammertürken nach Ableben des damals noch lebenden Christoph Kratzmann nicht wieder neu besetzt und an ihrer Stelle Saaltürhüter eingestellt werden.⁵⁶ Mit dem Tod Kratzmanns am 3. Juli 1816 endete somit die Ära der „Kammertürken“.

Tataren in Polen und Sachsen

August der Starke herrschte als König von Polen auch über muslimische Untertanen. Die Großfürsten von Litauen hatten seit dem frühen 14. Jahrhundert Tataren der Goldenen Horde, also Angehörige von Turkvölkern mit islamischem Glauben, in Litauen angesiedelt.⁵⁷ In dem weit nach Osten ausgreifenden Großfürstentum Litauen erhielten sie Glaubens- und Verwaltungsfreiheit. Diese Rechte blieben auch nach dem Übertritt des Großfürsten Jogaila zum römisch-katholischen Glauben und seiner Annahme der polnischen Königskrone bestehen. Die Tataren nannten sich selbst „Lipka-Tataren“ (Litauen-Tataren) und siedelten überwiegend im Gebiet um Białystok, Grodno, Kaunas, Wilna und Minsk. Aus westlicher Sicht wurden sie als „Tartaren“

Tatarische Moschee in Kruzyniany
Foto: Matthias Donath



bezeichnet. Die Tataren assimilierten sich und nahmen polnische Namen sowie die weißrussische Sprache der Mehrheitsgesellschaft an, blieben jedoch Muslime. Die tatarischen Muslime waren vor allem als Krieger geschätzt und wurden als Soldaten angeworben. Bei der Ansiedlung in verschiedenen Dörfern Polens waren die Tatarenfamilien verpflichtet worden, berittene Reiter zu stellen.

Dass der sunnitische Islam der Lipka-Tataren zum historischen Königreich Polen gehörte, beweisen noch heute die tatarischen Moscheen in der Gegend um Białystok. So erhielten tatarische Offiziersfamilien 1679 die Höfe im weitgehend entvölkerten Dorf Kruszyniany. Dadurch bildete sich eine muslimische Gemeinde, die noch im 17. Jahrhundert einen Misar, also einen tatarischen Friedhof anlegte. Die heute noch vorhandene Moschee wurde in den Jahren 1768 bis 1795 von weißrussischen Zimmerleuten in traditioneller Handwerkstechnik und nach dem Vorbild orthodoxer Holzkirchen erbaut.

1741 warb Kurfürst Friedrich August II. (1696–1763) für die sächsische Armee eine größere Anzahl tatarischer Reiter aus dem Königreich Polen an.⁵⁸ Es waren Ulanen, ein Kavallerietyp polnischer Tradition. Unterteilt waren sie in Pulks (die polnische Entsprechung der Regimenter), die wiederum aus mehreren Fahnen bestanden. Jede Fahne setzte sich aus ca. 80 Soldaten zusammen, von denen jeder mit ein bis zwei Pferden ausgerüstet war. Die Tataren wurden als Ulanen eingesetzt, waren also beritten und hatten eine Lanze als Waffe. Den Oberbefehl hatte Obrist Błędowski. Die Befehlssprache in den Fahnen war Polnisch, die Musterungslisten der Truppe wurden in polnischer Sprache geführt. Die erste Musterung erfolgte im Juli 1741 in Meseritz (polnisch Międzyrzecz).⁵⁹ Die anfangs 15 Fahnen mit 1.053 Mann und 1.140 Pferden wurden 1744 auf 23 Fahnen mit insgesamt 2.006 Mann vermehrt. Aus den Musterungslisten geht die ethnische Herkunft genau hervor, da man in den Einträgen zwischen „Polak“ und „Tatar“ unterschied. Etwa zwei Drittel der Ulanen waren Tataren aus dem Königreich Polen. Sie trugen, wie ihre polnischen Kameraden, polnische Namen, jedoch lässt sich an Vor- und Nachnamen die Zugehörigkeit zum islamischen Glauben ablesen. Auch unter den Offizieren befanden sich Tataren islamischen Glaubens, so Rittmeister David Adamowicz oder Rittmeister Samuel Achmatowicz. Die Soldaten teilten sich in zwei Gruppen: „Towarczy“ (wörtlich: Kameraden) und „Pocztowy“ (wörtlich: Begleiter). Wie lange die Ulanen in

Rejestr Człowiek nadworny w latach 1741-1744
 Panna N. mi. konyki w. Litwa. W. Litwa. W. Litwa.
 Rok mi. w. J. 1741. A. Adamowicz. m. Litwa.
 Rok p. let. 1741. 86. na. 1741.

Imię i Przewidywałe imię Polaka		Polak	Przewidywałe imię
David	Adamowicz	Tatar	2
Aleksander	Wielki	Tatar	2
Aleksander	Kabalski	Tatar	2
	W. Gier	Moskali	1
Michał	Borowski	Polak	2
Jan	Andrusz	Tatar	2
Barcy	Tomski	Tatar	2
Proban	Borowski	Tatar	2
David	Kiernicki	Tatar	2
Jan	Chruszcz	Tatar	2
Isaak	Dobrzański	Tatar	2
Aban	Leński	Tatar	2
Matthias	Makowski	Tatar	2
Aleksander	Kiernicki	Tatar	2
Michał	Borowski	Tatar	2
Samuel	Wier	Tatar	2
David	Tutaj	Tatar	2
Mojż	Kaczkowski	Tatar	2
Leopold	Wierzycki	Tatar	2
Sebast	Borowski	Tatar	2
Isaak	Kiernicki	Polak	2
Aleksander	Popiel	Polak	2



oben: Aufstellung tatarischer Soldaten in der Fahne des Rittmeisters David Adamowicz, 1744
 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden

Johann Joachim Kaendler, Tatar, Meißner Porzellan, um 1748
 Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Porzellansammlung, PE 321

sächsischem Sold standen, ist nicht genau zu ermitteln – möglicherweise bis zum Beginn des Siebenjährigen Krieges.

Es ist durchaus denkbar, dass die tatarischen Reiter – auch in Sachsen – ihren muslimischen Glauben praktizierten, etwa, indem sie die täglichen fünf Gebete einhielten. Dazu benötigte man keine gebauten Moscheen. Die Gebete konnten in beliebigen Räumen oder auch im Freien durchgeführt werden. Da die Ulanen in wechselnden Städten und Dörfern einquartiert waren und vor Ort versorgt werden mussten, kam es wiederholt zu Beschwerden über „Exzesse“. Aber bei keinem dieser Fälle wird die Ausübung des islamischen Glaubens erwähnt – entweder, weil das nicht vorkam, oder, weil es nicht verboten war und sich die Quartiergeber davon nicht belästigt fühlten.

Ein Tatar gehörte mit der Berufsbezeichnung „Tartar“ zum Dresdner Hof. Dieser Mann ist nur mit seinen Nachnamen Stulkiewiz (Stulkiewicz) bekannt und wurde zwischen ca. 1725 und 1728 besoldet.⁶⁰ Unbekannt bleibt, ob er muslimischen Glaubens war oder bereits vor seiner Übersiedlung nach Dresden die römisch-katholische Konfession angenommen hatte. Wie seine Kleidung aussah, an der er als Tatar zu erkennen war, wissen wir nicht.

Drei weitere Tataren traten in Dresden zum römisch-katholischen Glauben über. Am 21. Mai 1728 taufte der Apostolische Nuntius, Kardinal Francesco Paulucci (Paulutius), in der katholischen Schlosskapelle in Dresden ein Mädchen und einen Knaben („Tartarus“/„Tartara“).⁶¹ Der männliche Tatar unbekanntes Alters erhielt den Vornamen Leo, die Tatarin den Vornamen Anna. Wer die Eltern waren und woher die Tataren stammten, wird nicht genannt; desgleichen wird kein Familienname angegeben. Die Paten waren die italienischen Kaufleute Leo Beneveno und Giorgio Venini sowie ihre Ehefrauen. Der dritte „Tatar“ war nach eigener Auskunft ein Tschuwasche („er nennet sich eine Tschuwatsch“), gehörte also einem Turkvolk an, das am Oberlauf der Wolga siedelte.⁶² Er hieß Wasili Schemiloff und war 1731 als Geschenk der russischen Zarin Anna Iwanowna (1693–1740) „samt anderen Soldaten“ nach Sachsen gekommen. Er war nicht bei Hofe beschäftigt, sondern diente in der Armee, und zwar im Königlichen Leibgrenadier-Garderegiment. 1735 war er ca. 40 Jahre alt. Sein Vorname lässt vermuten, dass er kein Moslem war, sondern russisch-orthodoxer Christ. Die Tschuwaschen waren – im Gegensatz zu anderen Turkvölkern – im 18. Jahrhundert überwiegend christianisiert worden. Am 26. Juni 1735 wurde Wasili Schemiloff in

der katholischen Schlosskapelle im römisch-katholischen Ritus auf den Namen Friedrich Christian getauft. Paten waren der Kurprinz Friedrich Christian (1722–1763) und Prinzessin Christine von Sachsen-Weißenfels (1690–1763), die sich bei der Taufe jedoch vertreten ließen. Sie schenkten dem Täufling 50 Taler.

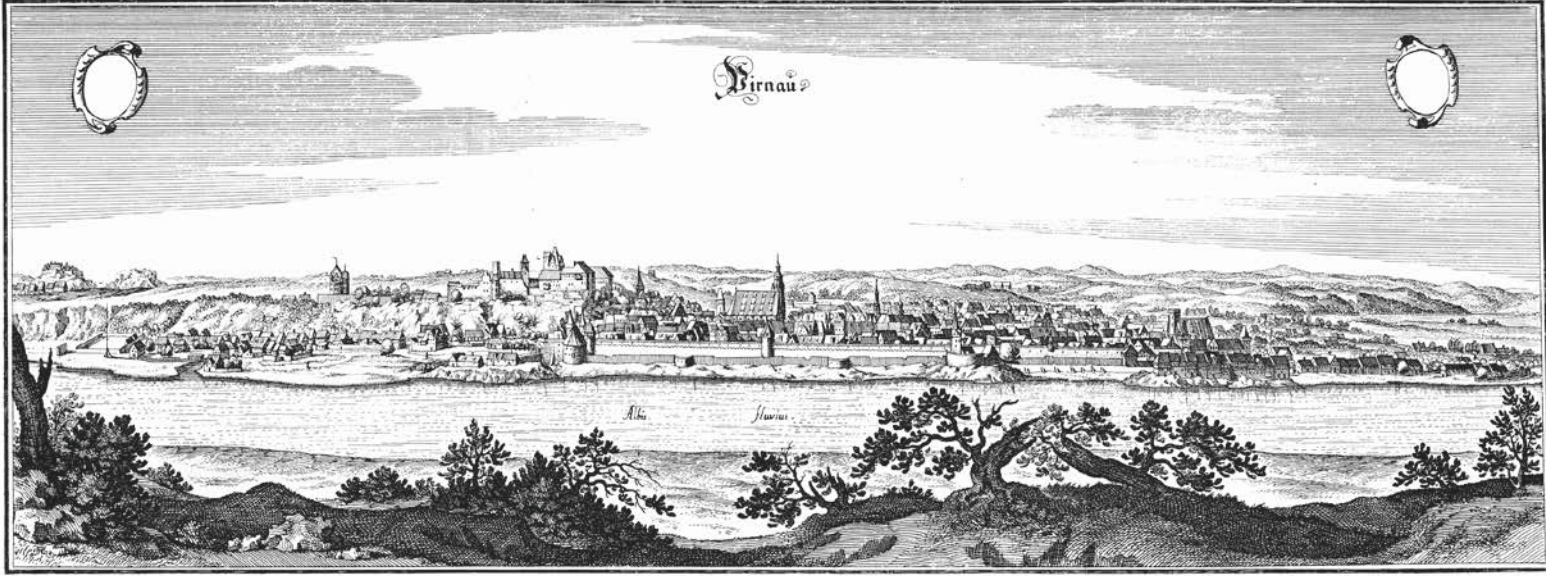
Ungewöhnliche Einzelfälle

Einer der wenigen Muslime, die freiwillig nach Sachsen kamen und nicht zum christlichen Glauben konvertierten, war der Kaufmann Osman aus Konstantinopel. Er lebte in der Neuen Gasse in Dresden-Neustadt im Haus des Fleischers Gottfried Eger. Womit er handelte, ist nicht bekannt. Er „hätte sich zur christl. Religion nicht bekannt, sondern wäre bei dem Mahometanischen Glauben beständig geblieben“. Als Muslim kann er in seiner Wohnung durchaus seinen Glauben praktiziert haben, indem er etwa die fünf täglichen Gebete einhielt. Dass wir von ihm erfahren, liegt darin begründet, dass er starb, ohne Angehörige oder ein Testament zu hinterlassen. Demzufolge mussten die Behörden den Nachlass ermitteln und verteilen. Osman hinterließ ein Barvermögen von 1.266 Talern, 19 Groschen und 9 Pfennigen sowie Mobilien. Laut Beschluss vom 2. Oktober 1745 fiel diese Summe an den Fiskus. Dieser zahlte 400 Taler an die Dresdner Stadtkasse zum Bau der Dresdner Frauenkirche und gab den Rest – nach Abzug berechtigter Forderungen von Gläubigern – an die Generalkriegskasse zum Unterhalt von Soldatenknaben (Kindern von Soldaten) in der Kaserne in der Dresdner Neustadt.⁶³ Osman wurde am Rand des Neustädter Kirchhofs ohne Kennzeichnung des Grabs beigelegt.

Sehr ungewöhnlich verlief das Leben Johann Saluncicas, der vermutlich ethnischer Rumäne war. Sein Vater soll Bürgermeister in Bender gewesen sein. Im Alter von 14 Jahren war er für den Dienst in der russischen Armee angeworben worden. Der Soldat geriet am 25. August 1758 bei Zorndorf in preußische Gefangenschaft und verpflichtete sich zum Dienst in der preußischen Armee. Bei einem Gefecht in Sachsen verwundet, kam es in das Lazarett in Dommitzsch, wo er sich – vermutlich, um aus dem Kriegsdienst freizukommen – als türkischer Muslim ausgab. Am Reformationstag, dem 31. Oktober 1762, empfing er in der Stadtkirche Dommitzsch die Taufe nach evangelisch-lutherischem Ritus.⁶⁴ Zugleich erhielt er einen neuen Namen: Gottlob Leberrecht Bender.

Autor

Dr. Matthias Donath
Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“



Böhmische Glaubensflüchtlinge in Sachsen

Die Pirnaer und Dresdner Exulanten- gemeinde als Zentrum der tschechisch- sprachigen Migration im 17. und 18. Jahrhundert

Frank Metasch

Im 17. und 18. Jahrhundert bildete Sachsen eines der wichtigsten Einwanderungsländer für Glaubensflüchtlinge aus dem benachbarten Böhmen.¹ Doch obwohl Zehntausende dieser sogenannten böhmischen Exulanten sich in hunderten sächsischen Ortschaften niederließen², spielen sie im öffentlichen Bewusstsein zumeist keine besondere Rolle. Eine Ausnahme bilden hier vor allem diejenigen Orte, die wie Johanngeorgenstadt ihre Gründung oder wie Klingenthal und Markneukirchen mit dem Musikinstrumentenbau die Etablierung prägender Gewerbe auf die böhmischen Einwanderer zurückführen.

Dass in den meisten Städten und Dörfern die Erinnerung an die vielen Flüchtlinge so schnell verblasste, kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass die neuen Mitbürger schon von ihren Zeitgenossen, spätestens aber von der nächsten oder übernächsten Generation gar nicht mehr als etwas Besonderes wahrgenommen worden sind. Für sie waren die böhmischen Migranten

wohl nicht viel fremder als all die anderen auswärtigen Zuwanderer, auf die alle sächsischen Städte in der Frühen Neuzeit angewiesen waren, wenn sie trotz Kriegen und Pandemien ihre Bevölkerungsstärke aufrechterhalten beziehungsweise sogar erhöhen wollten.

Förderlich für eine schnelle Integration wirkte sich aber auch aus, dass die meisten Einwanderer aus den deutsch- beziehungsweise zweisprachigen Regionen in Böhmen stammten und nicht wenige Einwandererfamilien selbst erst vor kürzerer Zeit aus Sachsen nach Böhmen übersiedelt waren oder das Nachbarland durch Studium und Beruf – etwa als Geistliche oder als Händler – bereits kannten. Die böhmischen Glaubensflüchtlinge, die sich vor allem während des Dreißigjährigen Krieges so zahlreich auf der anderen Seite der Grenze niederließen, sind damit auch zugleich ein Ausdruck für die traditionell engen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen Sachsen und Böhmen. Zumindest die böhmischen Lutheraner konnten

Ansicht Pirnas vor den schwedischen Zerstörungen von 1639. Von allen sächsischen Orten nahm Pirna mit Abstand die meisten Exulanten auf. Im Dreißigjährigen Krieg war jeder dritte Einwohner ein böhmischer Glaubensflüchtling.
Wikimedia

¹ Allgemein zur böhmischen Einwanderung nach Sachsen vgl. insbesondere Wulf Wäntig: Grenzerfahrungen. Böhmische Exulanten im 17. Jahrhundert, Konstanz 2007; Alexander Schunka: Gäste, die bleiben. Zuwanderer in Kursachsen und der Oberlausitz im 17. und frühen 18. Jahrhundert, Hamburg 2006 und Frank Metasch: Exulanten in Dresden. Einwanderung und Integration von Glaubensflüchtlingen im 17. und 18. Jahrhundert, Leipzig 2011.

2 Als eine Recherchemöglichkeit vgl. die ‚Bergmannsche Exulantensammlung‘: <https://www.exulanten.geschichte.uni-muenchen.de/>.

zudem auf ein besonderes Maß an konfessioneller Solidarität im „Mutterland der Reformation“ hoffen, insbesondere da sich Sachsen zu dieser Zeit noch als die wichtigste evangelische Schutzmacht im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation verstand.

Bedeutend schwieriger hatten es diejenigen Einwanderer, die nur der tschechischen Sprache mächtig waren und denen schon die fehlenden Sprachkenntnisse deutlich größere Grenzen bei der Integration aufzeigten. Eine wichtige Integrationsfunktion nahmen daher in Sachsen die wenigen böhmischen Kirchgemeinden ein, die sich überall dort etablieren durften, wo sich eine ausreichend große Zahl an fremdsprachigen Migranten niedergelassen hatten, die über genügend finanzielle Mittel oder Zuwendungen verfügten, um ihre tschechischsprachigen Gottesdienste aus eigener Kraft zu bestreiten. In diesen besonderen „böhmischen Gemeinden“ in Pirna (1626), Dresden (1650), Zittau (1655), Neusalza (1670), Gebhardsdorf (1675), Niederörtmannsdorf (1683), Großhennersdorf (1724) und Gerlachsheim (1729) spiegeln sich somit auch die Zentren der tschechischsprachigen Einwanderung in Sachsen wider. In den folgenden Betrachtungen sollen vor allem die Pirnaer und die daraus hervorgegangene Dresdner Exulantengemeinde im Fokus stehen, die lange Zeit das politische, kulturelle und wirtschaftliche Zentrum der Exilböhmern bildeten. In Dresden pflegte die böhmische Gemeinde zudem nicht nur bis weit ins 19. Jahrhundert hinein die tschechische Sprache der ehemaligen Einwanderer, hier wurde auch die gemeinsame Erinnerung an die verlassene Heimat besonders lange lebendig gehalten.

Die böhmische Rekatholisierung als Migrationsursache

Auch im 17. und 18. Jahrhundert ging man noch in fast ganz Europa davon aus, dass die gemeinsame, einheitliche Religion das wichtigste Band wäre, das eine Gesellschaft in all ihren Teilen zusammenhält, so auch in Deutschland, dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation. Jeder deutsche Landesherr besaß seit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 das Recht, zu bestimmen, ob seine Untertanen einheitlich dem katholischen oder dem lutherischen Glauben anzugehören hatten. Erst mit dem Westfälischen Frieden von 1648 wurde auch die evangelisch-reformierte Kirche rechtlich anerkannt. Da religiöser Pluralismus als ordnungsgefährdend galt, standen Angehörige anderer christlicher Konfessionen oder gar anderer Religionen zumeist nur vor der Alternative, zu konvertieren

oder zu emigrieren. In ganz Europa waren so bis zum Ende des 18. Jahrhunderts mehrere hunderttausend Menschen gezwungen, für ihren Glauben die Heimat zu verlassen. Schon von den Zeitgenossen erhielten diese Glaubensflüchtlinge den Namen „Exulanten“. Einen besonders großen Umfang erreichte die religiös motivierte Migration dort, wo der Landesherr beim katholischen Glauben verblieben war, während sich ein Teil – oder wie im Beispiel Böhmens mit knapp 90 Prozent sogar der Großteil – der Untertanen dem Protestantismus zugewandt hatte. Mit der erzwungenen Rekatholisierung dieses andersgläubigen Bevölkerungsanteils erreichte die Konfessionsmigration im 17. Jahrhundert eine bis dahin unbekannt große Größenordnung.

Für das streng lutherisch orthodoxe Kurfürstentum Sachsen sind hierbei vor allem die Migranten aus den böhmischen Ländern von Bedeutung: dem Königreich Böhmen, der eng damit verbundenen Markgrafschaft Mähren und dem Herzogtum Schlesien. Die Ober- und Niederlausitz nahmen als böhmische Nebenländer eine Sonderrolle ein, da sie schon zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges von Sachsen erst militärisch unterworfen und dann – unter Wahrung der bestehenden Kirchenverhältnisse – dauerhaft von Böhmen an Sachsen übertragen wurden. Als einzige böhmische Territorien blieben die Lausitzen so vor der Rekatholisierung bewahrt und entwickelten sich in der Folgezeit selbst zu einer wichtigen Zufluchtsregion der böhmischen Protestanten.

Die Rekatholisierung der böhmischen Länder mit ihrer überwiegend evangelischen Bevölkerung gestaltete sich als ein langwieriger Prozess, der in den einzelnen Territorien zeitlich versetzt und unterschiedlich intensiv verlief. Denn selbst als Herzöge, Könige oder Kaiser konnten die in Böhmen herrschenden katholischen Habsburger ihre nichtkatholischen Untertanen nicht einfach so zum Glaubenswechsel zwingen. Auch sie mussten sich an die jeweiligen Religionsverträge halten, und diese gültige Rechtsgrundlage konnte in Böhmen erst mit dem Aufstand der böhmischen Stände gegen ihren neuen König und späteren deutschen Kaiser Ferdinand II. durchbrochen werden.

Auftakt war der bekannte Prager Fenstersturz von 1618, mit dem die evangelischen Stände in Böhmen begannen, offen gegen die Rekatholisierungsversuche Ferdinands II. zu protestieren. Mit der Niederschlagung des Aufstandes in der schicksalhaften Schlacht am Weißen Berg bei Prag am 8. November 1620 war Kaiser Ferdinand II. machtpolitisch in der Lage, die alten Religionsverträge aufzuheben und den katholischen Glauben zur allei-

nigen Staatsreligion zu erklären. Beginnend mit der Geistlichkeit als den Multiplikatoren der ‚falschen‘ Lehre wurden daraufhin zwischen 1621 und 1627 alle Bevölkerungsschichten aufgefordert, sich entweder zum Katholizismus zu bekennen oder andernfalls auszuwandern.

Die Umsetzung dieser Anordnungen zog sich jedoch über Jahre hin. Beim Adel und den gut kontrollierbaren Städten konnte sie innerhalb weniger Jahre bis zum Beginn der 1630er Jahre durchgesetzt werden. In den ländlichen Regionen setzte die Rekatholisierung hingegen erst nach dem Krieg, ab 1650, ein. Ihr Ende fand die Ausweisung andersgläubiger Untertanen in Böhmen sogar erst 1781 mit den Toleranzpatenten Kaiser Josephs II.

Während des Dreißigjährigen Krieges emigrierten daher hauptsächlich der Adel sowie die städtischen Mittel- und Oberschichten, die ihren Besitz noch mitnehmen beziehungsweise verkaufen durften, nach Sachsen. Für viele Migranten, die ihren Hausrat per Schiff transportierten, war die Elbe ein wichtiger Verkehrsweg, und die größte Anziehungskraft übte hierbei eigentlich die durch starke Festungsmauern geschützte Residenzstadt Dresden aus. Da der sächsische Kurfürst Johann Georg I. seine Residenz und wichtigste Festung aus Sicherheitsbedenken heraus aber frühzeitig vor den Exulanten verschloss, ließen diese sich vor allem im benachbarten Pirna nieder – viele weiterhin mit der Hoffnung, früher oder später in ihre Heimat zurückzukehren oder wenigstens doch noch nach Dresden übersiedeln zu dürfen. Beide Orte bildeten daher für fast zwei Jahrzehnte zusammen das politische, wirtschaftliche und religiöse Zentrum der Exilböhmern.

Die böhmischen Einwanderer wurden aber keinesfalls immer und überall mit offenen Armen empfangen, auch wenn es ihnen freistand, sich mit Ausnahme Dresdens und der grenznahen Regionen überall in Sachsen frei niederzulassen. Gerade in den Kriegszeiten waren sie für große Teile der Bevölkerung eine äußerst unliebsame Konkurrenz. Und auch der sächsischen Regierung waren die Exulanten politisch und religiös erst einmal suspekt: Denn zum einen befanden sich unter den Migranten viele Beteiligte des von Sachsen bekämpften böhmischen Ständeaufstandes, und zum anderen gab es unter den böhmischen Protestanten nicht nur Lutheraner. Gerade in Böhmen hatte sich ein sehr breites Spektrum evangelischer Glaubensrichtungen herausgebildet, und selbst so mancher böhmische Lutheraner musste später in Sachsen feststellen, dass sein Glauben von der hiesigen Lehrmeinung durchaus abwich. Von Beginn an wurden die böhmischen Migranten daher in allen bedeutenden Einwanderungsorten von

den Behörden erfasst und in speziellen Listen verzeichnet. Für die Forschung sind diese „Exulantenverzeichnisse“ ein wahrer Glücksfall, da sich hierdurch die Einwanderung ungewöhnlich detailliert nachvollziehen lässt.

Pirna als das Zentrum der böhmischen Einwanderung

Besonders dramatisch verlief die Entwicklung in Pirna.³ Obwohl die Elbstadt selbst nur knapp 4.000 Einwohner besaß, wurden hier zum Höhepunkt der Einwanderung im Januar 1629 über 600 Exulantenhaushalte mit über 2.000 Personen gezählt. Zu diesem Zeitpunkt handelte es sich zumeist noch um Angehörige des Adels beziehungsweise der städtischen Ober- und Mittelschichten. Der Anteil adliger Haushalte war – das dazugehörige Dienstpersonal mitgerechnet – mit knapp zehn Prozent zwar nicht annähernd so hoch wie in der Residenzstadt, wo fast jeder dritte Exulant zu einem adligen Haushalt gehörte, dafür waren in Pirna aber ungewöhnlich viele angesehene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Intellektuelle zu finden. Gerade dieser großen Anzahl von Gelehrten dürfte es zuzuschreiben sein, dass sich das kulturelle Zentrum der Exilböhmern anfänglich in Pirna befand. Hier existierte daher nicht nur eine Druckerei für tschechische Schriften, auch verschiedene Privatbibliotheken sind noch heute nachweisbar. Aufgrund der vielen gelehrten Exulanten haben sich für Pirna gleich mehrere persönliche Zeitzeugnisse erhalten. Eine wahre Fundgrube ist hierbei die lange verschollene tschechische Chronik des Leitmeritzer Bürgers und Stadtschreibers Václav Nosidlo, der von 1626 bis 1639 als Exulant in Pirna lebte.⁴ Wie diese tschechischen Aufzeichnungen zeigen, besaß Pirna hinsichtlich der Sozialstruktur seiner Einwanderer noch eine weitere Besonderheit: Nur hier kam es anfänglich zu einer nennenswerten Einwanderung tschechischsprachiger Exulanten.

Bis heute bleibt es dabei ein Rätsel, wie Pirna überhaupt so viele Migranten aufnehmen konnte. Die Wohnverhältnisse, die hygienischen Bedingungen, die Versorgung mit Lebensmitteln, aber auch das Verhältnis zwischen einheimischer Bevölkerung und Migranten haben sich entsprechend schwierig gestaltet. Auch in den Folgejahren entspannten sich die Verhältnisse nicht wirklich, bei der letzten Zählung im Dezember 1636 lebten immer noch über 1.600 Exulanten in der Stadt.

Nicht anders als heute stellte sich für die aufnehmenden Orte die Frage, wie die vielen böhmischen Einwanderer schnell und möglichst konfliktfrei zu integrieren wären. Da die

3 Für Pirna vgl. die Arbeiten von Lenka Bobková, insbesondere: Die Gemeinde der böhmischen Exulanten in der Stadt Pirna 1621–1639, in: Herbergen der Christenheit 27 (2003), S. 37–56 und Exulanti z Prahy a severozápadních Čech v Pirně v letech 1621–1639, Praha 1999.

4 Zu Nosidlo vgl. Martina Lisa: Die Chronik des Václav Nosidlo von Geblice. Aufzeichnungen aus der böhmischen Exulantengemeinde in Pirna zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Edition und Übersetzung, Stuttgart 2014 sowie Jana Hubková: Lebenserfahrungen des Leitmeritzer Bürgers und Pirnaer Exulanten Václav Nosidlo von Geblic (1592–1649). Ein Selbstzeugnis im Spiegel der Flugblattpublizistik des Dreißigjährigen Krieges, in: Kristina Kaiserová/Walter Schmitz (Hrsg.): Sächsisch-Böhmische Beziehungen im Wandel der Zeit, Dresden 2013, S. 95–120.



Pirnaer Wappenbuch. Das Wappenbuch wurde 1628 von böhmischen Exulanten anlässlich der Genehmigung tschechischer Gottesdienste in Pirna gestiftet und gelangte nach 1639 in den Besitz der Dresdner Exulanten-gemeinde.
© Evangelisch-Lutherische Stiftung Böhmischer Exulanten

sächsischen Behörden von den Einwanderern erwarteten, dass sie sich als vollwertige Bürger und damit Steuerzahler in die vorhandenen städtischen Gemeinden eingliederten, sollten alle Exulanten eigentlich das Bürgerrecht erwerben. Nicht jeder Einwanderer wollte aber Bürger werden, und nicht jeder verfügte hierfür über die hohen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen. Ganz zu schweigen davon, dass der Adel das Bürgerrecht als unstandesgemäß kategorisch ablehnte. Noch bei der letzten Zählung 1636 besaßen daher in Pirna von über 460 Haushalten gerade einmal 21 – weniger als fünf Prozent – das Bürgerrecht.

Gerade das Bürgerrecht besaß aber für die Integration der Exulanten eine hohe Bedeutung, denn mit der damit einhergehenden rechtlichen Gleichstellung verbanden sich keinesfalls nur finanzielle Nachteile, es eröffneten sich vielmehr auch enorme Vorteile. So durfte man beispielsweise nur als Bürger ein politisches Amt bekleiden, und nur ein Bürger durfte Grundstücke und Häuser erwerben oder als Meister einem zünftig organisierten Handwerk nachgehen.

Als Sammelbecken aller sozialen Schichten, denen das teurere Leben in der benachbarten Residenzstadt verwehrt blieb, verweisen die Pirnaer Exulantenverzeichnisse auf eine deutlich niedrigere Sozialstruktur der Einwanderer als in Dresden. Das zeigt sich beispielsweise schon beim Dienstpersonal, auf das man bei den Pirnaer Exulanten weitaus seltener trifft. Auch die hohe Anzahl von Frauen und Witwen lässt auf schwierige wirtschaftliche Verhältnisse schließen, fehlte damit doch in jedem vierten Haushalt der Mann als damals so wichtiger Haupternährer.

Überhaupt ist für Pirna festzuhalten, dass der Großteil der Exulanten keinem geregelten Handwerk nachging, sondern dass mehr als die Hälfte vor allem von den mitgebrachten Er-

sparnissen zehrte. Waren diese aufgebraucht, mussten die Betroffenen zumeist schlecht bezahlten Gelegenheitsarbeiten nachgehen oder konnten eben nur noch kümmerlich als Bettler oder Almosenempfänger ihren Lebensunterhalt bestreiten. Ein besonders frappierendes Beispiel ist ein Böhme, der in Pirna davon lebte, „über die Müllhalden [zu] streifen“ und dessen „Elend und [...] Not“ sich mit der im August 1632 ausgebrochenen Pestepidemie noch so weit steigerte, dass er sich als Totengräber für die Pestopfer zur Verfügung stellen musste.⁵

Eine besondere Rolle spielte Pirna als das tschechischsprachige Zentrum der Exilböhmern bei der kirchlichen Integration. Gerade den ausschließlich fremdsprachigen Exulanten fehlte nicht nur die notwendige geistliche Führung und Fürsorge, sie entzogen sich auch schon rein sprachlich völlig der kirchlichen wie weltlichen Kontrolle. Als daher im Januar 1628 die Pirnaer Böhmen den Kurfürsten um öffentliche Gottesdienste in ihrer Muttersprache baten, zeigten sich die sächsischen Behörden erstaunlich kompromissbereit. Die obersten Kirchen- und Landesbehörden sprachen sich nach längeren Beratungen einhellig für die erstmalige Genehmigung fremdsprachiger Gottesdienste in Sachsen aus. Als Argumente hoben sie hierbei hervor, dass man ein solches Zugeständnis den um ihres Glaubens wegen emigrierten Exulanten nicht nur schuldig wäre, sondern dass sich damit zugleich eine gute Möglichkeit zur konfessionellen wie allgemeinen Überwachung bot. Mittels des einzusetzenden Pfarrers könnten Gottesdienste und Gemeinde wirkungsvoll kontrolliert und vor allem die gefürchtete Verbreitung „calvinistischer“ Einflüsse verhindert werden, worunter dem zeitgenössischen Verständnis zufolge alle von der lutherischen Orthodoxie abweichenden Lehrmeinungen verstanden wurden.

Der neue böhmische Pfarrer sollte daher nicht nur ausdrücklich zweisprachig sein, er musste auch an einer lutherischen Universität studiert haben und sich streng der sächsischen Kirchenordnung unterwerfen. Über die nötige Finanzierung des Pfarrers und der Gottesdienste wurde nicht verhandelt. Hier war es von Beginn an selbstverständlich, dass hierfür ausschließlich die Gemeinde selbst aufzukommen habe. Da die Böhmen aber weder über das Geld für ihren neuen Pfarrer noch für die notwendige liturgische Ausstattung ihrer Gottesdienste verfügten, entschlossen sie sich, in ihren Reihen Gelder zu sammeln und die Spender in einem speziellen Spendenbuch festzuhalten, dem sogenannten Pirnaer Wappenbuch.

Im April 1628 konnten die Pirnaer Exulanten in der außerhalb der Stadtmauern gelegenen

⁵ Lisa (wie Anm. 4), S. 317, 9. August 1632.

Nikolaikirche ihren ersten eigenen Gottesdienst feiern. Zu ihrem ersten Pfarrer wählten sie den ehemaligen böhmischen Geistlichen Samuel Martini, der schon seit einigen Jahren der religiöse Mittelpunkt der Migranten war. Um erst einmal zu sehen, ob sich die tschechischen Gottesdienste überhaupt bewähren würden, beschränkte sich ihre Bewilligung anfänglich nur auf ein Jahr. Aufgrund ihres Erfolges als wirksames Seelsorge- und Kontrollmittel wurden sie in den Folgejahren aber beständig verlängert.

Die wohl größten Probleme hatte die Pirnaer Gemeinde mit den vielen verschiedenen Glaubensrichtungen innerhalb der protestantischen böhmischen Kirche. Vor allem der große Anteil an Mitgliedern der Brüderunität führte in Pirna zu einer tiefen religiösen Spaltung. Der böhmische Pfarrer stand hier beinahe hilflos zwischen den Stühlen, wenn er versuchte, auf der einen Seite die obrigkeitlichen Vorgaben zum Schutz der lutherischen Lehre umzusetzen und auf der anderen Seite aber auch seine Gemeinde zusammenzuhalten. An welch einfachen theologischen Auslegungen sich tiefe konfessionelle Konflikte entzünden konnten, zeigt auch Václav Nosidlo in seiner Chronik. So nahm Nosidlo etwa nach seiner Teilnahme an einer Pirnaer Hochzeit befremdet zur Kenntnis, dass Luther den deutschen Pfarrern das Tanzen erlaubt habe: „Wie die Tanzbären und ohne alle Scham, sprangen die [Pfarrer] so herum, dass sie alle weltlichen [Personen] in diesem schlechten Beispiel übertrafen.“⁶ Besonders entrüstete er sich aber über den sächsischen Taufritus, bei dem trotz ungeheizter Kirchenräume die Kinder entkleidet wurden.⁷ Nicht ohne nationalen Stolz betonte er, dass die böhmisch-hussitischen Traditionen hier nicht nur weitaus gesünder, sondern eben auch ein Jahrhundert älter als das deutsche Luthertum wären.

Die sächsischen Behörden gingen jedoch streng gegen jegliche konfessionelle Abweichung vor. Mehrfach wurde verlangt, dass auch alle Pirnaer Exulanten am lutherischen Abendmahl und der hierfür notwendigen Privatbeichte teilzunehmen haben, was ohne die böhmische Gemeinde gar nicht möglich gewesen wäre. Wer dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde vom Pirnaer Superintendenten oder sogar dem Dresdner Konsistorium vorgeladen und musste im Falle anhaltender Verweigerung das Land wieder verlassen.

Eine wichtige Zäsur brachte dann 1639 das sogenannte Pirnaische Elend, als die gesamte Stadtbevölkerung monatelang unter einer schwedischen Besatzung und den schwedischen Plünderungen zu leiden hatte. Allein bei der Eroberung der Stadt im April 1639 sollen bis

zu 600 Einwohner ihr Leben verloren haben. Auch die meisten Exulanten mussten nun die Stadt wieder verlassen, sodass die böhmische Gemeinde zerbrach und einer älteren Schätzung zufolge wohl nur noch knapp 200 Böhmen zurückblieben.⁸ Ein kleiner Teil der Exulanten siedelte 1639 nach Dresden über, der weitaus größte Teil ging allerdings nach Schandau und vor allem nach Zittau, wo sich später ebenfalls eine eigene böhmische Gemeinde herausbildete.

Die sächsische Residenzstadt Dresden

Mit dem Auseinanderbrechen der Pirnaer Exulantengemeinde übernahm Dresden zusammen mit Zittau die bisherige Rolle Pirnas als religiöses Zentrum der Exilböhmen.⁹ Obwohl Dresden als Residenz- und wichtigste sächsische Festungsstadt eigentlich so weit wie möglich frei von allen Exulanten gehalten werden sollte, entwickelte sich die Stadt schon frühzeitig zu einem wichtigen Einwanderungszentrum. Zu hoch war – trotz der ungewöhnlich restriktiven Aufnahmepolitik – die wirtschaftliche und kulturelle Anziehungskraft von Stadt und Hof. Zum Höhepunkt der Einwanderung 1637 lebten 178 Exulantenhaushalte mit rund 700 Männern, Frauen und Kindern in der Stadt, die damals selbst nur um die 17.000 Einwohner zählte.

Da die Exulanten in Dresden unter einer so hohen Kontrolle standen wie in keiner anderen sächsischen Stadt, konnten sich hier während des Dreißigjährigen Krieges hauptsächlich nur Glaubensflüchtlinge niederlassen, die sich hier dauerhaft eine neue Existenz aufbauen wollten und die hierfür auch über dazu nötigen finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen verfügten. Bis zum Beginn der 1640er Jahre konnten so mehr als drei Viertel der Einwandererfamilien das Bürgerrecht erwerben und zählten damit schon per se mindestens zur städtischen Mittelschicht. Jeder dritte Einwanderer gehörte zu dieser Zeit zudem einem adligen Haushalt an.

Im Gegensatz zu Pirna verfügten damit die meisten Dresdner Exulanten nicht nur über die volle rechtliche Gleichstellung, sie durften als Bürger auch ganz regulär Grundstücke und Häuser erwerben sowie als Meister einem Handwerk nachgehen. Die gehobene Sozialstruktur der Dresdner Einwanderer spiegelt sich entsprechend auch in einem besonders breit gefächerten Berufsspektrum wider, das vom Schuhmacher und Schneider, über den Uhrmacher, Posamentierer und Goldschmied bis hin zum Arzt und Apotheker reichte. Förderlich wirkte sich hierbei aus, dass auch die Dresdner

6 Ebenda, S. 197, 26. Februar 1629.

7 Ebenda, S. 199, 9. März 1629

8 Oskar Speck: Zur Geschichte der Stadt Pirna im dreißigjährigen Kriege, o. O. 1889, S. 103.

9 Die Aussagen zur böhmischen Einwanderung in Dresden beruhen auf: Metasch (wie Anm. 1).



Johanniskirche in Dresden, Lithographie von J. Franke, um 1840. Für ihre 1650 genehmigten tschechischen Gottesdienste wurde der böhmischen Gemeinde in Dresden die Mitnutzung der Johanniskirche eingeräumt. SLUB Dresden

Innungen während des Krieges hohe Verluste erfahren hatten. In manchem Handwerk war sogar jeder zweite Meister verstorben, sodass qualifizierte Fachkräfte dringend gesucht waren. Aber auch als billige Lohnarbeiter wurden die Exulanten benötigt. Laut Aussage des Dresdner Rats sollen sie die einzigen gewesen sein, die überhaupt noch zu bezahlbaren Löhnen auf den städtischen Baustellen oder in den Weinbergen gearbeitet hätten.

In der Bevölkerung wiederum stand man gerade in den schwierigen Kriegszeiten den neuen Einwohnern äußerst skeptisch gegenüber. Für die Dresdner waren die fremden Einwanderer eine ungewollte wirtschaftliche Konkurrenz, von der man hoffte, dass sie der Stadt schnell wieder den Rücken kehren würde. Beispielsweise warf man den böhmischen Familien vor, sie würden den einheimischen Bürgern die Arbeit wegnehmen, die Mieten verteuern, sich nicht an den öffentlichen Lasten beteiligen und sie wären an den immer höheren Lebensmittelpreisen schuld.

Von Vorteil für die Integration der Einwanderer wird gewesen sein, dass sich in Dresden überwiegend deutsch- beziehungsweise zweisprachige Migranten niederließen, sodass sich hier auch sprachlich keine größeren Konflikte zeigten. Noch im November 1637 wurden

nur für acht der vorgefundenen 178 Exulantenhaushalte Verständigungsschwierigkeiten festgehalten, weil diese acht befragten Personen „kein Teuzsch“ konnten.¹⁰

Mit den deutschsprachigen Exulanten gab es somit auch bei der kirchlichen Integration kaum Probleme. Von ihnen wurde erwartet, dass sie sich als Lutheraner einfach in eine der bestehenden Kirchgemeinden eingliederten. Die wenigen fremdsprachigen Migranten verwies man auf die in Pirna seit 1628 abgehaltenen tschechischen Gottesdienste.

Diese Verhältnisse sollten sich deutlich verändern, als sich Dresden aufgrund des Auseinanderbrechens der Pirnaer Exulantengemeinde ab 1639 zunehmend zu einem Zentrum der tschechischsprachigen Migration entwickelte. Auch deutliche Verschiebungen in der Sozialstruktur der Dresdner Exulanten sind nun zu konstatieren, insbesondere seit mit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges vorrangig nur noch Angehörige unterer städtischer und ländlicher Gesellschaftsschichten aus Böhmen auswanderten, die oftmals völlig mittellos nach Sachsen kamen. Auch in Dresden musste daher ein großer Teil der Einwanderer nun über Jahrzehnte hinweg aus den Armenkassen unterstützt werden, und viele waren trotzdem zusätzlich auf das Betteln angewiesen.

Da nach dem Kriegsende immer mehr Böhmen einwanderten, die schon aus finanziellen oder rechtlichen Gründen gar nicht mehr das Bürgerrecht erwerben konnten, blieb ihnen somit auch die Ausübung eines zünftigen Gewerbes versperrt, sodass man nach 1650 überwiegend nur noch auf Tagelöhner trifft. Auch die fremde Sprache dürfte dafür verantwortlich sein, dass ihnen die Innungen nun zumeist verschlossen blieben. Viele Mitglieder der böhmischen Gemeinde pachteten sich daher ein kleines Stück Land und versuchten, das erzeugte Gemüse in der Stadt und auf den umliegenden Märkten zu verkaufen. Anfang des 18. Jahrhunderts war dieses Gewerbe sogar so dominant, dass in der Bevölkerung teilweise nur noch von den „böhmischen Gärtnern“ gesprochen wurde, und sogar die Gottesdienstzeiten der böhmischen Gemeinde mussten mehrfach den Marktzeiten angepasst werden.

Das lange Erbe der Dresdner Exulantengemeinde

Wie bereits angesprochen, stieg Dresden mit dem Ende der tschechischen Gottesdienste in Pirna 1639 zu einem Zentrum der tschechischsprachigen Migration auf. Damit stand

¹⁰ Metasch (wie Anm. 1), S. 94 f., Anm. 137.



man nun in Dresden vor dem Problem, den fremdsprachigen Einwanderern nicht mehr die notwendige geistliche Fürsorge bieten zu können. Zudem fürchtete die sächsische Kirchenleitung, unter den Exulanten könnten sich ohne autorisierte Führung Einflüsse verbreiten, die nicht im Einklang mit der lutherischen Orthodoxie ständen. Aus diesem Grund stellte man den Böhmen einen lutherischen Geistlichen zur Seite, der für sie muttersprachliche Privatgottesdienste im Hause eines adligen Gemeindeglieds durchführen durfte. Die Wahl fiel hierbei auf Matthias Georgines, der sich bereits in Pirna als Gehilfe des böhmischen Pfarrers Samuel Martini bewährt hatte.

Als Georgines 1649 verstarb, bat seine Exulanten-gemeinde nicht nur um einen Nachfolger, sondern auch um die Genehmigung öffentlicher Gottesdienste. Nach Fürsprache des Stadtrates gewährte ihnen am 8. April 1650 der Kurfürst ihren Wunsch, sodass die Böhmen noch am 11. April, dem Gründonnerstag, ihren ersten öffentlichen Gottesdienst in Dresden feiern konnten. Sie erhielten hierzu mit dem Prager Exulanten Johannes Hertwicius einen eigenen Pfarrer, den sie weiterhin selbst besolden mussten. Zudem überließ ihnen der Stadtrat die Johanniskirche zur Mitnutzung, eine kleine hölzerne Begräbniskapelle vor dem Pirnaischen Tor.

Wie schon in Pirna waren auch die tschechischen Gottesdienste in Dresden anfänglich nur als Übergangslösung und Integrationshilfe gedacht. Sobald alle Exulanten sprachlich in der Lage gewesen wären, an den regulären, deutschen Gottesdiensten teilzunehmen, sollten sie wieder eingestellt werden. Es hatte 1650 niemand voraussehen können, dass in den nächsten einhundert Jahren beständig neue Böhmen einwandern würden und dass viele Einwanderer noch Jahrzehnte nach ihrer Ankunft immer noch nicht der deutschen Sprache mächtig waren. Die Sprache war für viele das Einzige, was sie aus ihrer alten Heimat herübergerettet hatten, und sie aufzugeben, hätte auch bedeutet, ein Stück der eigenen Identität zu verlieren.

Spätestens mit ihren öffentlichen Gottesdiensten war auch die böhmische Gemeinde eine feste Institution in Stadt und Land. Sogar viele Protestanten in Böhmen nahmen den langen Weg auf sich, um überhaupt noch in ihrer Muttersprache das Abendmahl empfangen zu können. In ihren Blütezeiten besaß die böhmische Gemeinde immerhin zwischen 200 bis 300 Mitglieder.

Ein besonderes Privileg der böhmischen Gemeinde war es nun, wie schon zuvor in Pirna, aus sprachlichen Gründen ihren Pfarrer selbst wählen zu dürfen. Bedingung war jedoch auch in Dresden, dass dieser böhmische Pfarrer sich streng nach der sächsischen Kirchenordnung richtete, an einer lutherischen Universität studiert hatte und unbedingt zweisprachig war. Zudem wurden auch den Dresdner Exulantenpfarrern nur begrenzte Rechte zugestanden. Ihre Befugnisse beschränkten sich anfänglich hauptsächlich darauf, drei Mal in der Woche in tschechischer Sprache Gottesdienste abzuhalten sowie ca. alle vier Wochen das Abendmahl auszuteilen und die Beichte abzunehmen. Seit den 1660er Jahren durfte der böhmische Pfarrer innerhalb seiner Gemeinde auch Hochzeiten durchführen. Für Taufen und Begräbnisse sowie für Hochzeiten, bei denen nicht beide Partner seiner Gemeinde angehörten, war er ausdrücklich nicht zuständig. Diese fielen weiterhin in den Amtsbereich der regulären Dresdner Parochialkirchen.

Diese Einschränkungen des Exulantenpfarrers waren aber keinesfalls als Diskriminierung gedacht, auch wenn die betroffenen Pfarrer dies später selbst so empfanden. Die Befugnisse der böhmischen Gemeinde gingen im 17. und 18. Jahrhundert eigentlich sogar schon weit über das mögliche Maß hinaus, wenn Kompetenzstreitigkeiten und Konflikte mit der Dresdner Geistlichkeit vermieden werden sollten. Denn die Amtshandlungen der Pfarrer waren damals mit besonderen Gebühren verbunden, die eine wichtige Grundlage ihres Einkommens darstellten. Auch die regulären Dresdner Pfarrer wehrten sich daher gegen eine zu große Konkurrenz durch die böhmische Kirche.

Die verlangte Zweisprachigkeit des böhmischen Pfarrers wiederum diente unter anderem auch dem Zugriff auf die fremdsprachigen Einwanderer, und zwar sowohl der kirchlichen als auch der weltlichen Behörden. So hatte der Pfarrer beispielsweise wichtige obrigkeitliche Anordnungen von der Kanzel zu verlesen und er wurde vor Gericht oder bei der Ablegung des Bürgerrechts als Dolmetscher eingesetzt. Die Zweisprachigkeit des böhmischen Gemeindepersonals war somit zugleich eine wichtige Integrationshilfe. Besonders deutlich wird dies

Abendmahlkelche der böhmischen Gemeinde in Dresden. Bei dem größeren Kelch handelt es sich der Gemeindeüberlieferung zufolge um den „Martyrerkelch“, aus dem den 1621 in Prag hingerichteten Anführern des böhmischen Aufstandes das letzte Abendmahl gespendet wurde.

© Evangelisch-Lutherische Stiftung Böhmischer Exulanten

beim ebenfalls zweisprachigen Kantor, der in der gemeindeeigenen böhmischen Schule die Kinder zweisprachig zu unterrichten hatte. Für viele neuankommende Böhmen war die Gemeinde zudem der erste Anlaufpunkt nach ihrer Ankunft in Dresden.

Im Rückblick kann somit die obrigkeitliche Genehmigung tschechischer Gottesdienste als deutlicher Erfolg gewertet werden. Auf der einen Seite konnten die Behörden die fremdsprachigen Einwanderer wirkungsvoll kontrollieren, und auf der anderen Seite war den Exulanten mit ihrer Gemeinde ein wichtiger sozialer Mittelpunkt und Halt gegeben. Diesen beidseitigen Erfolg verdeutlicht auch der Umstand, dass es mit der böhmischen Gemeinde lange Zeit keine tiefgreifenden Konflikte gab.

Erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts kam es für die Gemeinde zu existenzgefährdenden Konflikten, die sich – wie so oft – an der Frage nach dem rechten Religionsverständnis entzündet hatten. Diese konfessionellen Konflikte wurden über Jahrzehnte hinweg von den neu zuwandernden Böhmen ins Land getragen. Die neuen Einwanderer hatten in der Heimat zumeist nur noch im Geheimen und ohne die beständige Führung eines Geistlichen ihrem Glauben nachgehen können, sofern es sich nicht sogar um „wiedererweckte“ Katholiken, also Konvertiten, handelte. Zudem waren diese sogenannten Kryptoprotestanten nach 1710 stark vom Halleschen Pietismus beeinflusst.

Den neuen Exulanten sagten daher in Dresden auch die nach der sächsischen Kirchenordnung gestalteten tschechischen Gottesdienste nicht mehr zu. Sie blieben diesen somit fern und hielten stattdessen verbotene, private Erbauungsstunden ab. Oder sie besuchten das Abendmahl bei auswärtigen böhmischen Pfarrern, insbesondere in Großhennersdorf bei dem damals sehr populären Prediger Johann Liberda, was ebenfalls streng untersagt war. Am bekanntesten sind diese pietistischen Glaubensflüchtlinge aus Böhmen und Mähren heute noch durch die aus ihnen hervorgegangene Gründung der Herrnhuter Brüdergemeine.

Da damals aber die Behörden die böhmischen Einwanderer in Dresden immer noch streng kontrollierten, wurde normabweichendes Verhalten weiterhin recht schnell bekannt. So auch im Juli 1732 beim Gärtner Martin Zschan, der vor dem Dresdner Rat über seinen auswärtigen Gottesdienstbesuch schon beinahe enttäuscht aussagte: „Er habe von der böhmischen Gemeinde zu Hennersdorff und dem Prediger Lipperda daselbst hier vieles und sonderlich dieses gehöret, dass sie eine ganz besondere Lehre hätten und nackend zusam-

men kämen. Deshalb war er vor 2 Jahren einmal dahin gegangen, um zu hören und zu sehen, ob dieses also wahr sei, habe es aber nicht dergestalt gefunden, außer dass sie andere Zeremonien, sonderlich bei Ausspendung des Heiligen Abendmahles hätten, da immer ein Lied inzwischen gesungen würde.“¹¹

Oftmals von den eigenen Nachbarn oder Gemeindemitgliedern angezeigt, wurde auch für diese sogenannten Sektierer keine Ausnahme gemacht: Wer sich nicht offiziell zur lutherischen Orthodoxie bekannte und regelmäßig das Abendmahl in der böhmischen oder einer anderen Dresdner Gemeinde empfing, der musste Stadt und Land wieder verlassen. Viele der im 18. Jahrhundert eingewanderten Böhmen hielten sich daher nur kurzzeitig in Dresden auf und zogen weiter nach Brandenburg-Preußen, wo ihnen größere Religionszugeständnisse eingeräumt wurden. Auch die Herrnhuter mussten jahrelang kämpfen, bis sie von der sächsischen Kirche zumindest als Konfessionsverwandte anerkannt wurden.

Als eine Zeit der großen Umbrüche zeigte sich auch für die Dresdner Exulantengemeinde das 19. Jahrhundert. Die wohl folgenschwerste Veränderung lässt sich im Sprachverhalten der Gemeindemitglieder festhalten. Bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte die tschechische Sprache immer weiter an Bedeutung verloren. Nur noch über eine Stiftung, die den Tschechischunterricht für die Gemeindekinder bezahlte, konnte sie am Leben gehalten werden. Anfang des 19. Jahrhunderts sprach trotzdem kaum noch jemand tschechisch. Daher besuchten nach Aussage des Pfarrers auch nur noch ein bis zwei Dutzend Personen regelmäßig seine tschechischen Gottesdienste, der Großteil der Gemeinde hielt sich stattdessen an die von ihm für die Bewohner der Vorstädte ebenfalls abgehaltenen deutschen Predigten.

Von außen kaum noch wahrgenommen, fehlte so auch innerhalb der Gemeinde immer mehr die für den Zusammenhalt nötige Identität. Wie schwer diese innere Krise war, zeigte sich 1837, als die Gemeinde darum bat, ihre Gottesdienste zukünftig deutsch halten zu dürfen, ihnen hierfür die Johanniskirche als Eigentum zu überlassen und sie rechtlich zur Parochialkirche zu erheben. Diese Bitte entfachte bei den Behörden eine bis in den Landtag hinein geführte heftige Diskussion um den Fortbestand der Gemeinde. Den Antragstellern wurde daher auferlegt, überhaupt erst einmal nachzuweisen, dass es sich bei ihnen um den Rechtsnachfolger der alten Exulantengemeinde handelte. Hierfür hatten sie eine „Bestandsliste“ zu erstellen, für die

11 Ebenda, S. 220.



jede Familie anhand der Kirchenbücher lückenlos ihre Abstammung von einem böhmischen Einwanderer offenlegen musste.

Erst mit dem Abschluss der Bestandsliste gingen die Behörden Ende 1844 auf den sieben Jahre zuvor geäußerten Wunsch ein und genehmigten der böhmischen Gemeinde mit Johannes Kummer einen neuen, nunmehr nur noch deutschsprachigen Pfarrer. Im Gegensatz zum ursprünglichen Antrag wurde die Gemeinde rechtlich jedoch nicht aufgewertet, sondern die Befugnisse ihres Pfarrers beschränkten sich weiterhin auf die Gottesdienste, das Abendmahl und die Trauungen innerhalb der Gemeinde. Da es zudem mit dem Wegfall der tschechischen Sprache nicht mehr notwendig war, den Gemeindemitglieder die Wahl ihres Pfarrers selbst zu überlassen, wurde dieser künftig vom Kultusministerium bestimmt.

Vor allem ihrem neuen Pfarrer Johannes Kummer dürfte es die Gemeinde zu verdanken haben, dass sie letztlich nicht doch noch auseinanderbrach, sondern zu einem neuen Zusammenhalt fand. Denn auch wenn der rechtliche Fortbestand 1844 noch einmal gesichert werden konnte, so stand Johannes Kummer vor einer weiteren, ebenso schwierigen Aufgabe: Innerhalb seiner Gemeinde hatte seit längerem ein deutlicher Identitätsverlust eingesetzt, der sich vor allem darin äußerte, dass der bisherige Zusammenhalt der Gemeindemitglieder immer weiter auseinanderbrach und sich nur noch wenige von ihnen für die

Gottesdienste oder andere Gemeindeangelegenheiten interessierten. Kummer sah sich damit zusätzlich zu dem nicht nachlassenden äußeren noch einem steigenden inneren Legitimierungsdruck ausgesetzt. Seine Vorgänger kannten solche Legitimitätsprobleme nicht, waren sie doch ausdrücklich angestellt worden, um den der deutschen Sprache unkundigen Böhmen seelsorgerisch beizustehen. Da diese Aufgabe nun nicht mehr bestand, war der neue Pfarrer gezwungen, den Sinn seiner Gemeinde umzudeuten. Hierzu griff Kummer das nicht nur in der geistlichen Literatur gängige Bild von der besonderen Glaubensstärke und Standhaftigkeit der Exulanten auf und begann, sich mit der völlig in Vergessenheit geratenen Gemeindegeschichte zu beschäftigen. Als Bestimmung seiner Gemeinde verstand er nunmehr, das von den Vorvätern übernommene Vermächtnis zu bewahren und an die folgenden Generationen weiterzugeben. Mittels dieses verstärkten Bezugs auf die eigene Vergangenheit gelangte die Gemeinde zu einem neuen Zusammengehörigkeitsgefühl.

1880 konnte sich die zu diesem Zeitpunkt knapp 190 Personen umfassende Gemeinde dann mit der Erlöserkirche in Striesen sogar den Bau einer eigenen Kirche leisten, die allerdings im Februar 1945 wieder zerstört wurde. Diese von ihr zum Großteil selbst finanzierte Kirche nutzte sie gemeinsam mit der neu gebildeten Striesener Erlösergemeinde. Am 1. Januar 1910 wurden beide Gemeinden miteinander verbunden, behielten aber weiterhin selbstständige Rechte. Allerdings gab es nunmehr nur noch einen, für die gemeinsamen Belange zuständigen Pfarrer, und es wurden bis auf drei jährliche Festgottesdienste für die böhmische Gemeinde keine speziellen Gottesdienste mehr abgehalten.

Mitte des 20. Jahrhundert begann auch die Mitgliederzahl der böhmischen Gemeinde nun deutlich zu sinken. Aufgrund der restriktiven Zugehörigkeitskriterien gab es immer weniger stimmberechtigte Familien, sodass 1994 nur noch ein Name auf der Bestandsliste verblieb und die Gemeinde praktisch handlungsunfähig war. Aus diesem Grund hatte das sächsische Landeskirchenamt bereits 1986 das vakant gewordene Amt des Exulantenpfarrers nicht mehr neu besetzt und hob die Gemeinde zum 31. Dezember 1999 offiziell auf. Doch bereits im Folgejahr konstituierte sich als Nachfolgeorganisation die noch heute bestehende Evangelisch-Lutherische Stiftung Böhmischer Exulanten zu Dresden, die auch weiterhin ihre Aufgabe darin sieht, dass die Tradition der Gemeinde „fortgeführt, erforscht und gepflegt werde“.¹²

Einladung zur Weihe der zum Großteil von der böhmischen Exulanten-gemeinde finanzierten Erlöserkirche in Dresden-Striesen am 20. Juni 1880.

© Evangelisch-Lutherische Stiftung Böhmischer Exulanten

12 http://johanneskirchgemeinde.2ix.de/index.php?option=com_content&view=article&id=24&Itemid=12.

Autor

Dr. Frank Metasch
Institut für Sächsische
Geschichte und Volkskunde
Zellescher Weg 17
01069 Dresden
f.metasch@isgv.de



Niesky, gegründet 1742
als tschechischsprachige Siedlung
der Herrnhuter Brüdergemeine,
Zeichnung, 1750
Museum Niesky

Tschechischsprachige Exulanten und Lausitzer Sorben

Begegnungen und Beziehungen in der Frühen Neuzeit

Lubina Mahling

- 1 Stellvertretend für viele andere sei hier auf die Arbeiten von Ludger Udolph, Frank Metasch, Alexander Schunka und Wulf Wäntig verwiesen. Von tschechischer Seite hat sich Edita Štěrřková intensiv mit dem Thema befasst.
- 2 Ausführlich hierzu sowie mit Hinweisen zur weiterführenden Literatur: Lubina Mahling: Verflechtungsraum Lausitz. Böhmisches-ungarische Exulanten und Lausitzer Sorben. Begegnungen und Beziehungen im 18. Jahrhundert. Bautzen 2019. Auch digital verfügbar unter <https://www.serbski-institut.de/publikation/kleinerihe-des-sorbischen-instituts-heft-31/>
- 3 Alexander Schunka: Migrationen evangelischer Geistlicher als Motor frühneuzeitlicher Wanderungsbewegungen: in: Herman Seldenhuis/Markus Wriedt (Hrsg.): Konfession, Migration und Elitenbildung. Studien zur Theologenausbildung des 16. Jahrhunderts, Leiden/Boston 2007, S. 1-26.

Nach der verlorenen Schlacht am Weißen Berg 1620 verließen tausende Protestanten aus den Ländern der Habsburgermonarchie ihre Heimat und ließen sich in Sachsen und der Lausitz nieder. Zahlreiche Aspekte dieser Migrations- bzw. Integrationsgeschichte wurden in den letzten Jahren in verschiedenen Studien untersucht.¹ In diesem Aufsatz möchte ich Begegnungen und Beziehungen beleuchten, die sich zwischen Lausitzer Sorben und den tschechischsprachigen Exulanten ergaben – ein Thema, das bislang kaum Beachtung fand.² Die tschechischsprachigen Exulanten kamen zunächst mehrheitlich aus Böhmen nach Sachsen, ein Teil von ihnen war rein tschechischsprachig und konnte sich kaum bis wenig auf Deutsch verständigen. In der Lausitz trafen diese Exulanten teils auf eine mehrheitlich sorbischsprachige Bevölkerung. Später erreichten auch zahlreiche Glaubensflüchtlinge aus Oberungarn, der heutigen Slowakei, Sachsen. Diese Exulanten waren meist in verschiedenen slowakischen Dialekten beheimatet, das Tschechische war ihnen jedoch als Literatur- und Liturgiesprache vertraut. In Sachsen angekommen, ging ein Großteil dieser Gruppen aufgrund der großen sprachlich-kulturellen Nähe in den schon bestehenden böhmischen Siedlungen auf. Ist also in der Folge von tschechischsprachigen Exulanten die Rede, so ist

hier der Teil der Flüchtlinge aus Oberungarn miteingeschlossen.

Das Material für diese Untersuchung stammt zu einem großen Teil aus dem Umfeld der Brüdergemeine. Gegen den dadurch entstehenden Eindruck, Begegnungen zwischen Sorben und den tschechischsprachigen Exulanten seien größtenteils im Umfeld der Brüdergemeine zu verorten, sei jedoch Einspruch erhoben. Allerdings sind außerhalb der Brüdergemeine nur wenige aussagekräftige Quellen zum Thema der Untersuchung überliefert.

Sorbische Geistliche aus Exulantenfamilien

Unter den Glaubensflüchtlingen der ersten Welle befand sich unter anderem auch eine große Anzahl evangelischer Geistlicher, die in Sachsen eine neue Stelle suchten.³ Aufgrund ihrer Sprachkenntnisse lag es nahe, die Exulantengeistlichen für eine Pfarrstelle in der sorbischen Lausitz zu gewinnen. So versuchte Christian Johann von Schönberg, Landeshauptmann der Oberlausitz, 1668 Georg Holyk, einen äußerst umtriebigen böhmischen Konvertiten, für eine sorbische Pfarrei zu gewinnen. Die Pläne zerschlugen sich jedoch, und Holyk gründete kurz darauf in der Grafschaft Barby die Exulanten-siedlung Wespen. In anderen Fällen bewarben

sich tschechischsprachige Prediger selbst auf eine sorbische Pfarrstelle. So etwa der Pastor primarius des sorbischen Landstädtchens Hoyerswerda, Samuel Martini (1636–1708). Sein gleichnamiger Vater, der böhmische Prediger Samuel Martini, hatte sich nach langen Wanderjahren in Pirna niedergelassen, wo er als Diakon der dortigen böhmischen Gemeinde wirkte und eine Druckerei unterhielt, in der er auch eigene Schriften veröffentlichte.⁴ Benjamin Martini, Samuels jüngerer Bruder, wurde ebenfalls Pfarrer, er folgte dem väterlichen Erbe und wurde Prediger der böhmischen Gemeinde in Dresden.⁵

Besonders hervorzuheben ist, dass viele sorbische Geistliche, die zu den Stammvätern der sorbischen Schriftsprache zählen, familiäre Verbindungen zu böhmischen Exulanten aufweisen. Prominentestes Beispiel hierfür ist Michael Frenzel (1628–1706), Bibelübersetzer und Begründer der sorbischen Schriftsprache. Sein Großvater väterlicherseits kam als Glaubensflüchtling in die Lausitz. Möglicherweise spielte die tschechische Sprache in Frenzels Kindheit noch eine Rolle im Familienleben.⁶ Die böhmische Herkunft beeinflusste Frenzel vermutlich stark, sie könnte seine ausgeprägte, für das ausgehende 17. Jahrhundert ungewöhnliche, slawische Gesinnung erklären. Sicher ist, dass Frenzel tschechische Bibelübersetzungen kannte und sich bei seinen eigenen Übersetzungsarbeiten ins Sorbische daran orientierte.

Auch der Großvater des sorbischen Pfarrers Zacharias Bierling (1619–1695) kam aus Böhmen in die Lausitz. Bierling übersetzte etliche biblische und religiöse Schriften ins Sorbische, vor allem ist er jedoch für sein 1689 erschienenes Werk „Didascalia seu orthographia Vandalica“ bekannt. Diese erste sorbische Laut- und Schreiblehre prägte für fast zwei Jahrhunderte die Schriftsprache der evangelischen Sorben.

Ein weiterer prominenter, aus einer Exulantenfamilie stammender Ahnvater der sorbischen Schriftsprache ist der Bautzner Diakon Michael Rätze (1657–1730). Seinem Vater gelang es, sich nach der Flucht in Demitz eine erfolgreiche Existenz als Müller aufzubauen. Davon zeugt nicht zuletzt, dass drei seiner Söhne Theologie studieren konnten. Sein Sohn Michael war Mitglied der amtlich eingesetzten Kommission, die um 1700 die Übersetzung und Drucklegung der ersten sorbischen Bücher für den Gottesdienstgebrauch vorbereitete.

Auch im Laufe des 18. Jahrhunderts gab es immer wieder tschechischsprachige Geistliche, die in der sorbischen Lausitz tätig waren. So etwa Michael Klauer (1740–1799) gebürtig aus Schemnitz (heute Banská Štiavnica, Slo, der um 1750 in die sorbische Pfarrerdynastie Fr-

entzel-Böhmer einheiratete und infolgedessen das traditionsreiche Pfarrhaus in Großpostwitz übernahm. Im 19. Jahrhundert gab es schließlich eine Reihe gezielter Versuche, tschechische Geistliche für den Dienst in der sorbischen Lausitz zu gewinnen. So gelangte der Konvertit Ján Emanuel Dobrucký (1854–1921) nach Hoyerswerda, wo er als Archidiakon und sorbischer Schriftsteller wirkte. Die Bedeutung der hier genannten Geistlichen als Mittler zwischen tschechischer, sorbischer und deutscher Sprache und Kultur ist bislang kaum beachtet worden.

Wege in und durch die Lausitz. Sorbisch – tschechische Begegnungen im 18. Jahrhundert

Nach der ersten Migrationswelle direkt nach der Schlacht am Weißen Berg kam es Anfang des 18. Jahrhunderts, besonders in den 1720er und 1730er Jahren zu einer zweiten Auswanderungswelle. Ein Großteil dieser Exulanten Gruppen suchte in Brandenburg-Preußen eine neue Heimat. Auf dem Weg nach Berlin zogen die Exulanten durch Orte mit überwiegend sorbischer Bevölkerung. So berichtet Martin Kopecký in seinem „Schwanengesang“, der den Zug von rund 300 Böhmen im Jahr 1732 nach Berlin thematisiert, von einer Begegnung im niederlausitzischen Drebkau:

116. Když sme za město vyšli Dĕkan nám winšowal A nás w mnohých zarmutčých welmi potěšowal. Udělal nám kazanj Swým gazykem Srbským Nám z částky bylo známé Gak by bylo Českým.

117. Dáwal nám požehnánj Z upřjmného srdce Až sme wšickni plakali Z toho se těšjce. On též slzj wyléwal, Nám polibenj dal A tak z srdečné lásky S námi se rozžehnal.⁷

116. Als wir aus der Stadt kamen, wünschte uns der Dekan und erfreute uns in unserer großen Betrübniß sehr. Er hielt für uns die Predigt in seiner sorbischen Sprache. Uns war es zum Teil so verständlich, als wenn es Tschechisch wäre.

117. Er gab uns den Segen aus aufrichtigem Herzen, auf daß wir alle weinen mußten, aus Freude darüber. Er vergoß auch Tränen, gab uns einen Bruderkuß und so aus herzlicher Liebe verabschiedete er sich mit uns.

Dieses eindrückliche Ereignis wird von Rozina Simnova in ihrem Lebenslauf bestätigt: „Früh wies der Pfarrer dieser Stadt uns an, wir sollten uns in einer Scheune versammeln, in dieser hielt er uns eine Predigt und teilte uns den Segen in sorbischer Sprache aus, dass uns der

4 Carl Christian Schröter: Merckwürdige Exulanten=Historie, Bautzen 1719, S. 270-303. Dort auch weitere Informationen zu den unruhigen Exiljahren und der erfolgreichen Integration der Familie Martini in der Lausitz.

5 Alexander Schunka: Gäste, die bleiben. Zuwanderer in Kursachsen und der Oberlausitz im 17. und frühen 18. Jahrhundert, Münster u.a. 2006, S. 174.

6 Fabian Kaulfürst: Studie k řeči Michala Frencla, Bautzen 2012, S. 11. Zur Frage des tschechischen Einflusses auf Frenzels Werk vgl. ebenda, S. 333 f. sowie 379 f.

7 Hubert Rösel: Der Schwanengesang des Martin Kopecký, in: Joachim Tetzner (Hrsg.): Deutsch-slawische Wechselseitigkeit in sieben Jahrhunderten. Gesammelte Aufsätze. Eduard Winter zum 60. Geburtstag dargebracht, Berlin 1956, S. 299-323.

8 Edita Šteříková: Bĕh žiwota ceských emigrantů v Berlíně v 18. století, Praha 1999, S. 533 f.

9 George Körner: Philologisch-kritische Abhandlung von der wendischen Sprache, Leipzig 1766, S. 26.

10 Trudla Malinkowa: Založenje serbskich ewangelskich kemšow w Drježdźanach, in: Rozhlad 48 (1998) 12, S. 442-449.

11 Friedrich Pollack: George Körner und das Wendische Predigerkollegium zu Leipzig, in: Schriftenreihe der Magister George Körner Gesellschaft 19 (2016), S. 52-67.

Georg Petermann, Kupferstich von F. G. Schlitlerlau, um 1750



ewige Herr nicht verlassen möge; und er tat dies mit Weinen.“⁸

Ähnlich wie die Böhmen die sorbische Predigt in Drebkau erfreut hatte, so schätzten umgekehrt auch die Sorben die Teilnahme am tschechischen Gottesdienst. So berichtet Georg Körner, er habe um 1747 in Dresden etliche Sorben „in der böhmischen Kirche zu St. Johannis an[getroffen], wo sie viel eher den böhmischen als einen deutschen Prediger verstehen konnten.“⁹ Lange bevor also regelmäßig sorbischer Gottesdienst in Dresden¹⁰ gehalten wurde, fanden Sorben in der Dresdner böhmischen Kirche eine kirchliche Heimat. Und an eben jener Kirche bewarben sich 1747 drei Prediger die das Tschechische, Sorbische und Deutsche beherrschten: das slawistische Multitalent George Körner¹¹ (1717–1772), der aus Oberungarn stammende Johannes Jacobaei¹² (1722–1799), der in verschiedenen böhmischen Gemeinden gepredigt, sich aber auch auf eine sorbische Pfarrstelle beworben hatte und später Oberpfarrer in Bautzen wurde, sowie Georg Petermann (1710–1792).

Mittler zwischen den Welten: Georg Petermann

Petermann war in Pukanz (slowakisch Pukanec) in der heutigen Slowakei geboren, hatte in Halle studiert und gehörte dem tschechischen Mitarbeiterkreis um Georg Milde an, der regel-

mäßig christliche Schriften ins Tschechische übersetzte und für den Druck vorbereitete. Ab 1734 wirkte Petermann als Lehrer und Prediger der böhmischen Gemeinde in Berlin, wo er nach Halleschem Vorbild eine Schule aufgebaut hatte. Ziel dieser Einrichtung war es, begabte tschechischsprachige Jungen für den Pfarr- bzw. Lehrerdienst unter den Exulanten auszubilden. 1737 wurde Petermann durch Graf Friedrich Caspar von Gersdorf als Schlossprediger in die sorbische Oberlausitz berufen, ab 1738 wirkte er als Pfarrer in Uhyst/Spree.¹³ Im nahen Kirchort Klix war Petermann maßgeblich am Aufbau eines Seminars beteiligt, an dem nach Halleschem Vorbild Theologen und Lehrer auf den Dienst in der zweisprachigen Lausitz und zugleich sorbische Jungen für den Besuch der Latina in Halle vorbereitet wurden. Als besonders wirkungsvoll erwiesen sich die am Klixer Seminar erarbeiteten Drucke (Bibel, Gesangbuch) und Übersetzungen pietistischer Literatur. Johann Arndts „Wahres Christentum“, das dazugehörige Gebetbuch „Paradiesgärtlein“ sowie Bogatzkys „Schatzkästchen“ waren von nun an auch Generationen von sorbischen Lesern zugänglich.

Petermanns Anwesenheit in Klix wirkte für viele Böhmen äußerst anziehend, zumal auf seine Vermittlung zwei weitere Slowaken und Absolventen Halles, zur Ausbildung an das Klixer Seminar kamen. Aus Berlin, Zittau aber auch direkt aus dem Nachbarland siedelten sich etliche Böhmen in Klix an. In wenigen Monaten entstand somit unweit von Bautzen eine böhmische Gemeinde, von der man auch in Berlin Notiz nahm. So bemerkte der böhmische Pfarrer von Berlin Andreas Macher bereits im Winter 1738: „Ingleichen hätte H. Petermann (Berlinensis [...] nach Ujest bey Bauzen unter die Wenden berufen worden) in Klix, welches nicht weit von ihm, eine kleine Ecclesiolam Bohemica bey einigen böhmischen Familien, welche der H[err] Graf von Gersdorf auf s[einen] Gütern als Schaeffer p. ingeleichen einige ledige Leuthe auf s[einen] Wirtschaften als Knechte und Mägde angenommen.“¹⁴

Etliche der Klixer Böhmen sind namentlich bekannt. So etwa Franz Budin, der eine zentrale Rolle in der Klixer „ecclesiola bohemica“ spielte. Gemeinsam mit Wenzel Wach beteiligte er sich als Gesandter an den seit 1741 in Herrnhut stattfindenden Gesprächen zwischen tschechischsprachigen Exulanten und der Brüdergemeine, die letztlich zur Gründung Nieskys führten. Franz Budin zog aber nicht nach Niesky, sondern fand Zugang zur sorbischen Gemeinschaft und ließ sich, nachdem er die Tochter eines der prominentesten sorbischen Stundenhalter geheiratet hatte, in Kleinwelka nieder. Auch Lukas Papesch, der aus Böhmen nach Berlin geflohen,

12 Madlena Mahling/Fabian Kaulfürst: Listaj Johanne-sa Jacobæija. Stawizniske a rěčespytne dohlady. (= Zwei Briefe Johannes Jacobæis. Geschichtswissenschaftliche und sprachwissenschaftliche Einblicke), in: Lětopis 68 (2021) 2, S. 3–29.

13 Lubina Mahling: Um der Wenden Seelenheyl hochverdient. Reichsgraf Friedrich Caspar von Gersdorf. Eine Untersuchung zum Kulturtransfer im Pietismus, Bautzen 2017.

14 Universitätsbibliothek Basel, Handschriftenabteilung, E III Manuscripta Bohemica Nachlass Hieronymus Annoni, Tagebuch Andreas.

von dort aber wegen großer Not nach Klix weitergezogen war, integrierte sich durch Arbeit und Heirat in die Kreise der frommen Sorben und ließ sich auf seinem letzten Krankenlager ausdrücklich sorbische Lieder vorsingen.¹⁵

Wie groß die böhmische Gemeinde in Klix war und wie lange sie tatsächlich bestand, ist schwer abzuschätzen. Eine wichtige Zäsur stellt der Weggang Georg Petermanns im Sommer 1741 in die Niederlausitz dar. Erdmann II. von Promnitz hatte ihn Archidiakon nach Vetschau berufen, dort war Petermann mit der Seelsorge in niedersorbischer Sprache betraut. Diese eignete er sich rasch an, wie die Übersetzung von über 50 pietistischen Liedern ins Niedersorbische zeigt. Der Druck eines eignen „Petermannschen Gesangsbuchs“ durch das Haus Promnitz wurde jedoch durch den Tod Erdmann II. 1745 verhindert. In späteren Ausgaben des niederlausitzer Gesangbuches sind jedoch allerdings Lieder Georg Petermanns enthalten.

Zudem profilierte sich Petermann in Vetschau als pietistischer Prediger. Mit seinen Predigten rief er zahlreiche Erweckungen hervor und legte die Grundlage für die sorbische Diasporaarbeit der Brüdergemeinde in der Niederlausitz. Martin Blaschna, der als Gehilfenbruder eine zentrale Rolle in der Niederlausitzer Diaspora spielte, erinnert sich: „In der Zeit wurde eine Erweckung in der Nieder Lausitz, durch den Herrn Petterman, welcher ein sehr frommer Man war, [...] da ging ich manchmal gantz heimlich ohne meiner Eltern wissen [...], das währte mit mir so lange biß Herr Pettermann von Vetschau nach Dreßden geruffen wurde, welches ich auch sehr bedauerte.“¹⁶

Nach einem spannenden Berufungsverfahren wechselte Georg Petermann schließlich 1747 nach Dresden, wo er bis zu seinem Tod 1792 wirkte. Bisweilen polarisierte Petermann durch seine klare pietistische Haltung, letztlich avancierte er jedoch zu einer wichtigen Bindefigur zwischen Pietismus und Erweckungsbewegung. Auch in Dresden engagierte sich Petermann für das Schulwesen und gab zahlreiche tschechische Schriften heraus. Sogleich nach seiner Ankunft begann er an einem neuen tschechischen Gesangbuch zu arbeiten. Dieses erschien bereits 1748 in Dresden. Im Vorwort erklärt Petermann seiner Gemeinde, dass er sich das Tschechische erst mit und an dieser Arbeit wieder erschlossen habe. Interessanterweise verweist Petermann dabei ausdrücklich auf seinen Dienst als sorbischer Pfarrer in der Ober- und Niederlausitz, eine Mitteilung, die er ähnlich wie auf seinem Porträt selbstbewusst hervorhebt: „Poněwadž ta Srbská Řeč, gak hornolužická, tak tež Dolno Lužická, w nichžto sem Euangeli-



Hospodina Srdcem, Gesangbuch in tschechischer Sprache, gedruckt 1748 in Dresden

um Pána Gežíse, za dewět lét kázal, gakoby mi Českau Řeč z Pametj, aspoň z Zwiku, byla wza- la.“¹⁷ („Denn durch die sorbische Sprache, die obersorbische wie auch die niedersorbische, in denen ich das Evangelium Jesu Christi neun Jahre lang gepredigt habe, war es, als wenn mir die tschechische Sprache aus dem Gedächtnis, ja aus der Übung genommen wäre.“)

Sorbisch-böhmische Beziehungen und Verbindungen zwischen Herrnhut, Niesky und Kleinwelka

Um zwischen der Seelsorge- und Gemeindefarbeit unter Böhmen und Sorben Synergien zu nutzen, wurden innerhalb der Brüdergemeinde wiederholt Pläne geschmiedet, die Ansiedlung der Böhmen in Niesky stärker mit der Diasporaarbeit unter den Sorben zu verbinden. Dies geschah nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Personal- mangels, fehlten doch in beiden Sprachen Lehrer, Geistliche und weitere Verantwortungsträger. So unterbreitete Hans Herrmann von Damnitz auf Guttau den Vorschlag, daß die Böhmen aus Niesky in das sorbische Dorf Guttau umgesiedelt werden sollten. Eines der Hauptargumente für Damnitz' Plan war folgende Beobachtung: „Man hat aus der Erfahrung, daß die Wenden die böhmische Sprache nothdürfftig und dergestalt verstehen, daß sie den context der Rede faßen können, wenn auch manchmal der accent einiger Worte anders ausfällt. Es ist also nicht zu zweif-

15 Unitätsarchiv Herrnhut, GN 1763.B.VIII (I.17) Ex.A* Lebenslauf Lucas Papesch, S. 430-433.

16 Archiv Brüdergemeinde Kleinwelka, P.A.II.R.7.1 Lebenslauf Martin Blaschna.

17 Georg Petermann: Hospodina Srdcem y Rty Chwálení, Dresden 1748, Vorwort S. 6f.

Grabstelle Johann Georg Messaroschs auf dem Gottesacker in Herrnhut



18 Friedrich Pollack: Kirche – Sprache – Nation. Eine Kollektivbiografie der sorbischen evangelischen Geistlichkeit in der frühneuzeitlichen Oberlausitz, Bautzen 2018, S. 77-79.

19 Friedrich Pollack: Haben Früchte eine Nationalität? Zur Wissensgeschichte der Obstbaukunde im 19. Jahrhundert, in: Lausitz – Łužica – Łužyca. Aspekte der Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte einer ost-mittel-europäischen Brückenlandschaft (erschienen am 14.08.2017). Link: <https://lausitz.hypothesen.org/211>.

feldn, daß ein ziemlicher Zulauff von Wenden sich in Guttau finden würde, wenn Böhmisches Versammlungs=Stunden gehalten würden [...] ja sich wohl gar losmachten und anbauten, und mit den Böhmen zusammen in ein Häuflein zusammen schmelzten.“ Auch die Böhmen würden von diesem Transfer profitieren, weil sie in Guttau in Bezug auf ihr geistliches Leben und die Sakramente besser versorgt werden könnten, da „die Wendische Sprache [...] den Böhmen zweifelsohne nicht unverständlicher seyn wird, als den Wenden die Böhmisches Sprache ist.“

Von Seiten Herrnhuts reagierte man auf Damnitz' Idee in keinerlei Weise, auch auf spätere Vorschläge, die Arbeit mit Böhmen und Sorben örtlich zusammenzuführen, ging man nicht weiter ein. Doch nutzte man die sprachliche Qualifikation von Sorben und Exulanten aus, so dass vielfältige Verbindungslinien zwischen tschechischsprachiger und sorbischer Gemeindegemeinschaft entstanden. So wirkte der Slowake Johann Georg Messarosch (1699–1749) an den Uhyster Anstalten, wo er großen Anklang fand, „weil er die Slavonische als die Muttersprache der wendischen verstund.“ Auch Gottlieb Johann Clemens (1722–1788), der spätere Bischof der Brüdergemeine, agierte als Grenzgänger und Mittler zwischen den Sprachwelten: zunächst wirkte er ab 1751 als tschechischer Prediger in Niesky und dann ab 1759 für 16 Jahre als sorbischer Prediger in Kleinwelka. Zwischen deutschen, sorbischen und tschechischen Sprachräumen bewegte sich auch Anna Pöhler, geborene Papesch (1761–1819), eine Tochter des Lukas Papesch, der aus Berlin nach Klix gezogen war. Ihre Kindheit hatte sie in Kleinwelka verlebt, danach wurde sie nach Rixdorf berufen, um dort die Pflege der ledigen Schwestern zu übernehmen. Dort heiratete sie den böhmischen Prediger und war in Folge dessen für die tschechischsprachige Seelsorge unter

den Frauen zuständig. Ihren Lebensabend verbrachte Anna Pöhler wiederum als Pflegerin der Witwen in Kleinwelka – ein Amt, bei dem ihre sorbischen Sprachkenntnisse gefordert waren. Ein weiterer Grenzgänger war Johann Friedrich Benade (1743–1829), Sohn eines sorbischen Geistlichen. Diesen sandte die Brüdergemeine 1765 „als Candidatus Ministerii bohemicum“ nach Berlin, „um [dort] die Sprache zu lernen und als denn Gemein Reden und Nachrichten zu übersetzen und im Stunde halten zu helfen“ Doch Benade wurde in der böhmischen Gemeinde in Berlin nicht heimisch und entschied sich etliche Jahre später für ein Pfarramt in der sorbischen Lausitz. Die Reihe der Mittler zwischen den Sprachwelten¹⁹ ließe sich noch fortsetzen, so etwa wurde Agnes Lange (1734–1779), eine Tochter von Matthäus Lange, des Gründers von Kleinwelka, wegen ihrer sorbischen Sprachkenntnisse zu den Schwestern nach Berlin entsandt. Dagegen übernahmen mehrere böhmische Schwestern die Pflege der sorbischen Schwestern in Kleinwelka.

Zusammenführung

Die zahlreichen Verbindungen zwischen tschechischsprachigen Exulanten und evangelischen Sorben erweisen die Lausitz als Verflechtungsraum verschiedener Sprachen und Kulturen, der von einer signifikanten konfessionellen Pluralität geprägt ist. Viele Exulanten fanden in den sorbischen Dörfern eine neue Heimat, umgekehrt besuchten zahlreiche Sorben den tschechischen Gottesdienst wie etwa in Dresden. Dabei spielte die sprachliche Nähe zwischen beiden Gruppen eine wichtige Rolle. Als Mittlerpersonen par excellence sind vor allem die zahlreichen Geistlichen unter den Exulanten hervorzuheben. Sie bereicherten die sorbische Pfarrerschaft¹⁸, vor allem jedoch setzten sie mit ihrem Einsatz für das sorbische Druckwesen nachhaltige Impulse. Allen voran ist hier auf Georg Petermann oder die Exulantennachfahren Michael Frentzel, Zacharias Bierling und Michael Rätze zu verweisen, die mit ihrer Arbeit die Entwicklung der sorbischen Schriftsprache maßgeblich beeinflussten.

Diese Geistlichen, doch auch weitere Personen, die in dieser Arbeit begegneten, sind meist mehreren Kultur- und Sprachräumen zuzuordnen. Ihre Lebenswege zeigen eine situative teils auch oszillierende Ethnizität auf – auf keinen Fall lassen sie sich mit einem essentialistischen Nationalitätenkonzept fassen. Mit ihrer engagierten Frömmigkeit, geprägt von der heimatlichen Bedrohungs- bzw. der Exilerfahrung, trugen viele von ihnen zur Entwicklung des Lausitzer Kulturraumes bei. Ganz selbstverständlich verbanden sie dabei verschiedene Kultur- und Sprachräume.

Autorin

Lubina Mahling
Sorbisches Institut
Bautzen Bahnhofstraße 6
02625 Bautzen
lubina.malinkowa@
serbski-institut.de



Kroatische Gardereiter in Sachsen 1660–1680

Hans-Jürgen Schröter

In den seit dem Spätmittelalter währenden Auseinandersetzungen zwischen den Christen und den Osmanen im südslawischen Raum Europas hatten sich die Kroaten einen besonderen Ruf als hervorragende Kämpfer erworben, so dass alsbald Kroaten an den verschiedensten Fronten und für die verschiedensten Herrscherhäuser Europas angeworben wurden. Das Königreich Kroatien, ein Land der ungarischen Krone, entsandte gegen eine entsprechende Vergütung seine Truppen mal an diesen, mal an jenen Kriegsherrn. Ihre gefürchtete Schlagkraft und ihre Treue gegenüber ihrem Herrn führte bei vielen europäischen Fürsten zu dem Wunsch, sie als Leibwache zu rekrutieren.¹

Die sächsischen Kurfürsten Johann Georg I. (1585–1656) als auch sein Sohn Johann Ge-

org II. (1613–1680) hatten die militärischen Fähigkeiten der Kroaten noch während des Dreißigjährigen Krieges kennengelernt. Kurfürst Johann Georg I. behielt anfangs das Bündnis mit den Habsburgern bei und unterstützte die Kaiserwahl Matthias (1557–1619) und Ferdinands II. (1578–1637), weil diese den Lutheranern Glaubensfreiheit zusicherten. Er besetzte 1620 im Auftrag des Kaisers und mit Unterstützung kaiserlicher kroatischer Einheiten die zur böhmischen Krone gehörende Ober- und Niederlausitz und nahm an der Schlacht am Weißen Berg bei Prag teil. Ein Jahrzehnt später (1631) vollzog Kursachsen eine radikale Wende von der Seite des Kaisers an die Seite des schwedischen Königs. Bereits drei Jahre später wechselte der sächsische Kurfürst abermals die Seite und schloss sich erneut dem kaiserlichen La-

Figurine des kroatischen Leibgardisten Johann von Schadowitz in der Sonderausstellung 2018 im Sorbischen Museum in Bautzen, gefertigt von Jörg Tausch

Kurfürst Johann Georg II. von Sachsen, Zeichnung aus einem russischen Album, 1672
Wikimedia



Graf Petar Zrinski als Türken-
sieger, Stich von Jacob von
Sandrart, 1664
Fürstlich Waldecksche
Hofbibliothek Arolsen



ger an, wofür er im Jahre 1635 die beiden Lausitzen als böhmisches Lehen und die Position eines Reichsfeldherren zugesprochen bekam. Kroatische Reiter gehörten daher mal zu den erbitterten Gegnern, mal zu den Verbündeten des sächsischen Kurfürsten. Nach dem Tod Johann Georgs I. übernahm sein Sohn Johann Georg II. ab 1656 die Regierungsmacht in Sachsen. Als solcher waren ihm die Licht- und Schattenseiten der kroatischen Reiterei, ihre eindrucksvolle Gefechtsweise, ihre ungewöhnliche optische Erscheinung, ihr Mut und ihre Tapferkeit, wie auch ihre Grausamkeit und ihre Unbarmherzigkeit hinreichend bekannt. Durch die ihnen nachgesagte unzerbrechliche Treue und Loyalität wuchs auch bei ihm der Wunsch, sich mit einer solchen Garde zu umgeben, die zudem gut mit seinem Streben nach einer glanzvollen Hofhaltung korrespondierte. Als friedvoller, prachtliebender, den schönen Künsten zugewandter Fürst sollte die kroatische Reitergarde neben der bestehenden Deutschen und der Schweizer Garde, kurfürstliche Macht, Schrecken und zugleich die Bändigung desselben symbolisieren.²

Die kampferprobte Freundschaft des Kurfürsten Johann Georg II. zu Graf Petar Zrinski (auch Peter IV. Šubić von Zrin, Péter Zrínyi), dem Ban von Kroatien – letzterer hatte im Dreißigjährigen Krieg mit zwei Regimenten Kroaten an der Seite des Kurfürsten gekämpft³ – unterstellt sogar eine gewisse Vernarrtheit des Kurfürsten in die kroatische Reiterei. Seiner tiefen Freundschaft zum Grafen Zrinski wegen sagte man der kurfürstlichen Familie sogar eine geplante Eheanbahnung des einzigen Sohnes des Kurfürsten mit einer Tochter Petar Zrinskis voraus. Auf evangelischer Seite fürchtete man sogar, dass der sächsische Kurfürst, nachdem er Kaiser Ferdinand III. (1608–1657) aus dem katholischen Haus Habsburg als Taufpaten für seinen Sohn auswählte und auch noch eine seiner Töchter mit dem Sohn des Kaisers zu verheiraten beabsichtigte, zum Katholizismus übertreten würde.⁴ Der Anwerbung ging ein reger Briefwechsel voraus.⁵ So brauchte Kurfürst Johann Georg II. von Sachsen das Einverständnis des Habsburgers Leopold I. (1640–1705), der als König von Ungarn auch über Kroatien gebot. Zu Leopolds Krönungszeremonie am 1. August 1658 im Kaiserdom St. Bartholomäus zu Frankfurt am Main reiste der sächsische Kurfürst bereits mit einer kleinen kroatischen Reitergarde im Gefolge an, was

für einiges Aufsehen sorgte: „Zehn Mann Wallachen in gelbatlaßnen Röcken mit goldenen Schleifen, hochrothen Hosen und dergleichen Schärpen um den Leib, schwarzen Mützen mit reichen Gold- und Silberschnüren und hochrothen, schwarzen und gelben Federn und mit Silber beschlagene Streithämmern und Säbeln.“⁶

Vermittelt hat dies vermutlich Graf Petar Zrinski, von dem sich ein Brief an den Kurfürsten erhalten hat, in dem er sich für die durch den Grafen Rudolf Paradeiser übermittelten Informationen zum Gesuch an den Kaiser bedankt und bestätigt, dass er mit der besten Empfehlung seines Hauses gegenüber dem Kaiser, der Bereitstellung und Lizenzierung von 60 begehrten Kroaten aus der Hauptmannschaft Sichelberg zugestimmt habe.⁷ Auch Graf Paradeiser schrieb am 19. September 1658 aus Linz an den Kurfürsten von Sachsen, dass er der Anwerbung von 50 bis 60 Reitern in seinem Land wohlwollend gegenüberstehe und deshalb die Empfehlung gab, die dem Kriegsrat gemeldeten Leuten an kroatischen Reitern eine entsprechende Beförderung zu geben⁸. Mit Schreiben vom 18. Februar 1659 unterrichtet der Kurfürst Johann Georg II. von Sachsen seinen Freund Graf Zrinski dann davon, dass der Kaiser, auch Dank der Empfehlung des Grafen Paradeiser, seine Zustimmung erteilt habe, eine Anzahl „kroatischer Mannschaft“ an den Dresdner Hof zu lassen und er den kursächsischen Kämmerer Julius von Burkersroda, damals sächsischer Gesandter in Wien, zum Verhandlungsführer bestellt habe.⁹ Burkersroda nannte im Schreiben vom 23. März 1659 in Wien dem Grafen Peter Zrinski die ersten Vorstellungen und Bedingungen des Kurfürsten für die Anwerbung und Bezahlung der Gardekroaten mit der Bitte, diese zu bestätigen, woraufhin Graf Zrinski mitteilte, dass er in Kürze einen Kommandeur für die Garde bestimmen und nach Wien schicken werde, der dann die Verhandlungen im Auftrag des Grafen Zrinski führen werde.¹⁰ Kurze Zeit später, am 9. April 1659, traf dann ein Baron Barbo – der kein Kroat war, was unter den Kroaten zu Vorbehalten gegen ihren Kommandeur führte – mit den ersten Vorschlägen für einen Vertragsentwurf in Wien ein, den er dem sächsischen Verhandlungsführer Julius von Burkersroda übergab. Dieser leitete die Vorschläge, welche die monatliche Vergütung der Offiziere und Reiter, die Ausrüstung und die Bereitstellung von Stoffen

für die Bekleidung der Gardisten betrafen, umgehend mit einer eigenen Stellungnahme an den Kurfürsten weiter.¹¹

Die Verhandlungen zogen sich bis 1659 hin, als die Pässe der kaiserlichen Kriegskanzlei für die Kroaten eintrafen. Ein Dekret Kaiser Leopolds, ausgestellt in Pressburg am 6. September 1659, bestätigte die Bereitstellung von 20 Leibgardisten zu Pferd des Karlovačer General-Leibregiments unter dem Kommando von Leutnant Janko Šubić Peranski für Johann Georg II. von Sachsen. Die Auswahl der ersten kroatischen Gardisten hingegen verdankt Johann Georg II. vermutlich eben diesen Leutnant Janko Šubić Peranski, der auf Empfehlung Peter Zrinskis die Gardisten einwarb.¹² Freiwillige und auf Empfehlung basierende Bewerbungsschreiben sind in diesem Zusammenhang überliefert. Befehlshabende Offiziersränge und -posten wurden durch Abkömmlinge adligen Standes und die gemeine Reiterei aus Söhnen angesehenen und verdienter Militärs unterschiedlicher kroatisc (kroatischer) Herkunft, darunter auch solche uskokischer und wallachischer Abstammung, besetzt.

Aus Dokumenten der sächsischen, slowenischen und kroatischen Archive werden die unterschiedlichen Motive der Gardisten für ihre Bewerbung ersichtlich. So versprach man sich vom Dienst am sächsischen Hof nicht nur eine gesicherte Existenz, sondern auch ein höheres Ansehen seiner jeweiligen Familie in der Heimat und vor Ort. Gute Aufstiegschancen in der eigenen Karriere zählten vermutlich genauso dazu, wie das Entfliehen vor den heimischen, von ständi-



„Husarencolonel“, Zeichnung, 1989
Velimir Vuksic



Kroatischer Husar, Zeichnung, 1989
Velimir Vuksic

gen Auseinandersetzungen mit den Osmanen geprägten Lebensbedingungen in Kroatien.

Ende Oktober 1659 übernahm schließlich Rittmeister Georg Silly das Kommando über die im Aufbau befindliche Kroatengarde, der in einem Brief des kurfürstlich sächsischen Verhandlungsführers Julius von Burkersroda vom 30. Oktober 1659 als „von geburth einer von Adell, ein wackerer verständiger Man, auch alhir wohl begüttert ist, [...] er im Felt, wen er den Kriegk weiter fortgesetzt, wegen seiner gutten Vernunft von actionen, gar leichtlich hette Obr:Leuttn: oder Obrister werden können“¹³, beurteilt wird. Unmittelbar nach seiner Ernennung übermittelte eben dieser Rittmeister Georg Silly seine Forderungen an Kurfürst Johann Georg II., der seinerseits über einen gegenseitigen Vergleich nun die letzten Bedingungen einvernehmlich klären konnte. Anfang Februar 1660 waren die Werbungen für die kursächsische Leibgarde in Kroatien abgeschlossen.

Die Abreise der Garde verzögerte sich jedoch aufgrund von Schnee und Hochwasser. Graf Peter Zrinski bedankte sich am 15. Februar 1660 beim Kurfürsten, lobte die Kommandeure und Offiziere der Garde als im Kampf bewährte aufrichtige und treue Gardisten und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die von ihm auserwählten Kroaten voll und ganz den Vorstellungen seiner kurfürstlichen Majestät entsprächen.¹⁴ Johann Georg II. von Sachsen definierte damals u. a. solche Anforderungen, dass alle Gardisten ein Mindestmaß an Körpergröße von sechs Fuß einhalten sollten und dass alle von Adel stammend, sich mit ihren Knechten, ihrer persönlichen Bewaffnung und ihren Pferden, bereits kriegs- und kampferfahren bewährt haben sollten.¹⁵

Unter den ersten Gardisten, die die Werbung für die berittene Leibgarde Kroaten annahm, war auch ein gewisser Janko Šajatović aus Sichelberg (Žumberak), der als Edelmann mit zwei Pferden im Range eines Fahnenjunkers der ersten Korporalschaft der Leibgarde Kroaten zu Ross seine Laufbahn in Sachsen begann. Er bildet den historischen Hintergrund für die Oberlausitzer Sagenfigur Krabat. Krabat bedeutet nichts anderes als Kroat. Janko Šajatović kehrte nicht in seine Heimat zurück, sondern blieb in Sachsen, wo man ihn als Johann von Schadowitz bezeichnete.

Am 13. März des Jahres 1660 kam eine Kompanie Kroaten in Pirna an, die der Kur-

fürst von Kaiser Leopold I. bei seiner Krönung zu Frankfurt geschenkt bekommen hatte.¹⁶ Man kann also gesichert annehmen, dass sich Leopold I. bei Johann Georg II. von Sachsen für dessen Unterstützung anlässlich seiner Kaiserwahl bedanken wollte. Die Einquartierung der Kompanie Kroaten erfolgte in unmittelbarer Nähe im Dorf Ebenheit östlich des Schlosses Sonnenstein. Das Ratsprotokoll der Stadt Pirna weist dazu am 17. April 1660 aus, dass den Bewohnern des Dorfes für den erlittenen Schaden bei der Einquartierung der Leibgarde Kroaten eine Entschädigung für das aufgebrauchte und verfütterte Heu und Getreide bewilligt bekamen.¹⁷

Zwei Tage später, am 15. März 1660, wurde die neue Leibgarde Kroaten zu Ross das erste Mal in Gegenwart des Kurfürsten in Pirna auf der Höhe vor dem Schloss gemustert.¹⁸ Die Garde wurde auf ihr Reiterrecht eingeschworen und erhielt eine Truppenstandarte zu Händen des Fahnenjunkers der ersten Korporalschaft verliehen. Jener Fahnenjunker war Johann von Schadowitz. Das genaue Aussehen der Standarte ist nicht bekannt. Überliefert ist nur eine rote Grundfarbe mit einem kurfürstlichen Wappen.¹⁹ Fakt ist aber, dass die Garde anlässlich ihrer Musterung am 15. Oktober 1662 eine neue Truppenfahne²⁰ verliehen bekam, deren Aussehen wie folgt übermittelt ist: Eine vollständig karmesinrote zweizipflige Kroatenfahne aus Taff, geziert mit goldenen Flammen, auf der einen Seite das kurfürstlich sächsische Kurwappen, auf der anderen Seite die Kurmütze mit den Anfangsbuchstaben Johann Georgs II. von Sachsen, beides aus goldener und bunter Seide bestehend, am Fahnentuch karmesinseidene Fransenquasten, die in Rot und Gold bemalte Fahnenstange mit einer dreieckigen goldenen Spitze, daran zwei karmesinseidene Trödeln und Schnüre.²¹

Während der ersten Musterung am 15. März 1660 waren sieben Offiziere mit 24 Pferden und ihren Knechten, ein Trompeter mit einem Pferd (ein zweiter Trompeter mit einem Pferd war an diesem Tag wegen einer Erkrankung ausgefallen), 19 Edelleute mit 37 Pferden und ihren Knechten sowie 25 Gardisten mit Pferd, die auch „Einspannige“ genannt wurden, anwesend. Alles in allem bestand die Kroatengarde an diesem Tag aus 52 Gardisten mit 87 Pferden und einer nicht gezählten Anzahl von namenlosen Knechten. Wie wir aber aus späteren Musterlisten entnehmen können, hatte jeweils ein Knecht ein bis zwei Pferde zu versorgen und zu reiten.

Die Offiziere der Leibgarde Kroaten zu Ross gliederten sich in den Gardekommandeur im Range eines Rittmeisters, dem Vizekommandeur im Range eines Leutnants, einem Kornett, einem Wachtmeister, der als Korporal eingesetzt wurde, zwei weiteren Korporalen, einem Fourier und einen Trompeter.

Das Reiterrecht vom 14. März 1660, das die kurfürstlichen Räte in mehrfacher Lesung extra auf die Kroatengarde zuschnitten und das von den Gardisten beschworen werden musste, umfasste, umfasst im Wesentlichen 16 Artikel, die im nachfolgenden mit gekürzten Inhalten aufgelistet werden:

- a) jederzeit treu gegenüber der kurfürstlichen Familie, dem Land und den Leuten zu sein
- b) jederzeit das kurfürstliche Vermögen zu schützen und zu befördern
- c) jederzeit Unheil und Nachteil zu verhindern
- d) verlässlich mit Leib und Leben zu dienen
- e) Respekt und Gehorsam zu wahren
- f) anzügliche widersetzliche Worte und Streitigkeiten zu unterlassen
- g) ein diszipliniertes, beflissenes und gottgefälliges Leben zu führen
- h) unzüchtige Weibsbilder zu meiden
- i) Trunkenheit zu unterlassen
- j) keine Wache zu verschlafen und zu versäumen
- k) keine ihrer Pferde zu vertauschen, zu verkaufen oder zu verborgen
- l) niemanden Schaden oder Verletzungen zufügen
- m) vorsätzliches Zanken und Streiten zu unterlassen
- n) dem Feind gegenüber nicht zu weichen oder zu wanken und nicht zu brandschatzen oder zu plündern
- o) nicht zum Feind überzulaufen
- p) Mord und Totschlag und andere Taten zu vermeiden.²²

Verstöße gegen das Reiterrecht waren keine Bagatelereignisse, sondern wurden mit Kerkerstrafe oder Tod geahndet. Wie ernst es damit war, zeigt die Exekution des Kroaten Thomas von Filipovich, der gemäß Urteil des Regimentsgerichts vom 6. September 1662 wegen Verletzung des Reiterrechts hingerichtet wurde²³, aber auch die Beschreibung der Verfolgung dreier flüchtiger Gardekroaten, die drei Juden niedergehauen hatten²⁴. Gleichwohl zeugen auch weitere Klagen und Verhörprotokolle von der Ernsthaftigkeit des Reiterrechts.

Über das Aussehen der kurfürstlich-sächsischen Leibgarde Kroaten zu Ross wird be-

richtet, dass ihre Kleidung dem Brauch nach in Schnitt und Form kroatisch war und im Wesentlichen dem gleichen Aussehen wie die Leibwächter der krainischen und österreichischen Grenzgeneräle entsprach.²⁵ Sie trugen nach der Grundfarbe ihres Wappens eine hochrote Attila, hochrote, die Offiziere auch blaue oder schwarze Beinkleider mit reichen Silber- und Goldverschnürungen (Stickereien), ein über die Schulter geworfenes Panter- oder Tigerfell und gelbe Reitstiefel (Czismen) mit goldenen Sporen, eine Pelzmütze (Kalpak) aus Marder- oder Wolfsfell mit Reiherfedern und einer Agraffe verziert.²⁶ Um den Hals trugen sie ein Halstuch (altitalienisch „croata“ genannt). Unter einem mit rotem Samt bzw. Scharlatin überzogenen Sattel befanden sich Tigerfelle oder blaue, silbern verzierte Schabracken.²⁷ Das mit blauer Seide überzogene Zaumzeug ihrer Pferde war mit reichhaltigen goldenen und silbernen Beschlägen verziert, so dass das Reitzeug in seiner Gesamtheit osmanisch wirkte.²⁸ Oft wurde ihr Aussehen auch als „ungarisch“ beschrieben, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, dass alle südslawischen Söldner im 17. Jahrhundert einfach nur als Ungarn betitelt wurden. Türkische Krummsäbel, große gerade silberbeschlagene Säbel, Messer (Handschar), Musketen und Karabiner, auch einzelne Lanzen werden erwähnt.²⁹ Insgesamt sorgte ihr Aussehen bei jedem Auftritt in der Öffentlichkeit und am Hofe für große Bewunderung und Beachtung.

Die monatlichen Soldkosten für diese erste Garde betragen insgesamt 852 Reichstaler, die sich wie folgt aufschlüsselten: dem Rittmeister 80 Taler und nochmals 64 Taler für acht Pferde, dem Leutnant 30 Taler und nochmals 40 Taler für fünf Pferde, dem Kornett 20 Taler und nochmals 24 Taler für drei Pferde, den drei Korporalen je acht Taler und jedem 16 Taler für zwei Pferde, dem Fourier vier Taler und nochmals 16 Taler für zwei Pferde, den beiden Trompeter je drei Taler und acht Taler für jedes Pferd, den 60 Reitern je acht Taler.³⁰

Nach ihrer Musterung und dem geleisteten Schwur wurden die Soldaten von Ebenheit in Pirna nach Meißen, vermutlich in die Albrechtsburg, und von dort dann schließlich in die Festung Dresden verlegt. Sie wurden in neun Festungshäusern der Dresdner Bürger, anfangs völlig kosten- und logiefrei³¹, einquartiert.³² Erst als die Dresdner Bürger sich bei der Kammer und dem sächsischen Kurfürsten über die Kroaten beschwerten, wurden die Gardisten zur Zahlung einer geringen



Rittmeister Janko Peranski bei einer Parade 1678, schematische Darstellung auf einem Stich in Gabriel Tzschimmers „Durchlauchtigster Zusammenkunft“, Nürnberg 1680, stark vergrößerter Ausschnitt

monatlichen Entschädigung ab dem vierten Monat ihrer Einquartierung an die Dresdner Bürger verpflichtet.³³

Das Verhältnis der Kroaten zu den anderen Leibgarden und Hofbediensteten des Dresdner Hofes war nicht das Beste. Unterschiedlich konfessionelle Orientierungen führten dazu, dass sich die Geistlichen und Schullehrer beim Kurfürsten darüber beschwerten, dass die Kroaten regelmäßig an „illegalen katholischen Messen“ in den häufig überfüllten Gesandtschaftskapellen der katholischen Gesandten in Dresden teilnahmen.³⁴ Die Kroaten waren teils griechisch-katholischer, teils römisch-katholischer Konfession, und katholische Gottesdienste waren in Kursachsen – mit Ausnahme der katholischen Pfarreien in der Oberlausitz – nicht zugelassen. Schließlich befahl der Kurfürst dem Kommandeur der Gardekroaten, Rittmeister Georg Silly, am 18. Juni 1661, dafür Sorge zu tragen, dass seine Kroaten bei Androhung einer Leib- und Lebensstrafe den Frieden am Hofe, in der Stadt und auf Reisen nicht gefährdeten.³⁵ Ein paar Jahre später und auf Grund seiner Zusicherung an die Kroaten, ihren katholischen Glauben und ihre kroatische Sprache pflegen zu können, erließ der Kurfürst Johann Georg II. die Weisung, dass die Kroaten „zur Pflege ihrer Devotion“ die katholischen Kirchen in der Oberlausitz nutzen sollten.³⁶

Georg Silly starb am 11. August 1661 in Dresden und wurde am 19. August 1661 im katholischen Teil des St. Petri-Doms zu Bautzen beerdigt. Die Leibgarde Kroaten transportierte seinen Leichnam mit allen Ehren und Geleit über Bischofswerda nach Bautzen. Dort zollten ihm während des großen Trauerzugs der Adel sowie die Bürgerschaft der Stadt Bautzen allen Respekt und Ehre. Der Trauerzug wurde durch die Kroaten begleitet, die prachtvoll und dem Anlass entsprechend geschmückt waren. Der Verstorbene wurde vor dem Altar abgelegt, wobei sich rechts und links neben ihm zwei Gardisten mit den Trauerfahnen aufstellten. Danach erfolgten die Trauerrede, begleitet von zahlreichen Gebeten, Musik und Trauergesängen, sowie unter Salutfeuer die Beisetzung in der vorbereiteten Gruft.³⁷

Nach dem Tod Georg Sillys erhielt der bisherige Vizekommandeur und Leutnant Janko Peranski am 12. August 1661 seine Bestallung zum Rittmeister und Kommandeur über die Leibgarde Kroaten.³⁸ Janko Peranski (de Pernia)³⁹, der mit seinem vollen Namen „Janko Subić von Bribir-Peranski“ hieß,

entstammte dem Grafengeschlecht von Bribirskih Šubić, dem auch Graf Petar Zrinski entstammte. Seine Vorfahren besaßen das Schloss Perna im kroatischen Gebirge Petrova Gora. Die Familie besaß auch eine Reihe von kleineren Ländereien rund um Karlovać. Janko Peranski behielt das Kommando über die Leibgarde Kroaten nachweislich bis zum 25. Juli 1677⁴⁰ und danach unter dem Oberkommando des Kriegsrats Rudolf von Neitschütz, Generalwachtmeister und Obrist der Deutschen Leibgarde zu Ross, weiter bis zur Auflösung der Garde im Jahre 1680. Aus seinem ursprünglichen Rang als Leutnant rückte er rasch zum Rittmeister und später⁴¹ zum Obristleutnant auf. Zudem wurde er zum Kammerherrn des Kurfürsten und zum Amtshauptmann von Moritzburg ernannt. Als solcher besaß er ganz in der Nähe der Moritzburg ein Haus mit Brau- und Schankgenehmigung, ein Gartenhaus sowie einige Grünflächen im Dorf Eisenberg.⁴² Zudem gehörte ihm das Vorwerk Klitzschena nordwestlich von Halle (Saale) bei Bergwitz.⁴³

Von 1660 bis 1680 wurde die Leibgarde Kroaten zu Ross nachweislich zehn Mal gemustert. Diese Musterungen lassen die personellen Veränderungen erkennen, die in der Garde vollzogen wurden. Insgesamt dienten so über die Jahre ca. 200 Gardisten aus zum Teil unterschiedlichen Ländern. Oft geben die Musterlisten nicht nur die vorherige Laufbahn oder die Herkunft ihrer Gardisten wieder, sondern auch die ihrer Knechte. Nach den ersten zehn Jahren schien die Garde jedoch immer mehr zu verfallen. Ihr Zustand war nicht mehr der beste, und Gardisten anderer Nationen wurden in ihr aufgenommen. Der Kurfürst musste mehrfach zur Gewährleistung der Ordnung und zur Wahrung der Disziplin nach dem Reiterrecht und bei Androhung von Leib- und Lebensstrafe das Verhalten einzelner Gardisten rügen. Interne Streitigkeiten unter den Gardisten, Deserteure und andere Verfehlungen gehörten demnach ebenfalls zur Tagesordnung in der Leibgarde. Mehrheitlich aber bestand die Garde hauptsächlich aus kampferprobten und erfahrenen sowie treuen und loyalen Gardisten des kroatischen Adels, welche zuvor im Dienst des Grafen Zrinski standen und aus gutem Hause stammten⁴⁴.

Die Aufgabe der Leibgarde Kroaten bestand getreu dem Reiterrecht darin, den Kurfürsten und die kurfürstliche Familie zu schützen. Dementsprechend begleitete die Leibgarde Kroaten oder einzelne ihrer ausgesuchten Gardisten den Kurfürsten und

seine Familie nicht nur auf vielen Reisen im In- und Ausland, sondern auch bei zahlreichen Huldigungen, Prozessionen und Festumzügen sowie Jagd-⁴⁵ und Vergnügungsreisen. Zudem wurde die Garde zum Zwecke der Ehrenbezeugung bei vielen Beerdigungen oder Staatsbesuchen eingesetzt. So gehörte die Garde beim Einzug Johann Georgs II. 1664 in Regensburg zum Gefolge des Kurfürsten, der bei dieser Gelegenheit von den Grafen Peter Zrinski und Franjo Frankopan, zwei kroatischen Adligen aus Sichelberg, begleitet wurde.⁴⁶ Ende Dezember des Jahres 1666 wurde die Garde anlässlich der Rückkehr der kurprinzlichen Familie aus Dänemark eingesetzt. Ein weiteres Mal sorgte die Garde im Februar 1678 zu Dresden, anlässlich der feierlichen Zusammenkunft des Kurfürsten Johann Georg II. mit seinen Brüdern und deren Familien, für großes Aufsehen.⁴⁷ Bei der feierlichen Beerdigung Johann Georgs II. veranlasste sein Nachfolger Johann Georg III. (1647–1691), dass die Leibgarde Kroaten zu Ross vor dem kurfürstlichen Leichengespann voranritt. Im Unterschied zu manch anderen Hofgarden blieb die Leibgarde Kroaten aber auch nicht von echten Kampfeinsätzen verschont, die sie gegenüber den Franzosen oder Türken bestehen musste. Mit Erlaubnis und Order des Kurfürsten reiste zum Beispiel Janko Peranski kurz nach seiner Ernennung zum Rittmeister und Kommandeur zusammen mit einigen anderen Gardisten zurück nach Kroatien, um dort Peter Graf Zrinskis Truppen gegen eine größere Offensive der Türken zu unterstützen. Der Kurfürst selbst wurde von Janko Peranski, Johann van der Goltz und auch von Peter Zrinski über die dortige Situation und den Aufenthalt der sächsischen Kroaten in Kroatien in mehreren Briefen unterrichtet.⁴⁸ Zudem erhielt er aus dieser Zeit mehrere Geschenke von Beutewaffen, darunter solche, welche sich heute in der Rüstkammer der Staatlichen Kunstsammlung Dresden befinden.⁴⁹

Als die Verschwörung der Magnaten Zrinski, Frankopan, Wesselényi, Nádasdy, Rákóczi, Thököly und anderer Adelliger Ende der 1660er/Anfang der 1670er Jahre bekannt wurde, positionierten sich die Mitglieder der Leibgarde Kroaten sehr verhalten diesen Informationen gegenüber. Sie wunderten sich sehr über die Tatsache, dass ihr vormaliger Fürst und Ban Zrinski, mit dem sie oft und etliche Male auch erfolgreich gegen die Türken und andere Feinde gekämpft hatten, nun nicht nur mit Frankreich, Polen und Ve-

nedig, sondern auch mit den Osmanen über die Unabhängigkeit Kroatiens verhandelt haben soll. Zur Aufklärung des Sachverhaltes beabsichtigten sie daher schließlich, eine Abordnung ihrer Garde nach Kroatien zu schicken, was jedoch seitens des österreichischen Vizekanzlers vereitelt wurde. Als sie erfuhren, dass die Grafen Zrinski und Frankopan unter dem Vorwand der Aufnahme gegenseitiger Verhandlungen nach Wien beordert und dort gefangengenommen und hingerichtet worden waren, trauerten die Mitglieder der Garde bitterlich um ihren Fürsten und Vizekönig.⁵⁰

Nach dem Tod des Kurfürsten Johann Georg II. von Sachsen beschleunigte sein Sohn Johann Georg III. von Sachsen den Umbau des Militärs infolge der ständigen und noch immer unverhältnismäßigen hohen Kosten für die Kriegskasse und das Land. Die letzte Musterung der Leibgarde Kroaten zu Ross fand am 1. Januar 1678 in Dresden statt. Der Einheit gehörten zu diesem Zeitpunkt noch 65 Personen an, darunter 41 Gardisten mit 24 Knechten und zehn Ersatzpferden, wovon 28 aus Kroaten, 25 aus Ungarn, vier aus Sachsen, vier aus Siebenbürgen, einer aus Polen, zwei aus Österreich und einer aus Böhmen kamen.⁵¹

Unter dem Druck der sächsischen Räte, die immer wieder eine Kostensenkung anmahnten, entließ der Kurfürst schließlich die kleineren Truppenteile wie auch die Leib- und Gardetruppen des Hofes oder baute sie in die neu aufgestellten Linienregimenter seines im Wachsen begriffenen stehenden



Johann von Schadowitz als kurfürstlich sächsischer kroatischer Leibgardist zu Pferd, Figurine, gefertigt Jörg Tausch, 2017–2021

Krabat, Zeichnung von
Martin Nowak-Neumann
(Měrćin Nowak-Njechorǎski)



Gedenktafel für Johann von
Schadowitz in der Pfarrkirche
in Wittichenau
Wikimedia



Heeres ein. Überschwängliche Hofhaltungen wie auch prunkvolle Feste wurden zugunsten der Kriegskasse abgeschafft. Selbst Musketiere, Schweizer Gardisten, Kammerjunker und Räte fielen der Verkleinerung des Hofstaates zum Opfer⁵² – wie auch die Leibgarde Kroaten zu Ross. Sie wurde erst Anfang November 1680 auf Befehl des Kurfürsten nach Zwickau verlegt und dann Mitte November in die Heimat entlassen. Von den Gardisten wurde das nicht besonders freudig aufgenommen, denn am 23. Novem-

ber 1680 erschoss sich ihr Hauptmann Baron Bartolomeo Berdarini von Kieselstein in seinem Quartier des Schneeberger Wirtshauses „Goldener Löwe“ aus Verzweiflung.⁵³ Dies dokumentiert die unter den Gardisten vorherrschende Angst vor der ungewissen Zukunft. Sie verloren nach 20 Jahren eine sicher geglaubte Existenzgrundlage und mussten in ein völlig verändertes Heimatland zurückkehren. Familienstrukturen, Netzwerke und Grundherrschaften waren nicht mehr vorhanden, Familienmitglieder, Bekannte und Verwandte teilweise verstorben, und eine künftige Einkommensquelle für die doch schon hochbetagten Gardisten höchst ungewiss. Janko Peranski, bis zur Entlassung im November 1680 Kommandeur der Leibgarde Kroaten, kam später noch öfter zur Regelung seiner Besitzverhältnisse nach Sachsen, bis er schließlich 1689 in Kroatien verstarb.

Einzig Johann von Schadowitz, zuletzt im Jahr 1700 Generaladjutant des Kurfürsten im Feldzug gegen Riga⁵⁴ und Obrist der Trabanten-garde zu Ross, setzte seinen Dienst im sächsischen Militär fort. Dank seiner treuen und loyalen langjährigen Dienste schenkte ihm der sächsische Kurfürst Johann Georg III. im März des Jahres 1691 das Vorwerk Särchen, heute Großsärchen, südöstlich von Hoyerswerda gelegen, als Altersruhesitz.⁵⁵ Doch auch mit der erst im Dezember 1691 erfolgten Pensionierung blieb Johann von Schadowitz bis zu seinem Tode den nachfolgenden sächsischen Kurfürsten treu ergeben. Beratend stand er ihnen mit seinen militärischen Erfahrungen zur Seite, bis er 78-jährig in der Mitte des Jahres 1702 um die vollständige Entbindung von allen militärischen Ämtern und Funktionen und um Entlassung in seinen eigentlich seit 1691 bestehenden Ruhestand bat.⁵⁶ Zurückgekehrt in sein Vorwerk Särchen, zog er sich in den Kretscham (Wirtshaus „Zum Schwan“) zurück, wo er von den Wirtsleuten liebevoll gepflegt und versorgt wurde, bis er schließlich am 29. Mai 1704 verstarb.⁵⁷

Am 2. Juni 1704 wurde er in der katholischen Kirche von Wittichenau beigesetzt. Der Trauerzug soll lang gewesen sein, und der katholische Pfarrer hielt ihm eine deutsche Leichenpredigt, die in ihrer Art und Weise in den damaligen katholischen Kirchen eher unüblich war und eine große Anerkennung und Auszeichnung bedeutete.

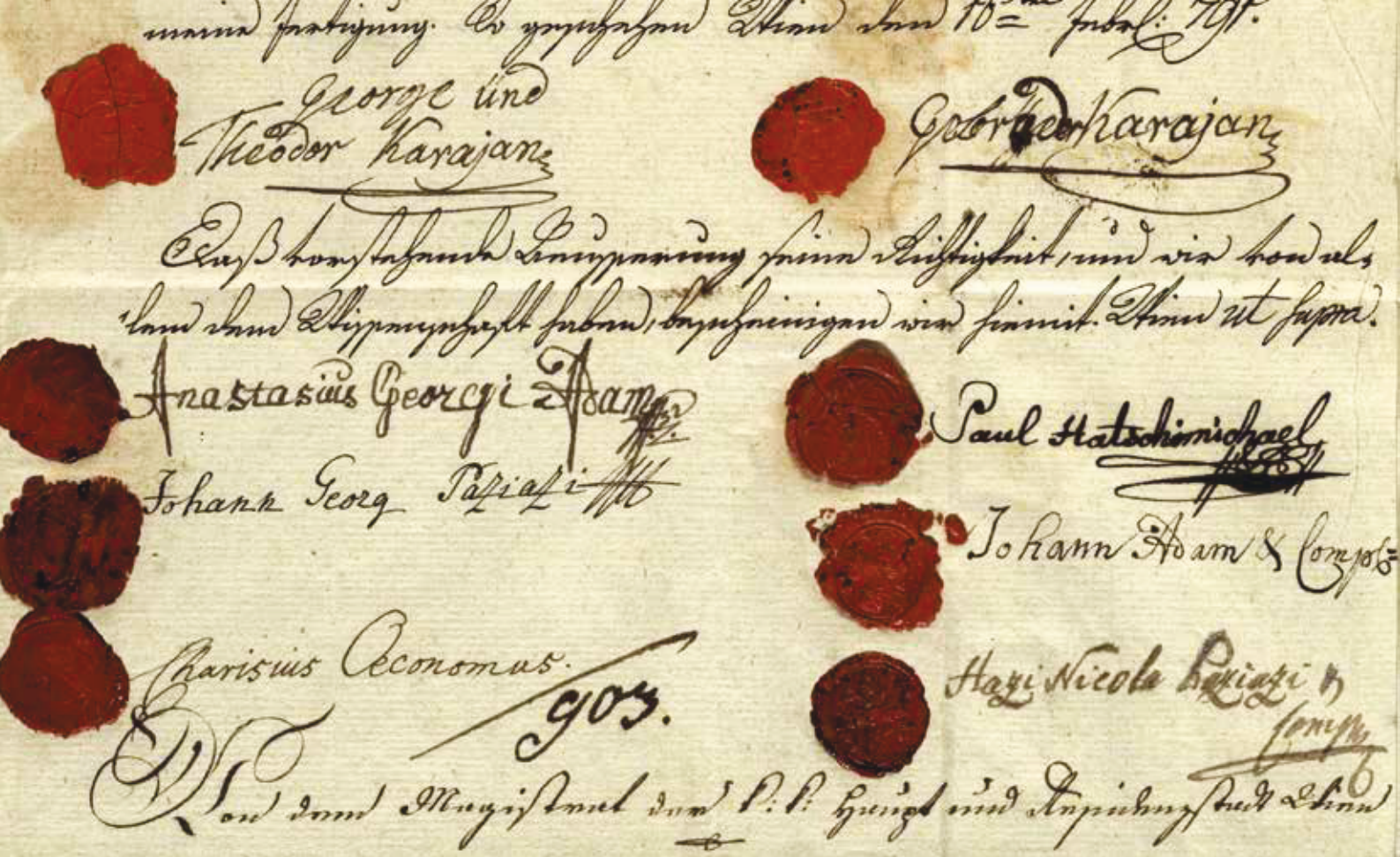
Johann von Schadowitz wurde 80 Jahre alt und entwickelte sich im Laufe seines Lebens von einem das Christentum verteidigenden Kroaten uskookischer Abstammung zu einem in Sachsen

geachteten, hoch angesehenen und geschätzten Edelmann, den die Sorben der Oberlausitz an-

gesichts seiner Taten als Zauberer als Schutzpatron und ihren „heimlichen König“ verehrten.⁵⁸

- 1 Ernest Bauer: Glanz und Tragik der Kroaten, Wien 1969, S. 29–40.
- 2 Alexander Schunka: Gäste, die bleiben. Zuwanderer in Kursachsen und der Oberlausitz im 17. und frühen 18. Jahrhundert, Hamburg 2006, S. 183–185.
- 3 Radoslav Lopašić: Hrvatska Garda u Draždjanjih, in: Vienac, Zabavi i Pouci, Tečaj VIII, Zagreb 1876, S. 820 ff.
- 4 Alexander Schunka: Konfessionelle Liminalität. Kryptokatholiken im lutherischen Territorialstaat des 17. Jahrhunderts, in: Joachim Bahlcke/Rainer Bendel (Hrsg.): Migration und kirchliche Praxis. Das religiöse Leben frühneuzeitlicher Glaubensflüchtlinge in alltagsgeschichtlicher Perspektive, Köln 2008, S. 117–119.
- 5 Duschan Preradović: Ein Beitrag zur Geschichte der Errichtung bzw. Ausrüstung der Kursächsischen Leibkompanie zu Ross „Kroaten“ (1660–1680), in: Zeitschrift für historische Waffenkunde 3 (1905), S. 358 f.
- 6 Eduard Vehse: Geschichte der Höfe des Hauses Sachsen, Vierter Theil, Hamburg 1854, S. 33, Ziffer 11.
- 7 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (folgend HStA Dresden), 10024 Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 9130/3, fol. 2.
- 8 Ebenda, fol. 3.
- 9 Ebenda, fol. 6.
- 10 Ebenda, fol. 10.
- 11 Ebenda, fol. 11.
- 12 Radoslav Lopašić: Spomenici o hrvatskih gardah na dvorovih u Draždjanjih i Potsdamu [Die Errichtung der kroatischen Garden an den Höfen von Dresden und Potsdam], in: Starine 27 (1895), S. 169–193.
- 13 HStA Dresden, 10024 Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 9130/3, fol. 42 f.
- 14 Ebenda, fol. 48 f.
- 15 Bauer (wie Anm. 1), S. 38.
- 16 Richard Flachs (Hrsg.): Petermanns Pirnische Chronik (1729) nach den im Pirnaischen Ratsarchiv vorhandenen Abschriften, Pirna 1916, S. 196, 234.
- 17 Stadtarchiv Pirna, Ratsprotokolle Ae-Anno 1647. USGZ. 1660 vom 17. April 1660, 2. Abschnitt.
- 18 HStA Dresden, 11237 Geheimes Kriegsratskollegium, Loc. 10802/2, fol. 2 und 4–9.
- 19 Preradović (wie Anm. 5), S. 359
- 20 HStA Dresden, 11237 Geheimes Kriegsratskollegium, Loc. 10802/2, Schreiben an den Rittmeister Johann Peranski vom 15. Oktober 1662.
- 21 Johann Edmund Hottenroth: Geschichte der sächsischen Fahnen und Standarten, Dresden 1910; Holger Schuckelt: Die Kroatenleibgarde zu Ross des Kurfürsten Johann Georg II. von Sachsen, in: Dresdner Kunstblätter, Ausgabe 5/2005, S. 325.
- 22 HStA Dresden, 11237 Geheimes Kriegsratskollegium, Loc. 10802/2, fol. 19 ff.
- 23 Flachs (wie Anm. 16), S. 174.
- 24 HStA Dresden, 10024, Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 09130/03.
- 25 Flachs (wie Anm. 16), S. 174.
- 26 Vehse (wie Anm. 6), S. 33; Walther Thenius, Die Anfänge des stehenden Heerwesens in Kursachsen unter Johann Georg III. und Johann Georg IV., Leipzig 1912, S. 81; Bauer (wie Anm. 1), S. 30.
- 27 Die katholische Pfarrkirche in Wittichenau. Eine Denkschrift zur großen Kirchenrenovation von 1933–1935, S. 49–50.
- 28 Schuckelt (wie Anm. 21), S. 324 f.
- 29 Vgl. Anm. 26.
- 30 Ebenda.
- 31 HStA Dresden, 11237 Geheimes Kriegsratskollegium, Loc. 10802/2 sowie 10024 Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 09130/03, fol. 25 f.
- 32 HStA Dresden, 11237 Geheimes Kriegsratskollegium, Loc. 10802/2.
- 33 Ebenda, Schreiben der Dresdner Bürger vom 22. Juli 1660.
- 34 Schunka (wie Anm. 2), S. 183–185.
- 35 HStA Dresden, 11237 Geheimes Kriegsratskollegium, Loc. 10802/2, Schreiben Georg Silly vom 18. Juni 1661.
- 36 HStA Dresden, 10025 Geheimes Konsilium, Loc. 04688/03.
- 37 HStA Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, C Nr. 30, fol. 71–85.
- 38 HStA Dresden, 11237 Geheimes Kriegsratskollegium, Loc. 10798/16.
- 39 Selbstbezeichnung; Vjesnik Kr. državnog arkiva u Zagrebu. Band 8, 1939, S. 131 ff.
- 40 HStA Dresden, 11237 Geheimes Kriegsratskollegium, Loc. 10802/2, Schreiben vom 25. Juli 1677.
- 41 Ebenda, Schreiben vom 31. Dezember 1675.
- 42 HStA Dresden, 10037 Finanzarchiv, Loc. 37682, Rep. 43, Gen. Nr. 0017b, Bl. 9,61 und Bl. 7,54b, 10060 Amt Moritzburg, Nr. 1624.
- 43 Chronik von Klitzschena, <https://ffw-klitzschenaev.jimdo.com/chronik/chronik-von-klitzschena/>.
- 44 Vgl. Anm. 14 und 15.
- 45 Julius Theodor Pinther: Chronik der Stadt Chemnitz und Umgebung, Chemnitz 1855, S. 92.
- 46 Bauer (wie Anm. 1), S. 38.
- 47 Gabriel Tzschimmer: Die Durchlauchtigste Zusammenkunft oder historische Erzählung [...], Dresden 1680, S. 25, 37 f.
- 48 HStA Dresden, 10024 Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 9130/03.
- 49 Holger Schuckelt: Kroatische Reiter. Schrecken und Faszination in Sachsen, in: Uwe Fiedler (Hrsg.): Der Kelch der bittersten Leiden. Chemnitz im Zeitalter von Wallenstein und Gryphius, Ausstellungskatalog, Chemnitz 2008, S. 100–107.
- 50 Lopašić (wie Anm. 3).
- 51 HStA Dresden, 11237 Geheimes Kriegsratskollegium, Loc. 10802/2.
- 52 Ebenda.
- 53 Christian Melzer: Historia Scheebergensis renovata, Schneeberg 1716, S. 1399.
- 54 HStA Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, I Nr. 21.
- 55 HStA Dresden, 10036 Finanzarchiv, Speziaskripte 1600–1691, S. 201–204.
- 56 Franz Schneider: Chronik von Wittichenau und Umgebung, 1848 bis 1852, 2 Bde., Handschrift, Katholische Pfarrgemeinde St. Mariä Himmelfahrt in Wittichenau. Franz Schneider war 1847 bis 1858 Kaplan und von 1858 bis 1883 Pfarrer in Wittichenau.
- 57 Katholische Pfarrgemeinde St. Mariä Himmelfahrt in Wittichenau, Sterbebuch, 1704.
- 58 Hans-Jürgen Schröter: Johann von Schadowitz, in: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (Hrsg.): Sächsische Biografie, Online-Ausgabe: <http://www.isgv.de/saebi/>.

Autor
Hans-Jürgen Schröter
Wittichenau
www.familienforschung-sachsen.de



Unterschriften und Siegel griechischer Kaufleute in Chemnitz
 Stadtarchiv Chemnitz
 (vgl. Anm. 79)

Griechische Baumwollhändler in Chemnitz

Sebastian Liebold

Herkunft und Handelsprinzipien

Im Chemnitzer Stadtarchiv ist die Geschichte einer besonderen Händlergruppe überliefert, in deren Taten die doppelte Wirkung von Migration gut erkennbar wird: Die neue Heimat schlug sich nicht nur in der Identität der Ankommenden nieder – mit dem ökonomischen Wandel am Ort veränderte sich auch die alteingesessene Gesellschaft. Zwischen 1764 und 1815 waren in der Stadt griechische bzw. mazedonische Händler aus dem Osmanischen Reich ansässig, deren Wirken ebenso rasch an Bedeutung gewann, wie es anschließend dem Vergessen anheimfiel. Porträts dieser Textilkauflleute im Schlossbergmuseum halten die Erinnerung bildlich wach.¹ Die Herkunft der Händler aus der damaligen türkischen Provinz Mazedonien ist Gegenstand der Forschung – die griechisch-mazedonische Namensfrage hingegen für die Zeit um 1750 fast ohne Belang: Im Osmanischen Reich lebten in

den Provinzen oft mehrere Ethnien ohne exakte Unterscheidung zusammen. Die Ethnien in der Provinz Makedonien lassen sich anhand einer Erhebung von 1914 nachvollziehen. Das Kartenbild zeigt die griechische Besiedlung entlang der Küste. Der Plan zeigt zudem inselhaft türkische Ansiedlungen. Beide bislang verbürgten Herkunftsorte der späteren Chemnitzer Händler, Kastoria und Kozani², wiesen eine gemischte Bevölkerung auf: Kastoria lag in vorrangig slawischem Gebiet, Kozani an der Grenze zwischen griechisch und türkisch besiedeltem Terrain. Das Eigenschaftswort „griechisch“ ist vermutlich ein ökonomisches Kennzeichnungswort („a certain type of businessman“)³, keine ethnische Kategorie, es ließ sich wohl ähnlich einem heutigen Markennamen einsetzen. Erfolgsbedingungen griechischer Handelsniederlassungen abseits der Heimat zählt Vassiliki Seirinidou auf: Solche Händler reüssierten oft an Orten ohne großes Manufakturwesen und

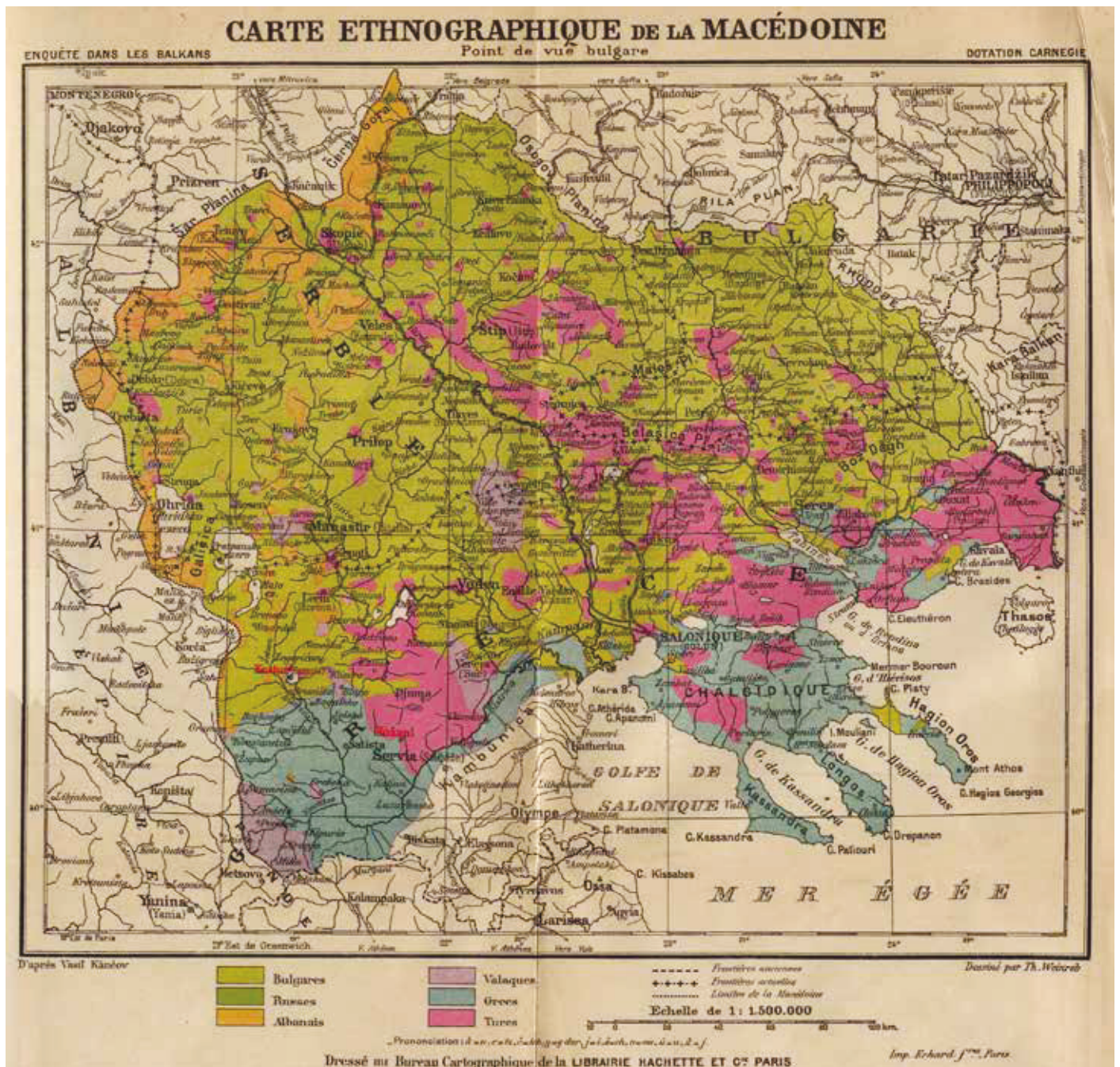
- 1 Peer Ehmke/Uwe Fiedler/Andrea Kramarczyk: Bilderbuch Chemnitzer Geschichte. Begleitbuch zur ständigen Ausstellung „Bildersaal Chemnitzer Geschichte“ im Schlossbergmuseum Chemnitz, Chemnitz 2012, S. 62-67. Die Bilder entstanden um 1790 und enthalten keine namentlichen Beschriftungen. Der vorliegende Beitrag fußt auf meiner Studie: Griechische Kaufleute in Chemnitz als Textilpromotoren, Monopolisten und Kulturmittler, in: Mitteilungen des Chemnitzer Geschichtsvereins 81 (2019), S. 93-122.
- 2 Constantinos Anagnostopoulos: Geschichte einer längst verschwundenen Griechischen Kolonie zu Chemnitz, in: Hellas-Jahrbuch 6 (1940), S. 11-19, hier S. 14 und 19.
- 3 Vassiliki Seirinidou: Grocers and Wholesalers, Ottomans and Habsburgs, Foreigners and „Our Own“. The Greek Trade Diasporas in Central Europe, Seventeenth to Nineteenth Centuries, in: Suraiya Faruqi/Gilles Veinstein (Hrsg.): Merchants in the Ottoman Empire, Paris 2008, S. 81-95, hier S. 94.

bei großen sozialen Unterschieden. Als begünstigender Faktor gilt ihm die kulturelle Alterität. Zwei Gründe wurden für den Weg der mazedonischen Händler nach Sachsen angeführt: Vassiliki Seirinidou fasst die Händlertätigkeit als Ausdruck einer selbstgewählten Diaspora auf, Olga Katsiardi-Hering als nachfragegeleitet.⁴ Beide betrachten Wien⁵ als Knotenpunkt: Nach dem österreichisch-osmanischen Handelsabkommen von Passarowitz (1718) entstanden türkische Handelsniederlassungen, die vor allem von Griechen geführt wurden. Liberalisierte Kleidervorschriften und der damit einhergehende Aufschwung der Textilherstellung beflügelten den Baumwollhandel. Die mazedonische Baumwolle

war um 1780 in Österreich mit 70-74 Gulden billiger als Smyrnische (110-115 Gulden) und als ost-westindische (150 Gulden); amerikanische war am teuersten.⁶ Zunächst entstanden von diesem Nachfragezentrum aus Kontakte zur Messestadt Leipzig. Nachfrage nach Baumwolle war nicht nur eine Preisfrage – auch von der Spinnereimechanik und der Verfügbarkeit des Halbfertigprodukts Garn für örtliche Weber hing die Einfuhr ab. Die billige Baumwolle aus Mazedonien hatte einen entscheidenden Nachteil: Die kurzen, harten, trockenen Fasern ließen sich nur schlecht verspinnen.⁷ Abnehmer der Baumwolle konnten sich indes nicht auf berechenbare Einfuhrpreise

4 Ebenda; Olga Katsiardi-Hering: The Allure of Red Cotton Yarn, and How it Came to Vienna. Associations of Greek Artisans and Merchants Operating Between the Ottoman and the Habsburg Empires, in: Suraiya Faroqhi/Gilles Versteijn (Hrsg.): Merchants in the Ottoman Empire, Paris 2008, S. 97-131.

Ethnien in Mazedonien (heute Nordmazedonien, Griechenland und Bulgarien), 1914



Sechs Bildnisse griechischer Baumwollhändler im Schloßbergmuseum Chemnitz. Die Bildnisse sind namentlich nicht bezeichnet.
Foto: Dr. Stefan Thiele



- 5 Dies vermerkt bereits Curt Wilhelm Zöllner: Geschichte der Fabrik- und Handelsstadt Chemnitz von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Chemnitz 1888, S. 418.
- 6 Günther Luxbacher: Massenproduktion wider Willen. Der Rohstoff Baumwolle und die Maschinerisierung der österreichischen Spinnerei, in: Mitteilungen des Chemnitzer Geschichtsvereins 69 (1999), S. 102-111, hier S. 105.
- 7 Michael Schäfer: Eine andere Industrialisierung. Die Transformation der sächsischen Textilexportgewerbe 1790-1890, Stuttgart 2016, S. 105.
- 8 Ebenda, S. 115. Johann Friedrich Carl Dürisch (1753–1818) engagierte sich – wie einige griechische Händler – in der Chemnitzer Casino-Gesellschaft. Zur Person siehe Manfred Schönfeld: Johann Friedrich Carl Dürisch – ein Wegbereiter der Industriellen Revolution in der Stadt und Region Chemnitz, in: Mitteilungen des Chemnitzer Geschichtsvereins 63 (1994), S. 41-56.
- 9 Schäfer (wie Anm. 7), S. 120.
- 10 Ebenda, S. 126.
- 11 Ebenda, S. 127-129.
- 12 Ebenda, S. 135.
- 13 Dazu u. a. Hans Münch: Industrielle Revolution in Sachsen – erste Fabriken an der Chemnitz, Chemnitz 1998; Sebastian Liebold: Chemnitz – Stadt am Fluss, in: Mitteilungen des Chemnitzer Geschichtsvereins 79 (2014), S. 27-54.
- 14 Ehmke/Fiedler/Kramarczyk (wie Anm. 1), S. 64.
- 15 Namensliste vgl. Anagnostopoulos (wie Anm. 2), S. 14, nach meinen Forschungen unvollständig.
- 16 Ebenda, S. 14. Theodor Georg von Karajan, der jüngste Sohn des Georg Johann (aus zweiter Ehe), hatte sechs Kinder. Ludwig, der zweite Sohn dieses Theodor Georg von Karajan, hatte einen Sohn Ernst, der Arzt in Salzburg und der Vater des Dirigenten Herbert von Karajan (1908–1989) war.
- 17 Wolfgang Uhlmann: Chemnitzer Unternehmer während der Frühindustrialisierung 1800-1871, Markkleeberg 2010, Anlage 10.

verlassen: Während der Kriegszeit schwankten die Preise (und die Preisrelationen zwischen südosteuropäischer und überseeischer Baumwolle) stark. Nach 1810 hat die Einfuhr aus Brasilien und den USA durch Verbilligung deutlich zugenommen – die Verleger konnten sich von dort mit feinerer „gelber“ Baumwolle versorgen. Gleichzeitig bot England immer billiger Garn an. Die Nachfrage nach Rohbaumwolle aus Südosteuropa nahm zum Ende der Napoleonischen Kriege hingegen ab.

Bis dahin unterlag die Chemnitzer Textilbranche besonderem Anpassungsdruck aufgrund der unsteten Außenbedingungen, die meist konträre Einkaufs- und Absatzpolitiken erforderten. Im Jahr 1807 wurde etwa – einem Bericht des Chemnitzer Amtmannes Johann Friedrich Carl Dürisch zufolge – viel mazedonische Baumwolle eingeführt, da infolge der Kontinentalsperre die überseeische Baumwolle ausblieb.⁸ Einfachere Stoffe hielten die Preise besser als feinere Stoffe, so dass die gröbere mazedonische Baumwolle einen stabilen Absatzmarkt behielt.⁹ Fertige Kattundrucke gingen nach Griechenland, Polen und nach Russland. Über Wien und Triest wurden Stoffe auch ins Osmanische Reich geliefert.¹⁰ Einige Jahre zuvor hatte die Ausfuhr dorthin wegen der Inflation in Wien abgenommen. Die Suspendierung des Wiener Wechselverkehrs 1806 löste in Chemnitzer Handelshäusern gar Panik

aus – Amtmann Dürisch erreichte in Leipzig die spätere Fälligkeit von Wechseln, die dann nach Wiederaufnahme der Zahlungen aus Wien beglichen wurden, so dass die Chemnitzer Firmen überlebten. Eine Chemnitzer „Leihbank“ stand in Rede.¹¹ Für Textilien begann 1809, während der Kontinentalsperre, reißender Absatz (hergestellt aus „gelber“ amerikanischer Baumwolle), der in den Folgejahren jedoch bedingt durch Einfuhrbeschränkungen etwa Russlands und sinkendem Rubel-Kurs wieder zurückging. 1812 minimierten fehlende Kredite und schlechte Kurse den Leipziger Handel, während Chemnitzer Waren in dem Jahr Richtung Rheinbund, Donaustaaten und Polen reüssieren konnten. Danach brach der Absatz deutlich ein. Für und Wider von Abschottung spalteten die Händlerschaft: Der Bericht von Amtmann Dürisch gibt für 1814 – nach dem Kriegsjahr 1813 – Stimmen für das Kontinentalsystem sowie für den Freihandel wieder.¹² Der Weggang der griechischen Händler aus Chemnitz ist wohl den – weiter unten vorgestellten – lokalen Streitigkeiten ebenso anzulasten wie europaweiten Umbrüchen.

Ansiedlung und Aufenthaltsrecht

Warum kamen griechische Händler nach Ende des Siebenjährigen Kriegs in die Stadt? Zwar bestimmte Leipzig das Handelsgeschehen, weil es Preise festsetzen und so die Einkäufe der Weber maßgeblich bestimmen konnte, doch die Baumwollverarbeitung fand weiter südlich statt – das Chemnitzer Manufakturwesen benötigte immer mehr Baumwolle, die Flachs als Rohstoff ersetzt hatte. Der Preis dieses Grundstoffes hing maßgeblich von der Zahl der Zwischenhändler ab; eine „kurze“ Lieferkette war profitabel.

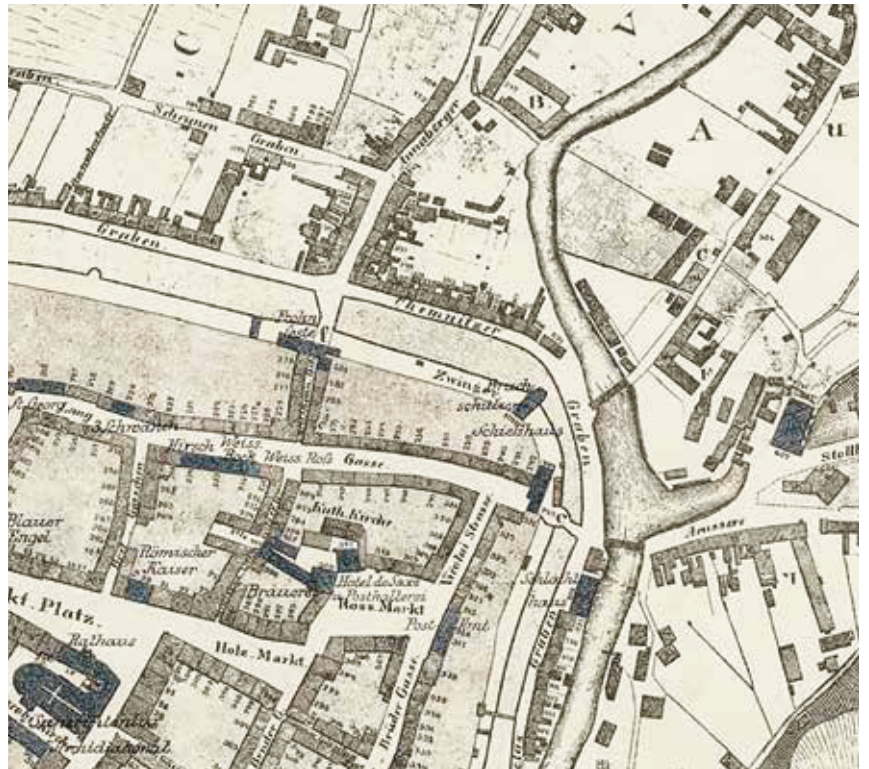
Warum stieg überhaupt der Bedarf an neuer Kleidung? Vor allem die Stadtbürger fingen an, sich modisch zu kleiden, nachdem die Kleidervorschriften liberalisiert worden waren. In der Chemnitzer Gegend gab es eine lange Tradition von Bleichen und Mühlen – beides war für die Textilherstellung im Manufakturbetrieb wichtig. Die Flüsse des Erzgebirgsvorlands mit viel Gefälle waren ideale Plätze für Mühlräder, die die ersten Spinnmühlen antrieben.¹³

Zwei griechische Händler priesen Anfang 1764 in Chemnitz die Möglichkeit an, Baumwolle direkt nach Chemnitz zu liefern. Weil so Leipzig als Handelsplatz umgangen wurde, gab es binnen kurzem Kritik von der Pleiße – sie wurde durch Fürsprecher pariert, allen voran durch Johann Georg Siegert, jenen Kaufmann und Ratsherrn, dessen Haus am Markt (neben dem bis heute bestehenden Haus seines Bruders Johann Friedrich) den Bürgerstolz spiegelte. Da mit der

Aufenthaltsgenehmigung steuerliche Vergünstigungen verbunden waren und die Chemnitzer die neue Verbindung als Standortvorteil ansahen, schien die Anwesenheit der Griechen ein allseitiger Gewinn. Weniger Zwischenstationen bedeuteten eine billigere und stabilere Einfuhr, wodurch die Chemnitzer Spinnerei und Weberei schnell wuchsen – und in Vorhand gegenüber anderen Orten kamen.¹⁴ Auch die Verarbeitung von Stoffen, etwa der Kattundruck, sowie die Strumpf- und Trikotagenfabrikation hatten Aufwind; langfristig setzte mit dem Übergang zum industriellen Prozess die Herstellung in „großer Serie“ ein.

1775 gab es laut Zöllner acht griechische Handelshäuser in Chemnitz. Um 1780 waren 24 namentlich fassbare griechische Händler in Chemnitz ansässig, einige in Familienformation, andere einzeln.¹⁵ Zuerst seien die Familienverbände genannt: Die Gebrüder Karajan, direkte Vorfahren des Dirigenten Herbert von Karajan, namentlich Georg Johann und Theodor von Karajan (zunächst Karajannis), konnten bereits auf ein Familiennetzwerk in benachbarten Städten zurückgreifen. Um 1795 überließ Georg Johann das Geschäft seinem jüngeren Bruder Theodor von Karajan und ging zurück nach Wien, das bereits eine Zwischenstation auf der Hinwanderung aus Kozani gewesen war.¹⁶ Wolfgang Uhlmann listet bei dem in Chemnitz verbliebenen Karajan für das Jahr 1812 ein Vermögen von 30.000 Talern auf (für das Jahr 1820 gab es keine Nennung mehr in der Steuerliste, woraus Uhlmann schließt, dass Karajan in Chemnitz kein Geschäft mehr betrieb).¹⁷

Daneben erwähnt Anagnostopoulos einen Nikolaus Charisios von Karajan, der gemeinsam mit seiner Frau Angelika (beide starben 1816) auf dem Alten Johannisfriedhof beigesetzt worden sei und dessen Nachkommen zu Lebzeiten von Anagnostopoulos noch in Dresden ansässig waren. Allerdings erwähnt er nicht, ob dieser Karajan ebenfalls Unternehmer war.¹⁸ Der jüngere Sohn des Ehepaares, Thomas Nikolaus von Karajan, geboren am 24. März 1812 „auf dem der Familie damals gehörigen Grundstück am Schießhaus“ in der Chemnitzer Vorstadt, ersuchte den Chemnitzer Rat am 21. Mai 1855 von Dresden aus um einen Heimatschein und Pass.¹⁹ In der Korrespondenz gibt er an, 1833 dem Ruf zum Militärdienst Folge geleistet (er wurde als „untüchtig“ eingestuft) und sich dann in Italien aufgehalten zu haben. Die Familie sei 1792 geadelt worden; er selbst habe 1845 von Papst Gregor XVI. den Silvesterorden erhalten. In einem zweiten Brief bedankt sich Karajan für einen Besuch des Chemnitzer Bürgermeisters bei ihm. Der einstige Vormund, Thomas von



Jappa, sei inzwischen gestorben. Vom Verbleib des zweiten Vormunds, der ein „gewisser Rüdiger beym Magistrate Angestellter“ gewesen sei, wisse er nichts, indes habe dieser ihm 1833 einen Teil seiner Erbschaft ausgezahlt und den Verkauf des Hauses an einen Gärtner Franke veranlasst.²⁰ Als weiterer Vormund wird Nicolaus Pasqual Michael angegeben, wie Jappa einer der Händler neben den Karajans. Nachdem die Amtshauptmannschaft die Erledigung der Militärdienstpflicht bestätigt hatte, sandte der Rat am 20. Juni 1855 den Heimatschein an Karajan, der mit Dankesworten nicht geizte.

Drei Mitglieder der Familie Paziuzzi (auch Paziuzzi bzw. Patziatzy) hatten Unternehmen: Hazi Nicola, Michael (gestorben 1788) und Johann G. Paziuzzi. Von zwei Mitgliedern der Familie Petrovitz wurde einer vom sächsischen Kurfürsten Friedrich August III. (1750–1827) geadelt: Constantin von Petrovitz, der andere, Michael, nicht. Ebenso verhält es sich mit der Familie Puffka. Andreas Puffka (gestorben 1796) wurde geadelt, Michael Puffka nicht.

Einzelne, die sich in der 1782 gegründeten Casino-Gesellschaft engagiert und daher vermutlich eine besonders erfolgreiche Geschäftstätigkeit entwickelt haben, waren: Thomas (ab 1792: von) Jappa, der 1812 in der Klostersgasse bei „Mays Erben“ wohnte und bei dem Uhlmann ein Vermögen von 40.000 (1812) bzw. 35.000 Talern (1820)²¹ auflistet, Johannes Hazi-Spida und Johann Adam, Chef der gleichnamigen Johann Adam & Compagnie. Aus der Reihe wei-

Stadtplan von Chemnitz, 1829, Ausschnitt mit der Wohngegend der Familie von Karajan

18 Anagnostopoulos (wie Anm. 2), S. 15, weist immerhin auf ein Bildnis des Sohnes dieses Mannes hin, das 1940 noch bei der Enkelin Alma von Karajan in Dresden hing. Die Kirchenbücher der vereinigten St. Jakobi-Johannis-Gemeinde vom Jahr 1816 existieren nicht mehr, so dass bei diesem Familienzweig guter Rat teuer ist.

19 Stadtarchiv Chemnitz, Rat der Stadt bis 1928 (folgend StAC, Rat bis 1928), Kap. V Sekt. XI Nr. 207.

20 Ebenda, v. a. fol. 4-6. Es handelt sich um den Stadtsteuer-einnehmer Gottlob Rüdiger.

21 Uhlmann (wie Anm. 17).

22 StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. III Nr. 16, Bd. 1. Anagnostopoulos (wie Anm. 2) erwähnt auf S. 16 die Heirat einer Tochter dieses Mannes mit einem Müller im Zschopautal.

23 Uhlmann (wie Anm. 17). Anlage 1. Michael Pasqual ist im Logisbuch in Kap. V Sekt. XI Nr. 19a als Bewohner von Haus 39 am 6. November 1812 vermerkt, Herkunft: Epiro (im Westen Griechenlands).

- 24 Anagnostopoulos (wie Anm. 2), S. 14 listet auf: Christof de Naco & Co., Kyriak Basili & Co., Spirida & Kirany, Anton Malesco, Marcus Marincio Dobritz, Johannes Gyra [eig. Syra], Constantin Sterio, Thomas Athanas, Fa. Radon, Constantin Mosca und die Gebrüder Kathnoth. Wangelino nennt in einer Aufstellung vom 18. Mai 1769 Hazi Nicola Paziazi, Michael Demeter, Demeter Karacosta, Kiriac Basili, Johann Adam und zwei deutsche Geschäftspartner, siehe: StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. III Nr. 16, Bd. 2, fol. 79.
- 25 So August Schumann: Vollständiges Staats-, Post- und Zeitungs-Lexikon von Sachsen, Bd. 4, Zwickau 1817, S. 543.
- 26 Vgl. die entsprechenden Jahreslisten in: StAC, Rat bis 1928, Kap. II Sekt. IV Nr. 4a.
- 27 Ebenda, Kap. V Sekt. III Nr. 16a, fol. 128. Wruscha taucht im Logisbuch in Kap. V Sekt. XI Nr. 19a am 10. Juli 1818 auf.
- 28 Ebenda, Kap. V Sekt. XI Nr. 19a.
- 29 StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. II Nr. 17.
- 30 Zöllner (wie Anm. 5), S. 419. Die Leineweber sandten 1766 Proben von Waren aus „levantinischer Baumwolle“ an Prinz Xaver nach Dresden, vgl.: StAC, Rat bis 1928, Kap. III Sekt. VIIb Nr. 69, fol. 11.
- 31 Ebenda, Kap. V Sekt. III Nr. 16a, für Stiluo nach fol. 75 (in Nr. 17 fol. 64v und fol. 81 steht Constantin Sterio), Dobritz fol. 77 und 87 (die spätere Konzession vom 21. März 1799 erfolgte für Wellioviz & Dobritz – daher gemeinsam für Dobritz und den Wiener Händler Johann Wellioviz), Malesco fol. 78, Jappa fol. 83 (als Kompagnon von Christoph de Naco & Co. laut Urkunde vom 11. August 1797), Gyra fol. 84 (vom 15. Dezember 1797), Kyriack Basili fol. 92 (in die 1798 gegründete Firma trat zum 1. Januar 1800 Michael Kyritz ein, Pharacatti fol. 10v, Paranowsky fol. 109v.

terer Händler, die neben ihrem Kerngeschäft nicht weiter hervorgetreten sind, ragen Panajot Wangelino(s) und Michael Pasqual heraus, weil sie im produzierenden Gewerbe tätig wurden: Wangelino bekam 1767 das Recht, auf der Pfortenbleiche eine Garnfärberei zu betreiben.²² Pasqual trat 1821 als Inhaber einer Baumwollspinnerei auf.²³ Bei ihm wie den übrigen griechischen Händlern²⁴ ist anzunehmen, dass sie nicht Bürger der Stadt geworden sind. Die Stadtchronik im Staatslexikon von 1817 unterscheidet recht ungenau „die hier angesiedelten oder auswärtigen griechischen Kaufleute“.²⁵ Am Beispiel von Thomas von Jappa lässt sich belegen, dass er mit der Meldung in der Kategorie „B“ ein Gewerbetreibender mit ständigem Wohnsitz in Chemnitz – aber kein Bürger war. Im Bürgerbuch der Stadt taucht zwischen 1784 und 1812 keiner der „Griechen“ auf.²⁶ Den unsicheren Status beschreibt treffend Demetrius Wruscha 1809: „Da ich mich zur griechischen Kirche bekenne und deshalb des Bürgerrechts nicht theilhaftig werden kann, so ersuche [...] [ich den Rat] ganz ergebenst, mich als Schutzverwandter aufzunehmen, und mir gegen Bezahlung des gewöhnlichen Canonis, die Erlaubniß, gleich anderen griechischen Handelsleuten allhier mit Baumwolle Handel treiben zu dürfen, hochgeneigtest zu ertheilen.“²⁷ Er zog vom Scheunengraben später an den Markt. Die Logisbücher vermerken als Mieter in Häusern am Markt („unter den Lauben“) auch Johann Constantin Lasar und Thomas Christoph Athanas sowie in der Klosterstraße – neben Thomas von Jappa und Michael Pasqual – Basili Kieritz.²⁸ Der Beginn der Handelstätigkeit ist durch einen „Comiß“ aus dem Jahr 1764 nachgewiesen.²⁹ Da die in Chemnitz ankommende Baumwolle „billig und von guter Qualität“ war, hatten Handlungen in Leipzig (teils auch in Wien) das Nachsehen, sie gingen ein.³⁰ Eine Welle weiterer Konzessionen gab es um 1800, die mit dem eingangs erwähnten Aufschwung der Spinnerei korrespondiert – wie die für Constantin Stiluo, Marcus Marincio Dobritz, Anton Malesco, für Thomas

von Jappa, für Johannes Gyra, Kyriack Basili, für Stephan Pharacatti, Johannes Paranowsky (die genannten hatten dafür zehn Taler Jahressteuer zu entrichten)³¹, für Johann von Spida, der offenbar zuvor Konkurs angemeldet hatte und dem Rat am 18. Juni 1806 dankte, dass er seine „in gerichtliche Verwahrung genommenen Sachen extradiret“ habe. Die neue Konzession erlaubte ihm den Handel mit Baumwolle und „türkischen Garnen“, zudem mit Pottasche.³² Weitere Einträge zu Griechen betreffen Demetrius Wruscha, der 1809 angab, vorher bei Thomas von Jappa angestellt gewesen zu sein, Johann Constantin Lasar, der 1810 auf „Rechnung der Handlung des Nicolaus Baranowsky in Wien“ tätig wurde, und Thomas Christoph Athanas, der 1811 eine Erlaubnis zum „Großhandel“ bekam, ferner Peter Georg Dimo (1811) und Pasko Johannes (1812). Sie hatten wie üblich zehn Taler jährlich an die Stadtkasse zu entrichten.³³ Einige überlieferte Rechnungsbücher der griechischen Kaufleute aus den Jahren 1784 bis 1786 und von 1802 belegen den Umfang des Baumwollhandels schlaglichtartig.³⁴ Uhlmann erwähnt für das Jahr 1798 den Export von 1.800 Ballen Baumwolle nach England.³⁵ In Sachsen konnten die Händler mit ihren Niederlassungen für eine gewisse Zeit eine Monopolstellung einnehmen. Wie sich aus den erwähnten Namen ergibt, schwankte die Zahl der ansässigen Unternehmen über die Jahre – sie war von den Einfuhrmöglichkeiten und dem Bedarf des produzierenden Gewerbes abhängig.³⁶ Offen bleibt, wo die Niederlagen für Baumwolle sich befanden – in den häuslichen Kellern und auf den Böden? Ehmke vermutet Lager im Gewandhaus und im Schloss, im früheren Kloster.³⁷

Nobilitierungen

Einige griechisch-mazedonische Kaufmannsfamilien wurden in den Jahren 1790 und 1792 von Kurfürst Friedrich August III. in Sachsen in den erblichen Adelsstand erhoben. Wie es dazu kam, geht aus den Akten des Ober-



Wappen der Familie von Paziazi (1790)



Wappen der Familie von Puffka (1790)



Wappen der Familie von Syra (1790)



Wappen der Familie von Karajan (1792)

hofmarschallamts nicht hervor – Vorschläge könnten der Stadtrat, Amtmann Dürisch oder die Kommerziendeputation eingebracht haben. Adelsdiplome für Kaufleute waren damals höchst selten, was diese Gruppe umso mehr heraushebt. In den wenigen Fällen, in denen Kaufmannsfamilien den Adelstitel erlangten, konnten sie ein Rittergut (und damit eine standesgemäße Lebensweise) vorweisen.³⁸ Das war bei den Griechen nicht der Fall.

Nobilitierungen konnte normalerweise nur der Kaiser in Wien vornehmen. Allerdings besaß der Kurfürst von Sachsen zwischen dem Tod eines Kaisers und der Krönung eines neuen Kaisers als Reichsvikar das Recht dazu – in je knappem Zeitfenster. Nach der Ansiedlung der Griechen musste man bis 1790 warten, bis Kaiser Joseph II. (1741–1790) gestorben war. Am 14. August 1790 erhob Kurfürst Friedrich August III. die Brüder Johann Georg Paziazi, Kaufmann in Chemnitz, und Spiridon Georgi Paziazi, Student in Leipzig,³⁹ sowie Andreas Johann Puffka⁴⁰ in den Adelsstand. Damit verbunden war die Verleihung von Adelswappen, gehalten in mitteleuropäischer Heraldik – fast ohne griechisch-osmanische Anklänge (Ausnahmen sind die Halbmonde im Wappen der Familien Petrowitz und Spida). Wenige Tage vor der Krönung Kaiser Leopolds II. (1747–1791) erhielt am 2. Oktober 1790 der Kaufmann Johann Andreas Syra den Adelstitel.⁴¹

Nach dem unerwarteten Tod Kaiser Leopolds II. konnte der sächsische Kurfürst nochmals Nobilitierungen vornehmen, die sich über drei Monate verteilten. Den Anfang machten am 1. Juni 1792 die erwähnten Brüder Georg Johann und Theodor Johann Karajan.⁴² Ihr Wappen zeigt einen Kranich unter einem Herzen. Am gleichen Tag erfolgte die Nobilitierung der Brüder Thomas und Theodar Jappa.⁴³ Diese führten ihr Geschäft gemeinsam mit Christoph de Naco, der jedoch keinen Adelstitel erhielt. Am 22. Juni 1792 wurden Anastasius George Adam Syra, „der Inhaber einer von ihm zu Chemnitz etablirten auch dasselbst noch fortdauernden Handlung“ und wohl

verwandt mit dem 1790 geadelten Johann Andreas Syra⁴⁴, Constantin Petrowitz⁴⁵ aus Russland, Teilhaber der Baumwollhandlung Paziazi, sowie die Brüder Nicolaus Charisius Kahlnoth und Immanuel Christian Kahlnoth, Vettern der bereits geadelten Brüder von Karajan, in den Adelsstand erhoben, letzte unter der Namensform „von Karajan genannt von Kahlnoth“⁴⁶ (Kahlnoth ist die eingedeutschte Fassung des griechischen Nachnamen Kalanoti). Die Adelserhebung von Anastasius George Adam Syra überrascht, weil dieser seit 1789 nicht mehr in Chemnitz, sondern nun in Wien lebte. Die Chemnitzer Niederlassung wurde von Naum Michael Kassanzi geführt, der ebenfalls am 22. Juni 1792 nobilitiert wurde.⁴⁷ Die letzte der Adelsverleihungen erfolgte am 6. Juli 1792 für Johann Hazi Spida, Teilhaber der Baumwollhandlung Johannes Adam & Co. in Chemnitz.⁴⁸

Im Ganzen gesehen war diese im Zeitraffer vollzogene Adelserhebung für Einwanderer, die keinerlei Bezug zur mitteleuropäischen Adelswelt hatte, höchst ungewöhnlich. Man kann sie als bewusste Wirtschaftsförderung deuten. Offenbar meinte man, die Familien durch dieses Integrationsangebot dauerhaft in Sachsen zu halten. Nach diesem Maßstab schlug die Strategie fehl: Keine der geadelten Familien blieb in Sachsen. Einige der Nobilitierten fanden in Wien eine neue Heimat, darunter die Familie von Karajan.⁴⁹

Preiskämpfe und Polizeiverfügungen

Die griechische Handelstätigkeit begleiteten Konflikte. Bereits am 11. August 1764 stellte das Amt Chemnitz fest: Eine Handels-Akzise von einem Taler pro Ballen sei mit dem „General-Accis-Tariff“ von 1754 „allenthalben in regula“.⁵⁰ Die Griechen hätten wegen der Besteuerung Ware ins Schönburgische gebracht, was den Manufakturen schadete. Interessanterweise schlug das Amt dem Rat vor, die Akzise „etwas nach und herunter“ zu lassen, was dem „Commercio“ wie den Steuereinnahmen dienen würde. Um diesen Vorschlag zu erörtern, soll-

32 Ebenda, Kap. V Sekt. III Nr. 16a, hier fol. 118 und 119.

33 Ebenda, Kap. V Sekt. III Nr. 16a, fol. 127, ausgestellt am 2. Juni 1809. Die Urkunde für Lasar unter fol. 130 (gestempelte Version unter fol. 165) ist auf den 4. Mai 1810, die für Athanas unter fol. 144v auf den 15. Juli 1811 ausgestellt, die für Dimo folgte am 8. November 1811 (fol. 145v), für Johannes am 22. Januar 1812 (fol. 146).

34 Stadtarchiv Chemnitz, L 03 Archiv des Vereins für Chemnitzer Geschichte, Hd 35-40.

35 Uhlmann (wie Anm. 17), S. 43.

36 Ehmke geht von 30 Unternehmenskonzessionen aus, vgl. Ehmke/Fiedler/Kramarczyk (wie Anm. 1), S. 64.

37 Ebenda, S. 67.

38 Nur die die Chemnitzer Familie Abendroth erhielt 1793 den Adelstitel; der Chemnitzer Familie Siegert.

39 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt (folgend HStA Dresden, OHMA), H4, Nr. 3, fol. 108, Wappen fol. 109; vgl. Maximilian Gritzner: Standes-Erhöhungen und Gnaden-Acte Deutscher Landesfürsten während der letzten drei Jahrhunderte, Bd. 2, Görnitz 1881, S. 731; Walter von Hueck (Hrsg.): Adelslexikon, Bd. 10 Of-Pra, Limburg 1999, S. 223.

40 HStA Dresden, OHMA, H 4, Nr. 3, fol. 108, Wappen fol. 110; vgl. Gritzner (wie Anm. 39), S. 731; Walter von Hueck (Hrsg.): Adelslexikon, Bd. 11 Pre-Rok, Limburg 2000, S. 77.

41 HStA Dresden, OHMA, H 4, Nr. 3, fol. 192, Wappen fol. 193; vgl. Gritzner (wie Anm. 39), S. 735 (mit der falschen Namensform Gyra).



Wappen der Familie von Jappa (1792)



Wappen der Familie von Petrowitz (1792)



Wappen der Familie von Kassanzi (1792)



Wappen der Familie von Spida (1792)

- 42 HStA Dresden, OHMA, H 4, Nr. 3, fol. 240, Wappen fol. 241; vgl. Gritzner (wie Anm. 39), S. 738; Walter von Hueck (Hrsg.): Adelslexikon, Bd. 6 J-Kra, Limburg 1987, S. 125 f.
- 43 HStA Dresden, OHMA, H 4, Nr. 3, fol. 240, Wappen fol. 242; vgl. Gritzner (wie Anm. 39), S. 738.
- 44 HStA Dresden, OHMA, H 4, Nr. 3, fol. 257; vgl. Gritzner (wie Anm. 39), S. 740 (mit der falschen Namensform Gyra).
- 45 HStA Dresden, OHMA, H 4, Nr. 3, fol. 244, Wappen fol. 245; vgl. Gritzner (wie Anm. 39), S. 740 f.; Hueck (wie Anm. 39), S. 294.
- 46 HStA Dresden, OHMA, H 4, Nr. 3, fol. 244, Wappen fol. 241; vgl. Gritzner (wie Anm. 39), S. 740; Hueck (wie Anm. 39), S. 126.
- 47 HStA Dresden, OHMA, H 4, Nr. 3, fol. 252, Wappen fol. 253; vgl. Gritzner (wie Anm. 39), S. 743.
- 48 HStA Dresden, OHMA, H 4, Nr. 3, fol. 273, Wappen fol. 274; vgl. Gritzner (wie Anm. 39), S. 745.
- 49 Vgl. Anm. 16.
- 50 StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. II Nr. 17, fol. 1v (in fol. 21 fast wortgleich).
- 51 Ebenda, fol. 11v, wörtlich „den Stein mit 9 Talern veraccisiren“ (genauso fol. 17).
- 52 Ebenda, fol. 21v (nicht die Handschrift von Klinkicht).
- 53 Ebenda, fol. 23v. Weiterer Forschung bedarf die Frage nach der Basis der Besteuerung. Steuerlisten konnten für diesen Aufsatz nicht ausgewertet werden. Die Nahrungsstandslisten im Stadtarchiv Chemnitz, Rat der Stadt bis 1928, Kap. V Sekt. II Nr. 40 (für 1787) und 41 (für 1788) erwähnen – das ist nur eine Stichprobe – keine griechischen Namen.
- 54 StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. II Nr. 17, fol. 31-36. Siebert war nicht unter den Petenten.
- 55 Ebenda, fol. 37 ff. u. a. mit einer neuerlichen energischen Beschwerde der Chemnitzer Kaufleute Jünger, Härtwig und Esche vom 30. August 1779 (fol. 52-54); vgl. Zöllner (wie Anm. 5), S. 420.
- 56 StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. II Nr. 26 (die Überlieferung greift ineinander – so ist in Sekt. II Nr. 17 auch Korrespondenz des Jahres 1779 enthalten).
- 57 Ebenda, fol. 35 und 36 (unter fol. 37 ist ein Bericht von 1756 kopiert, der eine Beschwerde von Handelsleuten und Tuchmachern aus Lengfeld enthält: Sie übten Kritik am Zwang, alle Wolle über Leipzig zu beziehen und dort das „Durchgangsrecht bezahlen“ zu müssen).

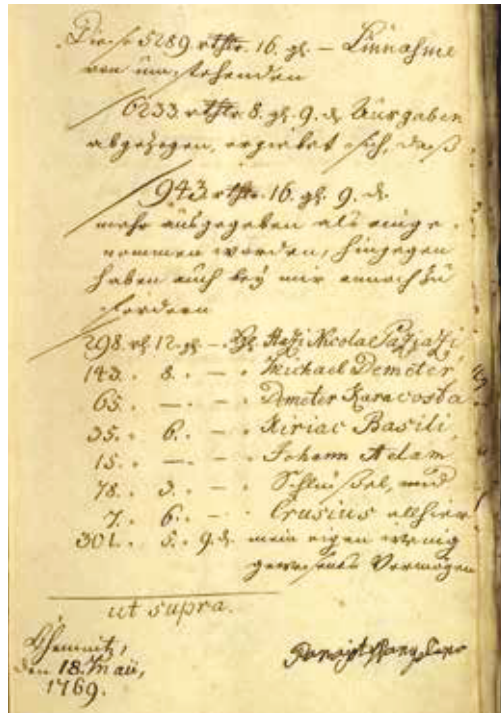
ten die Griechen und einige deutsche Kaufleute, angeführt von Ratsherr Siebert, zusammenkommen und einen Bericht nach Dresden schicken. Stadtschreiber Klinkicht sandte diesen am 3. September ab, worin er die Händler Demetrius Caragosta und Johannes Nicola erwähnte, die im Februar 1764 40 Ballen Baumwolle nach Chemnitz gebracht hätten. Der Streit entbrannte um den Verkauf: Wollten die Griechen ihre Ware an Chemnitzer Produzenten verkaufen, müssten sie „wohlfeile Preise“ machen.⁵¹ Ein Einschub in der Meldung des Rats an die Landesregierung fordert, dass der Baumwollhandel „so viel möglich erleichtert werde“, da das „Material unumgänglich gebraucht“ würde.⁵² Am 24. Januar 1765 schrieb das Amt dem Rat, Caragosta „und Consorten“ seien von der Handels-Akzise befreit worden, sollten indes noch die Unkosten begleichen.⁵³ Jene binnen kürzester Zeit erlangte Monopolstellung nutzten sie – ein Lehrstück in Kartellrecht – sofort zu Preissteigerungen. Nach kleineren Erhöhungen stieg der Preis innerhalb des Jahres 1770 von 24 auf 36 Taler pro Zentner. Beschwerden über dieses Gebaren ließen nicht lange auf sich warten. Während der Leipziger Jubiläumsmesse wandten sich zwölf Chemnitzer Kaufleute mit einer ebenso ausführlichen wie deutlichen Beschwerde („Gegründete Anmerkungen über den schädlichen Aufenthalt der Griechen in den Chur-Sächsischen Manufakturstädten und der dahero entstandenen Theuerung der mazedonischen Baumwolle“⁵⁴) an die Dresdner Regierung. Sie rechneten vor, dass die höheren Preise für die Produzenten nicht tragbar seien, und forderten die sofortige Ausweisung der Griechen. Die sächsische Regierung war indes auf Freihandel aus und nicht gewillt, diesem Ansinnen nachzukommen. Weitere Preissteigerungen zeitigten indes weitere Beschwerden.⁵⁵ Die Streitigkeiten gibt auch eine Akte der Jahre 1779 bis 1782 wieder.⁵⁶ Freiherr von Fritsch entschied am 4. März 1779 im Namen des Kurfürsten, dass Rohstoffhandel zwischen den Kaufleuten steuerfrei und vom Leipziger Stapelrecht ausgenommen sei.⁵⁷ Daraufhin sandte die Schönburgische Gesamtregierung am 26. Juli 1781 einen langen Bericht mit Beschwerden von mährischen Kaufleuten aus Lichtenstein über die benachbarten, in Chemnitz ansässigen griechischen Händler nach Dresden, was dort lediglich zur Kenntnis genommen wurde.⁵⁸ Der Schönburgische Bericht betonte in Richtung Dresden beschwichtigend: Die „Raizen“ (Serben, gemeint sind aber die Griechen) hätten das kurfürstliche „Interesse“ befördert, da sie für Gewinne u.a. Wirkwaren „wieder mitnähmen“.⁵⁹ Die Korrespondenz wurde den Händlern Paziazi, Adam, Gopischan (abgezeichnet mit „Gopeschan“), Karigan (abgezeichnet mit

„Karajan“), Basili und Nacko bekanntgemacht.⁶⁰ Für die Griechen machte Knappheit durch kriegerische Zustände in der Türkei die Einfuhr bereits um 1780 ihrerseits teurer, so dass der Rat der Stadt bei den Händlern im Namen der Manufaktureigentümer nach den avisierten Einfuhren fragte, um die Produktion nicht zu gefährden. Während die anderen keine Auskunft gaben, bot sich Johann Georg Paziazi an, gegen Darlehen 1.000 Ballen Baumwolle nach Chemnitz zu bringen. Der Rat legte das Anliegen dem Ministerium vor, das nicht darauf einging.⁶¹ Ohne Unterlass ging es auch im Folgejahr um Konkurrenz und Gewichte, wie die „Acta, den Mazedonischen Baumwollhandel und die sich dabei eingeschlichenen Missbräuche“⁶² von 1783 offenbart. Am 31. Mai 1783 forderte die Kommerziendeputation, in Ansehung, dass die Chemnitzer Manufakturen die Anwesenheit von Griechen „für erträglich gehalten haben“ und dass die Griechen keinesfalls ins Schönburgische wechseln sollten, näheren Bericht über die Beschwerden, wonach die Griechen die „Emballage“ mit berechneten und die Baumwolle „angefeuchtet“ hätten (und daher beim Gewicht schummelten). Die zum Rat zitierten Griechen gaben an, die Modalitäten seien üblich, die Wolle würde sowieso in Wien verpackt – etwaige Verbote müsse der kaiserliche Hof aussprechen.⁶³ Weiterer Streit entbrannte über die Frage, ob die Chemnitzer Abnehmer „auf Credit“ kaufen konnten.⁶⁴ Ein zentrales Schreiben stellt das von Wurmb vom 30. Juli 1783 dar – aus zwei Gründen: Wenn er schrieb, dass „vor der Hand kein wirksames ausfindig zu machen sei, wodurch der Mißbrauch in Absicht der Tara“ beendet werden kann, zeugt das vom Unwillen des Eingreifens – wenn es gar nicht anders ginge, sollte der Rat in Chemnitz selbst eine „Policey-Verfügung“ erlassen.⁶⁵ Wenn er vorschlug, dass vermögende Chemnitzer sich zum Zweck direkten Baumwollbezugs aus Wien oder Triest zusammentun sollten, sprach daraus der Realist: Die Kommerziendeputation konnte neben den ansässigen Griechen keine weiteren herbeirufen (um die Preise zu senken und Qualität durch Konkurrenz zu schaffen). Die weitere Entwicklung trat so ein; die Chemnitzer reaktivierten einige Jahre später die Kontakte zu den benannten Orten. Die Chemnitzer Unternehmer schwankten in der Ansicht, ob mit Gesetzen und Verboten etwas zu erreichen war. Der Rat wollte kein von Dresden vorgeschlagenes „Baumwollconsortium“ etablieren, das den Einkauf wieder über Wien oder Triest organisieren sollte, und erließ am 24. Dezember 1787 eine Polizeiverfügung (Anlass: Abwiegen einer Lieferung bei Regen)⁶⁶, die am 5. Juni 1789 verschärft wurde.⁶⁷ Die zweite

Verfügung verrät etwas über den Aufbewahrungsort: Gemäß Paragraph 1 war die Lagerung in „feuchten Gewölben und Kellern“ untersagt und die Aufbewahrung entweder in trockenen Gewölben oder anderen „Behältnissen“ vorgeschrieben, wozu auch „einzurichtende Böden auf denen Häußern“ zählten.⁶⁸ Die Waage sollte nur für getrocknete Ware zugänglich sein (§ 2), Wagen für Lieferungen nach außerhalb sollten stets mit Planen abgedeckt sein (§ 4). Dem „Denuncianten“ sollte bei Zuwiderhandeln übrigens die Hälfte der Strafe von zehn Talern zukommen (§ 6).⁶⁹ Bekanntgegeben wurde es sechs Händlern: Kiriac Basili, Johann Adam, Hatzi Michael Paziazi, Johann George Paziazi, Christoph de Nacko und George Karagan.⁷⁰ Daraufhin reichten die Griechen am 16. Juni 1789 eine Appellation ein, nach der sie der Rat wieder einmal zum Rathaus zitierte, denn die Kaufleute hatten recht forsch geschrieben, binnen kurzem trockene Keller zu mieten oder Böden auszubauen, sei unmöglich und gar nicht ratsam (u.a. wegen der Feuergefahr auf den hölzernen Böden). Zwischenzeitlich wollten sie Baumwolle nur mehr nach „von dem Kaiserl. Königl. Waagamte zu Wien erteilten Scheinen“ verkaufen. Ausdrücklich hieß das: Der Chemnitzer Gerichtsbarkeit wollten sie sich nicht stellen – wer das nicht akzeptiere, der „lasse uns unsere Waare und behalte sein Geld“. Am Schluss stand selbstbewusst: „Wir verbitten uns übrigens [...] alle andere Vorschriften wegen Bewahr-, Versand- und Behandlung der Baumwolle.“⁷¹

Vermögen und Verfahren

Weitere Akten der Jahre 1790, 1791 und 1830 betreffen Testamente und Vermögenstransfer nach Wien.⁷² Die Erben von Hazzi Nicola Paziazi, der 1790 in Wien gestorben war, mussten für das in der Chemnitzer Woll- und Garnhandlung steckende Vermögen ein „Abzugs-Geld“ bezahlen: Andreas Puffka hatte den Rat am 6. Februar 1790 informiert, dass er zwar schon sechs Jahre Inhaber sei, das Geld aber durch den Sohn, Johann Hazzi Paziazi, der in Wien lebte, und den Schwiegersohn, Constantin Moska, zu entrichten wäre, weil sie Vermögen aus der Handlung weggenommen „und von hier nach Wien außer Landes“ geführt hätten.⁷³ Ein für den Rat verfasstes Schreiben des Steuereintnehmers Johann George Gantzaue über die Festsetzung der Steuerschuld enthält weitere interessante Fälle, in denen Abzugsgeld aus Dänemark, Italien, Russland und mehreren deutschen Städten (in den Jahren 1740 bis 1790) eingetrieben worden war.⁷⁴ Merkwürdigkeiten setzten sich fort: Während am 5. November beim Rat notiert wurde, dass Puffka, um „aus der Affaire zu kommen,



Panajot Wangelino listet Außenstände bei anderen griechischen Händlern auf, 1769
Stadtarchiv Chemnitz

sofort lieber 50 Taler“ zahlen wollte, argumentiert Puffka in einem Brief an den Rat vom 17. November, dass noch nie von griechischen Händlern Abzugsgeld gefordert worden – und Paziazi sowieso „niemals in Chemnitz gewohnt [habe] noch jemals dahin gekommen“ sei.⁷⁵ Ein Gutachten der Juristischen Fakultät der Universität Leipzig befand, dass die gegen Puffka erhobene Forderung aufzuheben sei. Der Rat ließ indes von der Forderung gegen Puffka nicht ab – in einem juristisch versierten Schreiben setzte Puffka dem Rat am 11. März haarklein auseinander, dass die von Gantzaue angeführten Fälle mit dem Fall Paziazi nicht zu vergleichen seien. Die Kämmerei konterte, durch das Appellationsgericht in Dresden bestärkt, solange im Raum stehe, dass Paziazi und Puffka einst Teileigner der Firma waren, müsse sich dieser die Geldforderung gefallen lassen.⁷⁶ Nach eidlicher Aussage, dass Paziazi seinen Anteil zu Lebzeiten weitergegeben hat, und nachdem Puffka den Mittweidaer Rechtsanwalt Christian Gottlieb Schüffner mit der weiteren Prozedur beauftragt hat, wurden die zwischenzeitlich festgesetzten 300 Taler durch Constantin von Petrovitz akzeptiert (Puffka war nach Wien abgereist) und am 12. November 1795 bar eingezahlt.⁷⁷ Das Abzugsgeld im Fall des in Wien verstorbenen Kyro de Naco brachte ähnliche Querelen, nur ging es dort um ein beziffertes Vermögen von 12.000 Talern: Wieder wurden Leipziger Juristen bemüht, beschwerte sich der neue Inhaber, Thomas von Jappa (von dem Geld sei ihm nichts „überlassen geblieben“), war ein Eid nötig – nur urteilte diesmal das Leipziger Schöffenge-

- 58 StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. II Nr. 17, fol. 40.
59 Ebenda, fol. 18. Wie auch unter Nr. 17, fol. 40 überliefert ist, nahm Dresden den Bericht am 23. Oktober 1782 lediglich zur Kenntnis.
60 Ebenda, Kap. V Sekt. II Nr. 17, fol. 41v; die Schreibung der Namen variiert in den Dokumenten.
61 Das berichtet Zöllner für das Jahr 1781, vgl. Zöllner (wie Anm. 5), S. 421. Vermutlich bezieht sich Zöllner auf eine Befragung der Griechen im Jahr 1788, vgl. StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. II Nr. 32; im Jahresband 1781 der Ratsprotokolle findet sich kein solcher Hinweis, vgl. ebenda, Kap. III Sekt. VIIb Nr. 84.
62 StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. II Nr. 29.
63 Ebenda, fol. 2 f.
64 Ebenda, fol. 12 (Schreiben vom 30. Juni 1783).
65 Ebenda, fol. 14r-14v.
66 Ebenda, fol. 16. Das Folgeblatt, eine Bitte an die Landesregierung vom 22. März 1788, die Preiserhöhungen zu begrenzen, erwähnt die Existenz von „7 Handlungen“ von Griechen in der Stadt.
67 Ebenda, fol. 22-24; erwähnt in Zöllner (wie Anm. 5), S. 420.
68 StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. II Nr. 29, fol. 22.
69 Ebenda, fol. 23v.
70 Ebenda, fol. 24v. Kiriac Basili war zuvor, am 20. März, wegen nass verkaufter Wolle „condemniert“ worden, so ein Schreiben vom 29. Mai 1789, fol. 61 (und Attest fol. 85v).
71 Ebenda, fol. 32-40. Dem Schreiben lag ein Wägeschein aus Wien Christoph de Nackos bei – das Papier unterzeichneten Christoph de Nacko, Kiriac Basili, Hazi Nicola Paziazi, Johann Adam, die Gebrüder Karajan und Johann Georg Paziazi. Vermutlich meinte der Schreiber das Wiener Gewicht.
72 StAC, Rat bis 1928, Kap. III Sekt. Ia Nr. 110, 111, 112 und 125c.
73 Ebenda, Nr. 110, fol. 3-9, hier vor allem fol. 8. Ein weiteres Schreiben bemerkt, dass Paziazi das Geld in sein Rittergut Temeswar gesteckt habe (fol. 24v).
74 Ebenda, fol. 13-15.
75 Ebenda, fol. 18 bzw. 25v.
76 Ebenda, fol. 53-65 und 92.

- 77 Ebenda. fol. 119 und 121v. Der zweite Band unter Nr. 110 betrifft die Appellation.
- 78 StAC, Rat bis 1928, Kap. III Sekt. Ia Nr. 111, u. a. fol. 43 f. und 88 (vom 28. November 1796). Anagnostopoulos war die Namensübernahme wohl nicht bekannt.
- 79 Ebenda, Kap. III Sekt. Ia Nr. 112, u. a. fol. 32 f., 2 und 3. Demeter Karajan habe indes von ihnen von 1779 bis 1790 „viermal Commission zum Baumwoll-Einkauf“ erhalten (fol. 3).
- 80 Ebenda, fol. 10 etwa spricht „von des Handelsmannes Demeter Karajan in der mit seinen Brüdern allhier in Compagnie geführten [...] Handlung“.
- 81 Nikolaus Charisios Kalanoti von Karajan kommt in fol. 11 als Compagnon der Fa. Gebrüder Karajan vor, der mit der Sache kaum vertraut sei, weil er sich „seit einigen Jahren nur erst“ in dieser Position befände; desgl. unter fol. 30; allerdings handelte er offenbar jahrelang im Namen der Firma Gebr. Karajan.
- 82 StAC, Rat bis 1928, Kap. III Sekt. Ia Nr. 112, fol. 14 f.
- 83 Ebenda, fol. 19.
- 84 Ebenda, fol. 43v erwähnt einen Geschäftsführer Raggion und die Tatsache, dass „überhaupt mehrere Herren Karajans bei gedachter Handlung mit einander in Compagnie stehen“. Es werden die vorigen Fälle, bei denen die Herren von Puffka und von Jappa aufgetreten waren, nochmals erwähnt (fol. 46v).
- 85 Ebenda, fol. 87.
- 86 Ebenda, fol. 111-112 bzw. 114-116, Unterschriften auf fol. 115v.
- 87 Ebenda, Nr. 125c, fol. 1.
- 88 Ebenda, fol. 3 bzw. 13 f. Es handelt sich daher um den Sohn des Nikolaus Charisios von Karajan, der zunächst unter dem Namen Kalanoti aufgetreten war.
- 89 Ebenda, fol. 19 f. und 23v. Verwahrorte waren bei Gärtner Franke, bei Krämer in Einsiedel, bei Posthalter Wiesner, bei Richter in Eppendorf, eine weitere Summe bei der Posthalterin Wiesner (fol. 5v).
- 90 Schumann (wie Anm. 25), S. 537 und 543 f. Im Druckjahr hatte Chemnitz „Bedürfnis“ nach Garn für etwa ½ Million Taler und musste nur für 10.000 Taler solches aus der Türkei einführen.
- 91 StAC, Rat bis 1928, Kap. III Sekt. VIIb Nr. 69, fol. 5. Vor allem die zweite Unterschrift ist äußerst gewandt; dieser Mann muss bereits länger die lateinische Schrift beherrscht haben.

richt. Wieder war der Beklagte bald verweist, so dass Nicolaus Charisius Kalnoth gen. von Karajan das gerichtlich abgesicherte Ratsschreiben als Bürge entgegen nahm.⁷⁸ Da der Rat „auf den Trichter“ gekommen war, wurde auch gegen die Erben des Demeter Karajan ein Abzugsgeld verhängt, für dessen Durchsetzung man erneut die Leipziger Juristen bemühte, diesmal mit der Klausel, dass auch alle „Compagnons“ für die Begleichung hafteten – daher unterschrieben am 16. Februar 1791 in Wien alle Griechen mit Niederlassungen in Chemnitz eine „Äußerung“, nach der Theodor und Georg „mit dem in der Türkei in Seras im Jahr 1790 verstorbenen Bruder Demeter Karajan in keiner Handlungs-Compagnie gestanden“ hätten.⁷⁹ Aus dem offiziös aufgemachten Papier lässt sich recht deutlich ablesen, dass die Griechen – im Einkauf – eng zusammenarbeiteten, wenn es ihnen nützlich war, nach außen aber nichts mit einander zu tun hatten, wenn es nötig und opportun war. Da Anagnostopoulos als Vater der beiden einen Johannes Karajannis angibt, und die „Äußerung“ von der „Güte“ spricht, wonach sie Demeter Karajan „blos“ (im Sinne von: ohne weitere Firmenverquickung) „Commission“ gegeben hatten, indes weitere Papiere von „Bruder“ sprechen⁸⁰, ist er vermutlich ein leiblicher Bruder gewesen. Da Verbindungen zum anderen Zweig der Karajans bestanden⁸¹, nutzten die Griechen die äußerlich schwer durchschaubare Verzweigung (und Abwesenheit durch Reisen nach Wien), um jeweils für den anderen zu sprechen. Am 22. September 1795 gaben George und Theodor von Karajan an: „Wir haben keinen Bruder weiter gehabt als [...] Demeter Karajan. Dieser hat sich aber niemals mit einer Handlung oder der Kaufmannschaft abgegeben.“⁸² Dies bekräftigten wiederum alle weiteren griechischen Häuser am Ort.⁸³ Interessant ist: In den Fällen des Kyro de Naco wie Demeter Karajans agierte im Hintergrund stets Nicolaus Charisios von Karajan in Chemnitz für die abwesenden Compagnons. Die Stadt musste feststellen: Wer hinter sich hinter den Firmennamen verbarg, ließ sich nicht beweisen – ein Abbild der Verhältnisse vor Einführung des Handelsregisters.⁸⁴ Das über das Jahr 1796 geführte Revisionsverfahren sollte erweisen, ob Demeter Karajan zu Lebzeiten wirklich in der Firma aktiv gewesen war; ein Dokument berichtet von seiner Teilhabe in den Jahren 1782 bis 1790.⁸⁵ Das Leipziger Gericht beließ es bei seinem Urteil; der Mittweidaer Anwalt Schüffner beschwerte sich anschließend beim Rat, dass die Karajans entgegen der gerichtlichen Verfügung – trotz Verfahrensgewinns – Unkosten bezahlen sollten.⁸⁶

Am 8. Juli 1830 vermeldete der Rat, dass nach dem Tod des ledigen Theodor Nikolaus von Karajan in Pest (heute Budapest) vom minder-

jährigen Bruder Thomas und der volljährigen Schwester Anna Dotsa, geborener Karajan, die in Pest wohne, ein Abzugsgeld gefordert wurde: Vormund Rüdiger zeichnete diese Forderung ab.⁸⁷ Eine Aufstellung vom 7. Juli 1830 sprach Thomas von Karajan eine Hinterlassenschaft von über 4.600 Talern zu. Am 9. September kamen Anna Dotsa und ihr Ehemann Constantin Dotsa nach Chemnitz, um ihren Anteil einzufordern – sie brachten ein griechisches Papier mit, das die Beeridigung Theodors vermerkte.⁸⁸ Die Kämmerei legte zehn Prozent Erbschaftsteuer fest, daneben sollte Vormund Rüdiger 50 Taler und die Chemnitzer Armenkasse 14 Taler erhalten. Nach allen Abzügen bekamen die Geschwister am 15. September jeweils 1.374 Taler der Erbsumme zugesprochen. Rüdiger hatte aufgelistet, wo das Geld inzwischen verwahrt worden war.⁸⁹ Diese Auszahlung scheint ein Nachhutgefecht gewesen zu sein, die Handelstätigkeit der Griechen hatte bereits um das Jahr 1815 merklich nachgelassen.

So gab es um 1820 keine griechischen Kaufleute mehr in der Stadt – abgesehen von Michael Pasqual, der nur produzierte. Die Erinnerung an sie verblasste bald. In August Schumanns „Vollständigem Staats-, Post- und Zeitungslexikon von Sachsen“ ist im vierten Band von 1817 unter „Chemnitz“ immerhin noch von der „mazedonischen Baumwolle“ die Rede, die für das Krepeln und Vorspinnen eine Zeit lang von Bedeutung war, und von „griechischen Händlern“, die diesen Rohstoff einführten. Auch die frühere Einfuhr von „türkischem Garn“ (für 200.000 Taler) wird erwähnt.⁹⁰ Aus dieser Nennung lässt sich die sinngleiche Verwendung griechischer, mazedonischer und – seltener – türkischer Handelstätigkeit ablesen.

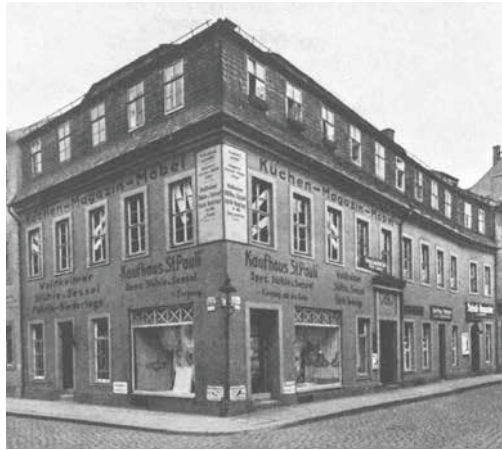
Stadtleben

Zwischen alteingesessenen Stadtbürgern und den Griechen kam es bald nach der Ansiedlung 1766 zu Debatten, wie man durch bessere sprachliche Verständigung die geschäftlichen Verhandlungen verbessern könne. Da die zunächst mangelnde Verständigungsmöglichkeit zu „Hindernissen“ und manchem Schaden bei den Käufern geführt hatte, baten interessanterweise mehrere Griechen, einen Dolmetscher zu bestellen – den Antrag unterzeichneten Demeter Kara Costa, Antonius Nicolaides und Michael Patziatzi⁹¹: „So sind wir bis jetzo hier, und in denen umliegenden Städten ganz fremd, und die Kauffleute sowohl uns, als wir ihnen meistens unbekannt; viele der unsere sind der deutschen Sprache auch nicht so mächtig, als erfordert wird, dahero auch nicht in Stande

einen Handel behörig zu schließen; überdieses müssen wir oft ganz unbekannt Leute große Quantitäten Wolle anvertrauen, wobey wir nicht selten großen Schaden erlitten, und dadurch ferner auch Credit zu handeln abgeschreckt worden.“ Selbstkritisch ergänzen die Griechen: „Gleichergestalt haben sich die Kaufleute und Händler zu beschwerten, dass sie oft schlechte, untüchtige Waare erhalten, gleichwohl ihres Schadens nicht erholen können, da ihnen der Verkäufer nicht bekannt gewesen.“⁹² Der erwünschte Dolmetscher sollte nicht nur beider Sprachen mächtig sein, sondern auch „die Handlung verstehen“ und die Käufer kennen. Da er sogar die „genaueste Aufsicht“ über die „erbrachte Wolle“ führen sollte, damit die „schuldige Accise [...] richtig gegeben“, die Waage bezahlt und darüber hinaus weitere Nachfrage an die Griechen gemeldet würde, war wohl eine Art Marktaufseher gemeint. Er sollte ein Prozent des Umsatzes einbehalten, wovon ein Drittel an den Rat gehen, während zwei Drittel seinem Unterhalt dienen sollten. Diese Einrichtung sollte der „Defraudation“, also der Steuerehrlichkeit, dienen.

Der Bericht über eine anschließende „Deliberation“, angefertigt von Stadtschreiber Gabriel Klinkicht am 22. September 1766, vermerkt dann allerdings: Die zehn geladenen Kaufleute (darunter Johann Hieronymus Lange und Johann Gottlob Siegert) hätten bekannt, dass „die Setzung eines Mäcklers nicht anders als nachteilig genannt seyn könnte, weil die Freyheit des Handels eingeschränket und daraus fixirte Preise entstehen würden, wenn sie allerseits mit dem Mäckler und nicht mit denen Macedonischen Kaufleuten selbst Handel abschließen sollten“.⁹³ Die Geschäfte sind dann wohl ohne Mittler zustande gekommen.

Zwischen den Händlern selbst kamen bald Konflikte auf, die etwas vom Leben dieser Gruppe preisgeben. Am 2. Dezember 1766 gab Demetrius Caragosta beim Rat zu Protokoll, dass Michael Demetrius ihn am 30. November 1766 im Gasthaus „Zum schwarzen Bären“ einen „Spion und Verräter“ genannt hätte, weil ihm „fälschlicherweise beygemessen“ wurde, dass er Michael Demetrius auferlegte Akzispflichten „angezeigt und veroffenbahret“ hätte. Demetrius hätte ihm, Caragosta, die Schuld gegeben, als „ob er es dahin gebracht hätte, dass die hier negociierenden griechischen Handelsleute ein gemäßes Schultz-Geld geben sollten“.⁹⁴ Darauf fand beim Rat am 5. Dezember 1766 eine Anhörung statt. Am 8. Dezember entschied der Rat, nachdem sich die Kontrahenten die „Privat-Satisfaction erlassen“ hätten, von einer Strafe abzusehen. Allerdings mussten



Haus der Chemnitzer Casino-Gesellschaft in der Lohstraße 11, 1928

sie die Unkosten für das Verfahren tragen.⁹⁵ Auskünfte über die Verständigung zwischen Macedoniern und Deutschen erteilen die überlieferten Akten zuhauf: Offenbar konnten sie sich den Schreibern bald so gut mitteilen, dass sie nicht nur den Baumwollhandel abwickeln, sondern auch Streitigkeiten ausfechten konnten. Die im 1766 geäußerten Gesuch, einen Sprachmittler zu engagieren, konstatierte Fremdheit am Ort scheint sich bald gelegt zu haben, denn etliche der Händler heirateten in Chemnitzer Familien ein. Der orthodoxe Glaube war zwar ein Merkmal von Alterität (und ein Grund dafür, dass die Griechen keine Bürger der Stadt wurden), wie Thomas von Karajan⁹⁶ und Demetrius Wruscha in Briefen angaben, doch scheinen Kontakte sowohl privat wie im gesellschaftlichen Kreis recht schnell zustande gekommen zu sein.

Die Macedonier beteiligten sich am Leben der Stadtgesellschaft, etwa indem sie Aktivitäten in der Chemnitzer Casino-Gesellschaft entfalteten: Bei der Gründung am 1. Oktober 1782 zählten die mazedonischen Händler Michael und Andreas Puffka, George Karajan und Johannes Spida zum Kreis der 16 ersten Mitglieder.⁹⁷ Als Sammlungsorgan einflussreicher Bürger kamen hier u. a. Chemnitzer Kaufleute und Militärs zusammen. Gert Richter hat die Casino-Gesellschaft daher als Begünstiger der industriellen Revolution beschrieben.⁹⁸ Sicher waren sie – bei allen Querelen – am Ort geachtet, wenn sie zu den Gründungsmitgliedern der Gesellschaft gehörten, ohne Bürger zu sein. Die Bauvorschüsse ihrer Mitglieder für das neue Gebäude in der Lohgasse 11 (damals: Große Brüdergasse) konnten sich nur vermögende Händler leisten: Johannes Spida gab 100 Taler (neben ihm gab es nur fünf weitere Mitglieder mit ebenso hoher Summe, alle anderen beteiligten sich mit 25 oder 50 Talern).⁹⁹ Jedes Mitglied sollte Arme unterstützen. Hier traten die Griechen mit für gesellschaftlichen Zusammenhalt ein.

92 Ebenda. Diese Szene bleibt merkwürdig: Gab es Zwischenhändler? Oder meinten die Griechen, sie seien für die Deutschen zwar vor Ort, aber nicht ansprechbar gewesen?

93 Ebenda.

94 Ebenda, fol. 27.

95 Ebenda.

96 Thomas von Karajan gab u. a. an, dass ein orthodoxer Geistlicher aus Leipzig für seine Schulbildung gesorgt habe, vgl. StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. XI Nr. 207. Inwieweit die Griechen in Chemnitz eigene Gottesdienste abgehalten und ihre Kinder in griechischer Sprache unterrichtet haben, bleibt zu erforschen.

97 Paul Uhle: Geschichte der Casino-Gesellschaft, Chemnitz 1928, S. 6 (unter Nr. 13-16); vgl. Uhlmann (wie Anm. 17), S. 113; Ehmke/Fiedler/Kramarczyk (wie Anm. 1), S. 67.

98 Vgl. Gert Richter: Carl Gottlieb Irmscher und die Vorbereitung der Industriellen Revolution in Chemnitz, in: Mitteilungen des Chemnitzer Geschichtsvereins 80 (2016), S. 7-19, hier S. 14.

- 99 Uhle (wie Anm. 97), S. 8 (unter Nr. 26). Zudem werden Thomas Jappa und Michael Petrowitz aus Reihen der Mazedonier benannt.
- 100 Ebenda, S. 11, mit dem Vermerk: „Das Bildnis eines anderen Mitbegründers, Andreas Puffkas, das von 1782 stammt, befindet sich in der Ortsgeschichtlichen Sammlung des Vereins für Chemnitzer Geschichte, das einzige der daselbst aufbewahrten sechs Bildnisse mazedonischer Kauf- und Handelsherren, das den Namen trägt“.
- 101 Ebenda, S. 12-15.
- 102 Eigentümer waren sie nicht, denn Max Weigel nennt im Häuserbuch der Stadt Chemnitz für das Stichjahr 1785 keinen der bei Anagnostopoulos aufgeführten Namen.
- 103 StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. III Nr. 16, Bd. 2, fol. 58, das Schreiben Albrechts von Schönberg datiert vom 26. September 1768.
- 104 Zöllner (wie Anm. 5), S. 421.
- 105 StAC, Rat bis 1928, Kap. V Sekt. III Nr. 16, Bd. 2, fol. 74v. Im Abschlussbericht über seine Tätigkeit vom 18. Mai 1769 stellt er seine Situation äußert nachteilig da – er habe „viel Schaden und Verlust“ erlitten; vermutlich wollte er umgehen, etwas vom Vorschuss zurückzuzahlen.
- 106 StAC, HRA 476.
- 107 Anagnostopoulos (wie Anm. 2), S. 19.
- 108 Dazu Uwe Müller: 1953. Die Aufnahme junger Griechen in Karl-Marx-Stadt. Ursachen, Maßnahmen und Folgen, in: Mitteilungen des Chemnitzer Geschichtsvereins 81 (2019), S. 151-168.

Autor

Dr. Sebastian Liebold

Die Mitgliederliste der Casino-Gesellschaft gibt einigen Aufschluss über die Anwesenheit der griechischen Händler – im Falle von Michael und Andreas Puffka auch über den Herkunftsort Castorea – beginnend mit Johannes Hazi Spida, Mitglied von 1782 bis 1788. Der zweite Name lautet Thomas Jappa, Mitglied von 1786 an, der dritte Michael Petrowitz, Mitglied von 1786 bis 1788 (noch im selben Jahr verstorben), der vierte Johann George Paziazi, Mitglied von 1786 bis 1789 (dann übersiedelte er nach Wien), der fünfte Andreas Johann Puffka¹⁰⁰, Mitglied 1782 bis zu seinem Tod 1796, der sechste Isaac Johann Adam, Mitglied von 1789 an, der siebente Constantin Petrowitz, Mitglied vom 24. Dezember 1791 bis 1803 („seiner Verhältnisse wegen abgegangen“, also pleite).¹⁰¹ Vielleicht korrespondieren die sieben Namen mit den sieben zu Anfang erwähnten Bildnissen?

Die Griechen wohnten in sieben bekannten Fäulen, datiert zwischen 1812 und 1819, allesamt zur Miete am Markt bzw. in der Klosterstraße, einer in der Chemnitzer Vorstadt (die Angabe „am Schießhaus“ lässt auf die Häuserreihe am Chemnitzer Graben schließen). Die übrigen Adressen muss die weitere Forschung ermitteln.¹⁰² Die bereits in Wien erworbenen Handelserfahrungen, die Protektion durch die Kommerziendeputation und die Geschäftsbeziehungen zu Bürgern in Chemnitz erlaubten binnen kurzem die Einnahme einer durchaus geachteten, aber fragilen Stellung, wie sie spätf feudale Gesellschaften auszeichnete.

Panajot Wangelino bündelte mit einer Frau an, mit der „am Roßmarkt wohnhaften Annen Sophien Uhligin, so mit Butter Käsen nach Berlin handele“. Der Rat sollte deswegen Wangelino und „Uhligin doch mit gehöriger Behutsamkeit Achtung geben“, mithin überwachen.¹⁰³ Eine frühere Dienstmagd Wangelinos, Rosina Dorothea Böhle, meldete zudem, dass dem Färber „eine Handvoll Geld“ übergeben worden sei. Eine Tochter Wangelinos heiratete den Besitzer einer Mühle an der Zschopau. Wangelino hatte am 29. Juli 1767 das Privileg erhalten, auf der 1766 vom Rat gepachteten Pfortenbleiche „Türkischrot“ zu färben, was die Regierung mit Risikokapital förderte. Auch wenn er wirtschaftlich keinen Erfolg hatte, zeugen Hinweise zu seiner Person vom Leben in der Stadt: Da er einen Schwager mit Namen Uhlmann hatte, kann sich dies lediglich auf den Bruder seiner Frau oder den Mann seiner Schwester beziehen (der erste Fall ist wahrscheinlicher). Nachdem die Regierung 1772 die Unterstützung endgültig eingestellt hatte, „verschwand [er] aus Sachsen“.¹⁰⁴ Da er frühestens 1764 nach Chemnitz gekommen sein kann, muss die Tochter, die später in eine Mühle eingeheiratet hat, ihre weitere Kindheit bei Verwandten zugebracht haben

(denn ein Weggang mit dem Vater und spätere Rückkehr ist unwahrscheinlich), oder die Mutter blieb ebenfalls in Chemnitz.

Die Geschichte des Panajot Wangelino bietet Forschern so noch viel Stoff unterschiedlichster Machart. Es könnte etwa erforscht werden, ob sein Schwager Wenzel Uhlmann, den er – mit Frau und drei Kindern – aus Böhmen in seine Färberei nach Chemnitz geholt hatte, das Erlernete nach Weggang von Wangelino an anderer Stelle anwendete.¹⁰⁵

Ausblick

Vor 1800 gingen einige der Händler aus Chemnitz weg, dafür meldeten sich zwischen 1809 und 1812 nochmals mindestens fünf Kaufleute beim Rat an, deren Namen teils eine slawische Herkunft nahelegt. Die Griechen gingen wohl aus zwei Gründen weg: Wien zog sie an, weil es die schon zuvor etablierte, stabilere Handelsplattform (trotz der Geldentwertung jener Zeit) bot, Chemnitz fragte kaum noch „weiße“ Baumwolle nach.

Ende des 19. Jahrhunderts gab es wieder Griechen in der Stadt: So folgte laut Handelsregister auf die kurze Tätigkeit von Stamatios Nicola Damala als Weinhändler das langjährige Wirken von Constantinos Anagnostopoulos.¹⁰⁶ Dieser war in den 1930er Jahren zugleich griechischer Konsul. Die Firma erlosch 1951, nachdem laut Löschungseintrag seit 1941 keine Geschäfte mehr getätigt worden waren – offenbar zehrte der Kaufmann lange von seinem Vermögen. Nun gilt auch für ihn das Gedicht, das in einer Familiengeschichte der Karajans steht: „Was Erinnerung vergessen, was verschwunden und vorbei, will's versuchen, unvermessen, festzuhalten, was es sei!“¹⁰⁷ Kurze Zeit später kamen wieder vermehrt Griechen nach Chemnitz.¹⁰⁸

Interessant wäre sicherlich, die Wege der Griechen im 19. Jahrhundert weiterzuverfolgen. Gingen einige von ihnen ganz nach Griechenland zurück, beteiligten sie sich am Streben nach Unabhängigkeit? Derweil änderte sich in Sachsen die Textilproduktion – Rohstoffverkäufe an kleine Firmen wurden unrentabel. Allerdings hätten findige Händler auch daran denken können, die neuen größeren Spinnfabriken zu beliefern. Eine Monopolsituation wie etwa in den Jahren 1770 bis 1800 in Sachsen hat – auch der besseren Transportmöglichkeiten auf Schiff und Schiene wegen – später nicht mehr bestanden. Das Kapitel der Griechen in Chemnitz ist als Vorgeschichte der Frühindustrialisierung weiter von Interesse, in Sonderheit für alle, die jene Wandlung vom Manufaktur- zum Fabrikwesen und damit den Beginn der modernen Gesellschaft nachzeichnen wollen.

Jüdischer Adel in Sachsen?

Kai Drewes

Wer an Adel in und aus Sachsen denkt, denkt dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit zuerst an uradlige Familien wie von Büнау, von Minckwitz, von Seydewitz oder von Wurmb – altbekannte Namen, die sich noch heute prominent auf der Website des Traditionsverbands Der sächsische Adel e. V. finden.¹ Aus verschiedenen Gründen sind aber auch Familien und Personen von großem Interesse, die erst später geadelt wurden, zumal im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Denn an ihrem Beispiel lässt sich etwas über Interessen, Loyalitäten, Selbstverortungen etc. oft wichtiger, zuvor bürgerlicher Akteure wie auch deren Wahrnehmung und Würdigung durch Monarchen und Ministerien aussagen. Nobilitierungen fanden ja nicht im luftleeren Raum statt, und so ist ein bemerkenswerter Sonderfall in ganz Europa stets die Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung von Juden beim Zugang zu Adelstiteln.

Stimmt meine These, dass Adelstitel und andere staatlich-monarchische Auszeichnungen im 19. Jahrhundert letztlich überall in Europa, bei Nichtjuden wie Juden, gleichermaßen begehrt waren und die deutlich erkennbaren Unterschiede zwischen verschiedenen Adelslandschaften auf die Titelangebote zurückgehen,² muss es auch in Sachsen jüdische Adelsinteressenten gegeben haben. Die hiesige Nobilitierungspraxis war jedoch bekanntermaßen besonders konservativ-zurückhaltend³ und die Einstellung in Staat und Mehrheitsgesellschaft Juden gegenüber unter der Monarchie in Vielem ablehnend,⁴ weshalb an sächsische Adelsverleihungen an Juden zweifellos zu keinem Zeitpunkt zu denken war. Dennoch, bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass es in Sachsen tatsächlich einige Familien jüdischen Glaubens sowie jüdischer Herkunft gab, die auf die eine oder andere Weise Eintritt in den Adel fanden.

Im Folgenden werden zunächst, in zeitlicher Reihenfolge, die markanten Fälle Eibeschutz, Kaskel, Klemperer und Kohorn kurz vorgestellt. Es folgen entsprechende Informationen zu einigen weiteren Adelsfamilien jüdischer Herkunft in Sachsen (Meyer, Mendelssohn und Günzburg; es mag noch weitere gegeben haben) und das Thema resümierende Überlegungen. Der Beitrag geht nicht auf staatlich-

monarchische Perspektiven, auf Haltungen im restlichen Adel sowie auf Stimmen von Publizisten gegenüber geadelten Juden ein.⁵ Schon so lässt sich eine Fülle an interessanten Bezügen zu Tage fördern, die zu weiteren Forschungen anregen mögen. Angefangen im 18. Jahrhundert⁶ mit der schillernden Biographie des jüdischen Barons Adlersthal, der gar keiner war – oder etwa doch?⁷

Denn schon 1776 suchte der Hoffaktor in Dresden⁸ Wolf Jonas Eibeschutz⁹ (ca. 1740–1806) beim Kaiser um seine Baronisierung (als „Wolff von Adlersthal“) nach und war damit zunächst auch erfolgreich. Bereits zuvor hatte er, der jüngste Sohn des damals berühmten Altonaer Rabbiners Jonathan Eibeschutz (1690–1764),¹⁰ sich als vorgeblich dänischer Adliger inszeniert, samt Wappen an seiner prunkvollen Kutsche. In Dresden brachte er es zu einem Palais (das nicht mehr vorhandene Boxberg'sche Palais in der Waisenhausstraße, das unter Eibeschutz großzügig umgestaltet wurde) und einer Kunstsammlung, dazu hatte er in der Nähe Landbesitz in „Priesnitz“.¹¹ Titel und Diplom musste er jedoch schon bald wieder zurückgeben, denn erst im Nachhinein war bekannt geworden, dass er jüdischen Glaubens war (oder entgegen eines Versprechens weiterhin): für die Wiener Stellen damals noch ein Ding der Unmöglichkeit. Durch eine Taufe hätte Wolf den Reichsfreiherrnstand wiedererlangen können, dieser Schritt kam für ihn jedoch trotz allem nicht in Frage. Vermutlich entschied er sich gerade in dieser wichtigen Situation endgültig, nie zu konvertieren.

Auch so galt Eibeschutz in der Dresdner nichtjüdischen wie jüdischen Gesellschaft bis zu seinem Tod offenbar allseits als adlig,¹² manchen auch als Konvertit. Die förmliche Rücknahme des Adelspatents war daher in der Sache gar nicht allzu einschneidend, auch wenn Eibeschutz es vermied, sich selbst mit „von“ zu schreiben. Beharrlich hatte er erreicht, was er wollte: Prestige, Privilegien (insbesondere Besitz außerhalb der Stadtgrenze¹³ und die Unterstellung unter die höfische statt der städtischen Gerichtsbarkeit¹⁴) und Zugang zur Elite nicht nur der sächsischen Hauptstadt. Sein Nobilitierungspro-

Wiederabdruck eines Beitrags in Lars-Arne Dannenberg/Matthias Donath (Hrsg.): Lebensbilder des sächsischen Adels V. Aufstieg und Integration in den Adel (Adel in Sachsen, Bd. 14, Königsbrück 2021, S. 99-120.

jekt war hierbei nicht der einzige, aber ein wichtiger Schritt. Dabei ist zu beachten, dass sein Auftreten als Alchemist und Mystiker, anfangs teils osmanisch anmutend gekleidet, später auch sein Engagement als Freimaurer mit Verbindungen zu hochgestellten Personen in Berlin, Wien und anderswo starke Parallelen aufwies zu dem von (nichtjüdischen) Zeitgenossen wie Cagliostro und Casanova (mit dem er übrigens zumindest um 1790 in Kontakt gestanden haben muss), die sich bekanntlich mit Adelstiteln von eigenen Gnaden schmückten.

In Eibeschütz' Fall kommt bei seinem Spiel mit Rollen jedoch zusätzlich seiner jüdischen Herkunft entscheidende Bedeutung zu. Wie sein Vater hatte er sich intensiv mit der Kabbala beschäftigt, ja, um 1760 engagiert, aber vergeblich um die Führung der jüdischen Sekte der Sabbatianer gekämpft, wofür er viel in Mittel- und Südosteuropa gereist war.¹⁵ Er und sein Vater waren auf Grund ihrer Positionierung innerjüdisch, selbst noch lange nach ihrem Tod, Zielscheibe heftiger Polemiken. Unter ganz anderen Umständen verschaffte dem Pseudoadligen sein kabbalistisches Wissen dann aber auch in seiner Dresdner Zeit Ansehen, jetzt bei nichtjüdischen Adligen mit maurerisch-obskurantistischen Neigungen. Gegen Ende seines Lebens scheint er selbst sich allerdings wieder stärker jüdischen Themen zugewandt zu haben und trat entsprechend als Mäzen in Erscheinung, so als Stifter einer der Handvoll jüdischer Betstuben in Dresden, die es um 1800 nur privat geben durfte.¹⁶ Ein faszinierendes Leben, das vielleicht noch Überraschungen bereithält.

Kein Wunder, dass seine Nachkommen in Berlin und jetzt den USA sich und andere bis heute gern an ihn erinnern.¹⁷

Eine der wenigen anderen Privatsynagogen Dresdens war die der bekannten Familie Kaskel. Die Kaskels¹⁸ nahmen als Großhändler und später Bankiers seit Ende des 18. Jahrhunderts eine hervorragende Stellung in der sächsischen Wirtschaftsgeschichte ein und waren das 19. Jahrhundert über die wichtigsten Financiers des Königreichs (und Königshauses); vor allem aus ihrem Unternehmen ging die 1872 gegründete Dresdner Bank hervor. Wie üblich war die Familie mit weiteren wichtigen Bankiersfamilien jüdischen Glaubens bzw. jüdischer Herkunft in anderen europäischen Hauptstädten oder Finanzzentren verschwägert (Fraenkel in Warschau, Magnus in Berlin, Hönig in Wien, Oppenheim in Köln etc.), und auffällig häufig hielten diese Familien ebenfalls prestigeträchtige Honorarkonsulate, verheirateten manche Töchter an Altadlige, ließen sich irgendwann selbst adeln – und früher oder später oft auch, ganz oder teilweise, taufen. Es war daher geradezu erwartbar, dass Carl Kaskel (1797–1874) nicht nur sächsischer Kammerrat, schwedisch-norwegischer Generalkonsul und Träger von Verdienstorden diverser Staaten sein wollte, sondern einen erblichen Adelstitel anstrebte: „Seit Jahrzehnten hatte er planmäßig auf dieses Ziel hingearbeitet.“¹⁹ Wobei seine erfolgreiche Nobilitierungsinitiative bereits in die Zeit der gesetzlichen Emanzipation der Juden in West- und Mitteleuropa um 1870 fiel, er selbst jedoch zu diesem Zeitpunkt freilich schon einige Jahre konvertiert war.²⁰



links: Carl Freiherr von Kaskel (1797–1874), um 1850/60
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

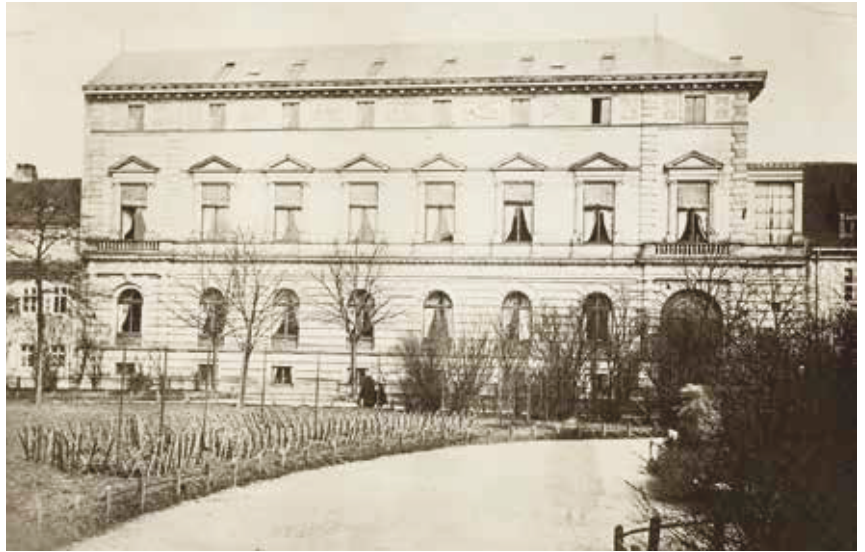


rechts: Karl Freiherr von Kaskel (1866–1943), 1910

Trotz Taufe scheint Kaskel bezeichnenderweise keine Chancen gehabt oder gesehen zu haben, seinen Adelswunsch in Sachsen selbst erfüllt zu bekommen. Stattdessen wählte er, damals bei der Crème der europäischen (und oft, doch nicht nur jüdischen) Großbankiers nicht ganz unüblich,²¹ den Umweg über (das von Sachsen aus besonders nahe) Österreich, dem er auf vielfache Weise verbunden und nützlich war. Von Wien aus wurde er so als sächsischer Staatsbürger 1867 in den einfachen Adel und 1869 in den Freiherrnstand erhoben.²² Der zweite Schritt gelang ihm freilich erst gegen erhebliche Widerstände seitens der sächsischen Regierung, die letztlich doch ihre Zustimmung dazu gab und dann den Titel förmlich anerkannte. Noch 1876 schrieben drei verärgerte und zugleich ungläubige Altadlige – ein von Kettler, ein Graf von Vitzthum und ein von Alten – an den Kaiser in Wien, „[d]er Jude Kaskel in Dresden“ behaupte seltsamerweise, er führe einen österreichischen Freiherrntitel.²³

Dieser wurde fortgeführt von Carls einzigem Sohn Felix Freiherr von Kaskel (1833–1894), der bis zu seinem Tod lange Jahre dem Aufsichtsrat der Dresdner Bank vorstand, dann von dessen Sohn Karl (1866–1943), einem Komponisten. Schon die Eltern und Großeltern waren in Dresden enthusiastische, von vielen geschätzte Musikliebhaber und -förderer gewesen, Carl hatte unter Pseudonym auch selbst komponiert.²⁴ Der gleichnamige Enkel²⁵ lebte in Dresden und München, in der NS-Zeit dann zur Sicherheit in Berlin, wo er zuletzt untertauchte, ehe er bei einem Luftangriff einen Herzinfarkt erlitt und starb. Auf Grund seiner jüdischen Vorfahren von allen Seiten hatten ihm in Deutschland zwar klar Deportation und Ermordung gedroht. Dennoch sollte er nicht leichthin als „deutsch-jüdischer Komponist“²⁶ bezeichnet werden, war er doch zeitlebens nicht jüdischen Glaubens.

Seine beiden Kinder waren rechtzeitig ins Ausland gegangen. Felix von Kaskel (1900–1977) lebte schon seit den 1920er Jahren erst in Uruguay, dann in den USA, wurde hier 1934 eingebürgert, heiratete, arbeitete als Lehrer und besuchte unter anderem 1956 Deutschland.²⁷ Gestorben ist der letzte Träger des Namens von Kaskel ebenfalls in Berlin;²⁸ seit wann er sich hier aufhielt, ist unklar. Seine Schwester Sibylle geb. von Kaskel (1905–2005) machte sich in Frankreich, Spanien und den USA als Architektur- und Porträtfotografin einen Namen, sprach fünf Sprachen (1945 übersetzte sie bei den Dach-



Palais Kaskel-Oppenheim an der Dresdner Bürgerwiese, Aufnahme vor 1871
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

auer Prozessen) und lebte im Alter mit ihrem zweiten Mann auf Ibiza, dann noch mehrere Jahre allein bis zu ihrem Tod auf Mallorca in einer Seniorenresidenz ausgerechnet für Deutsche.²⁹ Auch in ihrem Fall ist es bei allem gutem Willen, ihrem bewegten Leben gerecht zu werden, problematisch, von einer „berühmten jüdischen Fotografin“³⁰ zu sprechen. Beide Geschwister blieben offenbar trotz der Gräueltaten der NS-Zeit auch der Kultur ihres Herkunftslands verbunden und beschlossen ihre Lebenswege auf verschiedene Weise in Tuchfühlung mit Deutschland.

In Dresden hatte die Familie von Kaskel lange Zeit standesgemäß in dem von Semper im Neorenaissancestil errichteten Palais Oppenheim an der Bürgerwiese sowie im Barockschlösschen „Antons“ am linken Elbufer, gegenüber dem Waldschlösschen, gelebt. Seit Jahren wird diskutiert, ob das 1945 ausgebrannte und erst 1951 abgerissene Palais rekonstruiert werden soll; momentan stehen



Wappenexlibris des Dresdner Bankiers Gustav von Klemperer (1852–1926)
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek



Wappenexlibris des
Dresdner Bankiers und
Kunstsammlers Victor
von Klemperer (1876–1943)
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

die Chancen eher schlecht, dass dies tatsächlich geschehen könnte.

Den Rang der Kaskels im sächsischen Finanzsektor, konkret wiederum bei der Dresdner Bank, und zugleich im gesellschaftlichen Leben Dresdens übernahm Ende des 19. Jahrhunderts die Familie Klemperer.³¹ Über diese habe ich im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Position und ihre Nobilitierung bereits an anderer Stelle etwas ausführlicher berichtet,³² so dass hier nicht alles wiederholt werden muss. Wichtig ist, dass der aus Prag stammende Finanzmagnat Gustav Klemperer (1852–1926), der sich aus kleinen Anfängen zielstrebig nach oben gearbeitet hatte, zeitlebens seine jüdische Konfession wie auch seine österreichische Staatsangehörigkeit beibehielt. Eine Einbürgerung in Sachsen erschien ihm vermutlich schon auf Grund der Zurücksetzung von Juden etwa im Militär wenig reizvoll, freilich war er noch selbst nicht nur im Wirtschaftsleben Sachsens, sondern auch in dem Böhmens stark engagiert. Die österreichisch-ungarische Monarchie vertrat er darüber hinaus als Honorargeneralkonsul in Dresden und wurde als solcher 1910 vom Kaiser in Wien, fraglos auf eigenen Wunsch, als „Klemperer Edler von Klemenau“ geadelt (meist, was auch in Österreich gängig war, als „von Klemperer“ abgekürzt, zumindest im Fall der Söhne und Nachkommen).

Gustav (von) Klemperer war somit tatsächlich ein jüdischer Adliger in Sachsen – besaß aber weder einen sächsischen Pass noch einen sächsischen Adelstitel (wenn auch den prestigeträchtigen sächsischen Ehrentitel Geheimer Kommerzienrat) und benötigte auch keine sächsische Erlaubnis zur Titelführung; in der jüdischen Gemeinde trat er im Übrigen nicht in Erscheinung. Gustavs Mutter Henriette, geborene Meyer (1818–1905), allerdings, dies sollte nicht unerwähnt bleiben, entstammte einer jüdischen Familie, die bereits seit der Zeit Augusts des Starken in Dresden ansässig gewesen war, und es war sie, die ihren Sohn dorthin schickte. Verwandtschaftliche Beziehungen bestanden auch zwischen den Klemperers und der bedeutenden Dresdner Bankiersfamilie Bondi. Die drei Söhne des Adelserwerbers, die vielleicht alle auch selbst konvertierten, jedenfalls aber ihre Kinder taufen ließen, spielten bis zur NS-Zeit bedeutende Rollen im sächsischen und deutschen Wirtschaftsleben. Seinen sichtbaren Ausdruck fand dies darin, dass alle drei mit ausführlichen Einträgen im exklusiven „Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft“ von 1930 vertreten waren.³³

Darin beeindruckt die Vielzahl der Ehrenämter in Aufsichtsräten großer Unternehmen, wichtigen Verbänden etc., und wichtig war allen Brüdern, darauf hinzuweisen, dass sie im Weltkrieg als Offiziere gekämpft hatten (für Österreich-Ungarn) und dekoriert worden waren. Hauptberuflich war Victor von Klemperer (1876–1943) zu dieser Zeit Direktor der Dresdner Bank in Dresden, Herbert (1878–1951) Vorstandsvorsitzender der Berliner Maschinenbau-AG in Berlin und Ralph (1884–1956) Direktor der AG für Cartonnagenindustrie in Dresden. Die NS-Herrschaft bedeutete dann für die gesamte Familie einen jähen Einschnitt, denn auch wenn sie sich dem Judentum längst völlig entfremdet hatte, konnte sie sich nicht der rassistischen Politik entziehen.

Mit dem Leben kam die Familie davon – die meisten Mitglieder verschlug es ins südliche Afrika oder in die USA –, materiell verlor sie fast alles. Hierzu zählen nicht zuletzt die bedeutenden Kunstsammlungen, die Gustav und Victor von Klemperer in Dresden aufgebaut hatten, insbesondere mit einem Fokus auf Meißner Porzellan und Wiegendrucken, hinzu kamen bildende Kunst und anderes mehr. Die Geschichte geraubter Kunstwerke aus dem Besitz der Klemperers und die langen, noch nicht abgeschlossenen Bemühungen um deren Ausfindigmachen und Rückgabe ist ein Krimi für sich.³⁴ Von den nach 1990 aus Dresden restituierten Porzellanobjekten schenkte die Familie übrigens den größten Teil den Staatlichen Kunstsammlungen, die somit dauerhaft im Zwinger betrachtet werden können.

Auf Grund der großen Zahl der Nachkommen der drei Brüder von Klemperer kann hier kein Überblick gegeben werden über deren Schicksale nach der Emigration bis heute; einige weisen wiederum beachtliche Karrieren im Bank- und Wirtschaftsleben auf, nunmehr in den USA und anderswo. Erwähnt werden sollte das bekannteste Mitglied der Familie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der in Berlin geborene Historiker Klemens von Klemperer (1916–2012), jüngster Sohn von Herbert, dessen Lebensthema der Widerstand konservativer Deutscher gegen den Nationalsozialismus war.³⁵ In Harvard promoviert, hatte er eine Professur am Smith College in Massachusetts inne und kam wiederholt für teils längere Forschungsaufenthalte in die Bundesrepublik.³⁶

Nicht uninteressant ist, dass die Familie Klemperer von Klemenau erst 2009 erstmals mit einem ausführlichen genealogischen

Artikel in einem deutschsprachigen Adelsalmanach vertreten war.³⁷ Fast genau 100 Jahre nach der Nobilitierung wurde damit die angestammte Zugehörigkeit der ehemals böhmisch-sächsischen, dann aus Deutschland vertriebenen, mittlerweile längst amerikanisch-südafrikanisch-australischen Familie zum Adel der Alten Welt noch einmal symbolisch bekräftigt. Auch die Verbundenheit mit Dresden, wo einst Gustav und Charlotte von Klemperer in der Wiener Straße 25 und Victor und Sophie von Klemperer in der Tiergartenstraße 64 im Wortsinn große Häuser geführt hatten, findet eine Fortsetzung: Im Juli 2016 brachte dort ein dreitägiges Familientreffen ca. 170 Nachkommen der von Klemperers aus aller Welt zusammen, die sich mit großem Interesse in der Stadt ihrer Vorfahren aufhielten, viele Erinnerungsorte besuchten und dabei von der Stadt unterstützt wurden.³⁸

Waren alle bisherigen Fälle mit Dresden und der Welt der Hochfinanz verbunden, so führt das zeitlich letzte Beispiel für eine sächsisch-jüdische Adelsfamilie ins „sächsische Manchester“, nach Chemnitz. Der bedeutende Textilindustrielle Oskar Kohorn (1882–1963) war einer der allerletzten, die in einem der deutschen Staaten noch Ende 1918 einen Adelstitel erhielten, ehe alle Monarchien im Reich innerhalb kürzester Zeit verschwanden. In diesem Fall handelte es sich um einen Freiherrentitel aus Sachsen-Coburg und Gotha, das zahlungskräftigen Großbürgern schon öfters zu Adelstiteln verholfen hatte. Ganz offensichtlich erschien Kohorn die Nobilitierung außerordentlich erstrebenswert, wenn er sich noch in der Revolutionszeit nachdrücklich darum bemühte. Möglich wäre, dass er eigentlich von Wien aus hätte geadelt werden wollen wie einige Berliner Industrielle mit österreichischem Hintergrund. Denn Kohorn stammte wie Gustav Klemperer aus Böhmen – sein Vater war Likörfabrikant in Dürrmaul bei Marienbad gewesen – und blieb vermutlich gleichfalls längere Zeit österreichischer Staatsbürger. So 1918 hatte er aus Wien auch schon den Titel „kaiserlicher Rat“ erhalten. Die von ihm gewählte vollständige, phantasievolle Namensform „Freiherr von Kohorn zu Kornegg“ wiederum hört sich beinahe österreichisch an – vielleicht hatte er sie sich so oder so ähnlich schon zurechtgelegt, sah dann am Kriegsende, dass es mit einem Adelstitel aus Wien nichts mehr werden würde und wählte vielleicht erst kurzfristig, auf den letzten Drücker, den Weg über das Herzogtum im

thüringischen Sachsen. Doch muss dies Spekulation bleiben. In jedem Fall führte er seinen neuen Titel praktisch nur mehr in Republiken, von einem Intermezzo im Kaiserreich Japan abgesehen. 1927 erhielt die Familie auch einen Artikel im „Gotha“.³⁹

Die unternehmerische Bedeutung der Kohorns, ihre gesellschaftliche Stellung und ihr kulturelles und philanthropisches Engagement waren bereits in ihrer Chemnitzer Zeit enorm.⁴⁰ Bislang ist aber in Deutschland kaum bekannt, dass ihre Erfolgsgeschichte in der Emigration äußerst erfolgreich weiterging – es gelang ihnen, zunächst (noch in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre) in Japan, dann in den USA und letztlich sogar weltweit wieder zu reüssieren, und zwar als Pioniere bei der lukrativen Herstellung von Viskose.⁴¹ Schon in den 1920er Jahren hatte Kohorn im Ausland expandiert, anders als die Klemperers mussten er und seine beiden Söhne Heinz/Henry (1913–2006) und Rolf/Ralph (1919–2011) daher nach ihrer Flucht aus Deutschland trotz aller Verluste nicht bei Null anfangen, hatten auch frühzeitig einige Vermögenswerte ins Ausland transferieren können. Eine Spezialität der Kohorns war, als Auftragnehmer für Investoren den Aufbau neuer Kunstseidefabriken umfassend zu begleiten, unter Einsatz diverser Patente auf Maschinen und Abläufe. Mit der Zeit kontrollierte die Von Kohorn International Corporation von New York aus zahlreiche Fabriken und Zulieferbetriebe insbesondere in Ägypten, Südasien und Südamerika. Eine Fabrikgründung kam ausgerechnet in Israel 1948 nicht zu Stande, da die Kohorns darauf bestanden, auch am Sabbat zu produzieren.

Was ihre Religionszugehörigkeit betrifft, behielten Oskar von Kohorn und seine Frau, die vormalige Wiener Operettensängerin Valerie, geborene Wirth (Künstlername Vally Worth, 1882–1972), die jüdische Konfession ihrer Vorfahren vielleicht zeitlebens bei, maßen dem aber wohl keine größere Bedeutung zu.⁴² Die beiden Söhne hingegen wurden vermutlich früh Christen. Henry von Kohorn lebte zuletzt in Florida, starb nach einem Leben als erfolgreicher Unternehmer, Inhaber zahlreicher Patente und passionierter Tennisspieler und hinterließ sechs Söhne.⁴³ Sein Bruder Ralph wanderte später nochmals aus, nach Neuseeland, wo der Vielflieger unternehmerisch, sportlich und ehrenamtlich tätig war; er hatte eine Tochter und einen Sohn.⁴⁴ Dieser, Steven, ebenfalls ein vielseitiger Unternehmer, und dessen Frau Anette von Kohorn betreiben gegenwärtig in Dunsmo-

re House bei Rugby im englischen Warwickshire unter anderem eine private Schule zur Vermittlung sogenannter britischer Etikette an zahlungswillige Menschen aus China und einen Privatclub mit dem Versprechen von Exklusivität und Luxus.⁴⁵

Ralph von Kohorn beschäftigte sich auch mit Familiengeschichtsforschung und publizierte in drei Teilen über den „Cohorn Clan“.⁴⁶ Diese Bände sind schwer zugänglich und konnten hier nicht herangezogen werden, indirekt lässt sich aber ermitteln, dass Kohorn sich darin mit jeglichem Vorkommen des Namens Kohorn, Kuhorn etc. beschäftigte und offenbar angab, von einem Casimir Coehoorn abzustammen, der um 1700 in den Niederlanden lebte.⁴⁷ Und dass sein Vater 1918 durch Coburg nach offizieller Lesart „gemäß seinem Ansuchen mit ausdrücklicher Bestätigung des von seinen Voreltern seit 1530 geführten Familienwappens“ baronisiert worden war, mit Bezug auf eine ausgestorbene Patrizierfamilie Kühorn in Frankfurt und Stuttgart.⁴⁸ Also der alte Trick, wie bei etlichen Nobilitierungen seit der Frühen Neuzeit: die Behauptung eines Adelsverlusts (was in den seltensten Fällen stimmte) und ein Antrag auf Adelserneuerung samt Aneignung eines alten Wappens. So seltsam es klingen mag, Vater wie Sohn Kohorn scheinen zumindest situativ bemüht gewesen zu sein, für sich eine vornehme und sogar nichtjüdische Herkunft zu konstruieren. Sicherlich ohne Grundlage, denn die jüdischen Vorfahren Kohorn hatten wohl jahrhundertlang in Böhmen gelebt.

So viel zu den entscheidenden Beispielen neuadliger Familien jüdischer Herkunft in Sachsen. Unser Thema ist damit aber aus verschiedenen Gründen noch nicht erschöpfend behandelt. Zunächst einmal: Was ist mit dem bedeutenden Porträt- und Modefotografen Adolph de Meyer (1868–1948), der in Paris geboren wurde, doch als Kind einer Familie aus Dresden dort aufwuchs und seit kurz vor der Jahrhundertwende meist in Großbritannien und später den USA lebte? Der deutsche Wikipedia-Artikel nennt seinen Vater Adolph Louis (1839–1878) einen „deutsch-jüdischen Pariser Bankier“,⁴⁹ und scheinbar eindeutig „warteten auf de Meyer als Homosexuellen und Juden nur Lagerhaft und Tod“ in NS-Deutschland, wie es in einer verdienstvollen neuen Biographie heißt.⁵⁰ Deren Autor ist es auch erstmals gelungen herauszufinden, dass der oft als „Baron“ in Erscheinung tretende de Meyer tatsächlich 1897 in den einfachen sächsischen Adel erhoben worden war.⁵¹ Also doch ein sogar in Sach-

sen selbst geadelter Jude und dabei queerer Künstler, der bislang übersehen worden ist? Klingt seltsam und stimmt so auch nicht: Die Sache mit der (teilweise) jüdischen Herkunft de Meyers muss bei genauer Betrachtung verworfen oder doch stark relativiert werden.

Um den schillernden Künstler und Salonlöwen de Meyer rankt sich manche Legende, und gern spielte er selbst Mimikry, nicht zuletzt was seine Namensführung betrifft (gegen Ende seines Lebens auch mit dem bemerkenswerten zweiten Vornamen „Gayne“). Hier mag der Hinweis genügen, dass er den Titel Baron, mit dem er sich bald nach seiner Nobilitierung schmückte, wohl ebenso wenig hätte führen dürfen wie die manchmal benutzte Namensform (de) Meyer-Watson; der englische Name seiner Mutter war in London oder New York gewiss von Vorteil. Beide Eltern waren übrigens in Russland geboren worden und führten wohl ein materiell unbeschwertes Leben zwischen Sachsen und Frankreich: eine wahrhaft kosmopolitische, hinsichtlich der späteren Generationen bislang wenig bekannte Familie. Soweit ersichtlich, gibt es aber von Adolph de Meyer selbst keinerlei Hinweise auf eine etwaige jüdische Herkunft, und unklar ist, wer wann als erster Mutmaßungen hierzu publizierte.

Es verwundert nicht, dass Adolph von/de Meyers Zugehörigkeit zum Adel verschiedentlich bezweifelt worden ist. Die immer wieder kolportierte Geschichte, König Edward VII. (1841–1910) habe beim sächsischen König eine Nobilitierung erwirkt, damit Adolph und insbesondere dessen Frau Olga an seiner Krönung in Westminster Abbey (1902) teilnehmen könnten,⁵² klingt einfach zu gut bzw. unglaubwürdig. Dabei hieß es schon gleich ab 1898 in einem jährlich erscheinenden britischen Adelsalmanach, Adolph und sein in Dresden ansässiger Verwandter Ludwig hätten 1897 in Sachsen das Baronat erhalten, und zwar in Anerkennung der mildtätigen Werke, die ihr Großvater Johann Meyer in der sächsischen Hauptstadt geleistet habe⁵³ – Angaben, die fraglos von Adolph selbst gemeldet wurden. Wie gesagt ist es richtig, dass Meyer seit dem genannten Jahr dem sächsischen Adel angehörte; die Standeserhöhung und deren Bekanntheit müssen für ihn also von erheblicher Bedeutung gewesen sein. Ergänzt werden kann hier noch, dass sein Cousin (und durch die gemeinsame Mutter zugleich Halbbruder) Ludwig Adolph (von) Meyer (1860–1930) in der Tat nachweislich am selben Tag geadelt wurde.⁵⁴ Dieser lebte in Dresden und Paris.

Ob die Nobilitierung der beiden aber wirklich (allein) auf Grund der Verdienste ihres Großvaters Johann Meyer (1800–1887) geschah? Dieser war in Dresden als überaus großzügiger Philanthrop mit der Ehrenbürgerwürde geehrt worden. Da die Familie wohl äußerst vermögend war, kämen eventuell großzügige Spenden auch der Enkel für kulturelle oder karitative Zwecke in Frage, womit sie den Weg zu einer Adelsverleihung endgültig bereitet haben könnten. Auch stimmt es, dass Adolph zum Zeitpunkt der Nobilitierung schon Zugang zu den Kreisen des britischen Thronfolgers gefunden hatte und längst überwiegend im Ausland lebte; in Dresden trat er als „von Meyer“ nur noch kurze Zeit in Erscheinung, indem er bis kurz vor 1900 die elterliche Villa in der Parkstraße besaß.⁵⁵ Zwei Jahre nach der Adelsverleihung heiratete er – zum Schein, auf Grund der damaligen Schwulenfeindlichkeit – seine ebenso schillernde, bildschöne, lesbische oder bisexuelle Gefährtin, König Edwards angebliche Paten- und vielleicht leibliche Tochter⁵⁶ Olga Caracciolo (1871–1931) aus der Familie der Herzöge von Castelluccio; nicht unwahrscheinlich, dass die Aussicht auf diese Heirat einen, wenn nicht den wesentlichen Anstoß zum Adelswunsch gab. Doch damit genug. Noch eine höchst interessante Geschichte also, die unbedingt angedeutet zu werden verdiente – nur war de Meyer gar kein Jude (und sein Vater wohl kein Bankier), auch wenn diese Annahme im Rückblick offenbar gut zu seiner Vita zu passen scheint; zum sächsischen Adelstitel freilich überhaupt nicht. Adolphs Eltern und Großeltern waren Christen, allenfalls der Großvater Johann Meyer, der aus Norddeutschland stammte und ein äußerst erfolgreicher Großkaufmann in Petersburg gewesen war, ehe er sich in Dresden niederließ, könnte jüdischer Herkunft gewesen sein.⁵⁷ Dann wäre er aber schon in jungen Jahren konvertiert (in Russland heiratete er um 1830 eine baltendeutsche Protestantin), wenn nicht schon als Kleinkind getauft worden. In keinem Fall kann hier von einer jüdischen Neuadelsfamilie der Zeit um 1900 die Rede sein. Dennoch ist dieser Fall berichtenswert: um künftigen Missverständnissen vorzubeugen und weil er für interessante Projektionen steht, in diesem Fall wohl vor allem späterer Zeiten bis heute.

Das Beispiel der Künstler- und Gelehrtenfamilie (von/de) Mendelssohn erinnert in einigen Punkten an das der (von/de) Meyers, wobei ihre entfernte jüdische Herkunft außer Frage steht. Der grundlegende Um-



Peter de Mendelssohn
(1908–1982), 1945
Wikimedia

stand, der hier mit Blick auf das Thema des Beitrags interessiert, ist aber ein anderer: die Einwanderung von Familien jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft nach Sachsen, die bereits adlig waren – bisweilen mehr oder weniger, wie man im Fall Mendelssohn hinzufügen muss. Es geht hier vor allem um den Metallkünstler Georg Mendelssohn (1886–1955), der zwischen 1910 und seiner Emigration nach Frankreich 1933 überwiegend in Hellerau lebte und wirkte. Bekanntestes Mitglied der vielseitigen Familie, die nicht mit den berühmten Berliner Mendelssohns verwandt ist, wurde sein Sohn, der Journalist und Schriftsteller Peter de Mendelssohn (1908–1982), wie er sich seit seinem britischen Exil nannte. Aufgewachsen war dieser in Sachsen, in eben jener Künstlerkolonie Hellerau – ohne Adelsprädikat.

Wie ist es um den Adelstitel dieser Familie bestellt? Georgs Vater Ludwig Mendelssohn (1852–1896) wurde in Oldenburg als Kind jüdischer Eltern geboren, war aber von ihnen gleich evangelisch getauft worden. Als Altphilologe hatte er erst eine Privatdozentur in Leipzig, dann eine Universitätsprofessur in Dorpat (russ. Jurjew, estn. Tartu) inne, also im Zarenreich. Hier heiratete er eine baltendeutsche Adlige und erhielt, in seiner Stellung erwartbar, 1894 selbst – als oldenburgischer Staatsangehöriger – einen niedrigen russländischen erblichen Adelsgrad, und zwar in Folge der Verleihung des Titels Wirklicher Staatsrat (mitsamt dem Prädikat Exzellenz).⁵⁸ Genau hier liegt der Hase im Pfeffer, wenn es um die späteren Probleme seiner

Kinder geht, den Titel in Deutschland zu führen. In der Wikipedia findet sich eine bemerkenswerte Erläuterung, wie der Sohn Georg (demnach „geboren als Georg von Mendelssohn“, was in mehrfacher Hinsicht falsch ist) dazu gestanden haben soll: „Sein Adelstitel war Georg Mendelssohn eher gleichgültig. Während er in seiner Münchener Zeit noch als Georg von Mendelssohn auftrat, ging er in Hellerau dazu über, seine Arbeiten und Korrespondenz nur noch ohne das ‚von‘ zu signieren. [...] In einer ‚revolutionären Anwendung‘ legte er 1918 demonstrativ für sich und seine Familie den Adelstitel ab. Während sein frischgeborener Sohn Felix im Geburtschein ohne den Adelstitel eingetragen wurde, hatte er jedoch bei seinen drei übrigen Kindern seine Kompetenzen überschritten. Diese konnten mit Erreichen der Volljährigkeit über das Fortbestehen Ihres Adelstitels entscheiden und behielten ihn bei.“⁵⁹

Diese scheinbar objektiven Mitteilungen können kaum stimmen, ja, in allen wesentlichen Details verhielt es sich wohl geradezu gegenteilig. Nach dem frühen Tod des Vaters war die Witwe Alexandrine, geborene von Cramer (1849–1923), mit ihren vier Kindern ins Deutsche Reich gezogen, nach Jena, und so stellte sich die Frage der Mitnahme des russländischen Adels. Da es ein dem „von“ vergleichbares Partikel im Russischen nicht gibt, bedurfte es nach den harschen Bestimmungen in vielen deutschen Staaten auch für remigrierte Familien erst einer behördlichen Genehmigung, sich auf diese Weise als adlig bezeichnen zu dürfen. Denn gerade der Beamtenadel des Zarenreichs galt nicht nur in Preußen als minderwertig,⁶⁰ und dies bekamen die Mendelssohns zu spüren: Es hat sehr den Anschein, dass die Nachkommen des Geadelten ihren ererbten Rang durchaus sehr wertschätzten, es jedoch nur gelegentlich vermochten, ihn in Deutschland unbeantstandet zu führen.

Georg (von) Mendelssohn selbst schaffte es 1907, als er mehrere Jahre in München lebte, eine bayerische Genehmigung zu erhalten, das „von“ zu führen.⁶¹ Seinem Bruder Walter (1883–1959) hingegen, der 1910 als Lehrer in Preußen die dortige Staatsbürgerschaft angenommen hatte, wurde vom Heroldsamt in Berlin im Jahr darauf ein entsprechender Antrag abgelehnt. Alles spricht dafür, dass Georg dasselbe Problem hatte, als er von Bayern nach Sachsen übersiedelte. In jedem Fall sprechen die nachweisbaren Anträge auf Adelsbestätigung in verschiedenen deutschen Staaten sehr für das anhaltende, aktive

Interesse, mit einem „von“ in Erscheinung zu treten, mal mit, mal ohne Erfolg. Von einer pathetischen Ablegung des Adels in einem Sachsen unter revolutionären Vorzeichen kann keine Rede sein, und die Namensformen in den Geburtseinträgen der Kinder haben schlicht mit dem unterschiedlichen Vorgehen der Behörden in Bayern und Sachsen zu tun. Ebenso abwegig ist die Vorstellung, die Kinder hätten den Adelstitel einfach wieder annehmen können und dies habe mit ihrer Volljährigkeit in Zusammenhang gestanden. Als Mutter Alexandrine in (Dresden-) Klotzsche starb, die also zuletzt ganz in der Nähe ihres Sohns Georg gelebt hatte, wurde ihr Name standesamtlich auch ohne „von“ vermerkt.⁶² Wie ihre Kinder wird sie kaum freiwillig den Adel abgelegt haben.

Diese Bemerkungen sollen genügen, soweit es die ja eher kurze Beziehungsgeschichte zwischen dieser interessanten geadelten Familie und Sachsen betrifft. Von der Frage des beanstandeten Adelstitels abgesehen, ist es wichtig, nochmals darauf hinzuweisen, dass auch diese Künstler- und Gelehrtenfamilie mitnichten einfach als jüdisch bezeichnet werden kann. Allerdings ist der Name Mendelssohn so eindeutig jüdischer Herkunft, dass dieser Umstand in der Fremdwahrnehmung recht oft eine Rolle gespielt haben wird – gewiss viel öfter als bei den Meyers –, und es ist zu fragen, ob die ablehnende Haltung der sächsischen Seite, was den russländischen Adel der Familie betrifft, von deren markantem Namen zumindest mit beeinflusst wurde.

Der letzte Fall, der hier vorgestellt wird, hat ebenfalls mit dem Zarenreich zu tun. Es handelt sich um eine äußerst prominente jüdische Familie der Hochfinanz Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts in Petersburg und Paris, von der besonders wenig bekannt sein dürfte, dass ein paar ihrer zahlreichen Mitglieder einige Zeit in Dresden lebten: die Freiherren/Barone von Günzburg. Auf Dresdens Neuem Jüdischem Friedhof befindet sich noch der gemeinsame Grabstein für die Barone Jacques Gabriel (1865–1895) und Vladimir Isaac von Günzburg (1873–1902).⁶³ In der seit Kurzem vorliegenden gründlichen Monographie über die Familie⁶⁴ werden die beiden nicht erwähnt, ebenso wenig in der auszugsweisen Stammsfolge auf Wikipedia.⁶⁵ Doch dem „Gotha“ ist zu entnehmen, dass die beiden Brüder und in Frankreich geboren worden waren; der Ältere starb in Leipzig, der Jüngere in Dresden.⁶⁶ Sie gehörten zu den sieben Kindern von Baron Ury (1840–1914), der das Leben eines reichen Erben, Müßiggängers und glamourösen

Schlossbesitzers führte (einmal richtete er für den Bruder des Zaren eine große Jagd aus) und nicht in der Familienbank arbeitete.⁶⁷

Wie nun waren zwei Mitglieder dieser mondänen russisch-französischen Familie nach Sachsen gekommen? Zunächst einmal ist bekannt, dass Wladimir von Günzburg bis 1891 das Wettiner Gymnasium in Dresden besuchte⁶⁸ und anschließend das Realgymnasium der dortigen Altstadt.⁶⁹ Gestorben ist er elf Jahre später mit der Berufsangabe „Rentier“ in Loschwitz (damals noch nicht nach Dresden eingemeindet) in Dr. Teuschers Sanatorium, wie dessen Besitzer Paul Teuscher gegenüber dem Standesamt anzeigte; als Wohnort des Verstorbenen (der „mosaischer Religion“ und „ledigen Standes“ gewesen war) wird allerdings Saint-Germain-en-Laye bei Paris genannt.⁷⁰ Wladimir könnte also nach einigen Jahren als Schwerkranker nach Sachsen zurückgekehrt zu sein, vielleicht auf eigenen Wunsch, falls er nicht sogar durchgängig dort gelebt hatte. Nach Dresden oder in die Nähe waren früher schon seine Eltern zeitweise gezogen (für wie lange genau, bleibt zu klären), die seit Ende der 1880er Jahre einige Zeit lang ein unstetes Wanderleben führten und sich mit ihren Kindern unter anderem in Berlin aufhielten.⁷¹ 1889 fand in (Dresden-) Strehlen die Hochzeit von Baronin Therese von Günzburg (1863–1899) statt, der ältesten Schwester der später in Dresden begrabenen Brüder, und als ihre (und ihrer Eltern) Adresse wird die Wiener Straße 7 angegeben, damals fraglos eine repräsentative Villa.⁷² Eines ihrer Kinder wurde 1894 auch in Loschwitz geboren, wo Therese und ihr Mann laut dem Standesamtsintrag in der Ringstraße im Stadtteil Weißer Hirsch eine Sommerwohnung besaßen.⁷³ Und noch eines der Geschwister lebte zeitweilig in Dresden, Mathilde (1864–1945), die ihren Cousin Baron David von Günzburg (1857–1910) geheiratet hatte, den bedeutenden Orientalisten: Schon 1885 wurde in Dresden in der Wohnung des Ehepaars in der Beuststraße 4 (einer der Nebenstraßen der Bürgerwiese, also wiederum in einem Villenviertel) ihre älteste Tochter geboren;⁷⁴ geheiratet worden war in Paris, die weiteren Kinder kamen in Russland zur Welt. Der Anlass, nach Dresden zu kommen, waren in diesem Fall wohl die nachweisbaren Bibliotheksbesuche Davids dort und in Leipzig im selben Jahr; diese standen am Anfang seiner langjährigen intensiven Recherchen, die ihn (zeitweise also begleitet von seiner Frau) in diverse Länder führten, um Malereien in jüdischen Manuskripten zu finden, die dann im prachtvollen Band „L'Ornement hébreu“ 1905 veröffentlicht wurden.⁷⁵ Mögli-

cherweise zogen also Mathilde und David von Günzburg als erste ihrer Familie nur für kurze Zeit nach Sachsen und empfahlen dann ihren Verwandten, dorthin zu gehen. Mehrere Angehörige dieser wirklich jüdischen und adligen Familie scheinen sich hier längere Zeit sehr wohlgefühlt zu haben.

Wie gesagt, gibt es vermutlich noch weitere Beispiele für Berührungspunkte von Adligen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft zu Sachsen.⁷⁶ Wesentlich ist aber die Feststellung, dass es hier tatsächlich einige (mehr oder weniger) jüdische Adlige gab, obwohl an Nobilitierungen von Juden durch die sächsischen Herrscher nicht zu denken war.⁷⁷ In vielen Fällen spielte dabei die Nähe zu Österreich eine wichtige Rolle,⁷⁸ generell waren grenzüberschreitende Zusammenhänge immer wieder wichtig. Deutlich wird ansonsten aufs Neue, wie attraktiv Adelstitel gerade für die kleine Gruppe herausragender Bankiers sowie einige Großindustrielle waren. In ihrem Lebensstil vereinten diese Neoadligen – so wie Nobilitierte nichtjüdischer Herkunft auch – großbürgerliche mit adligen Elementen; vom Ur-, Beamten- und Militäradel wurden sie wohl eher auf Abstand gehalten (was aber noch näher untersucht werden müsste).

Im Übrigen ist es auch für Sachsen kaum möglich, Neoadlige jüdischer Herkunft als Gruppe zu fassen, da für diese Jüdisches subjektiv regelmäßig kaum noch eine Rolle spielte – je später, desto weniger, woraus im Großen und Ganzen auch ein starker, anhaltender Anpassungsdruck der Umwelt spricht. Trotz der vielen Konversionen in diesem Familien stellen aber antisemitische Anfeindungen und schließlich die brutalen Verfolgungen in NS-Deutschland eine wichtige Gemeinsamkeit dar: Die Nachkommen fast aller der hier vorgestellten Familien fanden sich in den Jahren ab 1933 irgendwann in englischsprachigen Ländern wieder. Nach Israel hingegen ging wahrscheinlich niemand. Vor allem die, die noch Kinder oder junge Erwachsene gewesen waren, als sie ins Exil gezwungen wurden, oder Angehörige der Generationen nach ihnen haben sich später oft wieder – jenseits juristischer Streitigkeiten wegen gestohlenen Eigentums – mit ihren familiären und sprachlich-kulturellen Wurzeln beschäftigt und haben zum Beispiel neue Bande nach Dresden geknüpft. Trotz der Vergangenheit besteht also offenbar nicht nur starkes Interesse am, sondern auch viel Vertrauen zum heutigen Sachsen und Deutschland. Möge es nie wieder bitter enttäuscht werden.

- 1 Vgl. die Links zu den Websites von 13 Familien unter <https://sachsenadel.de/links>.
- 2 Siehe dazu Kai Drewes: Jüdischer Adel. Nobilitierungen von Juden im Europa des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/New York 2013 (S. 104–109 ein kurzer Überblick zu Sachsen).
- 3 Siehe dazu Peter Wiegand: Nobilitierungen, Standeserhöhungen und Adelsmatrikel, in: Martina Schattkowsky (Hrsg.): Adlige Lebenswelten in Sachsen. Kommentierte Bild- und Schriftquellen, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 51–58.
- 4 Vgl. Michael Schäubitz: Juden in Sachsen – Jüdische Sachsen? Emanzipation, Akkulturation und Integration 1700–1914, Hannover 2006.
- 5 Auch wenn die Quellenlage in Folge der Kriegsverluste schwierig sein dürfte, ist es nicht unwahrscheinlich, dass sich analog zu Preußen auch für das Königreich Sachsen noch ministerielle bzw. monarchische Akten finden lassen, aus denen eine grundsätzlich ablehnende Haltung maßgeblicher Kreise gegenüber Adelswünschen von Juden (sowie deren Nobilitierung in anderen deutschen und europäischen Staaten) klar hervorgeht. In Rechnung zu stellen sind hierbei neben Bezugnahmen auf das ähnlich antisemitische Preußen mit seinem restriktiven Heroldsamt vor allem auch solche auf diejenigen wettinischen Kleinstaaten im thüringischen Sachsen, die Juden durchaus adelten, wie auch auf das nahe Österreich(-Ungarn) mit seiner viel liberaleren Nobilitierungspolitik, insgesamt wie in Bezug auf Juden.
- 6 Bereits der insbesondere in Dresden und für August „den Starken“ wichtige Bankier und Großhändler Behrend Lehmann (1661–1730) äußerte zu Beginn des 18. Jahrhunderts als mehrfacher Grund- und Herrenhausbesitzer etc., der auch ein prächtiges Wappen führte, deutlich seinen „starken Drang nach adelsähnlicher Geltung“, an die förmliche Nobilitierung eines Juden durch den Kaiser war aber zu dieser Zeit noch nicht zu denken. Sein Nachfahr Emil Lehmann (1829–1898), in Dresden Anwalt, Politiker und Vorsitzender der jüdischen Gemeinde, ging interessanterweise davon aus, sein berühmter Vorfahr sei durchaus sogar in den Freiherrnstand erhoben worden (durch Brandenburg), indem er dessen Wappen missdeutete. Siehe dazu den Abschnitt „Der Grundherr und sein adelsähnlicher Anspruch“ bei Berndt Strobach: Der Hofjude Behrend Lehmann (1661–1730). Eine Biografie, Berlin/Boston 2018, S. 332–334 (Zitat S. 332; S. 233–236 auch zu Behrend Lehmanns großem Haus in der Landhausstraße 13 in Dresden), und zu Emil Lehmanns publizistischer Beschäftigung mit seinem verehrten Ahnherrn allgemein ebenda, S. 16–18.
- 7 Zum Folgenden siehe Bernhard Brilling: Eibenschütziana, in: Hebrew Union College Annual 34 (1963), S. 217–228, 35 (1964), S. 255–273, 36 (1965), S. 261–279; Paweł Maciejko: Sabbatian Charlatans. The First Jewish Cosmopolitans, in: European Review of History 17 (2010), S. 361–378; ders.: The Mixed Multitude. Jacob Frank and the Frankist Movement, 1755–1816, Philadelphia 2011, Kap. 8; ders.: A Portrait of the Kabbalist as a Young Man: Count Joseph Carl Emmanuel Waldstein and His Retinue, in: The Jewish Quarterly Review 106 (2016), S. 521–576, hier S. 561–575.
- 8 Offenkundig gelang ihm in Dresden zwischen 1765 (als er noch dem Haushalt des Großhändlers Joseph Jonas Meyer angehörte) und 1777 ein starker wirtschaftlicher Aufstieg (Simone Lässig: Jüdische Wege ins Bürgertum. Kulturelles Kapital und sozialer Aufstieg im 19. Jahrhundert, Göttingen 2004, S. 569). Auch die meisten seiner Geschwister ließen sich schon ab den 1750er Jahren in Dresden nieder, weshalb der Name Eibe(n)schütz hier noch mehrfach begegnet. Genealogische Einzelheiten bei Brilling 1964 (wie Anm. 7).
- 9 Es ist unnötig, hier sämtliche der diversen Varianten anzuführen, die sich hinsichtlich der Schreibung seiner verschiedenen Vor- und Nachnamen finden.
- 10 Als Geburtsort des „Barons“ wird Prag angenommen, wo sein Vater wirkte, ehe er nach Altona ging.
- 11 Es handelt sich um den heutigen Stadtteil Dresden-Briesnitz. Fraglich ist für die damalige Zeit angesichts seiner Konfession die Angabe, Eibeschütz sei (Ritter-)Gutsbesitzer gewesen, wie er es selbst in seinem Adelsgesuch nahelegte und welche Angabe der sonst akkurate Maciejko übernimmt. Hingegen sollen seine „Feinde und Neider“ gleich 1776 neben anderen negativen Dingen nach Wien geschrieben haben, es sei „das Gut, das er bei Dresden gekauft hat, [...] kein Rittergut, sondern nur eine Rustikalbesitzung“ (so Bernhard Beer, der Vorsteher der Dresdner jüdischen Gemeinde und durch die Familie Bondi entfernt mit der Familie Eibeschütz verschwägert, 1857 in einem hebräischen Aufsatz über diese, zit. nach der Übersetzung bei Brilling 1965 (wie Anm. 7), S. 263). Das Foto bei Maciejko 2016 (wie Anm. 7), S. 563, zeigt überdies wohl irrtümlich Schloss Prießnitz bei Leipzig, den imposanten Stammsitz der Familie von Einsiedel. Immerhin war Eibeschütz’ Anwesen ansehnlich, wie verschiedene Reiseberichte des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts lobend erwähnen. So heißt es, „der Eibeschütz’sche, oder Baron v. Adlerstahlsch’sche [sic] Garten [zeichne sich] durch viele kleine Anlagen aus; u. a. durch eine artige Grotte, einen chinesischen Saal, am meisten aber durch die schöne Ansicht der Elbe bis Dresden hin“, vgl. Friedrich Christian August Hasse: Dresden und die umliegende Gegend bis Elsterwerda [...], 2. Auflage Dresden 1804, Bd. 2, S. 262. Ein anderes Werk übt ebenfalls Lob, kritisiert aber auch deutlich, wohl mit antisemitischem Unterton: „Schade, dass dieser baronisirte Israelite, durch überhäufte Anlagen hierbei keine Rücksicht auf Verhältniss des Raums und Locals genommen hat“, vgl. Schönheiten der Natur und Kunst dargestellt auf einer Reise durch einen Theil der Sächsischen Staaten, Berlin 1801, S. 575. Beide Zitate zeigen im Übrigen neben einer Reihe anderer Fundstellen, wie selbstverständlich Eibeschütz noch lange nach seiner missglückten Nobilitierungsinitiative als adlig angesehen wurde.
- 12 Seine Witwe und Töchter verwendeten noch Jahrzehnte nach seinem Tod in Dokumenten unbeanstandet die Schreibweise „von Adlersthal“ Vgl. verschiedene Digitalisate originaler Quellen im kostenpflichtigen Onlineportal Ancestry.de. Eibeschütz hatte erst 1800 geheiratet. Mit Machle, Tochter des Rabbis (?) Moses Fischel Bloch in Breslau, die als Witwe 1816 den bekannten Fuhrunternehmer Simon Kremser heiratete, bekam er fünf Kinder (zu den Nachkommen des „Barons“ siehe Brilling 1964 (wie Anm. 7), S. 263–266). In jungen Jahren soll Wolf Eibeschütz aber schon einmal, womöglich in einer geheimen Zeremonie, eine Nachkomm(in) des sabbatianischen Sektenführers Baruchiah Russo alias Osman Baba (gest. 1720?) in Saloniki geheiratet haben. Vgl. Maciejko 2011 (wie Anm. 7), S. 199. Da Eibeschütz keine Söhne hatte, erübrigte sich die Frage, ob und wie auch diese als Scheinadlige von ihrer Umwelt tituliert würden.
- 13 1780 erhielt Eibeschütz eine Ausnahmegenehmigung, als Jude außerhalb der Festungsmauern ein Haus beziehen zu dürfen, und zwar vor dem Sektor. Vgl. Brilling 1965 (wie Anm. 7), S. 278; Joachim Albrecht: Der umstrittene Aufenthalt der Juden im Linckeschen Bad in Dresden um 1800, in: Medaon, Nr. 7 [2010], online unter https://www.medaon.de/pdf/M_Albrecht-7-2010.pdf, S. 1 f.

- 14 Dies seit 1777. Vgl. Heinrich Schnee: Die Hoffmann und der moderne Staat. Geschichte und System der Hoffaktoren an deutschen Fürstenthöfen im Zeitalter des Absolutismus, Bd. 2, Berlin 1954, S. 249.
- 15 Paweł Maciejko glaubt, noch in Eibeschutz' Adelswappen kabbalistische Elemente entdecken zu können. Vgl. unter <https://events.eventact.com/programview2/Agenda/Lecture/146249?code=2786173> das Abstract eines Vortrags von ihm dazu aus dem Jahr 2017.
- 16 Noch 1819/20 als eine von sechs (Privat-)Synagogen aufgeführt als diejenige „des seel. Hrn. Wolf Jonas Eybeschütz, genannt v. Adlersthal“ (!), erst „an der Schulgaßecke 547“ und im folgenden Jahr in der „Zahng. [asse] 77“. Vgl. Dresdner Adreß-Kalender auf das Jahr 1819, S. 246; Dresdner Adreß-Kalender auf das Jahr 1820, S. 246). Diese Betstube bestand bis 1829. Vgl. Brillung 1863 (wie Anm. 7), S. 219.
- 17 Die Exilzeitung „Aufbau“ in New York hielt 1959 in ihrem Nachruf auf Richard Moszkowski, früher Chefsyndikus der Reichskreditanstalt, fest: „Seine Vorfahren mütterlicherseits stammten ab von dem Baron Wolff von Adlersthal, der von Josef II. in Wien geadelt wurde“. Vgl. Aufbau Nr. 5 vom 30. Januar 1959, S. 8 (online unter <http://www.archive.org/stream/aufbau261959germ#page/n69/mode/lup>); auf diesen Nekrolog weist Brillung 1864 (wie Anm. 7), S. 266, Anm. 5, hin. Richards Sohn war der prominente, 1927 in Berlin geborene Kernphysiker Steven Moszkowski in Los Angeles. Auch dieser ist stolz auf seinen Dresdner Vorfahren: 2017 tauschte er sich mit dem Rabbi der Beverly Hills Synagogue aus „to discuss his ancestor, Baron Wolf von Adlersthal, son of Rabbi Jonathan Eybeschütz“, vgl. <https://gramha.net/media/1506788464263454782>.
- 18 Siehe zum Folgenden nur Joachim Felix Kaskel: Vom Hoffaktor zur Dresdner Bank. Die Unternehmerfamilie Kaskel im 18. und 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 28 (1983), S. 159-187.
- 19 Kaskel 1983 (wie Anm. 18), S. 182.
- 20 Zur Konversion vgl. Drewes 2013 (wie Anm. 2), S. 105 mit Anm. 281 (mit weiterer Literatur).
- 21 Siehe dazu Drewes 2013 (wie Anm. 2), Kap. 4.1.
- 22 Bezeichnenderweise erfolgte zeitnah (1867/68) auch die österreichische Baronisierung des Kölner Bankiers Simon Oppenheim, des Schwiegervaters von Carl Kaskels Sohn Felix. Siehe dazu Wilhelm Treue: Die Bankiers Simon und Abraham Oppenheim 1828–1880. Der private Hintergrund ihrer beruflichen Tätigkeit, ihre Rolle in der Politik und ihre Nobilitierung, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 31 (1986), S. 31-72.
- 23 Drewes 2013 (wie Anm. 2), S. 277.
- 24 Abgesehen von seinen Beziehungen zur Familie Wieck-Schumann war Carl Kaskel vielleicht Meyerbeers engster Freund. Vgl. Giacomo Meyerbeer: Briefwechsel und Tagebücher, Bd. 7: 1856–1859, hrsg. von Sabine Henze-Döhring, Berlin u. a. 2004, S. 536.
- 25 Über ihn siehe Agata Schindler: Aktenzeichen „Unerwünscht“. Dresdner Musikerschicksale und nationalsozialistische Judenverfolgung 1933–1945, Dresden 1999, S. 112-116 [auch online unter https://www.stsg.de/cms/sites/default/files/upload/dokumente/pdf/ll_heft_9.pdf].
- 26 So der Artikel im Stadtwiki Dresden unter https://www.stadtwikidd.de/wiki/Felix_Gustav_Kaskel.
- 27 Angaben nach den Digitalisaten verschiedener Dokumente in Ancestry.com.
- 28 Kaskel 1983 (wie Anm. 18), S. 186. Der Autor des Aufsatzes stammt aus einem nicht geadelten Zweig der Familie Kaskel.
- 29 Bruno Schrep: Unser Paradies ist hier, in: Der Spiegel Nr. 48 vom 23. November 1998, S. 74-80 [auch online unter <https://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/8034417>]; Wortlaut eines englischsprachigen Nachrufs unter <https://www.ancestry.co.uk/boards/topics.obits/63108/mb.ashx>. Nach ihren Männern hieß sie Sibylle de l'Epine, dann Sibylle Akers. Ihr zweiter Mann Robert W. Akers (1905–2002) war Journalist und mit Präsident Lyndon B. Johnson befreundet, unter dem er stellvertretender Direktor der U.S. Information Agency wurde.
- 30 Schrep 1998 (wie Anm. 29), S. 74.
- 31 Zum Folgenden siehe nur Andreas Gaul: Gustav und Victor von Klemperer. Eine biographische Skizze, Dresden 2004. Es besteht keine Verwandtschaft zum bekannten Dresdner Romanisten und Holocaust-Überlebenden Victor Klemperer.
- 32 Siehe Drewes 2013 (wie Anm. 2), S. 105-109.
- 33 Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Bd. 1, Berlin 1930, S. 943 f.
- 34 Siehe dazu Michael Dormann: Die Sammlungen der Familie von Klemperer. Von Büchern und Porzellanen, in: Inka Bertz/Michael Dormann (Hrsg.): Raub und Restitution. Kulturgut aus jüdischem Besitz von 1933 bis heute, Göttingen 2008, S. 148-156.
- 35 Über ihn siehe Ekkehard Klaus: Klemens von Klemperer. Ein Lebensbild, in: Ekkehard Klaus (Hrsg.): Klemens von Klemperer, Der einsame Zeuge. Von der existentiellen Dimension des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, Berlin 2016, S. 9-32. Siehe auch über den Vater ders.: Herbert von Klemperer. Ein vertriebener Berliner Wirtschaftskapitän, in: ebenda, S. 375-389.
- 36 Ein Jahr nach seinem Tod stiftete seine engere Familie zur Erinnerung den Klemens von Klemperer Prize, mit dem Essays von Studierenden der Harvard Law School zum Thema Widerstand ausgezeichnet werden – die sich zuletzt beklemmenderweise mit den USA in der Ära Trump beschäftigten. Vgl. <https://hls.harvard.edu/dept/academics/programs-of-study/law-and-social-change/klemens-von-klemperer-prize>.
- 37 Genealogische Handbuch des Adels. Adelige Häuser, Bd. 31, Limburg an der Lahn 2009, S. 199-207.
- 38 Vgl. die Präsentation von Michaela Howse (Kapstadt), einer Urenkelin Ralph von Klemperers, zur Geschichte ihrer Familie und von deren Sammlungen am 21. März 2019 in Dresden im Rahmen einer Veranstaltung der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden unter <https://www.museumsfernsehen.de/raub-und-restitution-der-sammlung-gustav-und-victor-von-klemperer> (zum Familientreffen dort ab ca. 1 Stunde und 7 Minuten).
- 39 Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Freiherrlichen Häuser, Bd. 77 (1927), S. 331.
- 40 Siehe dazu Jutta Aurich et al.: Spurensuche. Jüdische Mitbürger in Chemnitz. Stätten ihres Lebens und Wirkens, Orte der Erinnerung, Chemnitz 2002, S. 69 f. (mit Bezug auf die vormalige Villa Kohorn in der Parkstraße 35); <https://www.grosse-chemnitzer.de/grosse-chemnitzer/oscar>.
- 41 Zum Folgenden siehe Paul David Blanc: The Lethal History of Viscose Rayon, New Haven/London 2016, S. 120 f., 150, 175-177. Blanc bezieht sich stark auf unveröffentlichte Erinnerungen von Baron Ralph S. von Kohorn: From Cellulose to Cell Phones, Wellington (Neuseeland) 2008.
- 42 Blanc 2016 (wie Anm. 41), Anm. 54 (unter Berufung auf den Sohn Ralph).
- 43 Ein Nachruf auf ihn erschien in der „Greenwich Time“ vom 25. Dezember 2006, online unter <https://www.legacy.com/obituaries/greenwichtime/obituary.aspx?n=henry-von-kohorn&pid=20429500>.

- 44 Nachruf: Kimberley Rothwell, Strictly first-class for the flying German baron, in: The Dominion Post vom 1. Februar 2011, online unter <http://www.stuff.co.nz/dominion-post/news/obituaries/4600227/Strictly-first-class-for-the-flying-German-baron>.
- 45 Website des Institute of British Culture: <https://institutebritishculture.com>. Siehe außerdem den älteren Auftritt unter <http://www.anettevonkohorn.com>.
- 46 Ralph von Kohorn: The Cohorn Clan, 3 Bde., Wellington 1987, 1988, 1996.
- 47 Walther Ludwig: Die böhmischen Kohorn, die niederländischen Coehoorn und andere. Nachträge (Kühorn-Nachkommen Schluß), in: Südwestdeutsche Blätter für Familien- und Wappenkunde 19 (1988–1990), S. 397–403, hier S. 397 f.
- 48 Zit. nach ebd., S. 398 (wohl ein Auszug aus dem Freiherrndiplom der Kohorns).
- 49 Unter https://de.wikipedia.org/wiki/Adolphe_de_Meyer.
- 50 Boris von Brauchitsch: Adolphe de Meyer. Begegnung mit dem Faun, hrsg. von Jan T. Wilms, Berlin 2020, S. 96.
- 51 Ebd., S. 31, 112, Anm. 34 (mit Bezug auf eine interne Übersicht in den Akten des sächsischen Innenministeriums, wonach Adolf Eduard Meyer den einfachen Adel am 30. September 1897 erhielt).
- 52 Ein Beispiel von vielen: David Haberstick: Artikel „Baron Adolph de Meyer“, in: Lynne Warren (Hrsg.): Encyclopedia of Twentieth-Century Photography, Bd. 1, New York/London 2006, S. 367 f.
- 53 A Directory of Titled Persons For the Year 1898. Designed as a Companion to Whitaker's Almanack, London 1898, S. 303 (als „Meyer-Watson, Baron, Adolph“ und mit dem Hinweis, dass „[h]is relative Ludwig, B[aro]n. Meyer, resides at Dresden“). Die Angaben wurden in den Folgejahren unverändert in die Neuauflagen von Whitaker's Peerage, Baronetage, Knightage and Companionage (so der spätere Titel) übernommen.
- 54 Dies geht aus handschriftlichen Ergänzungen von 1907 zu den Geburtseinträgen für Eugen (1887–1980) und Alexander (von) Meyer (1888–1948) hervor. Demnach habe „S[ein]e. Majestät der König Albert von Sachsen am 30. September 1897 den Rentner Ludwig Adolf Meyer in den erblichen Adelsstand erhoben“, infolgedessen die Namensform geändert sei (Digitalisate der Einträge Nr. 509/1887 und 1358/1888 des Standesamts Dresden in Ancestry.de). Damit hat eine mühselige Suche vorerst ein Ende gefunden, die notwendig war, weil kein deutscher Adelsalmanach jemals über diese Familie von Meyer berichtete und auch nie ein vollständiges Verzeichnis aller sächsischen Nobilitierungen publiziert worden ist. Über die faszinierende Geschichte der Familie von Meyer informieren Blogbeiträge von Alexanders Tochter Delia (von Meyer) Chapeco (geb. 1942), unter anderem <https://hubpages.com/family/photographer-adolph-de-meyer>, <https://hubpages.com/family/familycrest> und <https://hubpages.com/family/MyLifeStoryInAsuitcase>.
- 55 Vermutlich vom Tod der Mutter Adele Meyer, geb. Watson (1840–1896) an bis 1899 Besitzer der elterlichen Villa in der Parkstraße 8 in Dresden, erschien er in den allerletzten Adressbüchern der Stadt des 19. Jahrhunderts als „Adolf Ed. v. Meyer“, Vgl. Brauchitsch 2020 (wie Anm. 50), S. 16, 112, Anm. 112.
- 56 Siehe dazu Anthony J. Camp: Royal Mistresses and Bastards: Fact and Fiction 1714–1936, London 2007, S. 358, und die Ergänzungen des Autors dazu von 2017 (der wie so viele Meyers Adelstitel für obskur hält) unter <http://anthonyjcamp.com/page10.htm>.
- 57 Belastbare Angaben sind hierzu bislang nicht bekannt. Als Johann Meyers Geburtsort sind verschiedene Städte genannt worden. Laut seinem standesamtlichen Sterbeeintrag in Dresden (Nr. 28/1887, Digitalisat bei Ancestry.de) war er in Lüneburg geboren worden (und über seine Eltern sei nichts bekannt).
- 58 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Rep. 176 M. Nr. 506, fol. 24 f.
- 59 https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Mendelssohn.
- 60 Drewes 2013 (wie Anm. 2), S. 337 f.
- 61 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Rep. 176 M. Nr. 506, fol. 32v.
- 62 Standesamt Klotzsche, Nr. 68/1923 (Digitalisat in Ancestry.de), wo sie zugleich als „geborene von Cramer“ erscheint.
- 63 Siehe das Foto davon unter http://www.alemannia-judaica.de/dresden_friedhoefe.htm.
- 64 Lorraine de Meaux: The Gunzburgs. A Family Biography, London 2019. Siehe auch Drewes 2013 (wie Anm. 2), S. 347 (mit Anm. 234), 363–365. Den hessen-darmstädtischen Freiherrnstand erhielten die Günzburgs als großherzoglich hessische Konsulin in Petersburg 1870/74.
- 65 Unter [https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%BCnzburg_\(Familie\)#Stammbaum\[13\]_\(vereinfacht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/G%C3%BCnzburg_(Familie)#Stammbaum[13]_(vereinfacht)).
- 66 Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Freiherrlichen Häuser, Bd. 57 (1907), S. 273.
- 67 Meaux 2019 (wie Anm. 64), u.a. S. 22, 27, 37–39, 295. Er starb übrigens kurz nach Beginn des Ersten Weltkriegs in Baden-Baden, also aus Staatsangehöriger eines mit Deutschland verfeindeten Staats.
- 68 Programm des Wettiner Gymnasiums zu Dresden [...], Dresden 1891, S. 39.
- 69 Programm der Annenschule (Realgymnasium) zu Dresden-Altstadt [...], Dresden 1892, S. 45. In diesem Jahr war er in der Untersekunda und angesichts seines Geburtsjahrs wohl mehrfach sitzengeblieben.
- 70 Standesamt Loschwitz, Nr. 41/1902 (Digitalisat bei Ancestry.de).
- 71 Meaux 2019 (wie Anm. 64), S. 190.
- 72 Standesamt Strehlen, Nr. 14/1889 (Digitalisat bei Ancestry.de). Therese heiratete den rumänisch-jüdischen Großkaufmann Victor Mend(e)l in Bräila, dessen Familie aus Triest eingewandert war.
- 73 Standesamt Loschwitz, Nr. 163/1894 (Geburtseintrag für Nadejde Edvige Mendl; Digitalisat bei Ancestry.de). Bei Meaux 2019 (wie Anm. 64), S. 463, wird als Geburtsjahr von Nadia Mendel 1892 genannt.
- 74 Standesamt Dresden, Nr. 1851/1885 (Geburtseintrag für Anna von Günzburg; Digitalisat bei Ancestry.de).
- 75 Meaux 2019 (wie Anm. 64), S. 212 f.
- 76 Nicht thematisiert werden können hier Heiratsverbindungen zwischen christlichen (Alt-)Adligen und Frauen jüdischer Herkunft.
- 77 Ein großes Desiderat ist – wie sich etwa am Beispiel der oben erwähnten Familie (von) Meyer zeigt – ein veröffentlichtes Verzeichnis aller Adelsverleihungen in Sachsen bis 1918, gern mit weiteren Angaben.
- 78 Am Rande sei noch der aus Leipzig stammende Ludwig (seit 1868 Ritter, seit 1878 Freiherr von) Oppenheimer (1843–1909) erwähnt, der seinem väterlichen Freund Graf Beust nach der Niederlage im Krieg gegen Preußen von Sachsen nach Österreich folgte, in Wien in gediegene jüdische Adelskreise heiratete, als Großgrundbesitzer und Politiker avancierte, nicht konvertierte und, zweifellos mit Beusts Zutun, in erstaunlich jungen Jahren geadelt wurde. Vgl. Drewes 2013 (wie Anm. 2), S. 289 f.

Autor
 Dr. Kai Drewes
 Leibniz-Institut für
 Raumbezogene Sozial-
 forschung
 Flakenstraße 29-31
 15537 Erkner
 kai.drewes@leibniz-irs.de



Gruss aus Chemnitz 30/11 1900 Albertstrasse mit Bahnhof.

Ostjuden in Chemnitz

Eine Spurensuche

Jürgen Nitsche

Nachdem sich der Färbereibesitzer Georg Mecklenburg am 2. Februar 1932 in seiner Chemnitzer Wohnung das Leben genommen hatte, konnten die Leser der Berliner „Jüdischen Rundschau“ eine nur wenige Zeilen umfassende Nachricht entdecken. Ihr war zu entnehmen, dass sich mit Georg Mecklenburg einer der „militantesten Antizionisten“ des Landes „in einem Anfall geistiger Umnachtung erschossen“ hatte. Der barsche, jegliches Mitgefühl vermissende Ton überrascht nicht, wenn man weiß, dass die „Jüdische Rundschau“ das Sprachrohr der Zionistischen Vereinigung für Deutschland war.

Georg Mecklenburg gehörte zu den Hauptinitiatoren der „Erklärung deutscher Juden“ vom Oktober 1929, die gegen jeden jüdischen Nationalismus bzw. gegen die „Errichtung einer jüdisch-nationalen Heimstätte“ in Palästina gerichtet war. Neben den Chemnitzer Fabrikanten Carl Becker (1890–1939) und Arthur

Sussmann (1884–1952) hatten mit Josef Kahn und Dr. Isidor Goldberg (1881–1943) auch die Führer der Chemnitzer bzw. Vogtländischen Juden die Erklärung unterschrieben.

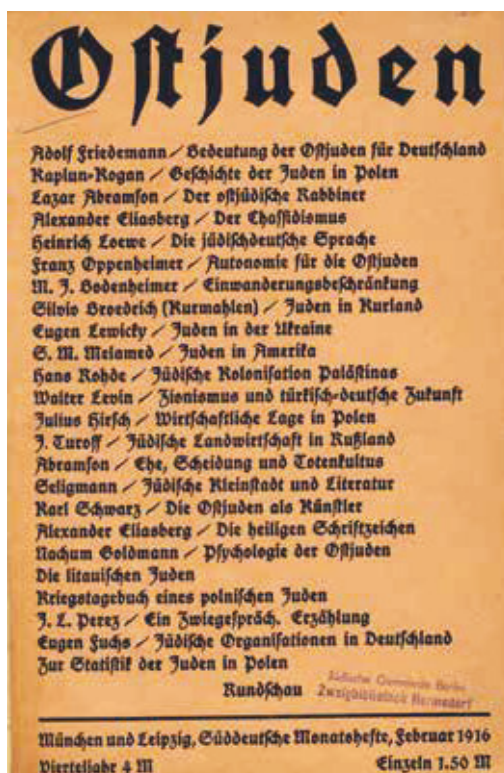
Was war der Hintergrund für die Kontroverse? Wieso hatte sich diese gerade in dieser Zeit so zugespitzt? Sie hing in erster Linie mit der verstärkten Einwanderung von Juden aus Ost- und Südosteuropa nach Chemnitz und den damit verbundenen Folgen für die sich bereits in der deutschen Gesellschaft etablierten Juden zusammen. Die Einwanderung hatte schon in den 1880er Jahren eingesetzt. Sie umfasste mehrere Wellen und erlebte Anfang der 1920er Jahre mit dem Untergang der Habsburger-Monarchie und des Zarenreichs ihren letzten Höhepunkt.

Prolog

Die jüdische Einwanderung nach Chemnitz bzw. nach Sachsen ordnete sich insge-

Hauptbahnhof Chemnitz mit Albertstraße, Postkarte, um 1900, Mohr & Dutzauer, Leipzig
Sammlung Nitsche

„Ostjuden“, Titelblatt
der „Süddeutschen Monatshefte“,
Februar 1916
Sammlung Nitsche



samt, wie bereits die Leipziger Historikerin Solveig Höppner vor über 20 Jahren anschaulich dargelegt hatte, in einen der großen Wanderungsströme seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein – der nach Westen gerichteten Wanderung osteuropäischer Juden oder auch Ostjuden.

Der jüdische Publizist Nathan Birnbaum (1864–1937) hatte erstmals um 1900 von Ostjuden und Westjuden gesprochen, womit er zwei soziokulturelle Profile innerhalb des europäischen Judentums beschreiben wollte. Die unterschiedlichen Lebensbedingungen in Ost und West hatten diese Menschen geprägt und zu kulturellen Eigenheiten geführt. Neben einer ausgeprägten Frömmigkeit gehörte bei den Ostjuden vor allem die Beibehaltung der jiddischen Sprache dazu. Die beschriebenen Unterschiede wurden aus „westjüdischer“ Sicht als Merkmale „ostjüdischer“ Rückständigkeit bewertet, während Befürworter des osteuropäischen Judentums dessen kulturelle Eigenständigkeit gegenüber der Anpasstheit und Selbstpreisgabe westeuropäischer Juden betonten.

Der österreichische Schriftsteller und Journalist Joseph Roth (1894–1939) setzte den Ostjuden im Jahr 1927 ein literarisches Denkmal. In dem Sammelband „Juden auf Wanderschaft“ wandte er sich gegen diejenigen in Westeuropa, die die Ostjuden missachteten, verachteten und verfolgten. Er sprach ihnen das Recht ab, „über rumänische Läuse, galizische Wanzen, russische Flöhe schlechte Witze vorzubringen“.

Roth wies darauf hin, dass „aus Galizien, Russland, Litauen, Rumänien große Menschen und große Ideen“ gekommen waren. Er appellierte, dass das „ostjüdische Problem mit der umfassenden Gründlichkeit“ in der Öffentlichkeit behandelt werden möge.

Hintergrund für die „Wanderschaft“ der Juden, besonders der Ostjuden, war vor allem ihr wirtschaftlicher Niedergang. In den zum Russischen Reich gehörigen Gebieten (u. a. Polen, Litauen, Ukraine) und in Rumänien kamen gesetzlich sanktionierte Ausgrenzung und willkürliche Verfolgung hinzu. Diese Faktoren trieben viele Juden zur Auswanderung, ja zur Flucht vor allem in die USA. Sachsen war in erster Linie Transitland, aber auch Einwanderungsland.

Zur Situation im Russischen Reich: Nach dem gewaltsamen Tode von Zar Alexander II. (1818– 1881) am 13. März 1881 kam es wiederholt zu judenfeindlichen Pogromen. Das Zarenhaus beschnitt den Juden die Aufenthalts- und Gewerberechte und beschränkte ihren Zugang zu höherer Bildung. Zum staatlichen Antisemitismus und den christlichen Ressentiments gegen die „Mörder Christi“ traten rassistische Attacken polnischer oder ukrainischer Nationalisten, die vor allem wirtschaftlich motiviert waren. Als „Volk ohne Land“ wurden die Juden in den nationalen und sozialen Kämpfen zwischen Russen, Ukrainern, Polen und Litauern sowie zwischen Adel, Bauernschaft und Bürgertum regelrecht aufgerieben.

Ab dem Jahr 1905 waren Pogrome, Diskriminierung, Kulturausrottung, Massenmord und Identitätsauslöschung für das Leben der Juden in Osteuropa, insbesondere im Russischen Reich, kennzeichnend. Die aus Weißrussland stammende Chemnitzer Schulärztin Dr. Frieda Freise (1886–1938) wurde damals als junge Frau Zeugin der entsetzlichen Judenpogrome in ihrer Heimat, die schon 1903 mit ersten Anschlägen in Moldawien begannen. Infolgedessen erreichte die Auswanderung aus dem Zarenreich in den Jahren der Russischen Revolution 1905 bis 1907 einen ersten Höhepunkt. In einer umfassenden Anklageschrift des Zionistischen Hilfsfonds in London kann man sich noch heute ein Bild von der Dimension der damaligen „Judenpogrome in Russland“ machen.

Auf dem Weg nach Chemnitz

Was bedeutete dies für die Chemnitzer Juden? Um dies zu verstehen, soll der frühere Chemnitzer Rabbiner Dr. Hugo Fuchs (1878–1949) an dieser Stelle zu Wort kommen: Vor über 90 Jahren wurde dieser von

- 1 Solveig Höppner: Ausländische Juden in Chemnitz zwischen 1880 und 1938, in: Jürgen Nitsche/Ruth Röcher (Hrsg.): Juden in Chemnitz. Die Geschichte der Gemeinde und ihrer Mitglieder. Mit einer Dokumentation des Jüdischen Friedhofes, Dresden 2002, S. 5968. Vgl. auch Trude Maurer: Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986, besonders S. 621 ff.
- 2 Nathan Birnbaum: Was sind Ostjuden? Zur ersten Information, in: Andreas Herzog (Hrsg.): Ost und West. Jüdische Publizistik 1901-1928, Leipzig 1996, S. 9-27.
- 3 Joseph Roth: Juden auf Wanderschaft, Wien/München 2010, S. 7.
- 4 Jürgen Nitsche: Ostjuden. Auf der Durchreise, in: Jürgen Nitsche: Juden in Mittweida. Eine Spurensuche, Mittweida 2018, S. 263-292.

den Inhabern eines Verlags für Jahr- und Adressbücher gebeten, deren Vorhaben, ein „jüdisches Handbuch [...] für die einzelnen Gemeinden Sachsens“ herauszugeben, zu unterstützen. Dr. Fuchs, der schon ein Lehrbuch über jüdische Geschichte verfasst hatte, stellte sich dieser Herausforderung. Nachdem er die Entstehung und Konsolidierung der Israelitischen Religionsgemeinde in Chemnitz bis zur Annahme des neuen Gemeindestatutes 1904/05 skizziert hatte, beschrieb er deren bis dahin größte Herausforderung: „Diese friedliche Entwicklung der Gemeinde erhielt [...] einen Bruch, dass 1908 bis 1911 ein starker Zuzug von Ausländern, etwa 500 Seelen, besonders aus Galizien und Polen, nach Chemnitz kam, die ihre eigenen Sitten und Religionsgewohnheiten mitbrachten. Ein kleinerer Teil von ihnen gründete ein chassidisches ‚Stübel‘, ohne sich viel um die Gemeinde zu kümmern. Der größte Teil aber wurde durch einige deutsche Zionisten darin bestärkt, ihre Eigenart gegenüber den ‚assimilatorischen‘ Tendenzen der im Ganzen doch liberalen Gemeinde festzuhalten. Sie zogen auch einen Teil der schon vorhandenen Ausländer auf ihre Seite, begründeten einen ‚orthodoxen‘ Gottesdienst [...] und verlangten für diesen Anerkennung und Finanzierung von der Gemeinde. Die Führer der Gemeinde wollten von diesen Zugezogenen nicht abhängig werden und änderten 1913 das Wahlrecht dahingehend, dass Nichtdeutschen auch das aktive Wahlrecht versagt wurde, wenn sie nicht zehn Jahre ununterbrochen im Gemeindebezirk gewohnt und mindestens 25 Mark Steuern im Jahresdurchschnitt bezahlt hatten; das passive Wahlrecht blieb ihnen natürlich auch weiter versagt. Damit war der erste Versuch der Nichtdeutschen, auf die Gemeinde Einfluss zu gewinnen, abgeschlagen; aber die Verärgerung wurde auf beiden Seiten desto schlimmer! Das Rückgrat der Opposition wurde die Zionistische Ortsgruppe, die Dr. Walter Fränkel und Dr. Max Sichel gründeten, und die besonders viele Akademiker an sich zog. Als äußerer Mittelpunkt diente ihnen die ‚Jüdische Lesehalle‘, in der dann auch der ‚Jüdische Kulturverein‘ und andere ähnlich gesinnte Vereine tagten.“

Die Anfänge der „Ausländerfrage“

Welche ethnischen Gruppen hatte Dr. Fuchs mit den „schon vorhandenen Ausländern“ angesprochen? Damit meinte er vor allem die jüdischen Familien, die zwischen 1888 und 1894 aus Rumänien gekommen waren, weil

sich dort deren rechtliche Lage dramatisch verschlechtert hatte. Von der Gründung des Staates Rumänien im Jahr 1878 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges verließen über 70.000 Juden das Land.

Zu den rumänischen Juden, die sich dauerhaft in Chemnitz ansiedelten, gehörten die Familien Avramovici, Berkowitz, Herscovici, Goldman, Graswald, Leder, Schwarzwald, Sigler und Sternberg. Insgesamt waren es laut Fuchs „vielleicht 1 bis 2 Dutzend Familien“. Für sie traf das Schlagwort „Gekommen, um zu bleiben“ mit Sicherheit zu. David Leder (1888–1947), der Vater des Schriftstellers und Übersetzers Stephan Hermlin, zählte zu diesen Personen. Der Kaufmannssohn war im Jahr 1888 in der Stadt Jassy (rumänisch: Iași) geboren worden. Die Stadt war zu der Zeit ein Siedlungsschwerpunkt rumänischer Juden. Im Frühjahr 1889 hatten sich Davids Eltern Leon und Cäcilie Leder entschieden, ihre Heimat zu verlassen.

Ferner meinte der Rabbiner auch die jüdischen Kauf- und Handelsleute, die schon vor 1900 aus dem österreichischen Kronland Galizien nach Chemnitz zugezogen waren. Galizien (früher auch Rotruthenien oder Rotreußen genannt) war eine Kulturlandschaft im Westen der Ukraine (Ostgalizien) und im Süden Polens (Westgalizien). Besonders aus den Städten Bohorodczany, Bolechow, Drohobycz, Kolomea, Lemberg, Tarnow und Stanislaw siedelten sich viele Juden in der Folgezeit für immer in Chemnitz an. So hatte die bekannte Familie Kleinberg ihre Wurzeln in der ukrainischen Stadt Bolechow. Der US-amerikanische Journalist und Buchautor Daniel Mendelsohn (geb. 1960) hatte sich in seinem erfolgsgekrönten Roman „Die Verlorenen“, der im Jahr 2010 in deutscher Sprache erschienen ist, auf Spurensuche begeben und ließ das „Schtetl“ Bolechow anhand alter Briefe wiedererstehen. Salomon Kleinberg war im Sommer 1907 endgültig nach Chemnitz übersiedelt, nachdem er sich Ende 1906 ein Bild von der Industriestadt gemacht hatte. Das Wohnhaus Apollostraße 3, in dem er einige Jahre später ein Geschäft für Lederwaren und Schuhmacherbedarf eröffnet hatte, erinnert noch heute an das Kapitel ostjüdischer Einwanderung. Die Familie Kleinberg prägte die Geschichte der Chemnitzer Juden insbesondere nach 1945.

Unter den geflohenen Juden war auch die Familie Saksagansky aus Jekaterinoslaw in Südrussland (heute Dnjepropetrowsk in der Ukraine), wo ein Gemisch vieler ethnischer Gruppen lebte. Dina Saksaganska, die als „eine hochbegabte russische Jüdin [...] mit einem



Rabbiner Dr. Hugo Fuchs,
um 1930
Foto: Hösel-Uhlig, Chemnitz

- 5 Der Chassidismus entstand als mystisch-religiöse Bewegung um die Mitte des 18. Jahrhunderts in Podolien (heute Ukraine) und wurde in den Folgejahrzehnten zur herrschenden Form der jüdischen Frömmigkeit in Polen, Galizien, Rumänien und der Ukraine.
- 6 Hugo Fuchs: Geschichte der Juden in Chemnitz, in: Jüdisches Jahrbuch für Sachsen und Adreßbuch der Gemeindebehörden, Organisationen und Vereine 1931/32, Ausgabe Chemnitz, Berlin und Dresden 1931, S. 125.



Opernsänger Hermann Schorr,
1929
Sammlung Nitsche

hohen künstlerischen Verständnis“ beschrieben wurde, vermählte sich im Frühjahr 1907 in Gotha mit dem Arzt Dr. Max Sichel. Die Eheleute verlegten im Sommer 1909 ihren Wohnsitz nach Chemnitz, wo sie bis zu ihrer Auswanderung nach Palästina im Frühjahr 1933 lebten. Dr. Sichel, der sich schon als Student in München der nationaljüdischen Sache angenommen hatte, wurde wenig später Vorsitzender der Ortsgruppe der Zionistischen Vereinigung für Deutschland.

Neben der Zionistischen Ortsgruppe, die im Jahr 1906 von dem bereits in Chemnitz geborenen Arzt Dr. Walter Fränkel gegründet worden war, erwähnte Dr. Fuchs ein „Stübel“. Ob er damit die Räumlichkeiten des Vereins „Einigkeit“ meinte, kann nicht hinreichend belegt werden. Der Verein war in den Jahren 1894/95 gegründet worden, um den ausländischen Juden die Möglichkeiten zu geben, gesellig beisammen zu sein und ihnen im Bedarfsfalle mit geldlicher Unterstützung und Krankenpflege zur Seite zu stehen. Die Kaufleute Jonas Zwergel (1853–1926) und Josef Weber (1849–1932) waren nacheinander die Sprecher des Vereins bis 1930. Große Verdienste hatte sich in der Vereinsarbeit auch der Kaufmann David Leder erworben, der u. a. das am 5. Oktober 1905 verabschiedete Statut ausgearbeitet und ein Schiedsgericht ins Leben gerufen hatte. Es sollte 25 Jahre dauern, bis ein langersehntes „Heim der Einigkeit“ Wirklichkeit wurde. Die Vereinsmitglieder konnten ihr Heim erst am 11. Oktober 1930 im Haus Reitbahnstraße 40 einweihen. Der jüdische Opernsänger Hermann Schorr sorgte für den kulturellen Rahmen. Für Rabbiner Dr. Fuchs war es neben dem „Logen-Heim“ (Theaterstraße 94) und der „Jüdischen Lesehalle“ (Lindenstraße 1) „die dritte jüdische Institution“.

Brüder Selver, um 1920
Privatbesitz



Das Jahr 1914

Für Dr. Fuchs dauerte der erste „Bruch“ in der Entwicklung der Gemeinde immerhin vier Jahre. In dieser Zeit nahm die Zahl der Gemeindeglieder von 557 (1907) auf 836 (1911) zu. Die Zahl der Haushalte wuchs von 309 auf 350. Der Gemeinde, die unter dem Vorsitz von Louis Ladewig (Vorstand) und Moritz Fränkel (Verordneter) stand, verblieben nur wenige Jahre, um sich der nächsten Herausforderung zu stellen. Dabei handelte es sich um eine einzigartige Hilfsaktion, bei der über 1.200 Juden als „feindliche Ausländer“ aus Leipzig und Dresden vor der Rückführung in ihre Heimatländer bewahrt wurden. Was war der Hintergrund für diese fast vergessene Aktion, die von großer Menschlichkeit und länderübergreifender Solidarität zeugte?

Ein Exkurs in die Kriegsgeschichte bringt Aufklärung: Am 28. Juli 1914 hatte bekanntlich mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, der das Attentat von Sarajevo auf den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin vorausgegangen war, ein lokaler Krieg begonnen, aus dem sich innerhalb kürzester Zeit ein globaler Krieg entwickelte. Die Mittelmächte, zu denen das Deutsche Kaiserreich, Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich und Bulgarien gehörten, und die Staaten der Entente, die ursprünglich aus Frankreich, dem Russischen Reich und dem britischen Weltreich bestand, standen sich gegenüber. Insgesamt sollten sich 40 Staaten an dem bis dahin umfassendsten Krieg in der Menschheitsgeschichte beteiligen. Allein 9,5 Millionen Soldaten verloren bis Kriegsende am 11. November 1918 auf beiden Seiten ihr Leben. Es gab aber auch Millionen von Opfern unter der Zivilbevölkerung.

Laut Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos des XII. und XIV. Armeekorps in Sachsen wurden den Personen mit einer nunmehr „feindlichen“ Staatsangehörigkeit in Leipzig und Dresden sowie in einem Umkreis von 20 Kilometern die Aufenthaltsgenehmigung entzogen. Bis zum 27. November 1914 hatten sich diese aus den Sperrbezirken zu entfernen. Dr. Fuchs fand über 25 Jahre später (1931) passende Worte, um die daraufhin eingeleitete Hilfsaktion zu beschreiben: „Ende 1914 wurden aus Leipzig und Dresden die dort nur kurze Zeit ansässigen Ausländer ausgewiesen, weil dort Generalkommandos und Luftschiffhallen waren und die Militärbehörden fürchteten, unter den Ausländern könnten Spione sein. Sie wären in ein Konzentrationslager geschickt worden, [...] wenn nicht Louis Ladewig mit dem ganzen

Feuer seines jüdischen Gefühls gesagt hätte: ‚Die Freiheit ist das höchste Gut des Juden!‘ Er erreichte, dass sie in Chemnitz Aufnahme fanden, über 1.200 Seelen, und dass Dresden und Leipzig und sogar die sächsische Regierung Zuschüsse, wenn auch geringe, bewilligten, um sie in der ersten Zeit zu unterstützen. Eine ‚Russenküche‘ wurde für sie eingerichtet, deren Leitung der Rabbiner und seine Ehefrau in Gemeinschaft mit anderen Frauen übernahmen, während besonders durch Georg Mecklenburg Werkstätten für Zigarettenherstellung, Borstensortierung und andere in Chemnitz nicht vorhandene Berufe gegründet wurden, um ihnen Verdienst zu verschaffen.“

Die Hilfsaktion betraf nicht nur „ausländische Juden“, sondern auch „Russen jeglicher Konfession“. Diesen Personen drohte aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit die Einlieferung in Landesstrafanstalten in Sachsen oder die Ausweisung in ihre Heimat. Korrekterweise müsste es Russländer heißen, da es sich nur in wenigen Fällen um ethnische Russen handelte. Bereits im August 1914 waren Russen in der Stadt Mittweida, zumeist Studenten des dortigen Technikums, als „feindliche“ Ausländer in „Schutzhaft“ genommen und in die Straf- und Korrekptionsanstalt Sachsenburg bei Frankenberg überstellt worden. Die Israelitische Religionsgemeinde, die damals selbst über 1.900 Mitglieder hatte, stand vor einer einzigartigen Herausforderung, die dazu noch in kürzester Zeit bewältigt werden musste. Bis November 1914 waren die meisten der über 1.200 Hilfe suchenden Personen in Chemnitz eingetroffen. 50 von ihnen wurden in Burgstädt untergebracht. Für deren Unterstützung wurde zunächst eine eigene Fürsorgestelle eingerichtet, die Unterstützungshilfsstelle für bedürftige Russen, die von dem eingangs erwähnten Färbereibesitzer Mecklenburg geleitet wurde. Die finanziellen Aufwendungen wurden in den ersten drei Monaten fast ausschließlich von den Chemnitzer Juden getragen, die dafür 16.000 Mark von insgesamt 29.000 Mark bereitstellten. Die Dresdner und Leipziger Juden sandten jeweils 1.000 Mark. Von den jüdischen Logen, u. a. der Chemnitzer Saxonia-Loge, flossen 3.000 Mark und das Unterstützungskomitee für bedürftige Russen in Berlin stellte 4.000 Mark zur Verfügung.

Die Berliner „Allgemeine Zeitung des Judentums“ würdigte am 23. Juli 1915 das Gelingen dieses umfangreichen Hilfswerkes: „In umfassender und weitsichtiger Weise hat die Gemeinde Chemnitz die Fürsorge für diese Hilfsbedürftigen übernommen. Sie unterstützt die Leute nicht nur mit Geld, sondern hat auch eine rituelle Volksküche errichtet und lohnende Ar-

beitsgelegenheit für die Arbeitsfähigen unter ihnen geschaffen.“ Dies alles sprach dafür, dass die Israelitische Religionsgemeinde in Chemnitz innerhalb der 40 Jahre ihres Bestehens die erforderliche Infrastruktur aufgebaut hatte. Die monatlichen Staatsbeihilfen in Höhe von 1.000 Mark wurden bis mindestens März 1918 sowohl für die offene Armenpflege als auch die Anstaltspflege gezahlt.

Die zugewanderten Juden blieben nur in Ausnahmefällen für immer in Chemnitz. Sie waren nicht „gekommen, um zu bleiben“. In der Regel kehrten sie bereits ab dem Jahr 1915 nach Leipzig, Dresden oder trotz Krieg nach Russland zurück. Eine Händlerin verreiste Anfang 1916 sogar zu ihren Verwandten nach Schweden.

Dennoch gewannen die ausländischen Juden für das Innenleben der Israelitischen Gemeinde an Bedeutung. Die Folge war, dass die Gemeinde jetzt auch den orthodoxen Gottesdienst der Ostjuden offiziell anerkannte. Und als 1917 eine Talmud-Tora-Schule gegründet wurde, übernahm Rabbiner Dr. Fuchs zunächst die Leitung. Das Zusammenleben mit den Ostjuden rückte in der Folgezeit mehr und mehr in den Blickpunkt der liberalen deutschen Juden.

Kriegsjahre 1914-1918

Im Ersten Weltkrieg wurden große Teile Osteuropas zum Schlachtfeld, und die Juden wurden von den russischen Militärbehörden oft der Zusammenarbeit mit den Deutschen und Österreichern verdächtigt. Allein 400.000 Juden, fast doppelt so viele wie in den drei Jahrzehnten zuvor, verließen in diesen Jahren allein Galizien. Aber auch aus weniger bekannten Regionen suchten Juden ihr Heil in der Flucht. So verschlug es sie aus dem transkaukasischen Raum nach Sachsen. Seit Ende 1914 lebte der verarmte Handarbeiter Chaim Dataschwili, in der Nähe der georgischen Hauptstadt Tiflis geboren, in Deutschland. Bevor er im Frühjahr 1922 nach Chemnitz gekommen war, hatte er eine Zeit lang in Havelberg (Brandenburg) gelebt. Im Februar 1923 ging er eine „Mischehe“ mit einer Chemnitzer Protestantin ein, was gerade für diese Einwanderer keine Seltenheit war. Viktor Dataschwili, wie er sich auch nannte, fand eine Beschäftigung als Lagerarbeiter. Er gehörte zu den wenigen Juden in Chemnitz, die sich – zumindest anfangs – für eine sowjetische Staatsbürgerschaft entschieden hatten.

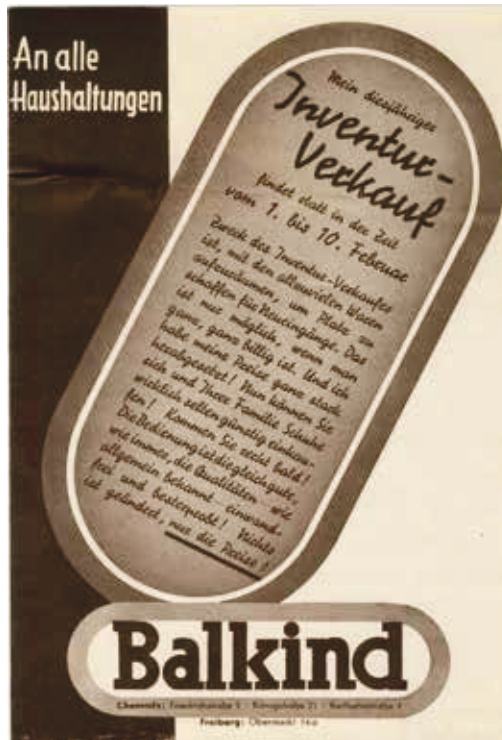
Hilfsvereine

Doch die nationalen Wirren und fortgesetzten kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem wiedererstandenen Polen, dem nunmehr-

- 7 Fuchs (wie Anm. 6), S. 126 f.
8 Jürgen Nitsche: Die Behandlung „feindlicher Ausländer“ während des Krieges 1914–1919, in: Nitsche (wie Anm. 4), S. 296–303.

Balkinds Schuhwarenhaus in Chemnitz, Reklameheft, um 1930
Sammlung Nitsche

- 9 Die Ostjuden hatten sich ihrerseits im Verband der Ostjuden in Deutschland mit Sitz in Berlin zusammenschlossen. Es gab aber auch Hilfsvereine in Sachsen, wie den am 14. Februar 1919 in Dresden gegründeten Hilfsverein für Ostjuden.
- 10 Vgl. u. a. Paul Nathan: Das Problem der Ostjuden, Berlin 1926.
- 11 Heym, Stefan: Nachruf, 3. Aufl., München 1988, S. 7.
- 12 Die Familie Schocken gehörte keinesfalls zu den Ostjuden, wie dies der US-Amerikaner Anthony David in der 2003 erschienenen Biografie „The Patron. A Life of Salman Schocken, 1877-1959“ behauptet hatte.



rigen Sowjetrußland und der vorübergehend unabhängigen Ukraine ließen die Abwanderung der Juden auch nach dem Friedensschluss nicht zu Ende kommen.

„Millionen von Juden im Sowjetstaat aus ihrer furchtbaren [...] Lage zu befreien, und damit auch den Millionen von Juden in Polen freiere Lebensmöglichkeiten rückwirkend in Aussicht zu stellen“ – das war ein Ziel, für das sich nach Auffassung des deutsch-jüdischen Politikers Paul Nathan (1857–1927), des Geschäftsführers des „Hilfsvereins der deutschen Juden“, einzusetzen wohl lohnte. Seit seiner Gründung am 23. Mai 1901 hatte sich der Verein darum bemüht, die Lage der Juden in Osteuropa zu verbessern. So förderte er nicht nur Wirtschaftsunternehmungen in Russland und Galizien, sondern unterstützte auch eine Zeit lang die Auswanderung russischer Juden nach Übersee.

Auch wenn aufgrund veränderter Modalitäten

eine Auswanderung in großem Maßstab – vor allem in die USA – nicht mehr möglich war, so blieb den Sowjetjuden noch die Auswanderung nach Europa. Paul Nathan sah in der Binnenwanderung nach Osten in die Gebiete bis zum Ural und darüber hinaus bis nach Innerasien und zum Stillen Ozean eine weitere Möglichkeit, der hoffnungslosen Lage zu enttrinnen. Wenn auch nur von scheinbarem Wert, ergänzte er. Erinnert sei an dieser Stelle, dass wenige Jahre später (1934) unter Stalin im russischen Fernost das Jüdische Autonome Gebiet errichtet werden sollte.

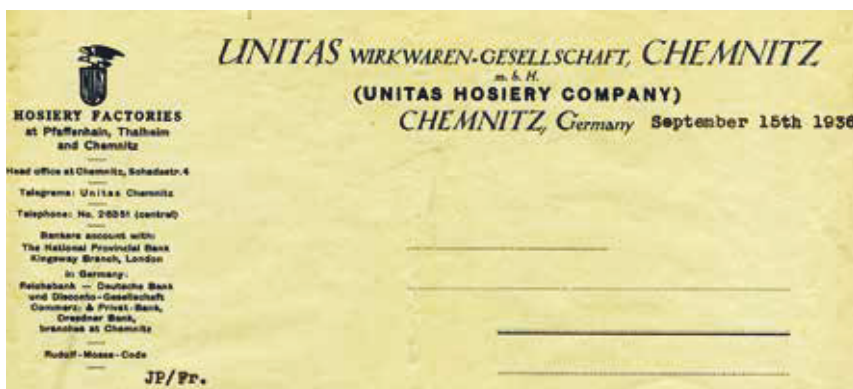
Für die Sowjetjuden war dies aber keine wirkliche Alternative. Deutschland hatte auch nach der Errichtung der Sowjetdiktatur nichts von seiner Anziehungskraft verloren. Dennoch gelang es lediglich einem verschwindenden Bruchteil, sich dauerhaft in Deutschland niederzulassen. Vergleicht man die Gesamtbevölkerungszahl mit den 85.500 Ostjuden, die im Jahr 1925 in Deutschland ansässig waren, kann die frühzeitig geschürte Angst vor „Überfremdung“ nur als antisemitische Hysterie verstanden werden. Die als „parasitäre Schnorrer“ oder „subversive Konspiratoren“ angegriffenen Ausländer, durch die sich die Deutschen bedroht glaubten, stellten nie mehr als einen Bevölkerungsanteil von 0,1 Prozent dar.

Von diesen verbreiteten Vorurteilen berichtete später auch Stefan Heym (1913–2001) in seiner Autobiografie „Nachruf“. Daniel Flieg, sein Vater, stammte aus der Stadt Schrimm (polnisch: Śrem) in der preußischen Provinz Posen. Die dortigen Juden verstanden sich mehrheitlich als „deutsche Juden“. „Aber die russische Grenze lag nahe, so nahe“, schrieb der Schriftsteller, „dass der Schatten der Deklassierung auch auf die Schrimmer Juden fallen konnte: waren sie nicht doch vielleicht ostjüdisch eingefärbt? Ostjude aber hieß speckiger Kaftan, Singsang-Stimme, mit den Händen reden, Körpergeruch, faule Geschäfte, hieß verachtet zu werden.“

In den Judenvierteln von Handelsstädten wie Leipzig oder Frankfurt am Main ließ sich zwar der Eindruck einer relativ hohen Konzentration gewinnen. In Wirklichkeit jedoch bildeten sie sogar in Berlin nur einen Bevölkerungsanteil von 1,09 Prozent. Nach Chemnitz waren 13 Familien im Jahr 1921 zugezogen. In Zwickau fanden 19 Familien seit Kriegsende Zuflucht. In Plauen lebten Ende 1921 143 Ostjuden.

Darüber hinaus studierte eine größere Zahl von osteuropäischen Ausländern in

Briefkopf der UNITAS
Wirkwaren-Gesellschaft m.b.H.
Chemnitz, 1936
Sammlung Nitsche



Deutschland. So hatte zum Beispiel das Technikum in Mittweida einen hohen Anteil an jüdischen Studenten aus Russland, die sich u. a. in dem Verein Jüdischer Studierender organisiert hatten.

Im Gemeindebezirk Chemnitz gab es Mitte der 1920er Jahre etwa 1.400 deutsche und 2.100 ausländische Juden. Für 1932 gab ein Flugblatt der liberalen Gemeindeverordneten die Zahl der Inländer und Ausländer mit jeweils ca. 1.400 an. Möglicherweise überwogen damals noch die Ausländer, die entweder die polnische Staatsbürgerschaft angenommen hatten oder staatenlos geworden waren.

Biografische Splitter

Einige Lebenswege sollen an dieser Stelle verdeutlichen, was es bedeutete, in Sachsen bzw. in der Stadt Chemnitz zu bleiben. Im November 1918 flüchtete zum Beispiel der jüdische Schneider Moisej Fingergut aus seiner ukrainischen Heimat. Er hatte im Jahr 1894 in Rohrbach bei Odessa, einer deutschen Kolonie im russischen Gouvernement Cherson, das Licht der Welt erblickt. In Chemnitz etablierte er sich schnell als Herren- und Damenschneider. Ein weiterer Schneider war im Herbst 1920 vor den erneuten Pogromen geflohen. Über Breslau gelangte Sally Gliksmann nach Chemnitz. Mitte der 1920er Jahre eröffnete er als Schlama Glücksmann ein Geschäft für Herrengarderobe, aus dem später eine Altwarenhandlung werden sollte.

Nach Kriegsende verließen zahlreiche Juden ihre baltische Heimat. Zu diesen gehörten auch die Brüder Isaak und Bernhard Balkind, die aus Litauen stammten. Innerhalb weniger Jahre wurden diese zu den größten Schuhwarenanbietern in Chemnitz und Freiberg. Die Brüder schafften dies trotz ausländischer Staatsbürgerschaft. Ihre beabsichtigte Einbürgerung nach Sachsen war im Februar 1929 jedoch von den Behörden abgelehnt worden.

Im Oktober 1922 fand sich der Kaufmann Alexander Weinreich bei den Meldebehörden des Vorortes Schönau ein. Er stammte aus einer lettischen Hansestadt. Mit seinem Geschäftspartner Jakob Mirsky, der in Lodz (Russisch-Polen) aufgewachsen war, gründete er die UNITAS Wirkwarengesellschaft mbH. Im März 1923 zog auch dieser nach Schönau. Beide bauten die Firma rasch zu einem der bedeutendsten Textilunternehmen in der Region aus. Die Familien brachten

es innerhalb weniger Jahre zu Wohlstand und Anerkennung. Mirsky engagierte sich innerhalb der Genossenschaftsbank Iwria, deren Aufsichtsratsvorsitzender er war. Mit dieser Bank wollten ihre Gründer vor allem Kreditgeschäfte des jüdischen Mittelstandes fördern.

Der Fabrikant Heinrich Noskowitz (1888–1952), der im Jahr 1922 die GLOBUS Aktiengesellschaft für Textilindustrie gegründet hatte, stammte ebenfalls aus Russisch-Polen. Auch sein Unternehmen, dessen Damenstrümpfe vor allem in England einen guten Absatz fanden, wurde ein Opfer der Weltwirtschaftskrise. Dank der intensiven Geschäftsbeziehungen gelang es ihm jedoch im Jahr 1932, den gesamten Maschinenpark nach England zu verkaufen. Nahe der Stadt Nottingham wurde die Fabrik als Filiale der Textilfirma Johnson & Barnes Ltd., die ihren Sitz in Leicester hatte, wieder aufgebaut, und Noskowitz, der sich später Charles H. Noskwith nannte, als deren Manager eingesetzt.

Neben diesen Erfolgsgeschichten gab es aber auch andere Erfahrungen, die damals ausländische Juden in der Stadt Chemnitz machen mussten. So kam es wiederholt zu Übergriffen auf Juden. Alexander Selver, der seit Ende 1906 in Chemnitz lebte, und seine Begleiterin wurden im Februar 1932 im Wartesaal des Hauptbahnhofes von einer Gruppe Nationalsozialisten angegriffen und zusammengeschlagen. Der Überfall war ein Racheakt. Selver, ein 35-jähriger Ostjude, hatte mehrfach Nationalsozialisten, die trotz eines Verbots politische Abzeichen trugen, angezeigt.

Einige Monate zuvor wollte der Schriftsteller und Verleger Dr. Josef Kaplan, der aus Weißrussland stammte, der aufstrebenden Industriestadt einen Besuch abstatten. Unter der Überschrift „Was man als Ausländer in Sachsen erleben kann“ schilderte er wenig später seinen „denkwürdigen“ Aufenthalt: „Ich bin, stellen Sie sich vor, Staatsbürger der Polnischen Republik und als solcher [...] Inhaber eines polnischen Passes. Vom Glück bis zum Unglück aber, ist bloß ein Schritt, wenn man drei Tage verstreichen lässt, ohne die Gültigkeitsdauer dieses Passes verlängert zu haben. Das heißt zu Deutsch: Mein Pass war seit drei Tagen ‚abgelaufen‘. – Will es der liebe Himmel, dass ich eine Reise machen muss, und ausgerechnet nach Sachsen und das nicht genug: Direkt nach Chemnitz! – Kein Wunder also, dass eine solche Reise schief ausgeht und noch

13 Die Familien Mirsky und Weinreich konnten im Januar 1939 nach England bzw. Italien auswandern.



Charles H. Noswith als Unternehmer, um 1950
Sammlung Nitsche

Stolperstein für Leib Kleinberg,
Chemnitz, Kaßbergstraße, 2014
Foto: Dr. Bernd Gross, Dresden



unten: Adolf Diamant: Ostjuden
in Chemnitz, Titelblatt, 2002
Sammlung Nitsche



war die Erreichung einer auf breitester Basis aufgebauten demokratischen Verwaltung der Israelitischen Religionsgemeinde, die im jüdischen Geiste geführt werden und allen Juden ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit gleiche Rechte gewähren sollte. Ihre Hauptforderungen waren: Pflege der jüdischen Tradition und Geschichte, Ausbau der jüdischen Schule, Bekämpfung von Austritt, „Mischehe“ und Taufe, grundlegende Reform des jüdischen Wohlfahrtswesens und Mitwirkung am Aufbau der Jüdischen Heimstätte in Palästina.

Die JVP entwickelte sich in kurzer Zeit zur mitgliederstärksten jüdischen Organisation in Chemnitz. Der Kaufmann Dr. Jehuda Adler stand ab 1927 an ihrer Spitze. Der promovierte Advokat mit Wurzeln in Russisch-Polen hatte bis dahin in Böhmen gelebt. Als Parteivorsitzender leitete er einen publizistischen Feldzug gegen das Establishment der liberalen Führer der Israelitischen Religionsgemeinde zu Chemnitz. Mangels eigener Gemeindezeitung wurde es den Protagonisten der JVP gestattet, das Leipziger „Allgemeine Jüdische Familienblatt“ als Bühne für ihre Angriffe zu benutzen.

Dr. Adler griff insbesondere den „Zionisten-töter“ Mecklenburg an, der bis 1927 Vorsteher der Israelitischen Gemeinde war: „Einen alten Ladenhüter hat man ja glücklicherweise abgelegt, und wir von der JVP haben Verständnis dafür gefunden. Georg Mecklenburg geht nicht mehr mit deutscher Kultur und deutschem Patriotismus hausieren. Er hat offenbar eingesehen, dass damit nichts mehr zu verdienen ist. Bei der Konkurrenz von Hindenburg, Brüning und Hitler erschien ihm dieses Geschäft nicht mehr lohnend!“ Adler nutzte aber auch die Gelegenheit, um wiederholt öffentlich Kritik am Wirken des liberalen Rabbiners Dr. Fuchs zu üben, der sich nicht für die Gleichberechtigung aller Gemeindeglieder einsetzen würde.

Josef Kahn, Mecklenburgs einst ebenfalls von Adler als „Schleppkahn“ kritisierte Nachfolger, hatte es verstanden, die Konflikte zwischen den deutschen und den ausländischen Juden innerhalb der Gemeinde zumindest abzubauen. Seinem Verhandlungsgeschick war es zu verdanken, dass auf der Gemeindeversammlung vom 8. November 1934 beschlossen wurde, „Die Trennung der Wahlberechtigten nach Liste A und B“ wegfallen zu lassen. Damit gelang endlich die Integration der osteuropäischen Juden in das Gemeindeleben, wenn auch nur unter dem Druck der neuen Machtverhältnisse im NS-Staat, die eine stär-

weniger Wunder ist es, dass morgens um 7 Uhr die Polizei ins Hotel kommt, um nach verbrecherischen Menschen zu suchen, was nach eingeführter Weltordnung vollkommen in Ordnung ist. Was aber nicht in Ordnung war, das war mein Pass, und hier, Brüder, beginnt das Unglück! Man nimmt mir also den Pass weg und stellt es mir ‚anheim‘, um 10 Uhr zur Kriminalpolizei zu kommen, damit, so lautet es in der Amtssprache, ‚die Sache geregelt wird‘. Harmlos, nicht wahr? – Ich erscheine frohgemut auf der Polizei, [...] Nun, denke ich, in ein, zwei Stunden ist der Fall erledigt. Aber Sachsen ist Sachsen im Allgemeinen und Chemnitz ist Chemnitz im Besonderen, und so erklärt man mir, dass ich regelrecht verhaftet sei und wenn ich Glück hätte, so könnte ich mit zwei bis 14 Tagen Gefängnis davonkommen! [...] – ‚Herr Kaplan! [...] Zum Schnellrichter. Noch nicht vorbestraft. ‚Warum lassen Sie aber auch nicht Ihren Pass verlängern?‘ [...] Noch heute tue ich es. Aber warum behandelt man mich so wie einen Verbrecher? – ‚Ja, sehen Sie, das sind Vorschriften – Sie sind Ausländer, das Gesetz – Passvergehen.“

Sicher war dies ein Einzelfall. Nach seiner Entlassung verließ Kaplan umgehend Chemnitz, ohne jemals wieder in die Stadt zurückzukehren.

Bilanz

Die zugezogenen Ostjuden hatten in der Stadt Chemnitz vor allem das vorgefunden, weswegen sie ihre Heimat verlassen hatten: „Freiheit, die Möglichkeit zu arbeiten und seine Talente zu entfalten, Gerechtigkeit und autonome Herrschaft des Geistes“, wie es Joseph Roth anschaulich beschrieb. Eine neue Heimat hatten sie damit jedoch nicht gefunden. Angesichts der damals vorherrschenden Verhältnisse in der Israelitischen Religionsgemeinde schufen sie sich hier eine Ersatzheimat, und zwar in der vom Rabbiner Dr. Fuchs angesprochenen „Jüdische Lesehalle“, die zugleich ein Kulturverein war. Dieser Verein war 1918 ins Leben gerufen worden. Zweck und Ziel hatten in der Pflege jüdischer Kultur in Chemnitz in überparteiischer Weise bestanden, was mit Hilfe verschiedener Vorträge, Zyklen, literarischer, musikalischer und dramatischer Vorträge geleistet werden sollte.

Die Jüdische Volkspartei (JVP), die seit 1925 auch in Chemnitz einen Verband hatte, nahm sich ihren Forderungen an. Ihr Hauptziel

ware Solidarisierung der bisher zerstrittenen Fraktionen notwendig werden ließ.

Gerade für diese Zeit liegen für die Stadt Chemnitz aussagekräftige Zahlen über die ausländischen Juden vor. Im August 1935 waren „Fremdblütige“ vom Polizeipräsidium Chemnitz erfasst worden. In der Stadt lebten demnach 415 Juden, die erst nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges nach Deutschland gezogen waren und immer noch eine ausländische Staatsbürgerschaft besaßen. Davon hatten 265 die polnische Staatsangehörigkeit, 61 waren staatenlos. Lediglich acht Personen hatten die litauische Staatsangehörigkeit und immerhin noch zwei bezeichneten sich als Bürger der Sowjetunion. Vertreten waren ferner noch Österreich, Rumänien, Iran, Tschechoslowakei, Brasilien, Schweiz, Argentinien, Ungarn, England, Griechenland, Spanien und die USA.

„Polen-Aktion“

Am 28. Oktober 1938 erhielten laut einer Liste des Polizeipräsidioms mindestens 335 polnische Juden in Chemnitz ein Aufenthaltsverbot. Nach dieser Ausweisungsaktion lebten nur noch wenige ausländische Juden in Chemnitz. Die verbliebenen polnischen bzw. ehemals polnischen Juden wurden im Juni und August 1939 davon in Kenntnis gesetzt, dass sie bis zum 31. Juli bzw. 30. September Deutschland zu verlassen hätten. Davon betroffen war auch die Familie Rotstein, die sich jedoch dazu nicht in der Lage sah. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden die Ausweisungen ausgesetzt, kurze Zeit später die männlichen polnischen Juden in „Schutzhaft“ genommen und in die Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt. Zwei Söhne des Händlers Salomon Kleinberg wurden in Buchenwald ermordet, ein dritter beging im Untersuchungsgefängnis auf dem Kaßberg aus lauter Verzweiflung Selbstmord.

Mit den polnischen Juden verschwand unwiederbringlich ein Stück Alltagskultur aus Chemnitz und Sachsen. Der Publizist Adolf Diamant (1924–2008), der im Alter von 14 Jahren zu den nach Polen ausgewiesenen Juden gehörte, setzte den „Ostjuden in Chemnitz“ mit seiner gleichnamigen Dokumentation, die im Jahr 2002 anlässlich der Einweihung der Neuen Synagoge in Chemnitz erschien, ein bleibendes Denkmal. Im September 1945 war er einer der wenigen Ostjuden, die die Gemeinde im Ortssteil Ebersdorf unter dem Namen „Jüdische Gemeinde zu Chemnitz“ wieder gründeten.

14 Vgl. Jürgen Nitsche: „Kein Wunder, dass es schief ausgeht...“, in: Freie Presse, Chemnitzer Zeitung, 14. Januar 2022.

15 Roth (wie Ann. 3), S. 9.

16 Jehuda Adler: Chemnitzer Umschau. Ein Fetzen Papier als Antwort auf den Wahlrechtsantrag der Jüdischen Volkspartei in der Chemnitzer „Religionsgemeinde“, in: Allgemeines Jüdisches Familienblatt, Leipzig, 23. Januar 1931, S. 5.

17 Jehuda Adler: Chemnitzer Umschau. Unser Wahlkampf und die jüdischen Organisationen, in: Allgemeines Jüdisches Familienblatt, Leipzig, 28. November 1930, S. 5.

Autor

Dr. Jürgen Nitsche
Mittweida



Einwanderung, Auswanderung, Rückwanderung – Migration und ihre Erscheinungsformen in Sachsen im 19. und frühen 20. Jahrhundert

Judith Matzke

Blick auf Thalheim/
Erzgebirge, 2014

Foto: ZKG nach drei Wikimedia-
Bildvorlagen (Treeem)

Der etwa 20 km südlich von Chemnitz gelegene Erzgebirgsort Thalheim erlebte im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert einen rasanten Aufstieg. Getragen von der Strumpfwirkerei als dominierendem Gewerbe, das sich in dieser Zeit von der Handarbeit zur industriellen Massenproduktion entwickelte, vollzog sich innerhalb weniger Jahrzehnte ein Wandel von der beschaulichen Landgemeinde zum zentralen Wirtschaftsstandort im Zwönitztal. Nach der ersten Bevölkerungszählung im Jahr 1831 mit 1.407 Personen verdoppelte sich die Einwohnerzahl binnen 35 Jahren, in den 1920er Jahren wurde die 8.000er-Marke überschritten und der Ort zur Stadt erhoben. Die wirtschaftliche Entwicklung machte Thalheim in ihren Konjunkturphasen zu einem Ziel von Migration, in Zeiten der Rezession aber zum Ausgangspunkt von Auswanderung.¹ Dass Migration aber weit mehr als einmalige Ein- oder Auswanderung ist, verdeutlichen die folgenden Beispiele, die die vielfältigen Dimensionen dieses Themas hier eingangs aufzeigen sollen.

Beispiel 1: 1884 ließ sich der Strumpfwirker Gustav Emil Naumann aus Streitwald bei Zwönitz im Alter von 22 Jahren in Thalheim

nieder. Hier heiratete er, gründete eine Familie und war als Fabrikarbeiter tätig. Dauerhaft sesshaft wurde er in Thalheim jedoch nicht. Im Juli 1908 meldete er sich nach Amerika ab, kehrt aber bereits nach fünf Wochen zurück; etwas wird ihn von seinem ursprünglichen Entschluss abgebracht haben. Exakt ein Jahr später setzte er sein Vorhaben in die Tat um und ließ sich in Dover bei Philadelphia nieder, einem Zentrum der nordamerikanischen Strumpfindustrie, in dem sich bereits zahlreiche Thalheimer angesiedelt hatten. 1911 ist Naumann erneut in Thalheim nachweisbar, von wo er sich mit dem Ziel Philadelphia nach sieben Monaten wieder verabschiedete. 1920 kehrte er ein weiteres Mal und offenbar dauerhaft zurück. Noch 1929 ist er als Strumpfwirker in Thalheim nachweisbar, wo er 1943 starb.²

Beispiel 2: 1889 wurde Zoulida Abdel-Wahhab als Tochter eines marokkanischen Sprachlehrers und seiner aus dem Vogtland stammenden Frau in Algerien geboren. Als Kind lebte sie zehn Jahre in Berlin, 1913 bis 1915 in Marokko. Während des Ersten Weltkriegs war sie nach eigenen Angaben in Frankreich interniert. Mit ihren vier Ge-

1 Herbert Lehmann/Hartmut Scheibner/Gerhard Maak: 1925-2000. 75 Jahre Stadt Thalheim, Thalheim 2000; Hermann Herold: Thalheim und seine Industrie in Wort und Bild, Thalheim [1930]; M. Schluttig: Chronik der Gemeinde Thalheim i. Erzgeb., Thalheim 1906.

2 Kreisarchiv des Erzgebirgskreises (im Folgenden: KA Erzgebirgskreis), Thalheim vor 1945, Nr. 1916, Einwohner-Verzeichnis Thalheim (M-N), 1827-1925, Bl. 104; KA Erzgebirgskreis, PStA 11567, Sterbebuch Thalheim, 1941-1970.

schwistern fand sie danach für vier Jahre Aufnahme in Plauen. 1923 wurde sie mit der Bitte um Aufenthaltsgenehmigung beim Gemeindevorstand in Thalheim vorstellig. Hier hatte sie in der Strumpffabrik O. Görner jr. Beschäftigung als Spulerin gefunden und beabsichtigte zu heiraten. Nach der Ablehnung von Arbeitsbescheinigung und Aufenthaltsgenehmigung kam sie bereits kurze Zeit später im Haushalt von Verwandten in Chemnitz unter und fand Arbeit bei deren Schaukel- und Fahrgeschäft auf Jahrmärkten und Volkfesten. Die Stadt Chemnitz beschied: „Da durch die Tätigkeit der Ausländerin A. Arbeitssuchende nicht verdrängt werden, so haben wir keine Bedenken gegen eine Aufenthaltsgenehmigung unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs“. Von Chemnitz aus verlor sich Abdel-Wahhabs Spur.³

Beispiel 3: Pauline Selma Güra verließ Thalheim Zeit ihres Lebens kaum. 1862 dort geboren, wurde sie 1884 Frau des Strumpfwirkers Karl Gottlob Drechsel und bereits mit 34 Jahren Witwe. Ihr aus dieser Ehe stammender Sohn wanderte 1913 nach Amerika aus. Seine Mutter war zu diesem Zeitpunkt bereits zum zweiten Mal verwitwet und durch die zweite Ehe mit dem österreichischen Handarbeiter Andreas Güra automatisch Österreicherin geworden. Als alleinstehende Österreicherin in Thalheim befürchtete sie bei einer erneuten Heirat behördliche Schwierigkeiten und beantragte 1914 ihre Wiederaufnahme als sächsische Staatsangehörige. Befördert durch ein eigenes Einkommen als Strumpfformerin und zwei Untermieter erging bereits nach drei Wochen vom Gemeindevorstand ein befürwortendes Gutachten an die Amtshauptmannschaft Stollberg. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs verhinderte jedoch eine weitere Bearbeitung. Bis 1925 finden sich jährliche Wiedervorlagen. Der Vorgang endet 1925 ohne einen Bescheid, und es ist zu vermuten, dass Pauline Selma Güra ihr Leben als Österreicherin beschloss.⁴

Diese drei ganz unterschiedlichen Beispiele an einem einzigen Ort innerhalb einer kurzen Zeitspanne im frühen 20. Jahrhundert zeigen, dass es sich bei Migration keineswegs um einen einmaligen und eindirektionalen Vorgang handeln muss. Während Gustav Emil Naumann mehrfach zwischen den USA und Thalheim hin und her reiste, durchlief Zoulida Abdel-Wahhab ganz vielfältige Migrationsstationen, und Pauline Selma Güra erwarb allein durch ihre Eheschließung eine andere Staatsangehörigkeit, ohne ihren Heimatort überhaupt verlassen zu haben. So

wie die Motive für Wanderungsbewegungen ganz vielfältig sein können – wirtschaftlich, sozial, religiös, politisch und/oder persönlich –, so sind es auch ihre Erscheinungsformen. Neben der bewussten Entscheidung zur dauerhaften Verlegung des Wohnsitzes über Verwaltungs- oder Staatsgrenzen hinweg finden sich unzählige Abstufungen. Formen der temporären Arbeitsmigration, seien es wandernde Handwerksgesellen oder Saisonarbeiter, stehen neben Ketten-, Zirkel-, Rück- oder Durchwanderungen. Einwandernde konnten zu Auswandernden werden, temporäre Wanderungsentscheidungen zu dauerhaften oder umgekehrt. Die Übergänge waren fließend, Wanderungsabsicht und Wanderungsergebnis konnten stark voneinander abweichen. „Die‘ Auswanderung gab es ebenso wenig wie ‚die‘ Einwanderung. Stattdessen muss man sich eine hochgradig mobile Bevölkerung [...] vorstellen.“⁵

Möchte man Migration aus und nach Sachsen beschreiben, sollten deshalb ganz unterschiedliche Perspektiven eingenommen werden. Neben einer Annäherung an den Gesamtkomplex Migration aus rechtlicher und statistischer Sicht gehört dazu die kulturelle Erfahrung der Menschen selbst – und zwar sowohl der Migrierenden als der aufnehmenden Gesellschaft. Obgleich die Forschungen zu Wanderungsbewegungen aus und nach Sachsen in den letzten Jahrzehnten zugenommen haben⁶, ist eine sächsische Migrationsgeschichte bis heute nicht geschrieben. Die im Folgenden aufgeführten Aussagen basieren vor allem auf neueren Forschungsergebnissen zur Oberlausitz und zum sächsisch-böhmischen Grenzraum.⁷

Rechtliche Situation

Auch wenn Mobilität und Migration zu den Konstanten der Menschheitsgeschichte gehören, sind einheitliche staatliche Normierungen zur Regulierung des Wanderungsgeschehens erst im 19. Jahrhundert greifbar. Sie stehen im Zusammenhang mit einem starken Bevölkerungswachstum bei gleichzeitig hoher Mobilität und führten zu einer Umdeutung staatlicher Sicht auf Wanderungsbewegungen. Galt es bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts aus Sorge vor einer Schwächung der Wirtschaftskraft und dem Ansehensverlust des eigenen Staates, Abwanderung zu verhindern, so richtete sich der Blick im 19. Jahrhundert zunehmend auf eine obrigkeitliche Regulierung des unvermeidbaren Wegzugs und den Schutz der Auswan-

3 KA Erzgebirgskreis, Thalheim vor 1945, Nr. 1972, Anträge für Einreise und Aufenthalt in Thalheim, A-G, 1927-1938, Zoulida Abdel-Wahhab.

4 KA Erzgebirgskreis, Thalheim vor 1945, Nr. 2107, Abgeschlossene Einbürgerungsvorgänge, 1914-1929, Pauline Selma Güra.

5 Jochen Oltmer: Migration im 19. und 20. Jahrhundert, 2. Auflage München 2013, S. 4; Lutz Vogel: Strukturen, Hintergründe und Rahmenbedingungen der überseeischen Auswanderung aus Sachsen im 19. Jahrhundert. Ein Überblick, in: Judith Matzke/Frank Metasch (Hrsg.): Nach Amerika! Überseeische Migration aus Sachsen im 19. Jahrhundert, Leipzig 2021, S. 41-56, Zitat S. 42.

6 Alexander Schunka: Gäste, die bleiben. Zuwanderer in Kursachsen und der Oberlausitz im 17. und frühen 18. Jahrhundert, Hamburg/Münster 2006; Wulf Wängig: Grenzerfahrungen. Böhmisches Exulanten im 17. Jahrhundert, Konstanz 2007; Frank Metasch: Exulanten in Dresden. Einwanderung und Integration von Glaubensflüchtlingen im 17. und 18. Jahrhundert, Leipzig 2011; Lutz Vogel: Aufnehmen oder abweisen? Kleinräumige Migration und Einbürgerungspraxis in der sächsischen Oberlausitz 1815-1871, Leipzig 2014; Katrin Lehnert: Die Un-Ordnung der Grenze. Mobiler Alltag zwischen Sachsen und Böhmen und die Produktion von Migration im 19. Jahrhundert, Leipzig 2017.

7 Lehnert (wie Anm. 6); Vogel (wie Anm. 6).

8 Vogel (wie Anm. 5), S. 47.

9 Vogel (wie Anm. 6), S. 33-37.

10 Ausführungen zum Staatsangehörigkeitsrecht nach Vogel (wie Anm. 6), S. 49-82; Lutz Vogel: „Papiere“ als moderne Herrschaftsinstrumente: Ein Streifzug durch die Geschichte des Passwesens, in: Dirk Mütze/Klaus Reichmann/Claudia Vater (Hrsg.): Bausteine für Ortschronisten und Heimatforscher, Bd. 2, Nebelschütz 2020, S. 25-37.

11 Danny Weber: Die sächsische Landesstatistik im 19. Jahrhundert, Stuttgart 2003.

dernden. Umgekehrt bestand hinsichtlich der Zuwanderung die Furcht vor hohen Sozialkosten zur Versorgung verarmter Bevölkerungsgruppen.⁸ Voraussetzung für die Klärung, wer diese Kosten bei einer Verarmung Fremder in Sachsen und von Sachsen in der Fremde zu tragen hatte, war eine klare Definition des Untertanenstatus. Dies war umso wichtiger, da sich die Staaten des Deutschen Bundes gegenseitig als Ausland betrachteten. Auf den Staat ausgerichtete Rechtsbeziehungen lösten im Verlauf des 19. Jahrhunderts dabei eine oft unübersichtliche Vielzahl von Abhängigkeiten (Gutsherr, Stadt, Gemeinde, Kirche) ab. Klare Regelungen waren auch deshalb nötig, da der Erwerb von Grundeigentum und die Betreibung eines Gewerbes nur eigenen Untertanen gestattet waren.⁹ Dennoch beließ es die erste geschriebene Verfassung Sachsens 1831 bei bloßen Ankündigungen zur Klärung der Staatsangehörigkeitsfrage. Die dort noch fehlenden Bestimmungen legte auch das 1834 verabschiedete Heimatsgesetz nicht abschließend fest.¹⁰ Stärker als die Regulierung der zwischenstaatlichen Mobilität stand hier die Versorgung der eigenen Bevölkerung im Zentrum. Das Gesetz schuf die Einteilung Sachsens in Heimatbezirke und die Zuordnung der Untertanen zu einem solchen. Im Falle einer Verarmung erfolgte eine Ausweisung von Seiten des Aufenthaltsorts und die Pflicht zu Aufnahme und Versorgung durch den eigenen Heimatbezirk. Die Zugehörigkeit zu einer Heimatgemeinde definierte sich über Geburt, Eheschließung, Erwerb von Grundeigentum oder die selbstständige Ausübung eines Handwerks. Sofern nicht durch Geburt oder Eheschließung bestehend, musste das Heimatrecht aktiv erworben werden und war an Vermögen und Wohlverhalten gebunden. Als Inhaber eines Heimatscheins konnte man sich in Sachsen frei bewegen. Ein nichtsächsischer Heimatschein zog bei Verarmung eine Ausweisung außer Landes nach sich.

Erste Normen zum Wanderungswesen bestanden in Form von Mandaten aber bereits seit 1831. Das Mandat über die Niederlassung von Ausländern im Königreich Sachsen zeigte erste Schutzmaßnahmen der eigenen Bevölkerung vor einer ‚Überbesetzung‘ des Handwerks. Ermöglicht werden sollte der Zuzug nach Sachsen nur unbescholtenen erwerbsfähigen Bürgern, die ein definiertes Mindestvermögen nachweisen konnten. Ein Recht auf Aufnahme bestand jedoch auch bei Erfüllung aller Kriterien nicht. Erst 1852 wurde das Gesetz über Erwerbung und Ver-

lust des Untertanenrechts im Königreich Sachsen erlassen. Die sächsische Staatsangehörigkeit besaß man danach entweder durch Geburt oder erwarb sie durch Heirat, formelle Aufnahme oder Übertragung eines öffentlichen Amts. Auch wenn die Kommunen in jedem Einzelfall einer Aufnahme ein gewichtiges Mitspracherecht besaßen, oblag die Entscheidung der staatlichen Oberbehörde.

Zugezogene konnten mithin als nichtsächsische Untertanen im Königreich leben oder um Aufnahme in die sächsische Staatsangehörigkeit ersuchen. Umgekehrt konnten Auswandernde um Entlassung aus dem sächsischen Untertanenverband bitten oder mit einem Heimatschein ins Ausland gehen. Ein Heimatschein ermöglichte eine Rückkehr binnen zehn Jahren. Bei der Auswertung von Einwanderungsstatistiken ist deshalb immer in den Blick zu nehmen, ob von der Gesamtheit der Zugezogenen oder von den in die sächsische Staatsangehörigkeit Aufgenommenen die Rede ist. Beide Wege standen grundsätzlich für eine Ansiedlung offen.

Mit der Reichseinigung 1871 änderten sich die Rechtsverhältnisse insofern, dass sich die Bundesstaaten des Deutschen Reichs nicht mehr als Ausland betrachteten und damit in vielen Statistiken die differenzierte Unterscheidung zwischen einzelnen Bundesstaaten endete.

Quantitativer Überblick

Die benannten rechtlichen Normen für Aus- und Einwanderung, Erwerb und Verlust der sächsischen Staatsangehörigkeit haben direkte Auswirkungen auf die Quellenlage und damit die heutigen Grundlagen zur Erforschung von Migration aus und nach Sachsen. An- und Abmeldungen der verschiedenen Formen bedingten Anträge und Bescheide und damit Schriftverkehr mit kommunalen und staatlichen Stellen. Hinzu tritt das im Laufe des 19. Jahrhunderts wachsende Interesse des Staates an statistischer Erfassung. Der Weg zu einer professionellen Landesstatistik führte in Sachsen über mehrere Etappen, was bei der Auswertung der vorhandenen Daten zu berücksichtigen ist. Seit 1831 existierte in Sachsen mit dem Statistischen Verein zwar eine für diesen Zweck geschaffene Einrichtung. Die Arbeitsweise professionalisierte sich jedoch erst mit der Integration in den Staatsapparat in den 1850er Jahren, was bei der Interpretation des vorhandenen Zahlenmaterials zu berücksichtigen ist.¹¹

Auch wenn die Erhebungszeiträume und Kennzahlen im 19. Jahrhundert variierten, zeigen die Publikationen der Landesstatistik wichtige Tendenzen auf und nehmen im Verlauf des Jahrhunderts an Genauigkeit zu. Seit den 1850er Jahren sind Angaben zur Aus- und Einwanderung greifbar, die Grundlage der folgenden Ausführungen sind. Im Zusammenspiel mit Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung, Staatsangehörigkeit und Erstsprache ergibt sich ein vielschichtiges Bild.

Von der ersten Volkszählung im Jahr 1832 mit 1,56 Millionen Menschen verdoppelte sich die Gesamtbevölkerung Sachsens innerhalb von gut 50 Jahren auf 3,18 Millionen Personen (1885). Zur Jahrhundertwende lebten bereits 4,2 Millionen Menschen in Sachsen. Im Zeitraum von 1850 bis 1900 lassen sich dabei 93.000 Auswanderungen, bis 1937 insgesamt 150.000 Auswanderungen nachweisen. Auch wenn diese Zahlen in ihrer Gesamtheit eine nicht zu vernachlässigende Größe darstellen, wanderten in einem einzelnen Jahr nie mehr als 10.000 Personen aus. Höhepunkte bildeten die 1880er (44.000 Personen) und die 1920er Jahre (31.000). Die Spitzenwerte lagen in den Jahren 1881 (9.241 Personen), 1882 (7.439

Personen), 1923 (7.203 Personen), 1883 (6.281 Personen) und 1892 (4.920 Personen).¹²

Vom deutschlandweiten Phänomen der Massenauswanderung mit den Schwerpunktregionen zunächst in Südwestdeutschland (Baden, Württemberg, Pfalz), später Nordwestdeutschland (Münsterland, Osnabrücker Land, Oldenburg) und schließlich Nordostdeutschland (Mecklenburg, Brandenburg, Pommern, Posen, Westpreußen) weicht Sachsen damit etwas ab. Bereits die Arbeiten von Lutz Vogel zeigen für das 19. Jahrhundert etwa 100.000 auswandernde Sachsen mit dem Ziel Nordamerika. Dies entspricht aber gerade einmal drei Prozent der gesamten deutschen Überseeauswanderung in dieser Zeit.¹³ Als wichtiger Industrialisierungsstandort war Sachsen im 19. Jahrhundert in weit stärkerem Maß Ziel denn Ausgangspunkt von Migration. Detaillierte Einblicke bietet hierfür eine statistische Längsschnittbetrachtung über fast 100 Jahre, welche die Bevölkerungszunahme in Geburten- und Wanderungsüberschüsse aufgliedert.¹⁴

Deutlich wird zum einen ein übergroßer Anteil des Geburtenüberschusses von mindestens 75 Prozent, im Durchschnitt sogar

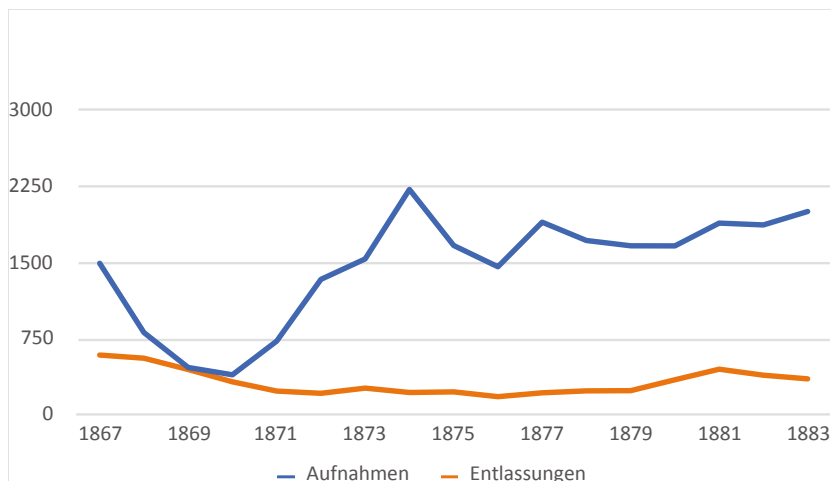
12 Das Statistische Jahrbuch für das Königreich Sachsen enthielt regelmäßig Angaben zu Aus- und Einwanderungen, z. B. 1885, S. 64; 42 (1914/15), S. 51.

13 Oltmer (wie Anm. 5), S. 9-11; Vogel (wie Anm. 5), S. 45.

14 Statistisches Jahrbuch für das Land Sachsen 40 (1912), S. 46.

Geburten- und Wanderungsüberschüsse

	Gesamtzunahme Bevölkerung	Lebendgeburten im Verhältnis zu Sterbefällen	Zuwanderung im Verhältnis zu Abwanderung
1834-1837	56.446	+53.110	+3.336
1837-1840	54.162	+52.227	+1.935
1840-1843	51.524	+49.881	+1.643
1843-1846	78.663	+63.902	+14.731
1846-1849	57.998	+59.944	-1.946
1849-1852	93.647	+72.499	+21.148
1852-1855	51.098	+64.548	-13.450
1855-1858	83.726	+68.777	+14.949
1858-1861	102.338	+90.448	+11.890
1861-1864	111.952	+93.114	+18.838
1864-1867	86.394	+78.484	+7.910
1867-1871	132.658	+116.309	+16.349
1871-1875	204.342	+147.755	+56.587
1875-1880	212.219	+212.479	-260
1880-1885	209.198	+199.659	+9.539
1885-1890	320.681	+240.607	+80.074
1890-1895	285.004	+268.603	+16.401
1895-1900	414.528	+325.051	+89.477
1900-1905	306.385	+317.338	-10.953
1905-1910	298.060	+306.716	-8.656



Aufnahmen und Entlassungen aus der sächsischen Staatsangehörigkeit 1867-1883

92 Prozent an der Bevölkerungszunahme gegenüber der Zuwanderung. Zum anderen zeigt sich auch hier bis auf wenige Zeitabschnitte in den 1840er, 1850er, 1870er und 1900er Jahren eine konstant größere Anzahl an Einwanderungen als Auswanderungen. Selbst in den oben genannten Spitzenjahren der Auswanderung im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts lag die Zuwanderung noch deutlich über der Personenanzahl, die Sachsen verließ.

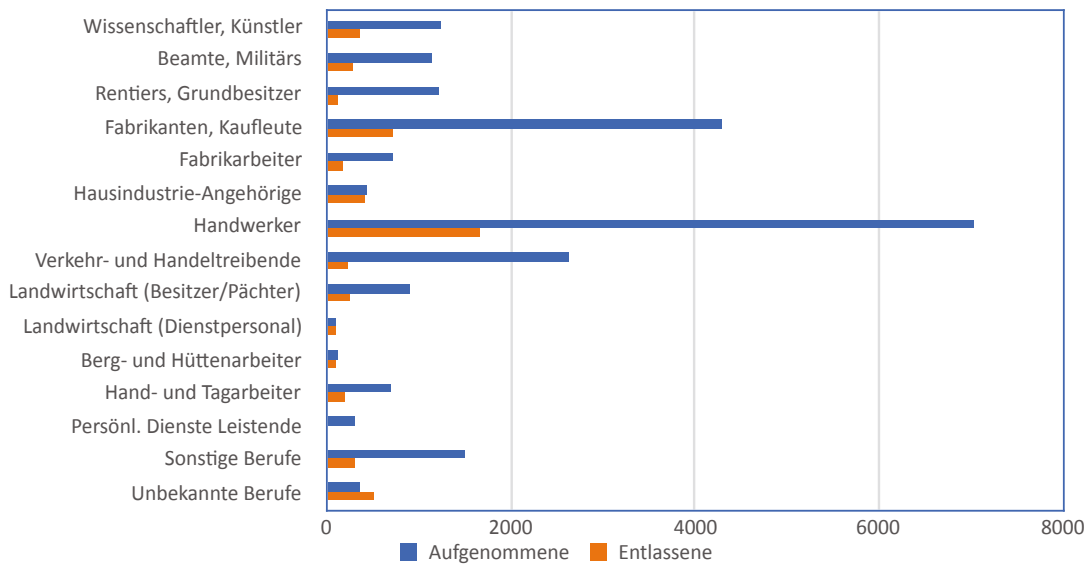
Die gleiche Tendenz findet sich bei einer Betrachtung der Aufnahmen und Entlassungen in bzw. aus der sächsischen Staatsangehörigkeit in einem Zeitraum von 16 Jahren in den 1860er bis 1880er Jahren.¹⁵ Grundsätzlich

lag die Zahl jener Aus- und Einwandernden, die mit ihrer Niederlassung in Sachsen bzw. der Fremde zugleich ihre Staatsangehörigkeit aufgaben, erheblich unter den absoluten Werten der Wanderungsbewegungen. Maximal ein Viertel, zum Teil weniger als zehn Prozent der wandernden Bevölkerung konnte oder wollte mit der Neuansiedlung auch ihr bisheriges Untertanenverhältnis auflösen. Aber auch hier zeigt sich ein deutliches Übergewicht der Aufnahmen gegenüber den Entlassungen.

Die größte Dynamik der Bevölkerungsbe-
wegungen wiesen in den 1850er Jahren die
Kreisdirektionsbezirke Leipzig und Zwickau
auf; den umfangreichsten Zuzug darunter
der Kreisdirektionsbezirk Leipzig, die
größte Abwanderung der Kreisdirekti-
onsbezirk Zwickau. In den anderen beiden
Bezirken Dresden und Bautzen hielten sich
Ein- und Auswanderung in etwa die Waage.
Eine Statistik dieser Zeit bietet einen tieferen
Einblick in die Wanderungsverhältnisse der
einzelnen sächsischen Orte bzw. Gerichtsämter.¹⁶
In beide Richtungen (Ein- wie Auswanderung)
besaßen die drei bevölkerungsreichsten Städte
die größte Dynamik. Besondere Attraktivität
für Zuwandernde wiesen Leipzig (1.109 Per-
sonen), Dresden (330), Chemnitz (175),
gefolgt von Löbau (161), Wurzen (146),
Bautzen (133), Zittau (130), Großenhain



Grenzstein an der sächsisch-böhmischen Grenze
Foto: Judith Matzke



Berufsgruppen der aus der sächsischen Staatsbürgerschaft Entlassenen und der in diese Aufgenommenen 1867-1882

und Crimmitschau (je 100) auf. Die Zuwandernden stellten aber nur in Ausnahmefällen mehr als ein Prozent der Einwohner. Spitzenwerte der Abwanderung fallen auf Chemnitz (308 Personen), Leipzig (189), Dresden (177), Löbau (101), Weißenberg (76), Großenhain (74), Werdau (63), Roßwein (59) und Borna (53). Auch bei diesem Vergleich liegen die Zahlen der Einwanderung deutlich über denen der Auswanderung. Wanderungsverluste hatten im Beispieljahr nur Chemnitz und der Gerichtsbezirk Weißenberg bei Bautzen zu beklagen.

Wer waren nun die Personen, die Sachsen als Ziel ihrer Niederlassung wählten? Wo kamen sie her? Welcher Berufstätigkeit gingen sie nach? Auch darüber gibt die Landesstatistik Auskunft.

Von den 1871 in Sachsen lebenden 2,42 Millionen Menschen besaßen 137.000 keine sächsische Staatsangehörigkeit. Allein 57 Prozent dieser Gruppe stammte aus Preußen, 13 Prozent aus Österreich-Ungarn, je sechs Prozent aus Sachsen-Altenburg und dem Reußischen, vier Prozent aus Sachsen-Weimar und drei Prozent aus Bayern. Damit kamen fast 90 Prozent der Zugewanderten aus den unmittelbar an Sachsen grenzenden Gebieten. Auch jene Zugewanderten, die Aufnahme in den sächsischen Untertanenverband fanden, stammten in den 1870er Jahren überwiegend aus Preußen, Österreich und den thüringischen Staaten.¹⁷

Die größten sich 1871 in Sachsen aufhaltenden Personengruppen von außerhalb des Deutschen Reichs (mit Ausnahme von Österreich-Ungarn) kamen aus Russland,

den USA und Großbritannien (zusammen drei Prozent der nichtsächsischen Staatsangehörigen), wobei es sich bei den US-Amerikanern vermutlich um vorher dorthin Ausgewanderte handelte. Im Jahr 1871 lebten in Sachsen aber auch 794 Schweizer, 247 Franzosen, 190 Niederländer, 143 Schweden und Norweger, 129 Italiener und 116 Dänen. Die Gemeinschaften der Außerdeutschen konzentrierten sich auf die großen Städte, darunter Russen, Amerikaner, Briten, Franzosen, Niederländer, Italiener und Dänen überwiegend in Dresden; Schweizer, Schweden und Norweger lebten etwa gleichgewichtig in Dresden und Leipzig.

Ergänzend dazu ist eine Erfassung der Muttersprache der sächsischen Bevölkerung ebenfalls aus dem Jahr 1871 zu sehen.¹⁸ Jenseits des Deutschen, das hier natürlich dominierte, wiesen Ober- und Niedersorbisch (Wendisch) (52.000 Sprechende), Englisch (1.900), Tschechisch (924), Französisch (575), Polnisch (537), Russisch (530), Ungarisch (153), Italienisch (123) und Griechisch (100) die größte Anzahl von Sprechenden auf. Vertreten sind aber auch Hebräisch (21), Japanisch (18), Arabisch, Türkisch und Grönländisch (jeweils drei). Während die Japanischsprachigen alle in Dresden und die Hebräischsprachigen fast ausschließlich in Leipzig lebten, finden sich die Arabisch- und Türkischsprachigen in Dresden und Leipzig, während die muttersprachlich grönländische Personengruppe im Regierungsbezirk Zwickau ansässig war. Welche Lebenswege sich hinter diesen Zahlen verbergen, liegt allerdings jenseits der Möglichkeiten der Statistik und kann nur durch lokale Einzelstudien erhellt werden.

15 Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1885, S. 65, 67.

16 Die Bewegung der Bevölkerung des Königreichs Sachsen in den Perioden 1853-55 und 1856-58, in: Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Bureaus 11/12/13 (1859), S. 113-138, v. a. 132f.

17 Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1874, S. 18f.

18 Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1875, S. 11.

19 Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1877, S. 140f.; ebd., auf das Jahr 1882, S. 90f.; ebd., auf das Jahr 1884, S. 58f.

Einige Ansatzpunkte bieten hier Überblicke über die berufliche Zuordnung der in die sächsische Staatsangehörigkeit Aufgenommenen und aus ihr Entlassenen.¹⁹

Im Zeitraum der erfassten 15 Jahren war die dauerhafte Ansiedlung wie Abwanderung getragen vom Handwerk. Mit erheblichem Abstand bot Sachsen daneben Handel und Gewerbe (Fabrikanten, Kaufleuten, Verkehr- und Handeltreibenden) ein attraktives Umfeld mit dauerhafter Perspektive. Kaufleute und Fabrikanten stellten aber andererseits auch die zweitstärkste Gruppe der aus dem Untertanenverband Entlassenen. Auffällig ist die zumindest bis in die 1880er Jahre schwache Fabrikarbeiterwanderung. Sofern diese Personengruppe in dieser Zeit am Wandergeschehen beteiligt war, wird sie mittels Heimatscheinen und dadurch mit der Option der Rückkehr ein- bzw. ausgewandert sein.

Lebenswirklichkeit von Fremden in Sachsen

Die Lebenswirklichkeit der nach Sachsen Eingewanderten war jenseits dieser statistischen Zahlen so vielschichtig wie ihre Herkunftsregionen und ihr beruflicher Hintergrund. Sie hing in starkem Maß von der wirtschaftlichen Situation der Zielorte ab, die über Willkommen oder Ablehnung, über erwünschte oder unerwünschte Wanderung entschieden.

Wie Lutz Vogel für die Oberlausitz nachgewiesen hat und die Statistiken zeigen, ist die Mobilität des 19. Jahrhunderts als ausgesprochene Nahraumwanderung zu begreifen. Der größte Anteil des Mobilitätsgeschehens spielte sich Umkreis von 20 Kilometern, oft sogar von nur fünf bis zehn Kilometern um

den Ausgangsort ab. Von Tagespendlern, Saisonkräften über die Intention einer dauerhaften Niederlassung bis zu Kettenwanderungen, die weitere Familienangehörige oder Bekannte nach sich zogen, finden sich alle Wanderungsformen. Hier unterschied sich binnensächsische Mobilität kaum von Wanderungen mit Überschreitung einer Staatsgrenze. Insgesamt hat man sich die Bevölkerung des 19. Jahrhunderts als hochgradig mobil vorzustellen.²⁰

Gründe für einen Passantrag beispielsweise in der Amtshauptmannschaft Löbau im Jahr 1857 waren Wander- und Hausierhandel, Handelsgeschäfte oder die Suche nach Arbeit. Die Handwerkerwanderung war zwar im 19. Jahrhundert noch in fast allen Gewerken verbreitet, hatte aber noch hinter Bade-, Besuchs- und Vergnügungsreisen quantitativ nur eine untergeordnete Bedeutung.²¹ Neben der Bildungswanderung im Handwerk übten auch die weiterführenden Bildungseinrichtungen wie die Universität Leipzig, die Bergakademie Freiberg, die Forstakademie Tharandt und die gewerblichen Ausbildungsstätten in Chemnitz, Dresden und der Oberlausitz eine hohe Anziehungskraft auf ausländische Studierende aus, von denen nicht alle nach ihrem Abschluss in die Herkunftsregionen zurückkehrten.

Bildungswanderung fand auch gezielt bei Nachkommen vordem aus Sachsen nach Übersee ausgewanderter Familien statt. Im Wissen um die Qualität der Bildungseinrichtungen in den eigenen Herkunftsregionen schickten beispielsweise in Brasilien ansässige deutsche Familien ihre Kinder zu Ausbildungszwecken nach Europa. Die vielfältigen und nicht vorhersehbaren Lebensumstände konnten dabei sowohl zur späteren Rückkehr als auch zum Verbleib in der Ausbildungsregion führen. Zu nennen ist hier die Weberfamilie um Carl Gottlieb Döhler aus Glauchau, der 1881 in die erst seit 30 Jahren bestehende stark deutsch geprägte Siedlung Dona Francisca/Joinville in Südbrasilien auswanderte und dort die erste Weberei aufbaute, heute ein führendes Unternehmen für Haustextilien. Nachkommen der Familie wurden wie Curt Döhler zu Ausbildungszwecken nach Sachsen geschickt. Nach einer Zeit im elterlichen Unternehmen in Brasilien besuchte der 1917 Geborene von 1938 bis 1940 die Textilfachschule Zittau und arbeitete anschließend für einige Jahre in einer mechanischen Weberei in der Oberlausitz. Als Brasilien 1942 Deutschland den Krieg erklärte, nahm Döhler aus Angst vor einer Verhaftung die deut-

Brasilianisches Café der Familie Hermisdorff in Penig, 2019
Foto: Judith Matzke



sche Staatsangehörigkeit an und wurde zur Wehrmacht einberufen. Sein junges Leben endet im Februar 1944 an der Front in Italien. Die vordem geplante Rückwanderung der Familie nach Brasilien – er hatte 1942 geheiratet – unterblieb, und die posthum geborene Tochter wuchs in Sachsen auf.²²

In anderen Fällen wurde der im Rahmen solcher Bildungs- und Geschäftsreisen gefundene Ehepartner mit in die neue Heimat genommen, etwa bei der ebenfalls aus Sachsen stammenden und in Joinville (Brasilien) lebenden Familie Trinks. Der 1854 als 14-Jähriger mit seinen Eltern und Geschwistern aus Glauchau nach Brasilien ausgewanderte Gustav Trinks war zunächst zu Ausbildungszwecken in die Wirtschaftsmetropole Rio de Janeiro übersiedelt, heiratete während einer Europareise 1872 und nahm seine Frau mit nach Brasilien. 1882 kehrte die Familie endgültig nach Deutschland zurück. Seine Schwester Sophie Kröhne unternahm mit ihrem Mann 1891 zwar ebenfalls eine ausgedehnte Reise an die Orte des Familiengedächtnisses mit Stationen in Leipzig, Chemnitz, Altenburg, Zwickau, Glauchau und Waldenburg, hier blieb es aber bei einer Besuchsreise; die Rückkehr nach Sachsen war nicht von Dauer.²³

Bindungen in die alte Heimat konnten, weitergetragen über das Familiengedächtnis, aber auch mehr als ein Jahrhundert überdauern. So gehört Wilhelm Eduard Hermsdorf aus Penig, der sich um 1840 in Nova Friburgo niederließ, zu den frühen sächsischen Brasilienauswanderern. Als Handelsmann, Großgrundbesitzer und Kirchenvorsteher erwarb er sich in seiner Wahlheimat Ansehen.²⁴ Seit 1873 waren Nachfahren der Familie in Minas Gerais im Kaffeegeschäft tätig. Von dort ging der Urururenkel João Eduardo Hermisdorff fast 180 Jahre später den umgekehrten Weg und kehrte ins sächsische Penig zurück. Seit 2017 betreibt die Familie dort eine Kaffeerösterei und ein brasilianisches Café.²⁵

Diese Beispiele zeigen auch hier, wie eng temporäre und dauerhafte Wanderung beieinanderlagen, ineinander übergingen und sich nicht immer klar voneinander abgrenzen lassen. Auch wenn die bislang nachgewiesenen transatlantischen Vielfachmigrationen zwischen Sachsen und der Neuen Welt keine signifikanten Quantitäten darstellen, lassen sich dabei sicher verschiedene soziokulturelle Herausforderungen für die Betroffenen erkennen. Eigene Fremdheitserfahrungen und Akzeptanz des Umfeldes bei einer Rückkehr hingen in starkem Maß von der zeitlichen Di-

stanz zur ursprünglichen Auswanderung der Familie, der eigenen Sprache, Religion und dem Kontakt mit dem früheren Umfeld während des Lebens in Übersee ab. Je enger und kontinuierlicher der Kontakt zur Herkunftsregion der eigenen Familie in Sachsen blieb, umso stärker waren die Netzwerke und der Rückhalt bei einem temporären Aufenthalt oder einer Rückwanderung. Die Stabilität dieser Verbindungen nahm in der Regel mit der Zeit ab, so dass eine Rückkehr fast 200 Jahre nach der Auswanderung der Vorfahren unter anderen Rahmenbedingungen stattfand als innerhalb weniger Generationen. Eine fremde Staatsangehörigkeit wurde wie im Fall der durch Heirat Österreicherin gewordenen Pauline Selma Gura als hinderlich oder im Fall von Curt Döhler gar als lebensbedrohlich empfunden. Bei Zoulida Abdel-Wahhab werden Herkunft und zeitweiliges Leben in einem muslimischen und damit als sehr fremd empfunden Kulturkreis die Barrieren für eine Akzeptanz in Sachsen erhöht haben.

Stärker untersucht als transatlantische Remigrationen ist bislang die Wahrnehmung der quantitativ wesentlich bedeutenderen Migration aus dem Deutschen Bund bzw. Deutschen Reich sowie aus dem Habsburgischen nach Sachsen. Räumliche Grenzüberschreitungen, egal ob temporär oder auf Dauer, ob mit oder ohne Wechsel der Staatsangehörigkeit stießen im lokalen Lebensumfeld auf Akzeptanz und Unterstützung, wenn die wirtschaftlichen Aktivitäten der Betroffenen am Ort gefragt waren und keine Bedrohung für das Auskommen der ansässigen Bevölkerung darstellten. Problematisiert wurden Wanderungen oft bei (erwarteten) Belastungen der lokalen Versorgungssysteme. Mehrheitlich sprachen sich die staatlichen Behörden dabei in der gut untersuchten Oberlausitz für die auf ausländische Fachkräfte angewiesene Wirtschaft und gegen lokale Befindlichkeiten aus. Die ökonomische Entwicklung Sachsens besaß auf übergeordneter Ebene einen größeren Stellenwert als irrationale Ängste vor Überfremdung.²⁶

Die sächsische Migrationsgeschichte weist insgesamt zwar mittlerweile eine Vielzahl von Einzelbeispielen verschiedener Wanderungsformen auf, die deren Vielschichtigkeit klar aufzeigen. Für eine engere Verzahnung zwischen abstrakter Statistik und lebendigem Migrationsgeschehen bedarf es jedoch weiterer Lokal- und Regionalstudien, die mit diesem Themenheft vielleicht angeregt werden können.

20 Vogel (wie Anm. 6), S. 111, 127f.

21 Ebenda, S. 111.

22 Für diese Informationen danke ich Curt Döhlers Tochter Karla Andrä (Cunewalde).

23 Judith Matzke (Red.): Von Glauchau nach Brasilien. Auswandererbriefe von Ida und Ottokar Dörffel (1854-1906), 2. Auflage Halle/Saale 2019, S. 319 f., 330-337, 399 f.

24 Roland Spliesgart: „Verbrasilianierung“ und Akkulturation. Deutsche Protestanten im brasilianischen Kaiserreich am Beispiel der Gemeinden in Rio de Janeiro und Minas Gerais (1822-1889), Wiesbaden 2006, S. 401.

25 Vila Hermes Café do Brasil, siehe <https://www.vila-hermes.de/>.

26 Vogel (wie Anm. 6), S. 137-148, 268-276.

Autorin

Dr. Judith Matzke
Technische Universität
Dresden
Universitätsarchiv
01062 Dresden
judith.matzke@
tu-dresden.de

Nummer 1

Görlitzer Illustrierte Zeitung

Wöchentliche Bildbeilage der Görlitzer Nachrichten

Das IV. griechische Armeekorps in Görlitz.

14. Juli 1918

Tragende Schilderung der Reise des griechischen IV. Armeekorps von Mazedonien nach Görlitz aus der Feder eines Griechen entnommen wir dem Görlitzer Wochenkalender (1918), den die Verlagsanstalt Görlitzer Nachrichten und Anzeiger in Görlitz herausgegeben hat. Übersetzung von Professor Dr. P. Jacobsthal.

I. Reise nach Görlitz.

Als man sie von Haus forttrieb, da sprach nichts dafür, daß sie eines Tages die sonderbarste Reise von der Welt machen sollten. Sie und den Garnisonen von Ostmazedonien so gefunden, wie es auch in jedem beliebigen Ort Alt- oder Neugriechenlands hätte sein können. Zwischen Erregieren, Warten und Langerweile gingen ihnen die Tage dahin, weit, sehr weit vom Kriege, der Europa zerfleischt — oh — schon auch sie Säbel und Mordwaffen in den Händen — und warteten, daß das Schicksal über sie ent-



Mazedoniens leisteten ihnen Gesellschaft, und im Gleichmaß gingen die Tage einer nach dem andern dahin und brachten sie der Stunde immer näher, da sie sich wieder bei der Sachen-Abgabe auf Kammer sahen und nach der Heimat kehrten, aus der man sie gerufen.

Eines Tages wurde der strahlende Himmel Griechenlands plötzlich schwarz und der Sturm drohte loszubrechen. Die Mobilisierung verstärkte ihre Reihen. Sie begannen...

Griechen in Görlitz

Ralph Schermann

Ausführlich berichteten die „Görlitzer Nachrichten“ 1918 in einer mehrteiligen Serie in der damals neu erscheinenden Beilage „Görlitzer Illustrierte Zeitung“ über die Reise des IV. griechischen Armeekorps nach Görlitz. Es handelte sich um einen Nachdruck aus dem „Görlitzer Griechenkalender 1918“: Ratsarchiv Görlitz

Literaturhinweis:
Ausführlich über die politische und militärische Lage Griechenlands im Ersten Weltkrieg sowie über die Lebensbedingungen der Angehörigen des IV. griechischen Korps in Görlitz informiert das Buch „Die Griechen von Görlitz 1916 bis 1919“ von Gerassimos Alexatos, Verlag für wissenschaftliche Literatur Frank & Timme, Berlin 2018, ISBN 978-3-7329-0414-3.

Der städtische Görlitzer Friedhof zählte bei seiner Eröffnung 1897 nur ein Grab – das des umgebetteten ersten Görlitzer Oberbürgermeisters Johann Gottlieb Demiani (1786–1846). Heute hält die in Alter und Neuer Friedhof geteilte Begräbnisstätte der Neißestadt so manche besondere Entdeckung bereit. Ein Grabstein im Grabfeld C verkündet, dass hier der 1893 in Syros geborene Petros Halaris 1958 seine letzte Ruhe gefunden hat. Das Besondere daran? Es ist das einzige verbliebene Grab eines einfachen griechischen Soldaten in der Stadt Görlitz. Das Grabfeld 22a an einem weiteren Ort verweist viel prominenter und mittlerweile auffälliger auf ganz andere griechische Militärs, nämlich Offiziere.

Griechen in Görlitz, einer mittleren deutschen Stadt, noch dazu griechisches Militär? Um das zu erklären, muss der Blick weit zurückgehen. Bis auf die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges. Damals regierte in Grie-

chenland König Konstantin I. (1868–1923), der mit einer Schwester des deutschen Kaisers Wilhelms II. (1859–1941) verheiratet war. Kein Wunder, dass der Monarch deshalb mit dem deutschen Kaiserreich sympathisierte. Das aber war ein Problem, denn die Regierung in Athen unter Ministerpräsident Eleftherios Venizelos (1864–1936) liebäugelte eher mit den Alliierten Großbritannien und Frankreich. Es gab entsprechende Spannungen, Venizelos wurde entmachtet, die Spannungen dagegen nahmen zu, als mit Zustimmung Berlins bulgarische Truppen in Griechenland einmarschierten. Dabei hatte der deutsche Botschafter in Athen den Griechen vorher noch zugesichert, die Souveränität ihres neutralen Landes zu wahren. Die verzwickte Lage war eine von so vielen Unwägbarkeiten des Ersten Weltkrieges. Im östlichen Makedonien geriet deswegen das dort liegende IV. Griechische Armeekorps in Bedrängnis. Da kam dessen Kommandant,

Oberst Ioannis Chatzopoulos (1862–1918), auf eine so ungewöhnliche wie verwegene Idee: Um der Gefangenschaft zu entgehen, kablete er an Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg (1847–1934) und fragte, ob er nicht das Korps samt Waffen nach Deutschland bringen dürfe, jedenfalls bis zum (damals noch nicht abzusehenden) Kriegsende. Andernfalls wollte man sich in Thessaloniki, wo Venizelos mittlerweile eine Gegenregierung geschaffen hatte, den Briten ergeben. Warum auch immer – von Hindenburg stimmte zu. Und so machten sich ab dem 15. September 1916 rund 6.100 Soldaten, 430 Offiziere, einige Hundert Gendarmen, Militärbeamte und Zivilbeschäftigte auf den Weg nach Deutschland. Sie nutzten dafür zehn Eisenbahnzüge, in denen auch noch 95 Offiziersfrauen und fünf Kinder Platz fanden und die jeweils zwölf Tage unterwegs waren. Die Bewaffnung sowieso. Selbst schwere Gebirgskanonen kamen mit. Chatzopoulos und sein Stab kamen mit dem letzten Zug an. Zusammenfassend sprechen Chroniken heute stets von „über 7.000 Internierten“, und solche Berichte finden sich weltweit. „Ein Armeekorps ist als Geisel nach Deutschland gebracht worden“, titelte damals zum Beispiel die Londoner „Times“. Ähnliche Aufmerksamkeit fand die Aktion sogar in Amerika. Die „New York Times“ brachte als Fortsetzungsreportagen regelmäßig Nachrichten in hämischen Ton über „die besonderen griechischen Touristen in der kleinen deutschen Stadt“.

In Deutschland wurde die damals rund 90.000 Einwohner zählende Stadt Görlitz als Stätte des Aufenthalts auserkoren. Die deutsche Heeresleitung und die Regierung stellten dafür sogar einen „Griechenfonds“ mit zehn Millionen Mark zur Verfügung. Da war der Empfang in Görlitz ausgesprochen herzlich; schon damals hätte der Begriff „Willkommenskultur“ geprägt worden sein können. Es gab Girlanden, Fahnen und Transparente mit der Aufschrift „Χαίρετε“ (Seid gegrüßt), eine Militärkapelle spielte, als die Züge ab dem 28. September 1916 auf dem Bahnhof ankamen und die Kompanien durch die Stadt zu ihrer Unterkunft marschierten. Diese lag im heute polnischen Teil der Stadt Görlitz (Zgorzelec). Mehrere Überlieferungen sprechen von einer ungenutzten Kaserne, was aber nicht nachweisbar ist. Vielmehr entstand ein 700 mal 400 Meter großes Lager mit Baracken und weiteren kleinen Gebäuden auf dem ungenutzten Gelände eines erst ein Jahr vorher errichteten Kriegsgefangenenlagers für russische Soldaten, angeschlossen



Am 28. September 1916 traf der erste der zehn Züge mit griechischen Soldaten und Offizieren auf dem Bahnhof Görlitz ein. Sammlung Schermann

an Strom- und Trinkwasserleitungen sowie an die städtische Kanalisation. Heute sucht man das alles vergeblich, weil an dieser Stelle auf dem sogenannten Rabenberg ab Mitte der 1920er Jahre ein weitläufiger Park entstand. Nichts erinnert dort noch an dieses Kapitel der deutsch-griechischen Geschichte aus der Zeit des Ersten Weltkrieges.

Damals aber veränderten die Griechen das Bild der Neißestadt erheblich. Wirte, Händler, selbst die Schulkinder stellten sich auf sie ein. Die Bevölkerung zeigte sich begeistert, was der deutschen Regierung wohl angenehm war. Für sie galt das Ganze schließlich auch als Propaganda-Coup, denn so ein Transport von Streitkräften eines neutralen Landes nach Deutschland empörte immerhin Berlins Kriegsgegner. Noch dazu, da Privilegien blühten: Die Offiziere bekamen nicht nur ihren vollen Sold weiter, sie wohnten auch privat, während die Mannschaften zumindest über Nacht im Lager sein mussten. Anders tagsüber, da stellte sich Görlitz bald auch auf die einfachen Dienstgrade ein. Zum Beispiel lagen in vielen Gaststätten schnell griechische Speisekarten aus. Das Lager bekam eine eigene Verwaltung, eine eigene

Über den Bahnhofsvorplatz zogen die Einheiten in die Stadt ein und wurden dabei von der Bevölkerung bestaunt und mit Jubel begrüßt. Ansichtskarte des Verlags Silesia Görlitz, 1916 Sammlung Schermann



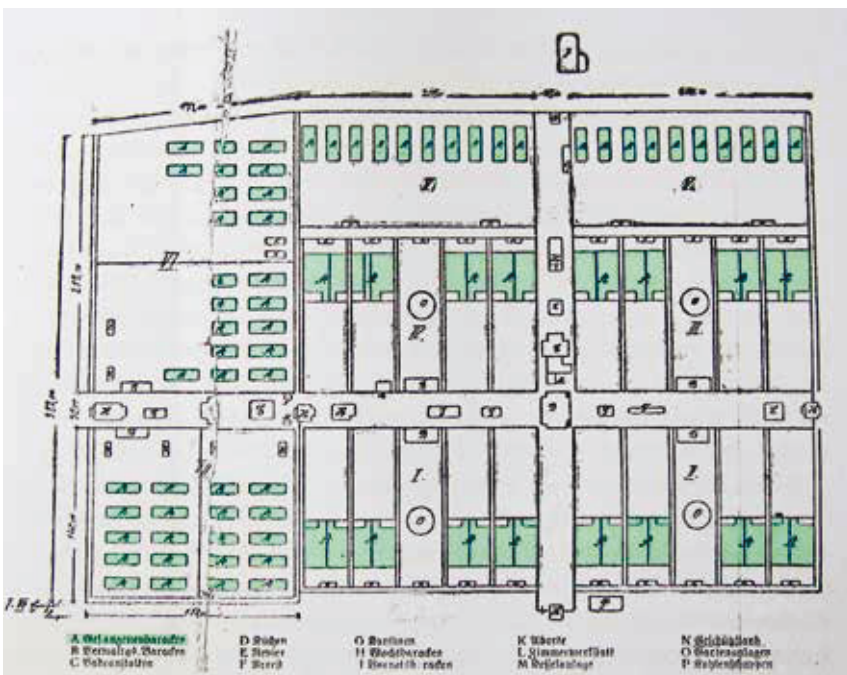


Der Marsch ins Lager führte über die Berliner Straße, die Görlitzer Hauptmagistrale.
Ratsarchiv Görlitz

Polizeidienststelle, ein eigenes Lazarett mit deutschem Personal, eine eigene Post und sogar eine Art kleine Kirche. Das Korpsbüro zog in die Reichenberger Schule ein. Unter dem Titel „Νέα του Görlitz“ (Neues aus Görlitz), später in Berlin gedruckt als „Ελληνικά φύλλα“ (Griechische Blätter), wurde ab 1916 sogar eine eigene griechische Zeitung in der Druckerei des „Görlitzer Nachrichten und Anzeiger“ herausgegeben. Auch gab es 1917, 1918 und 1919 literarische griechische Kalender aus Görlitz. Das gesamte IV. Armeekorps unterstand dennoch direkt dem deutschen Kriegsministerium. Ein von diesem Beauftragter hielt die ständige Verbindung aufrecht. Post, Telefon und die besagte Zeitung wurden von deutscher Seite zensiert. Zudem wurden die Griechen zu einem Studienobjekt: Mitglieder der von Carl Stumpf (1848–1936) und Georg Schünemann (1884–1945) geleiteten

rechts: Erinnerungsfoto eines griechischen Soldaten im Görlitzer Fotoatelier Lüttgens
Ratsarchiv Görlitz

unten: Grundriss des Griechenlagers auf dem Rabenberg, kolorierte Darstellung nach einer Skizze im „Neuen Görlitzer Anzeiger“, 1916
Sammlung Schermann



Preußischen Phonographischen Kommission nahmen ihre instrumentale Musik, ihre Lieder und Geschichten auf 140 Schellackplatten und Zylinderwalzen auf. Das tat diese Kommission auch in den damals 175 Kriegsgefangenenlagern in Deutschland unter dem Sammlungstitel „Museum der Stimmen der Völker“. Über tausend solche Aufnahmen bewahrt heute das Deutsche Lautarchiv der Humboldt-Universität Berlin. Das griechische Lager in Görlitz mit seinem Extra-Status stellte auch dabei eine Besonderheit dar: Von hier stammt die weltweit erste Aufzeichnung eines Rembetiko-Liedes (griechischer Stil in Verbindung mit osmanischer Musiktradition) mit Begleitung durch eine Bouzouki, einer der Mandoline ähnlichen Langhalslaute. Ohnehin waren unter den in Görlitz Internierten auch mehrere spätere bedeutende Wissenschaftler und Künstler verschiedener Sparten. Zum Beispiel stellte der später in Griechenland und Italien berühmte Maler Pavlos Rodokanakis (1891–1958) in der Görlitzer Stadthalle aus. Doch während die Offiziere ihr weiter fließendes Geld in Badeanstalten und ihre eigenen Casinos auf dem Mühlweg (Handelskammerhaus) und der Promenade (Tivoli) trugen, versuchten die einfachen Soldaten, sich etwas dazuzuverdienen. Sie arbeiteten als Schneider, Bäcker, Maler, Friseur oder Schuster, wurden als Arbeitskräfte jeder Art gern genutzt,



schließlich waren viele der deutschen Männer im Krieg. Und da in Kriegszeiten Lebensmittel rationiert waren, baute man im Lager Gemüse an. Ein Kuriosum am Rande: Damals gab es einen einzigen Griechen, den es schon viel früher nach Görlitz verschlagen hatte – den Zahnarzt Apostolidis. Aus Freude über die plötzlich so vielen Landsleute behandelte er diese stets kostenlos. Im Laufe ihrer Integration in Görlitz eröffneten die Griechen dann irgendwann auch das erste eigene Geschäft und feierten ihre traditionellen Feste immer öffentlicher – was durchaus nicht jedem Görlitzer gefiel. Den Griechen ihrerseits gefiel auch manches nicht – andauernde Schneefälle und bis zu minus 22 Grad Celsius waren sie nicht gewöhnt, zumal die Baracken wegen Kohlenknappheit nicht ausreichend beheizt wurden. Die einerseits durch Missernten 1916, andererseits durch eine britische Seeblockade mit verursachte Lebensmittelknappheit 1917 traf auch die Internierten. Kartoffeln waren Mangelware, es war „Steckrübenzeit“, eine für Griechen ungenießbare Kohllart. Dennoch: Man richtete sich ein, und über 700 Griechen besuchten ab 1917 gern die ersten der nun gestatteten Deutschkurse. Aus Kontakten entstanden auch Freundschaften, Verlobungen, Hochzeiten und Kindstauen.

Nach der Abdankung des griechischen Königs änderte sich die Situation. Die Görlitzer Griechen wurden vor die Wahl gestellt, als normale Kriegsgefangene behandelt zu werden oder sich als Fabrikarbeiter im Reich zu verdingen. Ein Großteil ging damals ins Ruhrgebiet. Die Wirren der Novemberrevolution 1918 gingen zudem nicht spurlos an den Internierten vorbei. Offiziere wurden aus dem Lager gejagt, an die Spitze traten Soldatenräte. In Griechenland wurden diese noch Jahre später als „Görlitzer Sowjets“ bezeichnet. Eine Massenflucht in Richtung Heimat setzte ein, die jedoch nicht so ausging, wie es sich die Soldaten erhofften. In Griechenland warf man ihnen Landesverrat vor, viele waren Verfolgungen ausgesetzt. Da waren jene rund 200 Mann wahrscheinlich besser dran, die sich dafür entschieden, endgültig in Görlitz zu bleiben und dafür 1921 gar zur Bekräftigung einen griechischen Verein gründeten. 1923 gab es bereits 15 griechische Geschäfte in der Stadt, und griechische Namen klangen den Görlitzern noch lange im Ohr: Neben dem eingangs beschriebenen Petros Halaris (der in Görlitz nach seiner Armeezeit die Schuhfabrik „Hellas“ betrieb) zum Beispiel Namen wie Chrisulis, Zikidis, Kapodistras, Papastefanou oder Foskolos, um nur einige zu nennen.



oben: In der Görlitzer Bäckerei Dorn, Salomonstraße 27, befand sich eine „Griechenbäckerei“. Das Bild von 1917 zeigt den Hof Salomonstraße 27 mit griechischen Soldaten und Frauen der Familie Dorn. Sammlung Schermann (ehemals Sammlung Dr. Ernst Kretzschmar)

Stadthalle
Vorräume des Bankett-Saales
10. bis 24. November
täglich 10 bis 8 Uhr
Gemälde-
Ausstellung
P. S. Rodokanakis
Eintritt 50 Pfg.

In der Stadthalle Görlitz konnte der später äußerst bekannt gewordene Maler Pavlov Rodokanakis im November 1918 seine erste große Werkausstellung zeigen. Die gezeigten Gemälde waren alle in der Zeit seiner Görlitzer Internierung entstanden. Sammlung Schermann

Weniger beleuchtet wurde, dass aber auch Görlitzer Frauen die Griechen begleiteten, als diese wieder in die Heimat zogen. Zum Beispiel Doris Wolschke. 1900 geboren, lernte sie mit nur 16 Jahren den griechischen Hauptmann Nikolaos Katsampulas kennen. „Er wurde meine große Liebe“, erzählte sie und ging mit in ein Land, das sie bis dahin nur von Landkarten kannte. In Griechenland wurde Hauptmann Katsampulas mit einer geringen Abfindung entlassen und lebte von einer Anstellung in einem Korinthenhandel. 1918 heiratete er die Görlitzerin, die fortan Doris Katsampulas hieß. In Griechenland genügte die kirchliche griechisch-orthodoxe Trauung für eine rechtsgültige Ehe. In Deutschland galt Doris Wolschke daher bis zu ihrem Tod mit 96 Jahren rechtlich als ledig. Als nach 20 Jahren der König zurückkehrte, wurde Hauptmann Katsampulas wieder in die griechische Armee aufgenommen. „So ist das überall. Wer am Ruder sitzt, setzt auch seine Leute ein“, stellte die



Titelseite der ersten Ausgabe der Zeitung „Nea toy Görlitz“ von 1916
Sammlung Schermann



Städtischer Friedhof Görlitz, sieben erhaltene gebliebene und restaurierte Grabmale griechischer Offiziere auf dem ehemaligen Grabfeld 22a. Die unterschiedlichen Höhen entsprechen den unterschiedlichen Ranghöhen der betreffenden Offiziere.
Foto: Ralph Schermann

Görlitzerin in einem Gespräch mit Dorothea Warnecke fest, die 1989 als Diakonin der evangelischen Kirche in Griechenland tätig war und Doris Katsampulas in Athens Kirchenvorstand kennenlernte. Nach dem Tod ihres Ehemannes zog Doris Katsampulas in ein Altenheim der evangelischen Kirche in Athen. In ihre Heimatstadt Görlitz, die sie Ende des Zweiten Weltkrieges noch einmal besucht hatte, kam sie nicht wieder. „Und doch wäre ihr Lebensweg wohl ganz anders verlaufen, hätte es 1916 nicht die Ankunft der Griechen in Görlitz gegeben“, ist Dorothea Warnecke überzeugt.



Städtischer Friedhof Görlitz, Grabstele für den 1918 im Alter von 56 Jahren gestorbenen Kommandanten des IV. griechischen Armeekorps in Görlitz, Oberst Ioannis Chatzopoulos. Er war in Görlitz so beliebt, dass rund 2.000 Bürger an seiner Beisetzung teilnahmen.
Foto: Ralph Schermann

Wer von den rund 200 gebliebenen Griechen starb, kam auf den Görlitzer Friedhof. Angelegt dafür wurde eigens das Grabfeld 22a. Die erste Beisetzung erfolgte am 31. Oktober 1916. Auch diese Gräber wurden, wie üblich, nach Ablauf der allgemeinen Liegezeit eingeebnet. Und wieder trifft man da auf ein Görlitzer Novum: Sieben Grabmale am Rand des 133 Gräber (bis Ende 1923) zählenden Feldes blieben stehen, wuchsen zu, wurden vergessen. Als sie 1990 zufällig wiederentdeckt wurden, regte Friedhofsleiterin Evelin Mühle umfangreiche Nachforschungen an. Die griechische Botschaft in Berlin finanzierte die Restaurierung, und so wurden die Grabmale 2003 in einer Feierstunde im Beisein des Heeresattachés der griechischen Botschaft enthüllt. 2014 folgte eine Grabplatte mit den Namen aller damals hier beigesetzten Soldaten. Die sieben Stelen allerdings verweisen auf Offiziere, je nach Dienstgrad auf unterschiedlich hohen Sockeln. Die höchste Stele ist dem am 17. April 1918 gestorbenen Kommandanten Oberst Ioannis Chatzopoulos gewidmet. Und an der Stelle des einstigen Lagers weihte die Stadt Zgorzelec 2016 eine Gedenksäule ein. Die polnische Nachbarstadt von Görlitz hat ohnehin mit Griechenland eine weitere, besondere Beziehung: Nach dem Griechischen Bürgerkrieg, der im Oktober 1949 mit einer Niederlage der kommunistischen Aufständischen endete, mussten zehntausende Kommunisten fliehen, meist über Albanien. Rund 14.000 wurden von der Volksrepublik Polen aufgenommen. Die polnischen Behörden brachten 12.000 in Zgorzelec unter, darunter 3.735 Kinder von sieben bis 15 Jahren. Dieser Ort war kein Zufall, denn hier gab es nach der Vertreibung der Deutschen ausreichend Platz. Heute ist es vergessen, dass damals in Zgorzelec vor allem auf der Warszawska- und der Daszyńskiego-Straße sowie in verlassenen Kasernen zeitweise mehr Griechen als Polen lebten. Die Regierung in Warschau hatte kein Interesse daran, das zu popularisieren, wahrscheinlich um keinen Neid unter ihrer eigenen Bevölkerung auszulösen. Schließlich bekamen die Griechen Verpflegung und medizinische Betreuung, für rund 300 Invaliden wurde extra die Genossenschaft „Delta“ gegründet, in der körperlich Behinderte in der Ledergalanterie-Erzeugung eine Ausbildung erhalten konnten. Heute ist „Delta“ die Vereinigung der Griechen in Zgorzelec. Immerhin gut 200 Griechen blieben in der neuen polnischen Stadt östlich der Neiße, während die meisten nach 1950 in andere polnische Orte kamen, Flüchtlinge mit mazedonischen Wur-

zeln 1958 nach Jugoslawien ausreisen durften und Umgesiedelte nebst deren Nachkommen ab 1974 offiziell nach Griechenland übersiedeln konnten. „Delta“ als Vereinigung aufgebaut hat Nikos Rusketos, dessen Eltern 1949 in Zgorzelec angekommen waren. Rusketos wurde hier geboren und lernte auf polnischen Schulen auch griechisch. 1982 gründete er das griechisch-polnische Musikensemble „Orfeusz“ und öffnete mit seiner polnischen Frau Aneta auf der Kościuszki-Straße ein griechisches Lokal namens „Naoussa“. Das wiederum ist der Name der Zgorzelecer Partnerstadt in Griechenland. Mehr noch: Seit 1997 organisiert Rusketos jährlich ein Internationales Festival des Griechischen Liedes. Seit 2011 steht es unter Schirmherrschaft der griechischen Botschaft in Polen. Dass sich die Zgorzelecer auch heute noch mit Griechenland verbunden fühlen, ist an der Benennung der Neiße-Promenade als „Griechischer Boulevard“ ebenso zu erkennen wie an der Tatsache, dass „Delta“ sogar den Bau einer hölzernen orthodoxen Kirche auf den Weg bringen konnte.

Griechenland blieb weiter Geschichtsthema. Als 1967 in Athen rechtsgerichtete Offiziere putschten, fiel ihnen Mikis Theodorakis (1925–2021) in die Hände. Der Mann war eine Legende, als Musiker und Gegner der Diktatur. Die DDR bekundete Solidarität, der Rundfunk sendete die Lieder von Theodorakis. In Görlitz hörte so der Schüler Klaus-Dieter Tietz erstmals das metallische Gezirpe einer Bouzouki. Der später in Görlitz bekannte Arzt liebte die melancholischen Balladen und begann, überall nach solcher Musik zu suchen. Er brachte sich selbst die griechische Sprache bei und schrieb an Radio Athen, als Theodorakis in der DDR wieder in Ungnade fiel, weil er den Wunsch nach Freiheit wohl zu vehement besang. Fündig aber wurde Tietz dann viel näher und viel einfacher – zufällig im Polnischen Informationszentrum Leipzig. Dort lagen sie, all die griechischen Schallplatten, die sein Herz begehrte. Als 1972 der kleine Grenzverkehr möglich wurde, konnte man als Görlitzer solche Musik direkt in Zgorzelec kaufen. Das waren freilich andere Klänge, als sie Schlagerstar Costa Cordalis (1944–2019) bei seinen Konzerten in die Görlitzer Stadthalle brachte. Kaum bekannt dagegen ist, dass Cordalis über den Görlitz-Aufenthalt seiner Landsleute im Ersten Weltkrieg durchaus gut Bescheid wusste und sich bei seinen häufigen Besuchen in Görlitz-Rauschwalde bei der mit ihm befreundeten Helene Kuhnert (bekannt als „Disko-Lenchen“, die „älteste Schallplattenunterhalterin der DDR“) auch darüber unterhielt.

BURMISTRZ I RADA MIASTA ZGORZELEC ZAPRASZAJĄ NA

XXI MIĘDZYNARODOWY FESTIWAL PIOSENKI GRECKIEJ

OBCHODY 70 LECIA PRZYBYCIA GRECKICH EMIGRANTÓW DO ZGORZELCA
Patronat Honorowy Cezary Przybylski Marszałek Województwa Dolnośląskiego

SOBOTA | od 16:30 |

- Gwiazda Grecka - Recital Maria Iakovou
- Studlo Piosenki Magdy Januszkiewicz
- Apostolos Zacharis - Bouzouki
- Zespół Mythos & Akis - Papazachariou
- Teo Vafidis Kuchnia Grecka
- Zespół Eponimi
- Koncert Mara Vlachaki
- 22:00 - 00:00 Grecka Dyskoteka Pod Gwiazdami DJ Stelios

NIEDZIELA | od 16:00 |

- Gwiazda Grecka Festiwalu Evi Evita
- Spyridopoulos Konstantinos
- Ipsilantides Zespół Taneczny
- Gość Polski 4mation
- Jorgos Papasidorou
- Angelo Wangellis - Bouzouki
- 20:00 - Nikos Rusketos & Grecka Grupa Orfeusz
- 21:00 - Gwiazda Polska Festiwalu Zespół Universe

IMPREZY TOWARZYSZĄCE

8 LIPCA | PIĄTEK |
17:00 | Wykład PROFESOR ILIAS WRAZAS - "UGAMNIE GREKA ALBO JAK MAJĄ SIĘ GRECY DO GREKÓW STARYCHTYNYCH" | MEM
19:00 | WIGCZYŚ TĘŚĆ - 70 LECIE ODRODZENIA EMIGRACJI GREKÓW W EUROPIE MIĘDZY ZGORZELCEM I GÖRLITZ | BULWARI GRECKI
20:00 | BIESIADA GRECKO-POLSKA - TAWERNA NAOUSSA | IMPREZA BILE TOWARZYSZĄCE

9 LIPCA | NIEDZIELA |
10:00 | LITURGIA ŚWIĘTA w języku greckim | CEBISIEW PRANOSLAWINA
14:00 | MECZ PIŁKI NOŻNEJ | GRECJA | ZGORZELEC vs. POLSKA | ZGORZELEC | STADION MIEJSKI

Koncerty prowadzi:
Dimitris Sakellariou, Maria Iakovou
Organizacja:
Stowarzyszenie Filiki w Polsce, ZFLC w Zgorzelecu
Agencja Artystyczna „DOLNY ŚLĄSK”
Współorganizatorzy:
MOR w Zgorzelecu,
Miejscowość Polniska w Zgorzelecu,
C&K w Zgorzelecu
Rozgłoszenie:
Funkcja Regionalna Radio Wrocław, tel. 802 30 77 32

wstęp wolny

Projekt sfinansowany ze środków:
Stowarzyszenia Samorządów
Województwa Dolnośląskiego

Logo: Dolny Śląsk, Gazeta, iGazeta, iGazeta, iGazeta



Plakat für das Internationale Festival des griechischen Liedes in Zgorzelec, 2018

links: Griechisch-orthodoxe Kirche St. Helena in Zgorzelec
Wikimedia (Ralf Lotys)

Und heute? Heute hat auch die Stadt Görlitz westlich der Neiße wieder „ihre“ eigenen Griechen. Und damit sind nicht nur Neuzuzüge wie der Tierarzt Dr. Ilias Papadopoulos gemeint, womit der in Griechenland am weitesten verbreitete Familienname auch in Görlitz wieder angekommen ist – nein, auch von Griechen geführte Lokale wie „Rhodos“, „Athen“, „Mediterranos“ oder „Athos“ können sich bekanntlich über Gästemangel nicht beklagen ...

Autor
Ralph Schermann
Görlitz



Vertragsarbeiter aus Mosambik
im Braunkohlewerk Welzow, 1984
Bundesarchiv, Bild 183-1984-
0712-010, Foto: Rainer Weisflog

Sachsen – eine zeitweilige Heimat für Afrikaner zu DDR-Zeiten

Ulrich van der Heyden

- 1 Vgl. solch positive Ausnahmen etwa bei Klaus Müller/Georg Teitschke: Kunstseide aus Pirna. Ein Unternehmen in Deutschlands Zeitläufen, Görlitz/Zittau 2014; Sven Frottscher: Das stählerne Herz von Halle. Lindner/Waggonbau Ammendorf/MSG, Bd. VIII: 1987–1990, Halle (Saale) 2021.
- 2 Vgl. Sara Pugach: African Students in Cold War Leipzig. Using University Archives to Recover a Forgotten History, in: Geert Castryck/Silke Strickrodt/Katja Werthmann (Hrsg.): Sources and Methods for African History and Culture. Essays in Honour of Adam Jones, Leipzig 2016, S. 541-562; Sara Pugach: African Students and the Politics of Race and Gender in the German Democratic Republic, in: Quinn Slobodian

Historiker und historisch Interessierte vor allem aus den alten Bundesländern des heute vereinigten Deutschlands sind oft erstaunt, wieviel Ausländer, in Sonderheit Afrikaner, in den damaligen Bezirken der DDR zeitweilig lebten, die heute zum Freistaat Sachsen gehören. Nur in einigen Fällen ist dieser Fakt in seriösen unternehmens- bzw. betriebsgeschichtlichen Publikationen eingearbeitet worden.¹ In der Fachliteratur wird des Öfteren verwundert festgestellt, dass es etwa in Leipzig, wie die US-amerikanische Historikerin Sarah Pugach feststellte, viel mehr binationale Partnerschaften zwischen Afrikanern und deutschen Frauen gegeben habe, als gemeinhin angenommen.² In einer großen Universitätsstadt sollte dies bei einiger Kenntnis des Alltagslebens in der DDR nicht verwundern, denn immerhin handelt es sich um eine Metropole, in der es nicht nur eine internationale Studentenschaft gab und gibt, sondern wo auch eine Sektion

Afrika- und Nahostwissenschaften sowie ein Institut für tropische Landwirtschaft mit vielen Studenten aus Afrika existierte.³ Allein in den zwei sächsischen Großstädten Karl-Marx-Stadt, dem heutigen Chemnitz, und Leipzig betrug damals der Ausländeranteil jeweils 1,5 Prozent. Das sind, im Verhältnis zu anderen größeren europäischen Metropolen gesehen, nicht allzu viele. Im Vergleich zum gesamten Land, wo der Ausländeranteil zum Ende der DDR zwischen 1,1 und 1,2 Prozent lag, gegenüber den 7,7 Prozent zum gleichen Zeitpunkt in Westdeutschland, ist der ausländische Bevölkerungsanteil zwar als gering, aber nicht als zu vernachlässigende Größe zu bewerten.⁴

Vertragsarbeiter

Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes sollen die Afrikaner vor allem aus Mosambik stehen, denn diese stellen die größte Anzahl von Afrikanern

in der DDR, so auch im heutigen Sachsen. Außer Mosambikanern gab es auch Schwarzafrikaner aus Angola als sogenannte Vertragsarbeiter – allerdings in viel geringerer Anzahl –, die bislang kaum Aufmerksamkeit der Wissenschaft gefunden haben.

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass der Begriff „Vertragsarbeiter“ erst nach dem Mauerfall entstand, als in der Bundesrepublik sozialisierte Journalisten und Historiker hierfür ein Pendant zu den Gastarbeitern suchten. So überführten sie auch größtenteils das nicht gerade positiv gestaltete Narrativ mit in den Osten. In der DDR waren die jungen Menschen als „ausländische Werkstätige“ bezeichnet worden.

Es ist also kein Wunder, dass bei einem Vergleich der Migrationspolitik der DDR und der Bundesrepublik Deutschland eine in den westlichen Bundesländern sozialisierte, dann in Leipzig lehrende Professorin anscheinend ohne Quellenrecherche meinte behaupten zu können: „In Ost und West wurden die ArbeitsmigrantInnen v. a. für relativ schlecht bezahlte, oft gesundheitsgefährdende und physisch belastende Arbeitsplätze vielfach im Schichtsystem, angeworben, die von den deutschen Arbeitskräften gemieden wurden, wie der Fahrzeugbau, die Chemische Industrie oder die Gastronomie. Auf ein ähnliches Problem fanden also beide Staaten eine ähnliche Antwort; in beiden Fällen lässt sich mit einer gewissen Berechtigung von einer Unterschichtung qua ausländischer Arbeitsmigration sprechen.“⁴⁵ Dabei hätte ein kurzer Blick in die durchaus vorhandenen Quellen ihr deutlich machen können, dass kein einziger Vertragsarbeiter in der Gastronomie ausgebildet wurde oder dort arbeitete, dass bis etwa Mitte der 1980er Jahre die Ausbildung vorrangig war und erst danach auf Wunsch der mosambikanischen Regierung das Schwergewicht auf der Arbeit in der Produktion lag. Der größte Unterschied lag jedoch darin, dass die Vertragsarbeiter auf Grundlage von Regierungsabkommen in die DDR kamen, in denen die entsprechenden Bedingungen ausgehandelt waren.

Im Jahre 1982 gab es insgesamt ca. 30.000 solcher nichtdeutschen Auszubildenden und Produktionsarbeiter aus den Ländern des heute sogenannten globalen Südens. Sie befanden sich zumeist in oder nach einer beruflichen Ausbildung in den „volkseigenen“ Betrieben verteilt; zum Ende der DDR waren es etwa 93.000 Menschen. Die gestiegene Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte kam dadurch zustande, dass ab Ende der 1970er Jahre Vertragsarbeiter in die DDR gekommen waren, um in der Wirtschaft eine Ausbildung als Facharbeiter oder zumindest Teilfacharbeiter auf Kosten der Soli-

daritätsleistungen der DDR-Bevölkerung zu erhalten und dann nach einigen Jahren des „learning by doing“ in ihre Heimat zurückzukehren, wo in der Zwischenzeit der Bau von Produktionsbetrieben abgeschlossen sein sollte. Dort sollten dann die fachlich ausgebildeten Heimkehrer eine neue Ökonomie in den von Kolonialismus und Krieg befreiten Ländern aufbauen, um die Folgen der Kolonialzeit oder des Krieges zu überwinden. Das betraf vor allem junge Menschen aus Vietnam (ca. 60.000 im Jahre 1989), Mosambik (etwa 15.500), Kuba (8.000) und Angola (1.300). Aber auch aus anderen Ländern kamen ebenso auf Grundlage von Regierungsabkommen für eine begrenzte Zeit Ausländer in die DDR, die den Bedingungen ihrer Ausbildungs- und Arbeitszeit zugestimmt hatten. Zugleich wurden 55.000 in ihren Heimatländern von DDR-Experten ausgebildet; 39.000 studierten kostenfrei in der DDR.

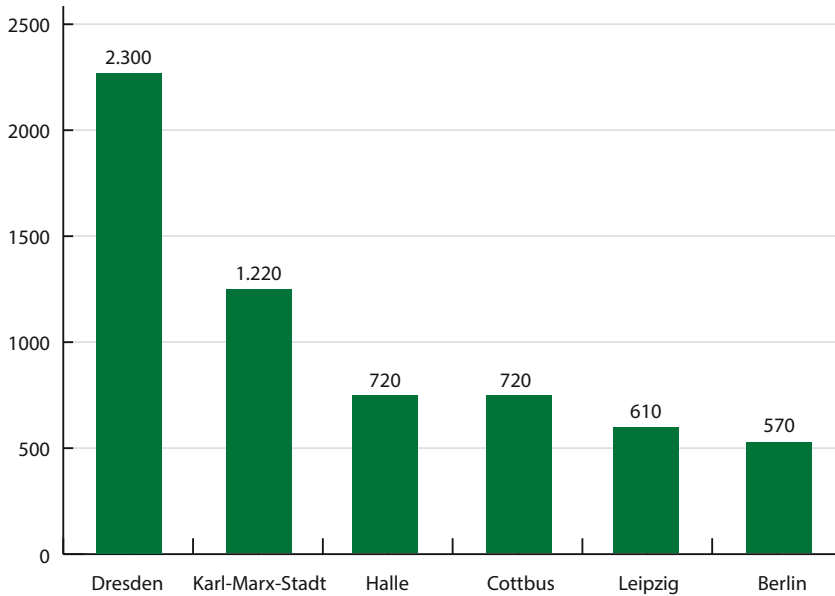
Die mosambikanischen Werkstätigen waren in nahezu allen wichtigen Industriezweigen der Volkswirtschaft der DDR eingesetzt. In Sachsen zum Beispiel, um nur eine kleine Auswahl anzuführen, in folgenden ausschließlich sogenannten Volkseigenen Betrieben (VEB) wie Oberlausitzer Textilbetrieb Neugersdorf (mit zum Ende der DDR 514 Vertragsarbeitern), Schermaschinenbau Lauchhammer (35), Feinoptik Görnitz (46), Reifenwerk Riesa (50), Reifenwerk Dresden (134), Stahl- und Walzwerk Riesa (161), Blechpackungswerk Meißen (38), Möbelwerke Leipzig (26), Glaswerk Freital (31), Zellstoffwerk Pirna (103), Bandtex Pulsnitz (46), Braunkohlewerk Bitterfeld (398), Presswerk Ottendorf-Okrilla (27), Montan Leipzig (44), Wollkämmerei Leipzig (66).

Aus der regionalen Verteilung der Jahre 1982, 1987 und 1989 geht hervor, dass die Mehrheit der Vertragsarbeiter im heutigen Freistaat Sachsen konzentriert war. Mitte des Jahres 1987 lebte die Mehrheit der Mosambikaner in den Bezirken Dresden und Karl-Marx-Stadt.⁶ Die Verteilung der Mosambikaner in der DDR am 30. April 1989 zeigt das obere Diagramm auf der folgenden Seite.⁷

Vor allem am Beispiel der Kategorie der „ausländischen Werkstätigen“ hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Wissenschaft ein Narrativ festgesetzt, welches mit der Wirklichkeit kaum etwas zu tun hat. Das zeigt, dass in der aktuellen Zeitgeschichtsschreibung Sichtweisen und Beurteilungen weitergereicht werden, welche vor allem im Osten Deutschlands auf Kritik stoßen und als Anlass genommen werden, eine Aufarbeitung der DDR-Geschichtsaufarbeitung einzufordern.⁸ Gleiches trifft auf die ehemaligen

(Hrsg.): *Comrades of Color. East Germany in the Cold War World*, New York/Oxford 2015, S. 131-156.

- 3 Vgl. Ulrich van der Heyden: *Die Afrikawissenschaften in der DDR. Eine akademische Disziplin zwischen Exotik und Exempel. Eine wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung*, Münster/Hamburg/London 1999, insbesondere S. 160-203.
- 4 Vgl. Eva-Maria Elsner/Lothar Elsner: *Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR*, Berlin 1992, S. 13.
- 5 Maren Möhring: *Mobilität und Migration in und zwischen Ost und West*, in: Frank Bösch (Hrsg.): *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Göttingen 2015, S. S. 387.
- 6 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (folgend BStU), MfS, HA XVIII, Nr. 19422: *Information zur Lage unter mocabiquanischen Werkstätigen in der Volkswirtschaft der DDR*, 24. September 1987, Bl. 10.
- 7 Bundesarchiv Berlin, DQ 3/2131, o. P.
- 8 Vgl. Ulrich van der Heyden: *Über die Notwendigkeit einer Revision der DDR-Geschichtsschreibung*, in: *Das Historisch-Politische Buch*, Nr. 3, Berlin 2019, S. 313.
- 9 Vgl. einige solcher Stimmen in Ulrich van der Heyden/Wolfgang Semmler/Ralf Straßburg (Hrsg.): *Mosambikanische Vertragsarbeiter in der DDR-Wirtschaft. Hintergründe – Verlauf – Folgen*, Münster 2014.
- 10 Vgl. etwa Frank Bösch/Caroline Moine/Stefanie Senger (Hrsg.): *Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR*, Göttingen 2018; Eric Burton: *In Diensten des afrikanischen Sozialismus. Tansania und die globale Entwicklungsarbeit der beiden deutschen Staaten, 1961-1990*, Boston/Berlin 2021; Andreas Bohne/Bernd Hüttner/Anja Schade (Hrsg.): *Apartheid No! Facetten von Solidarität in der DDR und der BRD*, Berlin 2019.
- 11 Roxana Zimmermann: *Mit Leidenschaft. Interview mit Jerry Fulau*, in: *Mosambik-Rundbrief*, Nr. 88, Bielefeld 2014, S. 38-40.

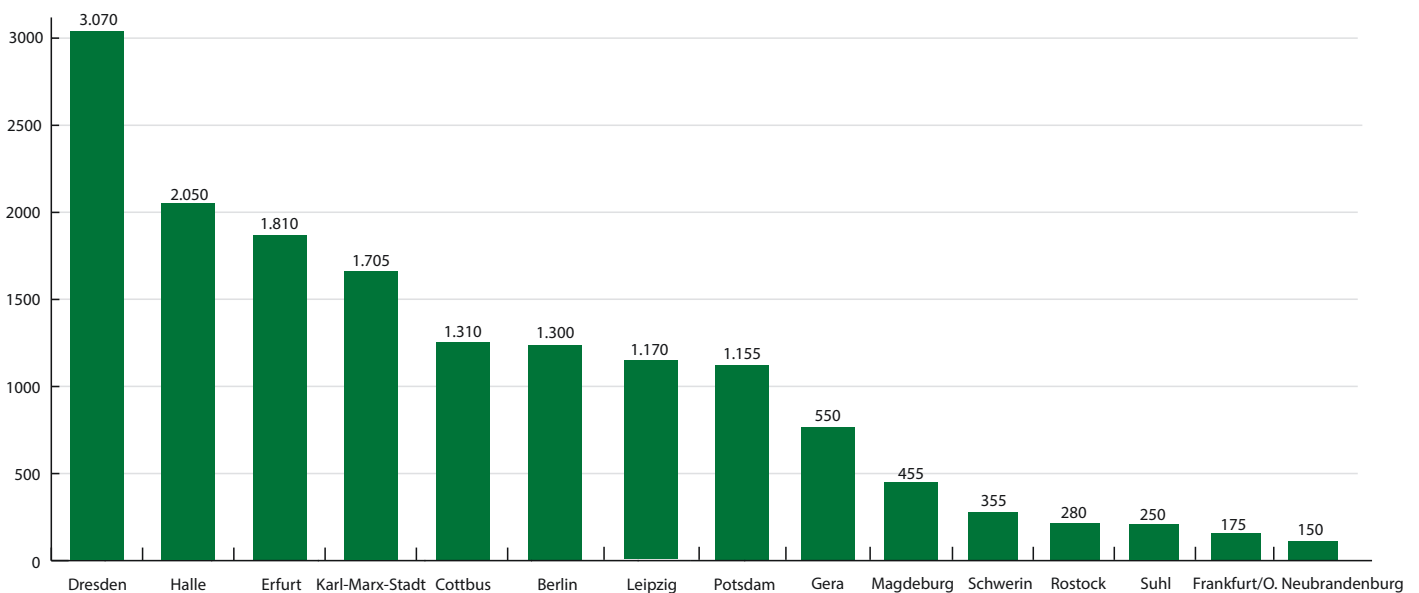


Mosambikanische Vertragsarbeiter in den Bezirken der DDR, Juli 1987

Vertragsarbeiter zu. Eine solche Nichtbeachtung der selbst erlebten Vergangenheit betrachtet letztlich die jungen Menschen aus der „Dritten Welt“ als willenlose Subjekte, was zuweilen deren Unverständnis und Widerspruch hervorruft.⁹ Denn in Büchern, Artikeln für wissenschaftliche Zeitschriften und in der Presse, selbst in Ausstellungen, wird ein irrationales Bild gezeichnet.

In überheblicher Weise, weil die konkreten Erfahrungen der Vertragsarbeiter negierend, werden immer wieder Verfälschungen über die Hintergründe, die Ausbildungsbedingungen und den Verlauf der Vertragsarbeit kolportiert. So wird behauptet, dass die Vertragsarbeiter aus Vietnam und Mosambik „meist von der Bevölkerung separiert“ leben mussten, dass es in den „Wohnheimen strenge Kontrollen“ gegeben habe, dass es auch für Deutsche Kontaktverbote

Mosambikanische Vertragsarbeiter in den Bezirken der DDR, 30. April 1989



zu ihnen gegeben haben soll; ohnehin hätten die Vertragsarbeiter unter „unzureichenden Wohnbedingungen“ gelitten.

Die unrealistischen Darstellungen der Gründe und des konkreten Verlaufs des Lernens und Arbeitens von tausenden jungen Leuten aus dem globalen Süden inmitten der DDR-Gesellschaft verweisen auf eine heute verstärkt zu beobachtende paternalistisch-koloniale Sicht der Autoren und Autorinnen solcher Schriften. Diese beleidigt zudem die DDR-Bevölkerung, die durch ihre von der internationalen Wissenschaft längst bestätigte solidarische Grundhaltung¹⁰ hierfür – mehr oder minder subjektiv gelebt – Opfer brachte. Denn die „Vertragsarbeit“ bereitete letztendlich dem Staatshaushalt der DDR mehr finanzielle Aufwendungen (pro Person etwa 7.500 Mark) als Gewinne. Die Gründe hierfür sind die Kosten für die Übernahme von Heimreisen, Ausstattung mit Kleidung und der Unterkünfte, Nutzung kultureller und sportlicher Einrichtungen, Ausgleich geringerer Arbeitsproduktivität (ca. 80 Prozent eines deutschen Arbeiters), Teilhabe an den schon eng bemessenen sozialen Absicherungen für die Allgemeinheit in der Planwirtschaft, wie medizinische und Urlaubsversorgung und einiges andere.

Bewertung der Betroffenen

Bei einer Beurteilung des Alltagslebens der mosambikanischen Vertragsarbeiter sollten die Betroffenen selbst zu Wort kommen. Ausführlich informierte beispielsweise der Mosambikaner Jerry Fulau über seine DDR-Wohnsituation in Leipzig: „Das waren damals sehr schöne 2- bis 3-Raum-Wohnungen mit Bad und Küche. Alles roch komplett anders und war neu, mit Fußböden, schönen Gardinen und Schränken. Die

Wohnungen waren für DDR-Verhältnisse sehr gut, weil sie beheizt waren, man konnte die Heizung selber regulieren.“¹¹

Ein weiterer ehemaliger mosambikanischer Vertragsarbeiter, der sich in kirchlichen Kreisen in Leipzig bewegte, stellte Anfang des Jahres 1990 auf eine Nachfrage über möglicherweise erfahrenen Rassismus in der DDR fassungslos fest, dass er nach der Wende „sich plötzlich in eine andere Welt“ versetzt fühlte.¹² Dass es Aktivitäten von Afrikanern im kirchlichen Umfeld gab, dass extra ein Pastor aus Mosambik für seine Landsleute in die DDR eingeflogen wurde, erstaunt dann schon einige, die sich das Leben in der DDR ganz anders vorgestellt haben. So behauptet die erwähnte Maren Möhring, dass eine freie Religionsausübung für Ausländer in der DDR nicht gestattet war.¹³ Fakt ist vielmehr, dass es allein schon unter den Vertragsarbeitern aus Kuba und Afrika vielfältige Aktivitäten in der sogenannten CABANA-Bewegung gab. Ausgangspunkt war die Gründung eines Begegnungstreffs für Ausländer in Berlin. Daraufhin entstanden kirchliche Begegnungsstätten in Dessau, Weimar, Erfurt, Halle, Dresden, Potsdam, Freiberg, Suhl, Zwickau, Gotha, Jena, Görlitz und Nordhausen. Hier fanden wöchentliche oder monatliche sogenannte Begegnungsabende statt. Hans-Joachim Döring fasst zusammen und verdeutlicht damit, dass die mosambikanischen Vertragsarbeiter weder isoliert in der DDR-Gesellschaft ein Insel-dasein erlebten noch keinerlei Kontakte zu kirchlichen Einrichtungen unterhalten durften: „Die Mosambikarbeit war in den 1980er Jahren [...] so wichtig, weil wir durch diese unsere entwicklungspolitischen Fragen mit direkten Begegnungen von Männern und Frauen aus Mosambik verbinden konnten. Der menschenrechtliche Ansatz – wichtiger Teil ökumenischer Solidarität – konnte konkret werden.“¹⁴

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass am aussagekräftigsten immer noch die Meinungen der damals Betroffenen sind. So antwortete Dair Nanchaco aus Mosambik im erzgebirgischen Lengfeld auf die Frage im Sommer 1989, wie er und seine Landsleute die Freizeit in ihrer zeitweiligen Heimat verbringen: „Damit wir uns wohlfühlen, sind im Betriebskollektivvertrag nicht wenig Mittel ausgewiesen, um die Bedingungen im Wohnheim so angenehm wie möglich zu gestalten. Zweimal monatlich kommen wir zu Disco-Veranstaltungen im betriebseigenen Kulturhaus zusammen. Wir organisieren Filmveranstaltungen und Exkursionen. Gemeinsam mit der FDJ-Gruppe oder über Jugendtourist besuchen wir Sehenswürdigkeiten in anderen Bezirken. Mit einer eigenen Fußballmannschaft spielen wir in der 2.

Kreisklasse, haben auch eine eigene Gesangs- und Tanzgruppe.“¹⁵

Die Befragung von ehemaligen Vertragsarbeitern über ihr Leben in der DDR ist eine Seltenheit in der wissenschaftlichen Literatur. Es erstaunt immer wieder, wenn man sich mit der Thematik unvoreingenommen beschäftigt, festzustellen, dass erst Theresia Ulbrich, eine Studentin aus Österreich, im Sommer 2009 unter den „Ehemaligen“ in Maputo Zeitzeugengespräche durchführte und so Originalauskünfte über die Situation vor allem zur Freizeitgestaltung der Vertragsarbeiter aus Mosambik in der DDR erhielt. Sie schrieb zu dieser Thematik: „Dass der Aufenthalt nicht nur aus Arbeiten bestand, liegt auf der Hand. Viele ehemalige VertragsarbeiterInnen erzählten mir von den Aktivitäten, die sie in ihrer Freizeit unternahmen. An erster Stelle steht dabei meist das abendliche Weggehen und gesellige Beisammensein in Kneipen und Discos, in denen sie die sozialen Kontakte pflegten und neue Menschen kennenlernen konnten. Darüber hinaus wurden am Wochenende meist Ausflüge unternommen, die kollektiv organisiert wurden – entweder wurden im Zuge dieser Exkursionen andere Wohnheime besucht oder Kulturkurzreisen gemacht. Beispielsweise wurden ehemalige Konzentrationslager aus dem 2. Weltkrieg als Ziel auserkoren, um den MoçambicanerInnen einen Einblick in die Geschichte des Landes zu geben. Einige Male dürfte es auch Reisen in das benachbarte Polen gegeben haben. Einige MoçambicanerInnen erzählten mir, dass sie auch privat Wochenendausflüge in andere Städte Ostdeutschlands unternahmen oder Jahrmärkte besuchten – inklusive Konsumtion von ‚Broiler und Brause‘.“¹⁶ Und Caetano Nantimbo schilderte die ihm bekannten Wohnheime: „Es waren schöne große, neue Häuser. Wir wären glücklich, hätten wir in Mocambique solche Häuser.“¹⁷ Eine Mosambikanerin berichtete an anderer Stelle über ihre damalige Wohnsituation: „Wir waren nur 4 Frauen und kamen in eine 3-Raum-Wohnung. Für uns war es wirklich schön. Wir schliefen in zwei Zimmern und einen Raum hatten wir extra.“¹⁸ Auch andere waren nicht unzufrieden mit der Ausstattung der Wohnunterkünfte – die von den Mosambikanern laut einer der wenigen existierenden Umfragen von den Betroffenen trotz einzelner Kritiken in der Mehrheit als „angenehm“ bezeichnet wurden.¹⁹ Und Orlando ergänzt: „Ich habe dort gute Erfahrungen gemacht und Freundschaften geschlossen [...] Ich kannte viele Mädchen, sogar mehr als Männer. Und wir haben uns viel unterhalten.“²⁰ Der Mosambikaner Clemens Taero sah die DDR sogar als „Zentrum des Universums“.²¹ Es existieren weitere ähnli-

12 Thomas Weigel: Seit 1986. Treffpunkt Ausländer im „Grünen Salon“, in: Nah & Fern. Ein Material- und Informationsdienst für ökumenische Ausländerarbeit, Nr. 5, Berlin 1990, S. 15.

13 Vgl. Möhring (wie Anm. 5), S. 388.

14 Hans-Joachim Döring: Solidarität und Fernweh. Zur Mosambikarbeit des INKOTA-Netzwerks in der DDR, in: Südlink. Das Nord-Süd-Magazin von INKOTA, Nr. 172, Berlin 2015, S. 31.

15 Lothar Horn: Lehrling aus Afrika sitzt nun im Präsidium, in: Tribüne vom 23. August 1989.

16 Theresia Ulbrich: „Madgermanes“. Mocambikanische VertragsarbeiterInnen in der DDR und ihre Rückkehr nach Mocambique. Zur kollektiven Identität der Madgermanes, Diplomarbeit, Universität Wien, Wien 2009, S. 99. Die Schreibweise folgt dem Original.

17 Zitiert in ebenda, S. 11.

18 Zitiert in Eva Engelhardt: „Die haben uns beigebracht, wie man arbeiten kann“, in: Schwarz-weiße Zeiten. AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende. Erfahrungen der Vertragsarbeiter aus Mosambik. Interviews – Berichte – Analysen, Bremen 1993, S. 48.

19 Vgl. Ulbrich (wie Anm. 19), S. 94.

20 Zitiert in Abdul Ilal/Renate Gudat (Hrsg.): „Ein Job! Ein würdiges Leben für alle Mosambikaner ...“ Zur Integration und Reintegration ehemaliger DDR-VertragsarbeiterInnen und -StudentInnen aus Mosambik. Dokumentation, Berlin 1993, S. 91.

21 Zitiert in Ursula Trüper: Die Fremden vom Internat in Staßfurt, in: Welt am Sonntag vom 20. Mai 2007.

22 Perspektivenwende. Illegal: Vom Leben vor und nach der Wende, in: Mosambik-Rundbrief, Nr. 78, Bielefeld 2009, S. 18.

23 Zitiert in Dennis Yücel: Die wütenden Deutschen, in: Süddeutsche Zeitung, Magazin vom 4. April 2011.

24 Carlos Simbini: Interviewprotokoll vom 16. Juli 2010, in: Anne-Katrin Mavanga: Mosambikanische Vertragsarbeiter, Magisterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 2010, S. 167.

25 Sendung im RTL-Nachtjournal am 8. Januar 2013.

- 26 Rechnet man die Summe hinzu, die ihm ausgezahlt worden ist, kam der damals 19-Jährige auf über 2.000 Mark Monatsverdienst. Vgl. Philipp Hedemann: Unbeglichene Rechnung, in: Freie Presse vom 30. Juni 2016.
- 27 Paulino José Miguele: Vom Mythos der Solidarität. Mosambikanische und angolansische Vertragsarbeiter in der DDR, in: Projekt Migration, Köln 2005, S. S. 818.
- 28 Zitiert in Gregor Boldt: Die „verrückten Deutschen“ von Maputo, in: Afrika-Post. Magazin für Politik, Wirtschaft und Kultur, Nr. 1, Göttingen 2011, S. 60.
- 29 BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, KD Stollberg, Nr. 64: Die Lage unter ausländischen Arbeitskräften im VEB Textima, 22. Juni 1988, Bl. 169-171; MfS, HA XX, Nr. 6071/1: Information über eine tätliche Auseinandersetzung zwischen Bürgern der VR Mocambique und der DDR am Abend des 19.06.1988 in Stollberg, in deren Folge ein DDR-Bürger tödlich verletzt wurde, Bl. 128-133; MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Nr. 3181: Ergänzung Berichterstattung der KD Stollberg, 28. Juni 1988, Bl. 128-130.
- 30 Zitiert in Malte Wandel: Madgermanes, DVD, 2014.
- 31 Renate Romberg: Erfahrungen mit Christen aus Mocambique, in: Die Christenlehre. Zeitschrift für den katechetischen Dienst, Nr. 1, Berlin 1990, S. 5.
- 32 Zitiert in ebenda, S. 9.

che Einschätzungen von Betroffenen, die sich wohl am ehesten zusammenfassen lassen mit den Worten, wie sie auch von deutschen Jugendlichen stammen könnten: „Wir genossen die Freiheit in unserem Wohnheim.“²²

Ein deutscher Fotograf notierte 2011, als er Maputo besuchte und ohne langes Suchen ehemalige Vertragsarbeiter kennenlernte: „Glaser, Optiker, Gleisbauarbeiter, Arbeiter aus Textilfabriken und Bergwesen [...], die gut Deutsch sprachen und gern Geschichten aus Dresden oder Karl-Marx-Stadt erzählen.“²³

Zu der immer wieder kolportierten Behauptung, die Vertragsarbeiter seien schlechter bezahlt worden als die DDR-Arbeiter, antwortete ein „Ehemaliger“ auf die Frage: „Habt ihr genauso viel verdient wie eure deutschen Kollegen?“, wie folgt: „Ja, nicht viel anders, vielleicht sogar mehr als die.“ Und was das Leben in der angeblichen Isolation betrifft, antwortete er: „Wir hatten alles, was man brauchen konnte. Zwar nicht alles, aber man hatte ausreichend. Man hat nichts vermisst [...], ich habe nichts vermisst, muss ich ehrlich sagen.“²⁴ Der laut einer TV-Dokumentation in der DDR „gut verdient“ habende ehemalige Vertragsarbeiter Ade Termino erzählte voller Stolz und Wehmut, dass er einst in der DDR 1.670 Mark im Monat verdient habe.²⁵ Laut Aussage eines anderen ehemaligen Vertragsarbeiters verdiente er so viel, dass monatlich 1.800 Mark von seinem Verdienst nach Maputo auf die dortige Staatsbank transferiert worden sei.²⁶

Die Recherchen eines „Ehemaligen“ unter seinen Schicksalsgefährten ergaben: Jene „beurteilten [...] ihre Entsendung in die DDR durchweg als positiv“²⁷, denn, so auch Juma Madeira, ein anderer Betroffener, in der DDR überlebten sie nicht nur an Körper und Geist unbeschadet, sondern sie verdienten „gutes Geld“²⁸, welches sie für die Gestaltung ihrer Zukunft in der afrikanischen Heimat verwenden konnten oder hofften, verwenden zu können.

Konflikte

Es versteht sich von selbst, dass es, wo es Konzentrationen von Jugendlichen in einer zudem mit wenig kultureller Infrastruktur ausgestatteten Region gab, vor allem in Kleinstädten und auf dem Lande, auch zu Streit und Auseinandersetzungen kommen konnte.

So kam es am 3. Juni 1988 zu einer Konfrontation in Eilenburg zwischen ca. 25 mosambikanischen und 35 DDR-Bürgern, in der sie sich gegenseitig mit Steinen und anderen Gegenständen bewarfen. Am 12. Juni 1988 verfolgten in Großenhain ca. 50 jugendliche DDR-Bürger in

der Absicht, eine Prügelei zu provozieren, ca. 20 mosambikanische Bürger nach einer Tanzveranstaltung auf dem Weg zum Wohnheim. Die Jugendlichen konnten nur durch Einsatz von Polizeikräften vom Gelände des Wohnheimes der Mosambikaner gedrängt werden. Am 16. des Monats reagierten in Vockerode ca. 50 mosambikanische Werk tätige aggressiv auf Unstimmigkeiten bei der Lohnzahlung. Drei Tage später kam es in Stollberg nach einer Tanzveranstaltung zu schweren tätlichen Auseinandersetzungen unter Verwendung von Messern und Schlaggegenständen zwischen Mosambikanern und DDR-Bürgern, in deren Folge ein DDR-Jugendlicher tödliche Verletzungen erlitt.²⁹

Zu dieser Thematik soll noch ein „Betroffener“ zu Wort kommen, der seine Erfahrungen, die er als junger Mann in Oschatz machte, wie folgt schilderte: „Als ich in Oschatz ankam, war die Stadt sehr freundlich. Alle mochten uns Mosambikaner sehr. Es ist normal, dass es unter jungen Menschen Reibereien gibt. Das passiert überall. Aber die gesamte Gemeinschaft von Oschatz war sehr liebenswürdig. Sie haben uns nie etwas Schlechtes angetan oder uns beleidigt. Es gab am Anfang ein paar Schwierigkeiten mit Jugendlichen. Wir prügelten uns in den Discos und Gaststätten. Aber mit der Zeit hat das nachgelassen. Ich habe dort nur Freundschaften hinterlassen. Wir haben in der Disco von Zschöllau zusammen Bier getrunken [...]. Das Leben in Oschatz war sehr gut. Wir mochten es. Wir lebten in den Wohnheimen wie Freunde und Brüder [...].“³⁰

Allerdings gab es „Beschwerden“ von Afrikanern über die Atmosphäre in der Gesellschaft, in der sie lebten. Sie beklagten die Mentalität der „nördlichen Menschen“, die sie nicht in der Kaufhalle oder in der Eisenbahn ansprachen. In ihrer Heimat, aus der sie kamen, hatten sie „einen viel engeren und intensiveren Kontakt zueinander und jeder Gast wird aufgenommen wie in einer Familie. Niemand geht an ihm vorbei, ohne ein paar Worte mit ihm zu wechseln.“³¹ Diese interkulturellen Verschiedenheiten wurden dann nach der deutschen Vereinigung, vor allem, nachdem Rassismus und rassistische Gewalt sich etabliert hatten, auf der Suche nach den Ursachen als schon in der DDR vorhandener Rassismus dargestellt.

Die evangelische Kirche kritisierte in einem Arbeitspapier der Ökumenischen Versammlung in Dresden im April 1988 – vermutlich angesichts der zunehmenden Konsumkonkurrenz zum Ende der DDR – „rassistische Verhaltensweisen“ und „rassistische Vorurteile“, die sich als Pauschalurteile verbreiten würden.³²

Autor
Prof. Dr. Dr. Dr. Ulrich
van der Heyden
Humboldt-Universität
zu Berlin
Burgstraße 26
10178 Berlin



Ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter in Sachsen

Vũ Vân Phạm

Historischer Rückblick

Die meisten ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter kamen kurz vor der Wende in den Jahren 1987/88 in die DDR und machten mit 60.000 einen Großteil der Vertragsarbeiter zur damaligen Zeit aus. Aufgenommen wurden Menschen, die in Vietnam als politisch zuverlässig galten. Hinterbliebene von gefallen Soldaten und Widerstandskämpfern oder ehemalige Soldaten selbst konnten sich für die Vertragsarbeit im deutschen Bruderstaat bewerben und wurden bevorzugt. Dabei nahm die DDR nur Personen zwischen 18 und 40 Jahren auf, sozusagen im besten arbeitsfähigen Alter. Nach

der Wende immigrierten vermehrt auch Vietnamesen aus dem Hochschul-, Bildungs- oder Kulturbereich nach Deutschland. Die vor der Wende Eingereisten durften höchstens 40 Jahre alt sein, und ihre vietnamesischen Abschlüsse wurden in der DDR nicht anerkannt.¹ Bis zur Wiedervereinigung machten Männer den Großteil der vietnamesischen Vertragsarbeiter aus. Im Gegenzug kamen während der späteren Migrationsbewegung zwischen 1991 und 1995 überwiegend Frauen nach Deutschland.² Die ersten vietnamesischen Vertragsarbeiter immigrierten im April 1980 und kamen, wie viele andere Nachfolgenden, mit der Absicht, sich wirtschaftlich zu verbessern und ihre Familie in

Vietnamesinnen beim Arbeitseinsatz in Dresden, 1968
Bereits vor 1980 kamen vietnamesische Delegationen in die DDR, jedoch nicht als Vertragsarbeiter.
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

Überarbeiteter Auszug aus einer Situationsanalyse von Vũ Vân Phạm, in vollständiger Fassung abrufbar unter <https://programm-nun.de/hintergrundmaterial/>



Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter aus Karl-Marx-Stadt beim Betriebsausflug in Potsdam, 1988
Foto: privat

Vietnam zu unterstützen. Ebenfalls hofften einige auf eine Bleibemöglichkeit, um ein besseres Leben für sich zu schaffen und eine Familie zu gründen. Die Aussicht auf einen dauerhaften Aufenthalt war jedoch von der DDR von Anfang an nicht vorgesehen. Die Arbeitsverträge waren auf höchstens fünf Jahre befristet, sodass nach Ablauf der Vertragslaufzeit neue Vertragsarbeiter per Rotationsprinzip nachgeholt und die nun ausgedienten Vietnamesen wieder nach Hause geschickt wurden. Für die Vertragsdauer wurde den jungen Frauen und Männern Ersatzausweise ausgestellt, mit denen sie die gleichen Arbeitsrechte wie DDR-Bürger hatten.

Die DDR setzte die Vietnamesen vermehrt im Niedriglohnsektor der Textil- und Lebensmittelindustrie, dem Maschinenbau und der Leicht- und Schwerindustrie ein, um dort den Arbeitskräftemangel zu decken und die Wirtschaft anzukurbeln. Diese Arbeitsbereiche setzten keine besonderen Kenntnisse voraus und wurden daher schlecht bezahlt. Vor allem in Ost-Berlin, Chemnitz (ehemals Karl-Marx-Stadt), Leipzig, Dresden, Erfurt und Jena waren

die Vertragsarbeiter in rund 1.000 Betriebsstätten angestellt.³

Arbeitsbedingungen

Die Aussicht auf eine berufsqualifizierte Ausbildung erwies sich schnell als leeres Versprechen, denn die ehemaligen Vertragsarbeiter mussten oft schmutzige, schwere und gefährliche Arbeiten erledigen, wofür sie keinerlei Berufserfahrung brauchten. Ihr Lohn betrug im Schnitt etwa 400,- DDR-Mark und entsprach dem damaligen Mindestlohn. Von diesem Geld zahlten sie monatlich etwa 30,- DDR-Mark Miete und waren häufig isoliert von DDR-Bürgern in firmeneigenen Wohnheimen in Gruppen untergebracht. Ihre Hin- und Rückreise wurde von ihren Betrieben gezahlt, die neben ihrem Lohn und sonstigen Prämien auch eine Trennungspauschale von 4,- DDR-Mark pro Tag an die Vertragsarbeiter zahlte.⁴ Von ihrem bereits geringen Lohn wurde automatisch zwölf Prozent nach Vietnam für die „Hilfe zum Wiederaufbau und Schutz des Landes“ abgeführt. Dafür gab es andere Sonderregelungen, die die finanzielle Unterstützung der Familie in Vietnam erleichterten.⁵ So durften die Vertragsarbeiter insgesamt zwölf Pakete im Jahr, die jeweils den Wert von 100,- DDR-Mark nicht überschritten, zollfrei nach Vietnam verschicken. Weitere Sonderregelungen machten es möglich, auch größere und wertvollere Pakete zu verschicken. Die sogenannte „Endausreisekiste“, der jedem Vertragsarbeiter bei Vertragsende und Rückreise nach Vietnam zustand, umfasste eine maximale Füllkapazität von bis zu zwei Tonnen. Auch hier gab es Beschränkungen von maximal fünf Fahrrädern, zwei Mopeds, zwei Nähmaschinen und 150 Quadratmetern Stoff. Um Wertverluste bei Geldtransfer und Währungsumrechnung zu vermeiden, war dies eine gängige Strategie, um Waren nach Hause zu schicken, mit denen die Familie Geld erwirtschaften konnte. Durch diese Sonderregelung und die Knappheit in der DDR entstanden unter den DDR-Bürgern Gerüchte und Ressentiments gegenüber den Vertragsarbeitern, die angeblich die Waren aus der DDR leerkauften.⁶ Diese zum Teil feindliche Stimmung ließ die Regierung bewusst zu und informierte die Bevölkerung nicht über die Vertragsinhalte und die für die Vertragsarbeiter geltenden vorteilhaften Sonderregelungen. Beide Seiten wussten wenig voneinander und konnten sich durch die vorhandene Sprachbarriere außerdem schlecht austauschen. Den vietnamesischen Vertragsarbeitern stand zwar ein Deutschkurs zu, dieser dauerte aber höchst-

Vietnamesische Vertragsarbeiterinnen und ihre Betreuerin in Karl-Marx-Stadt, 1989
Foto: privat



ten zwei Monate und vermittelte ausschließlich arbeitsrelevante Vokabeln, sodass eine außerbetriebliche Kontaktaufnahme gezielt erschwert wurde.⁷

Nicht nur, dass das Rotationsprinzip der Arbeitskräfte bereits keine Zukunftspläne zuließ, auch standen die ehemaligen Vertragsarbeiter unter stetiger Angst, ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Bis 1987 waren Schwangerschaften strikt verboten, sodass die Vietnamesinnen vor der Entscheidung standen, ihre Schwangerschaft für die Arbeitsstelle und den Aufenthalt in der DDR durch Abtreibung beenden zu müssen oder frühzeitig mit unehelichem Kind nach Vietnam zurückkehren. Bei Rückkehr wurden viele Frauen zudem oftmals mit Diskriminierungen als „Rückkehrerinnen“ konfrontiert und wurden zudem durch ihre Schwangerschaft der Familienschande bezichtigt. Die Frauen scheiterten mit dem Plan, ihre Familie finanziell zu unterstützen, und mussten zudem der DDR die Kosten für ihren Aufenthalt zurückzahlen.⁸ Deshalb entschieden sich die meisten Frauen gegen ihr Ungeborenes und für die Arbeit in der DDR. Eine frühzeitige Beendigung des Arbeitsverhältnisses und des Aufenthalts in der DDR konnte zum anderen auch durch längere Arbeitsausfälle, Arbeitsunfälle oder auch willkürlich und grundlos erfolgen.⁹

Lebensbedingungen

Abgesehen davon, dass ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter schlechten und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen ausgesetzt waren, gab es im Privatleben der Vietnamesen ebenfalls strikte Reglementierungen, Vorschriften und damit einhergehende Rahmenbedingungen für ihren Aufenthalt im „Bruderland“.

Untergebracht wurden die Vertragsarbeiter in firmeneigenen Wohnheimen, die speziell für sie vorgesehen und oftmals abgeschottet von anderen ostdeutschen Nachbarn waren. Dadurch wuchsen sie zusammen und bewältigten ihren Alltag fernab von zuhause gemeinsam. Weit entfernt von der gewohnten Umgebung, der Familie und Heimat, entstand ein „little Vietnam“ in den Wohnheimen, das mit der Zeit Strukturen entwickelte und die Community stärkte.¹⁰ Arbeitskollegen wurden zu Bezugspersonen, Wohnzimmer zu kleinen Imbissen und gemeinsame Räume zu Festräumen. Spiritualität, die für Vietnamesen eigentlich sehr wichtig ist, konnte in den Wohnräumen nicht ausgelebt werden, da es keine Möglichkeit gab, Altäre nach buddhistischen Vorgaben aufzustellen, geschweige denn Altäre und Räucherstäbchen zu kaufen. Tết-Feste (viet-

namesisches Neujahr) oder Trung Thu-Feste (Mondfest bzw. Herbstfest) wurden, so gut es ging, innerhalb der Wohnheime zelebriert und gemeinsam gestaltet.

Der Zusammenhalt der Community wurde sicherlich auch durch die beengten Wohnsituationen begünstigt. Jeder Person stand eine Wohnfläche von fünf Quadratmetern zu, die sie nicht nur zum Schlafen nutzten, sondern die zum Teil auch zum gemeinsamen Kochen, Waschen, aber auch als Warenlager genutzt wurde. Jedes Zimmer wurde von bis zu vier Mitbewohnern bezogen, indem sie entweder in Doppel- oder Einzelbetten schliefen. Teilweise waren die Wohnheime aber auch überbelegt. Besonders in den Jahren 1987/88, in denen viele vietnamesische Vertragsarbeiter gleichzeitig kamen, waren die Behörden mit der Unterbringung in den Unterkünften überfordert. Innerhalb der Wohnheime herrschten strenge Hausordnungen. Verstöße wurden an die vietnamesische Botschaft weitergeleitet und konnten zur Rückkehr nach Vietnam führen. Männer und Frauen wurden strikt getrennt sowie eine Ausgangssperre für die späten Abendstunden und ein generelles Besuchsverbot für außenstehende Deutsche veranlasst. Tag und Nacht herrschten Einlasskontrollen, bei denen Besucher ihre Ausweise an der Pforte hinterlegen mussten.¹¹

In den jeweiligen Wohnheimen hatten sogenannte Gruppenleiter eine übergeordnete Funktion, die darin bestand, die Arbeitsmoral und Disziplin der Vertragsarbeiter zu gewährleisten. Die Gruppenleiter waren selbst Vietnamesen und wohnten ebenfalls im Wohnheim und waren, dank ihrer besseren Deutschkenntnisse, im stetigen Austausch mit Betriebs- und Wohnheimleitern. Oftmals wurden wiederkehrende Vertragsarbeiter oder einige Jahre zuvor in Deutschland ausgebildete Vietnamesen als Gruppenleitung auserkoren.¹² Mit der steigenden Anzahl von Vertragsarbeitern in der DDR und somit auch der vermehrten Bewohnerzahl innerhalb der Unterkünfte wurde die Sicherstellung der Regeln und Restriktionen nun lascher. Es gab schlichtweg zu wenig Personal, um die Einhaltung und die Durchsetzung der Ausgangssperre oder der Hausordnung, z. B. der strengen Geschlechtertrennung, zu kontrollieren.¹³ Es entstanden vermehrt Liebesbeziehungen innerhalb der Wohnheime, und, da man in Vietnam wenig über Sexualität und Verhütung gelernt hatte bzw. dieses Thema vom vietnamesischen Schulsystem tabuisiert wurde, kam es zu vielen Schwangerschaften. Eine natürliche Gegebenheit bei jungen Menschen, die auf engen Raum lebten und verkehrten. Bis 1990 haben schätzungsweise 300 Frauen pro

- 1 Mike Dennis: Arbeiten im kommunistischen Paradies, in: Bengü Kocatürk-Schuster/ Arnd Kolb/Thanh Long/Günther Schultze/Sascha Wölck (Hrsg.): UnSichtbar – Vietnamesisch-Deutsche Wirklichkeiten, Köln 2107, S. 78-97, hier S. 82.
- 2 Nga Thi Thanh Mai/Gabriel Scheidendecker: Die Unterschätzten. In: VLab Berlin (Hrsg.): Ist Zuhause da, wo die Sternfrüchte süß sind? Berlin 2020, S. 117-129, hier S. 121.
- 3 Uta Beth/Anja Tuckermann: „Heimat ist da, wo man verstanden wird“. Junge VietnamesInnen in Deutschland, Berlin 2008, S. 19 ff.; Dennis (wie Anm. 1), S. 72 ff.; Thanh Mai/Scheidendecker (wie Anm. 2), S. 118 ff.
- 4 Uta Beth/Anja Tuckermann: Geschichte, Arbeit und Alltag vietnamesischer Migrant_innen, in: Kien Nghi Ha (Hrsg.): Asiatische Deutsche – Vietnamesische Diaspora and Beyond. Berlin 2012, S. 99-118, hier S. 102; Dennis (wie Anm. 1), S. 83.
- 5 Dennis (wie Anm. 1), S. 81 ff.; Karin Weiss: Zwischen Vietnam und Deutschland. Die Vietnamesen in Ostdeutschland, in: Karin Weiss/Hala Kindelberger (Hrsg.): Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern. Zwischen Transferexistenz und Bildungserfolg, Freiburg im Breisgau 2007, S. 72-96, hier S. 74.
- 6 Beth/Tuckermann (wie Anm. 3), S. 19 f.
- 7 Ebenda, S. 18 f.
- 8 Mike Dennis: Die vietnamesischen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in der DDR 1980-1989, in: Karin Weiss/Mike Dennis (Hrsg.): Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 15-51, hier S. 38 ff.
- 9 Beth/Tuckermann (wie Anm. 3), S. 18.
- 10 Dennis (wie Anm. 1), S. 90; Weiss (wie Anm. 5), S. 78.
- 11 Dennis (wie Anm. 8), S. 21 ff.
- 12 Dennis (wie Anm. 1), S. 83 ff.
- 13 Dennis (wie Anm. 8), S. 25; Dennis (wie Anm. 1), S. 86.

- 14 Beth/Tuckermann (wie Anm. 4), S. 102 f.
 15 Dennis (wie Anm. 1), S. 86; Weiss (wie Anm. 5), S. 138 f.
 16 Weiss (wie Anm. 5), S. 74 ff.
 17 Minh Thu Tran/Vanessa Vu: Rice and Shine. Podcast Folge 12: Deutsche Ersatzverwandte, 2019, verfügbar über: <https://riceandshine.podigee.io/12-ersatzverwandte>.
 18 Weiss (wie Anm. 5), S. 88 f.
 19 Ebenda, S. 76.
 20 Beth/Tuckermann (wie Anm. 3), S. 19; Dennis (wie Anm. 1), S. 94 f.; Christina Roger: Von Vietnam zum Sommer der Integration. Eine Kontextualisierung deutscher „Willkommenskultur“, in: Bengü Kocatürk-Schuster/Arnd Kolb/Thanh Long/Günther Schultze/Sascha Wölck (Hrsg.): Unsichtbar – Vietnamesisch-Deutsche Wirklichkeiten, Köln 2107, S. 70-77, hier S. 75 ff.

Jahr ihre Heimreise aufgrund einer Schwangerschaft antreten müssen. Die Frauen trieben oft mehrmals ab und verstanden zum Teil nicht, was diese Prozedur bedeutete. Um Abtreibungen in Zukunft zu verhindern, wurde den vietnamesischen Frauen zwar Verhütungspillen empfohlen, aber durch die fehlende Aufklärung wurden diese oftmals vergessen oder führten zu Unverträglichkeiten. Zudem mussten die Frauen und Männer sich oft selbst um die Beschaffung der Verhütungsmittel kümmern.

Erst später realisierten viele Frauen, wie menschenunwürdig mit ihnen umgegangen wurde. Wie viele Frauen abgetrieben haben ist nicht bekannt, dennoch war wohl die Hälfte der krankheitsbedingten Ausfälle durch einen Schwangerschaftsabbruch bedingt. Abtreiben mussten sie, um als Arbeitskraft erhalten zu bleiben. Andererseits versuchte man eine Integration der Vertragsarbeiter zu vermeiden. Dazu gehörte auch, dass keine ihrer Nachkommen in Deutschland zur Welt kommen, geschweige denn hier aufwachsen sollten.¹⁴

Die laschere Durchsetzungen der Regeln ermöglichte außerdem neue wirtschaftliche Wege, mit denen die Vertragsarbeiter ihr geringes Einkommen aufzustocken konnten. Nach der Arbeit in den jeweiligen Betrieben machten sich die Männer und Frauen auch im Wohnheim an die Arbeit und stellten in ihren Zimmern, manchmal auch in selbst so bezeichneten Wohnheimwerkstätten, vorwiegend Kleidungsstücke her. Besonders Jeansjacken und -hosen waren in der DDR begehrt und konnten von den Vietnamesen, im Vergleich zum DDR-Handel, schneller und günstiger hergestellt werden.¹⁵

Die Stoffe erwarben die Vertragsarbeiter entweder selbst oder sie wurden von Betreuern oder Meistern des Betriebs eingekauft, die sie dadurch bewusst unterstützten. Die lukrative Schattenwirtschaft war zunächst durch keine Regelungen eingeschränkt. Viele DDR-Bürger nutzen das Marktangebot und knüpften Kontakte mit den Vertragsarbeitern. Endlich hatten Vietnamesen und Deutsche offiziell Kontakt geknüpft, auch wenn es von den Behörden ungern gesehen war.

Die Beziehungen zu Ostdeutschen

Ehemalige Chemnitzer Vertragsarbeiter empfanden die Beziehung zu Ostdeutschen vor dem Fall der Mauer als überwiegend freundlich und offen. Der Arbeitskontext war von Hilfsbereitschaft und Herzlichkeit geprägt.¹⁶ Dabei muss man bedenken, dass durch die sprachliche Distanz Alltagsrassismen, Anfeindungem

und vor allem Mikroaggressionen für die Vertragsarbeiter nicht sichtbar waren. Da sie zum Teil noch nie zuvor damit konfrontiert worden waren, konnten sie diese Erfahrungen nicht als Rassismus einordnen.

Berichten von ehemaligen Vertragsarbeitern zufolge, kümmerten sich Meister der Betriebsabteilungen sowie Betreuer um die jungen Männer und Frauen, veranstalteten Ausflüge, private Treffen und Feiern. Sie erinnern sich an Wochenendausflüge in umliegende Orte, bei denen es freundliche und interessierte Begegnungen mit anderen DDR-Bürgern gab. Innerhalb der Betriebe waren Betreuer und Meister für die Vertragsarbeiter zuständig und standen ihnen im Arbeitsalltag sowie bei persönlichen Anliegen zur Seite. Sie nutzen beispielsweise ihre Kontakte, um Mopeds oder Textilstoffe und andere Waren für den Paket- und Warenversand der Vietnamesen zu besorgen und ihnen das Wirtschaften für ihre Familie zu erleichtern. Neben den Ausflügen, gemeinsamen Essen und Zusammenkünften gab es auch sehr fürsorgliche Beziehungen. So nahmen sich viele Ostdeutsche, die im gleichen Betrieb arbeiteten, der jungen Frauen und Männer an und unterstützten sie im Alltag bei Kummer und Krankheit. Einige Viet-Deutsche der zweiten Generation erinnern sich bis heute an ihre deutschen Ersatzverwandten, zu denen nach der Wende weiterhin Kontakt bestand oder neu entstand.¹⁷

Der Kontakt zu außenstehenden Deutschen, der nicht durch den Betrieb hergestellt wurde, wurde hingehen ungern gesehen und durch ein Besuchsverbot im Wohnheim geregelt. Außerhalb der Wohnanstalt gab es kein offizielles Kontaktverbot, dennoch hielt sich der Kontakt zu außenstehenden Deutschen in Grenzen. Das lag zum einen daran, dass die Vertragsarbeiter sich in der Community aufgefangen und verstanden fühlten, andererseits war die Kommunikation anfangs ohnehin durch sprachliche Barrieren gehemmt.¹⁸ Durch den Betrieb organisierte kurze und direkte Arbeits- und Heimwege empfanden Vertragsarbeiter äußerst praktisch. Sie fühlten sich dadurch sicher und routiniert. Auch diese Routine brach irgendwann auf, und man knüpfte außerhalb der Community Kontakte. Die Vietnamesen nahmen die kontrollierenden Rahmenbedingungen und Regeln ihres Zusammenlebens zunächst als Sicherheitsgefühl und Ordnung auf, die von Struktur und Organisation geprägt waren. Vor allem stellte die Arbeit und das Wirtschaften in der DDR aber eine ökonomische Absicherung dar, die es so davor und danach nie mehr gab.¹⁹

Mit dem Zuzug weiterer Vertragsarbeiter in die DDR und dem Zuwachs von Wohnheimbewohnern wurden die Regeln immer weniger eingehalten und vermehrt auch heimliche Liebesbeziehungen zu Deutschen geführt. Vertragsarbeiter im ehemaligen Karl-Marx-Stadt berichten von nächtlichen Besuchen durch deutsche Frauen, die durch die Wohnheimplanzen stiegen. So entstanden die ersten Kinder von ehemaligen Vertragsarbeitern. Kontakte und Beziehungen kamen z. B. durch den Handel mit Jeansjacken zustande.

Das Gefühl von Sicherheit innerhalb und außerhalb der vietnamesischen Community wandelte sich nach der Wende mit der Zunahme von öffentlichen Anfeindungen und rassistischen Ausschreitungen gegen Vietnamesen, welche z. B. in den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda gipfelten. Eine feindliche und von Konkurrenzkampf geprägte Stimmung breitete sich aus und ist bis heute zu spüren. Grund dafür war unter anderem die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die nach der Wiedervereinigung Deutschlands aufgrund der Schließung von zahlreichen DDR-Betrieben und dem Verlust von Arbeitsplätzen extrem angespannt war.²⁰

Nach der Wende: Zigarettenhandel, Unsicherheit und Selbstständigkeit

Die Wende stellte für viele ehemalige DDR-Bürger zunächst einen befreienden Umbruch dar. Ehemalige Vertragsarbeiter standen aber vor einer ungewissen Zukunft und dem baldigen Ende ihrer Arbeitsabkommen. Im Juni 1990 wurde der Arbeitskräfte-Kooperationsvertrag zwischen Vietnam und der DDR abgeändert und damit beschlossen, dass gültige Verträge auslaufen sollten oder bereits innerhalb von drei Monaten beendet werden konnten. Besonders Betriebe, die nach der Wiedervereinigung schließen mussten, entließen daher zunächst ausländische Vertragsarbeiter. Für die, die sich für eine freiwillige Rückreise entschieden, gab es eine sogenannte Rückreisepremie in Höhe von 3.000,- DM. Das damals durchaus attraktive Angebot nahm ein Großteil der Vietnamesen an. Mit diesem Geld konnten viele in der Heimat ein Grundstück kaufen, ein Haus bauen oder ein Geschäft eröffnen.²¹ So kehrten bis 1991 rund 45.000 ehemalige Vertragsarbeiter aus der DDR nach Vietnam zurück.

Die Rückkehrer konnten in Vietnam auf wenig Hilfe hoffen. Der Staat, der die Frauen und Männer ursprünglich als Arbeitskräfte in das Bruderland entsandte, fing die Frauen und Männer kaum auf und leistete ihnen keine Hil-

fe bei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft oder den Arbeitsmarkt. Belastend waren außerdem die Ressentiments aus dem sozialen Umfeld, denn die Rückkehrer galten nun als „neureich“ und erlebten Fremdheitserfahrungen in ihrem eigentlich gewohnten Umfeld.²² Die rund 25.000 Vietnamesen, die sich für einen Neustart in Deutschland entschieden, standen ebenfalls vor erheblichen Hürden. Sie waren mit vielen Bleiberechts- und Integrations-schwierigkeiten konfrontiert.²³ Die vietnamesischen Männer und Frauen wagten einen großen Schritt ins Ungewisse und erhofften sich eine Chance, ihre Familie in Vietnam weiterhin zu unterstützen und sich ein Leben in der westlichen Welt zu eröffnen. Die Bundesregierung ging davon aus, dass die Arbeitskräfte nach Ablauf des Abkommens zurückkehrten, und ignorierte dabei, dass Menschen kamen, die eigene Bestrebungen und Wünsche hatten. Es bestätigte sich erneut, dass die ins Land geholten Vertragsarbeiter nie einen Anspruch auf einen langfristigen Aufenthalt und die Integration in die deutsche Gesellschaft haben sollten. Ihr Aufenthalt wurde geduldet, aber sie mussten sich selbst beweisen und ihre Existenz in einem Land aufbauen, das sie nicht unterstützte. Zwar stand ihnen ein theoretischer Anspruch auf eine Arbeitsvermittlung zu, doch wurde sie ihnen oftmals vorenthalten, da die Betriebe in erster Linie deutsche Staatsbürger bevorzugten. Ebenfalls führten Ressentiments und die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt dazu, dass Vietnamesen „außen vor“ gelassen wurden. Bis heute herrscht das Vorurteil, dass „sie uns die Arbeit wegnehmen“.²⁴ Für die ehemaligen Vertragsarbeiter war es ohnehin schon schwer, sich aufgrund von fehlender Qualifikation auf dem deutschen Arbeitsmarkt durchzusetzen. Ein weiteres offensichtliches Hindernis

21 Karin Weiss: Vietnamesische „Vertragsarbeiter_innen“ der DDR seit der deutschen Wiedervereinigung, in: Bengü Kocatürk-Schuster/Arnd Kolb/Thanh Long/Günther Schultze/Sascha Wölk (Hrsg.): UnSichtbar – Vietnamesisch-Deutsche Wirklichkeiten, Köln 2107, S. 111–125, hier S. 112 f.

22 Mehr Informationen zu Rückkehrern nach der Wende finden sich auf Youtube: „Rückkehr aus der DDR nach Vietnam und die Probleme beim Neuanfang (Doku 1993)“ (<https://youtu.be/PsiGTu-GiNh0>) und in einem Bericht der Internationalen Organisation für Migration von 2013, der Menschen thematisiert, die teilweise erst 23 Jahre nach der Wende nach Vietnam zurückkehrten. Es zeigt ihre Beweggründe und ihre Wünsche für den Neustart bzw. die Fortsetzung ihres Lebens in Vietnam.

23 Birgitt Röttger-Rößler: Wenn positive Stereotypisierung reduziert, in: Bengü Kocatürk-Schuster/Arnd Kolb/Thanh Long/Günther Schultze/Sascha Wölk (Hrsg.): UnSichtbar – Vietnamesisch-Deutsche Wirklichkeiten, Köln 2107, S. 274–287, hier S. 276 f.

24 Weiss (wie Anm. 21), S. 112 ff.

Tuyét Hương Phạm auf ihrem langjährigen Blumenstand auf dem Chemnitzer Markt, 2000
Foto: privat





Nhr Đức Nguyễn auf seinem lang-jährigen Blumenstand auf dem Chemnitzer Markt, 2000
Foto: privat

waren die fehlenden Deutschkenntnisse, die die Arbeitssuche und die Ausübung mancher Berufe erschwerte.

Als oftmals einzige Chance nutzen viele ehemalige Vertragsarbeiter nach der Wende die Selbstständigkeit und die Gewerbebegründung. Dabei nutzen sie gezielt die Erwerbstätigkeit in Nischengewerben, die bis heute noch von vielen ehemaligen Vertragsarbeitern geführt werden. Vor allem im Obst- und Gemüsehandel, im Textil- und Blumenhandel sowie in Gastronomie- oder Imbissbetrieben findet man vietnamesische Betreiber und Angestellte.²⁵ Damals betrieben einige Vietnamesen auch illegale Geschäfte wie den Handel mit unverzollten Zigaretten. In der Zeit von Existenz- und Rechtsunsicherheiten sahen einige den illegalen Handel als den einzigen Weg, um sich ihren Lebensunterhalt zu sichern. Für viele war es schlichtweg nicht möglich, auf legalem Wege Geld zu verdienen. Dazu kam die chaotische Phase nach der Wende, als die Grenzen von Legalität und Illegalität für viele nicht durchschaubar waren.²⁶ Das Bild der vietnamesischen „Zigarettenmafia“ und deren illegalen Machenschaften wurde besonders von den Medien genutzt, um Vietnamesen zu stigmatisieren und die feindliche Stimmung in der Gesellschaft anzukurbeln.²⁷

Mit der neuen, wenn auch ungewollten Selbstständigkeit kamen Freiheiten hinzu, die während der Vertragsarbeit unmöglich waren. Nun war es den Frauen und Männern möglich, selbst über ihr Gewerbe, ihre Arbeitsweise und ihre Branche zu entscheiden. Mit der Wende und der Einführung der D-Mark war die Arbeit und das verdiente Geld außerdem wertvoller. Das bewegte sie noch mehr dazu, in Deutschland zu bleiben, um so gut und so viel es geht zu wirtschaften und ihre Familien in Vietnam zu unterstützen²⁸.

Mit den Jahren verbesserten die Vietnamesen ihr Deutsch, nahmen an Weiterbildungen teil oder lernten die Sprache im Arbeitsleben. Trotzdem sind die Deutschkenntnisse vieler Vietnamesen der ersten Generation begrenzt und vor allem als Nischensprache ausgeprägt. Der Weg der Selbstständigkeit ging oftmals mit langen Arbeitszeiten und Selbstausbeutung einher, da viele Läden und Betriebe innerhalb des Nischengewerbes, aber auch in Konkurrenz mit deutschen Geschäften die Preise drücken mussten, um für den deutschen Markt attraktiv zu sein.²⁹

Trotz Erwerbstätigkeit und eigener Einnahmen war der Aufenthaltsstatus vieler ehemaliger Vertragsarbeiter unsicher. Nach der Auflösung ihrer Arbeitsverträge verloren sie außerdem ihre Wohnheimplätze und waren auf dem Wohnungsmarkt ebenfalls auf sich allein gestellt, was durch ihre geringen Einnahmen und durch die Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt erschwert wurde. Vertragsarbeiter berichten von einer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und einer systematischen Ablehnung vietnamesischer Wohnungskandidaten.³⁰ Lediglich sehr alte und teils baufällige Wohnungen konnten die Vietnamesen beziehen und versuchten, sich dort ihr neues Zuhause einzurichten.

Bleiberecht und Familienzusammenführung

Die ehemaligen Vertragsarbeiter hatten unterschiedlichste Wünsche und Zukunftspläne. Mit der Zeit und den sich drastisch umschlagenden Ereignissen schwankte der Wunsch zwischen Heimat und Bleiben. Die Ungewissheit, ob und wann sie Deutschland verlassen und dessen Möglichkeiten und Chancen den Rücken kehren müssen, trieb die Frauen und Männer in unermüdliche Arbeitszeiten und in die Selbstausbeutung. Viele hatten das Gefühl, die gute wirtschaftliche Lage nach der Wende so gut es geht ausnutzen zu müssen, um sich ein (Familien-)leben in Deutschland aufzubauen. Andererseits sollten Einnahmen aus dem Gewerbe gleichzeitig die Familie in Vietnam unterstützen. Mit der Unsicherheit des Bleibens konnten die Pläne von heute auf morgen umgeworfen werden.

Im Jahr 1993 gab es einen Beschluss zur Aufenthaltsbefugnis für die ehemaligen Vertragsarbeiter. Dieser ermöglichte einen Aufenthalt für zwei Jahre, der an bestimmte Bedingungen gekoppelt war. Wenn auch nicht zufriedenstellend und gerade einmal auf zwei Jahre befristet, stellte die Regelung für viele ehemalige Vertragsarbeiter einen ersten Schritt in einen legalen und sicheren Aufenthalt dar. Erst 1997 erfolgte nach

25 Weiss (wie Anm. 5), S. 82; Antonie Schmitz: Transnationalität als Ressource? Netzwerke vietnamesischer Migrantinnen und Migranten zwischen Berlin und Vietnam, Bielefeld 2011, S. 56 f.

26 Weiss (wie Anm. 21), S. 78, 114 f.

27 Beth/Tuckermann (wie Anm. 3), S. 51; Pipo Bui: Envisioning Vietnamese Migrants in Germany. Ethnic Stigma, immigrant origin narratives and partial masking, Münster 2003, S. 23 ff.; Tamara Hentschel/Thuy Nonnemann/Günter Piening/Alke Wierth: Eine Integrationsdebatte der anderen Art. Von der illegalisierten „Zigarettenmafia“ zum „Musterschüler“?, in: Kien Nghi Ha (Hrsg.): Asiatische Deutsche – Vietnamesische Diaspora and Beyond. Berlin 2012, S. 140-153; Weiss (wie Anm. 21), S. 115.

28 Weiss (wie Anm. 21), S. 113.

29 Weiss (wie Anm. 5), S. 84; Schmitz (wie Anm. 25), S. 181 f.

30 Beth/Tuckermann (wie Anm. 3), S. 20; Weiss (wie Anm. 5), S. 87.

jahrelangen Protesten und Bemühungen von ehemaligen Vertragsarbeitern gemeinsam mit engagierten Deutschen eine Neuregelung des Bleiberechts, die einen sicheren und zeitlich unbegrenzten Aufenthalt ermöglichte. Erst dann war es vielen möglich, eine vorausschauende Zukunft für ihre Familie in Deutschland zu planen. Um einen Anspruch auf die Bleiberechtsregelung zu erhalten, mussten die Personen einen festen Wohnsitz sowie eine Erwerbstätigkeit ohne die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen nachweisen.³¹ Mit dieser Regelung war es nun auch möglich, Familienmitglieder aus Vietnam nachzuholen. Etwa die Hälfte der ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter hatte mit ihrer Vertragsarbeit in der DDR ihre Ehepartner und oftmals auch Kinder zurückgelassen.³² Die nachgeholt Kinder werden auch als sogenannte 1,5. Generation der Vietnamesen bezeichnet. Sie verbrachten einen großen Teil ihrer Kindheit in Vietnam und wurden oftmals von ihren Großeltern versorgt und großgezogen. Es entstanden Eltern-Kind-Beziehungen, die von großen Entfernungen, sporadischem Briefaustausch und Sachgeschenken geprägt waren und eine emotionale Distanz zwischen den Familienmitgliedern bewirkten.³³

1995 betrug die Zahl der Vietnamesen in den ost-deutschen Bundesländern bereits wieder 96.000. Die ursprüngliche Zahl von geschätzten 25.000 Verbliebenen stieg vor allem durch Familiennachzüge sowie eine neue Migrationsbewegung, vorrangig durch Menschen aus zentralvietnamesischen Provinzen.³⁴ Begünstigt wurde die Zuwanderung von Vietnamesen nach der Wende durch die transnationalen Netzwerke, die etablierten Migrationswege und das soziale Auffangnetz der ehemaligen Vertragsarbeiter. Eine oft genutzte Migrationsstrategie sind z. B. arrangierte Schein-vaterschaften mit einem Partner, der einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder deutschen Pass besitzt. Das nachgeholte Kind besitzt in dieser Konstellation dann ein unbefristetes Bleiberecht bzw. eine deutsche Staatsbürgerschaft.³⁵

Ehemalige Vertragsarbeiter heute

Bis heute leben in Sachsen viele Vietnamesen, ehemalige Vertragsarbeiter und ihre Kinder oder sogar Enkelkinder. Die Frauen und Männer, die sich für ein Leben in Deutschland entschieden, arbeiten häufig noch im Nischengewerbe und haben sich in der Gastronomiebranche, im Dienstleistungsservice oder im Einzelhandel etabliert und gehören seit vielen Jahren zum Stadtbild der Klein- und Großstädte. Sie gründen in ihren Wohnorten vietnamesische Vereine, veranstalten Feste und

halten als Community zusammen. Hingegen sind Vietnamesen der ersten Generation meist wenig politisch engagiert und desinteressiert. Das Streben nach wirtschaftlichem Wohlstand scheint wichtiger zu sein als politische Teilhabe und demokratische Mitbestimmung.

Integration bedeutet für Vietnamesen unter anderem die Anpassung an neue Lebensumstände und das Zurechtfinden in neuen Situationen. So würden manche sagen, dass sie sich durch ihre Vertragsarbeit im DDR-Betrieb schnell in die deutsche Gesellschaft integriert haben, andere würden meinen, dass zu einer Integration der deutsche Pass und ein Sprachzertifikat nötig sind. Vermutlich ist der deutsche Pass, der mit den Jahren immer schwieriger zu beantragen ist, für viele ehemalige Vertragsarbeiter aber eher unerheblich für ihre Integrationsprozesse in Deutschland. Für viele ist die wirtschaftliche Integration, die finanzielle Absicherung und ein sorgenarmes Leben in Deutschland ausschlaggebend für eine gelungene Integration. Wer die Alltagssprache beherrscht, sich ein soziales Netzwerk aufgebaut hat und sich in seiner Stadt zurechtfindet, gilt nicht nur als angekommen, sondern auch etabliert.

Die zweite Generation der Viet-Deutschen und Deutsch-Vietnamesen

Die nachfolgenden Generationen der ehemaligen Vertragsarbeiter bevorzugen immer öfter die Eigenbezeichnung „Viet-Deutsche“ oder „Deutsch-Vietnamesen“. Mit Hilfe des differenzierten Ausdrucks ist es möglich, die bikulturellen Sozial- und Gesellschaftskompetenzen zu verdeutlichen und eine vielfältige Identität zuzulassen. Die zweite und vor allem die dritte Generation identifiziert sich, durch das Aufwachsen in der deutschen Mehrheitsgesellschaft, überwiegend als viet-deutsch. Dennoch geben ihre vietnamesischen Eltern ihnen Werte und Vorstellungen in der Erziehung und Sozialisation mit, die sie prägen und positionieren. Diese Generationen, die zum großen Teil in Deutschland geboren wurden, sind an öffentlichen Debatten interessierter als ihre Eltern. Die bikulturelle Sozialisierung und Identifikation sowie ihr Bildungsweg, der sie mit der Sprache und Kultur der Mehrheitsgesellschaft ausstattet, bewegt sie dazu, kritischer zu sein. So werden z. B. Diskurse über vermeintliche vietnamesische Musterschüler und Vorzeigemigranten von Stimmen Viet-Deutscher durchbrochen, gefährliche Klischees benannt und aufgebrochen und endlich politische Teilhabe von Vietnamesen und Viet-Deutschen in der Gesellschaft eingefordert.

- 31 Weiss (wie Anm. 5), S. 81 f.; Karin Hopfmann: Der Kampf um das Bleiberecht, 2020, verfügbar über <https://www.boell.de/de/2020/05/19/der-kampf-um-das-bleiberecht-den-1990er-jahren-oder-das-private-ist-das-politische>.
- 32 Beth/Tuckermann (wie Anm. 3), S. 18.
- 33 Röttger-Rößler (wie Anm. 23), S. 278 f.
- 34 Than Mai/Scheidecker (wie Anm. 2), S. 119.
- 35 Ebenda, S. 126 f.

Autorin
Vũ Vân Phạm
Leipzig



Das Gelände der wüsten Burgstelle Nidberg im Luftbild. Links oben der Löwenkopffelsen, rechts daneben die Ruine der ehemaligen Feldscheune, in der rechten Bildhälfte die von Bäumen gesäumte Hohlle des Fernweges Rochlitz – Komotau
© Landesamt für Archäologie Sachsen, Foto: Ronald Heynowski

Die Anfänge der Stadt Zöblitz im Erzgebirge

Zur Ersterwähnung der Stadt vor 700 Jahren

Volkmar Geupel

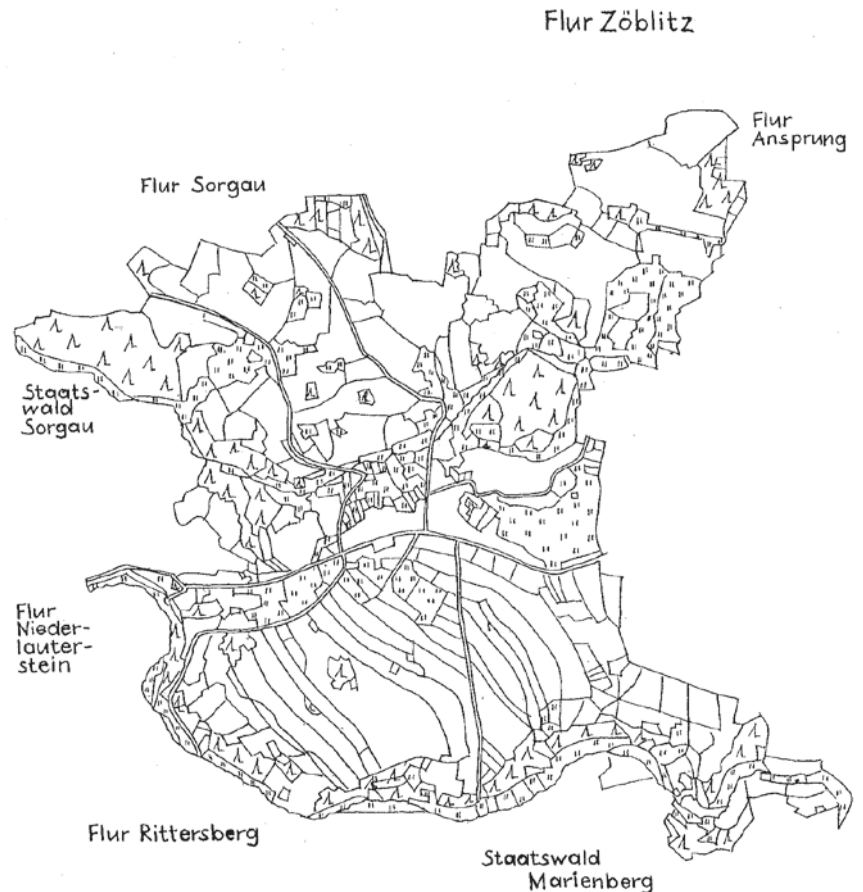
Ich danke meinem ehemaligen Kollegen Peter Degenkolb herzlich für freundlichst erteilte Auskünfte zu den Herren von Erdmannsdorf und unsere damit verbundene Diskussion.

Vor 700 Jahren, am 5. Oktober 1323, wurde die Kleinstadt Zöblitz im mittleren Erzgebirge als „stetechen Zcobelin mit dem zcolle“ erstmals urkundlich erwähnt¹, 1361 wird Zöblitz „opidum Lutersteyn“ genannt². Im 14. Jahrhundert war Zöblitz demnach ein Städtchen mit einer Zollstelle und städtischer Mittelpunkt der Grundherrschaft Lauterstein. Beide Quellen dokumentieren ein bereits fortgeschrittenes Stadium der Entwicklung des Ortes, dessen mutmaßliche Anfänge aber auf siedlungskundlichem Wege erschlossen werden können. Der

Blick auf das Flurkroki zeigt, dass das Zöblitzer Flurbild mit der klassischen Waldhufenflur im Süden und der regellosen Parzellenflur im Norden zweigeteilt ist. Erstere als die ältere Flurform belegt, dass der Ausgangspunkt der Entwicklung ein einreihiges, sich entlang der heutigen Johannisstraße erstreckendes Waldhufendorf war, an dessen Gehöfte die in südöstlicher Richtung verlaufenden Waldhufen anschlossen. Die Waldhufendörfer, bei denen Dorf- und Fluranlage eine fest verschmolzene Einheit bildeten³, stellten die typische, agrartechnisch

moderne und effektive Siedlungsform der Zeit der hohen Kolonisation dar.⁴

Mit der Stiftung des Reichsklosters Chemnitz 1136 durch Kaiser Lothar III. (1133–1137) und seiner Frau Richenza sowie der Verleihung des Marktrechts an das Kloster 1143 durch König Konrad III. (1138–1152) waren wichtige Voraussetzungen für die Entstehung des Reichslandes Pleißen (terra plisnensis, benannt nach dem Fluss Pleiße) unter Kaiser Friedrich I. Barbarossa (1152–1190) geschaffen worden⁵, zu welchem große Teile Westsachsens einschließlich des westlichen und mittleren Erzgebirges⁶ gehörten. Mit der Formierung des Pleißenlandes zwischen 1158 und 1165/72 setzte die durch die Klimagunst in der Zeit vom 11. bis zum 13. Jahrhundert⁷ beförderte und rasant Fahrt aufnehmende Rodung des Gebirgswaldes unter Führung reichsländischer und reichsnaher Geschlechter – neben einigen edelfreien bzw. burggräflichen vor allem reichsministerialische Familien – ein. Sie kamen, wie auch die die Rodungen realisierenden Bauern, meist aus entfernten Gebieten, insbesondere aus Franken und der Oberpfalz. Ersteren boten sich in dem Neusiedelland der Erwerb eigener Herrschaft und sozialer Aufstieg, letzteren gaben u. a. der garantierte Erhalt ihrer Besitzrechte an Hof und Feld sowie fest umrissene Abgaben den Anreiz für die Übersiedelung. Die ersten Rodungsräume waren inselartige Auflichtungen im Gebirgswald, die nur sehr vage zu umgrenzen sind. Zwischen den Waldhufendörfern und ihren Fluren ist anfangs noch mit größeren Restwäldern zu rechnen, die erst im Laufe der Zeit mit der Erweiterung der gegründeten Kernfluren verkleinert wurden oder ganz verschwanden. Aus dem Westerzgebirge liegt mit der Stiftungsurkunde Friedrich Barbarossas für Klosterlein Zelle bei Aue von 1173⁸, wonach die Zelle 60 Neubruchhufen als Ausstattung und den Zehnten von allen künftig gerodeten Hufen erhalten soll, ein schriftliches Zeugnis für den in den siebziger Jahren des 12. Jahrhunderts laufenden Rodungs- und Siedlungsprozess vor. Bereits um 1200 war das Pleißenland bis in die Kammlagen von West- und Mittel erzgebirge erschlossen.⁹ Förderlich für die herrschaftlich geplante und geleitete Aufsiedelung des Berglandes waren die vom frühen 12. Jahrhundert an in schriftlichen Quellen fassbaren, von Altenburg und Leisnig ausgehenden und das Gebirge von Nordwest nach Südost querenden Böhmisches Steige.¹⁰



Auch für den mittelerzgebirgischen Raum um Zöblitz bildete ein solcher Fernweg, dessen Verlauf die Orte Rochlitz – Zschopau – Lauterbach – Zöblitz – Rübenau – Komotau (Chomutov) markieren¹¹, die Siedelbahn. Er erscheint in zwei Quellen, erstens in der Grenzumschreibung der dem Kloster Zschillen (Wechselburg) 1174 überwiesenen Ländereien¹² und zweitens in der Grenzbeschreibung des Hersfelder Eigens¹³ mit dem Teilstück zwischen den Flüssen Zschopau und Pockau. Hier wird im Fortgang der Beschreibung mit dem Nidberg, den Werner gebaut hatte („Nidperc, quod Wernherus edificaverat“), die heutige Zöblitzer Flur erreicht. Obwohl nicht explizit als Burg benannt, kommt kaum etwas anderes in Frage: Nidberg/Neidberg ist ein häufig belegter Burgname, der den sog. Trutznamen („Neid“, „Hass“, „Streit“) zugeordnet wird.¹⁴ 1923 von Leo Bönhoff im Bereich des Löwenkopffelsens am östlichen Talrand der Pockau zwischen Niederlauterstein und Kniebreche lokalisiert¹⁵, wurde sie dort 1976/1977 archäologisch nachgewiesen.¹⁶ Danach bildete der wahrscheinlich durch angesetztes Gesteinsmaterial vergrößerte und geformte Felsstock des Löwenkopfes die Kernburg. Dessen Plateau bot kaum

Flurkroki von Zöblitz
aus: Billig/Geupel (wie Anm. 9),
Abb. 5

mehr als einem turmburgartigen Gebäude Platz, das wohl nicht versteint war, sondern weitgehend aus Holz und Fachwerk bestand. Diese Anlage wurde von zwei aus dem Felsen geschlagenen Halsgräben mit einer Mauer dazwischen abgeriegelt. Davor befand sich eine größere Vorburg, die im Osten, an der Angriffsseite, von zwei mit Palisaden bewehrten Erdwällen mit vorgelegten Gräben begrenzt war.

Den Bauherrn des Nidberges identifizierte Manfred Kobuch¹⁷ aufgrund seines eher selten vorkommenden Rufnamens Werner als Angehörigen der Familie von Erdmannsdorf, welche zuvor bei Altenburg ansässig¹⁸ und deren Übersiedlung in das pleißenländische Ausbaugelände möglicherweise mit verdecktem Namenswechsel¹⁹ verbunden war. Die Benennung nach dem Waldhufendorf Erdmannsdorf an der Zschopau erscheint erstmals gesichert mit der Bezeugung der Urkunde Markgraf Dietrichs des Bedrängten (1197–1221) vom 31. März 1206 durch Wernherus de Ertmaresdorf.²⁰ Dessen Vorfahr der ersten Generation im Neusiedelland Erzgebirge, der Erbauer des Nidberges, dürfte mit dem gleichen Namensträger Wernherus in der Zeugenreihe der Ministerialen der Urkunde Markgraf Konrads des Großen (1124–1157) vom 30. November 1156²¹ identisch sein. Die Herren von Erdmannsdorf gehörten damit zu den früh im Erzgebirge agierenden niederadligen Geschlechtern.²² Die Einordnung der von Erdmannsdorf in die hiesige Adelslandschaft wird kontrovers diskutiert: Herbert Helbig²³ und Harald Schieckel²⁴ und diesen folgend u. a. Gerhard Billig²⁵ und Manfred Kobuch²⁶, zählten sie zur pleißenländischen Reichsministerialität, Karlheinz Blaschke²⁷ und Karl-

heinz Hengst²⁸ u. a. sahen sie dagegen im Umfeld bzw. in der Klientel der Markgrafen, was vielleicht auch ihre vorrangige Zeugenschaft für die Wettiner²⁹ erklären könnte. Eine sichere Entscheidung in dieser Frage, die nur von mediävistischer Seite gelöst werden kann, ist aber vorerst nicht zu treffen.

Von Walter Schlesinger³⁰ wurde die Grenzbeschreibung des Hersfelder Eigens, welche die Burg Nidberg nennt, zeitlich in die Spanne zwischen den Gründungsjahren der Klöster Chemnitz (1136) und Altzella (1162) eingeordnet. Die Erwähnung des Baues der Burg in der vollendeten Vergangenheit (Plusquamperfekt) lässt darauf schließen, dass dieser beim Eingang in die schriftliche Quelle ein abgeschlossener, zurückliegender Vorgang war. Mit Blick auf den zu dieser Zeit noch nicht (oder gerade erst) angelauten langjährigen Formierungsprozess des Reichslandes Pleißen zwischen 1158 und 1172³¹ stellte Maike Günther³² und dieser folgend der Verfasser³³, den Zeitanatz für den Bau der Burg um 1150 in Frage. Karlheinz Hengst sieht in dem Nidberg-Erbauer Werner, seiner Mitbezeugung der Urkunde Markgraf Konrads des Großen von 1156 entsprechend, einen Gefolgsmann des Markgrafen, seinerzeit Klostersvogt der Chemnitzer Benediktiner-Abtei. In dessen Auftrag soll Werner einen frühen Landesausbau in dem südöstlich an das Kloster anschließenden Landstrich westlich der Zschopau realisiert und an der Pockau die Burg Nidberg errichtet haben.

Wenn der Urkundenzeuge und der Bauherr des Nidberges ein und dieselbe Person ist, was als sehr wahrscheinlich anzunehmen ist, dann kann davon ausgegangen werden, dass die Herren von Erdmannsdorf bereits um die Mitte des 12. Jahrhunderts in dem Raum zwischen Chemnitz und Zschopau präsent waren. Der angesprochene Landstreifen entlang der Zschopau, den sie wohl auch kolonisiert haben, gehörte zum Streubesitz der Familie von Erdmannsdorf³⁴, welche trotz ihrer Initiativen in Siedlung und Burgenbau nie zu einem geschlossenen Herrschaftsterritorium gelangt ist. Mit dem frühen Nachweis jenes Werners, der den Nidberg gebaut hatte, erscheint die Einordnung der Burg in die zweite Hälfte der für die Hersfelder Grenzbeschreibung von Walter Schlesinger in Anspruch genommenen Datierungsspanne von 1136 bis 1162, d. h. in die Jahre um oder wenig nach 1150, als durchaus realistisch. Da das schriftliche Zeugnis den Nidberg als (fertig) gebaut er-

Bergseitiges Gelände der wüsten Burgstelle Nidberg, rechts die Feldscheune
Foto: Volkmar Geupel



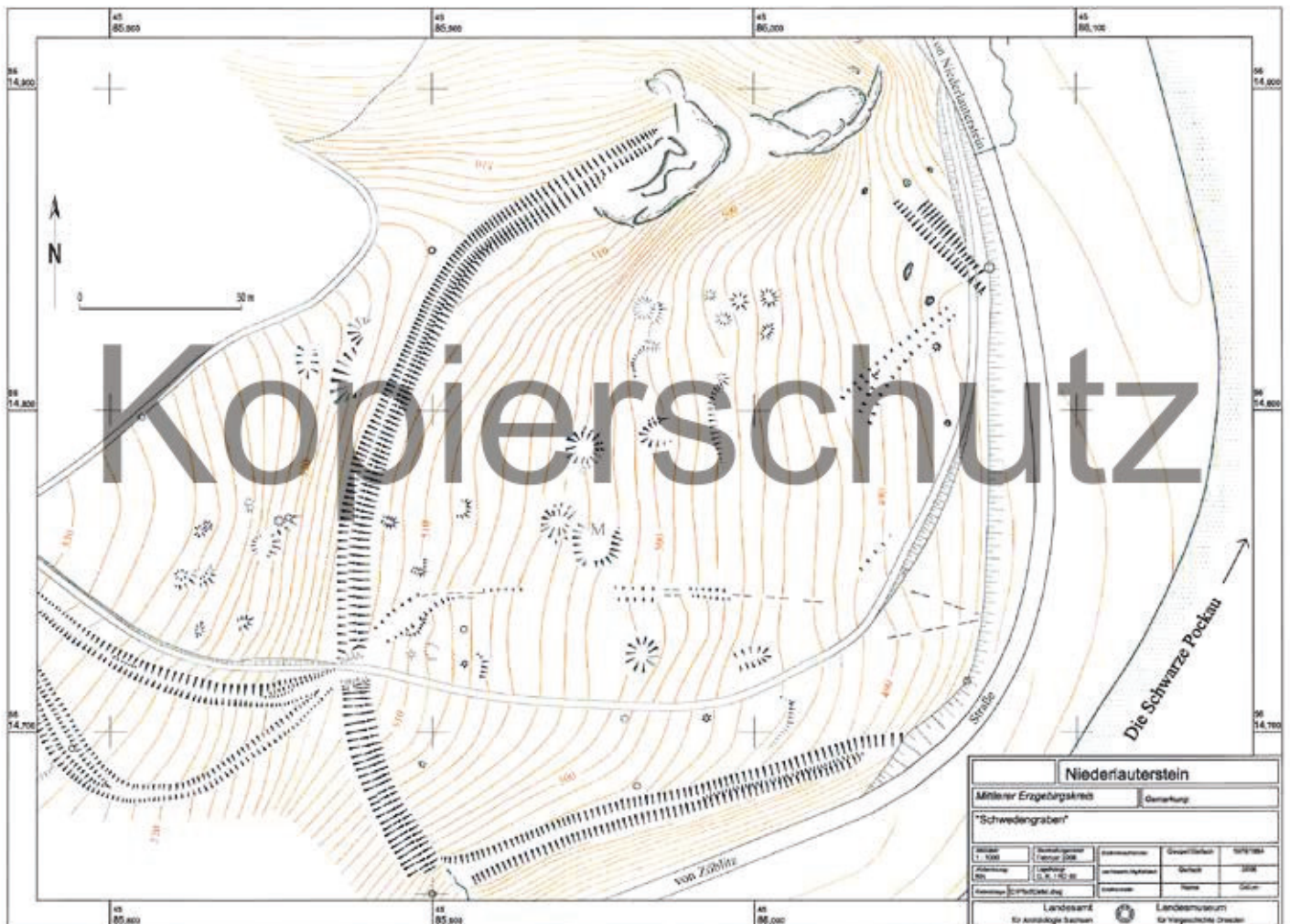
wähnt, muss die Grenzbeschreibung etwas später, aber vor 1162 entstanden sein. Die Burg kann nur im Kontext der beginnenden Kolonisation des höheren Berglandes gesehen werden. Mit ihrem Standort auf dem Löwenkopffelsen wurde ein für die Besiedlung strategisch wichtiger Punkt besetzt. Sie beherrschte den letzten Abschnitt des gebirgsüberschreitenden Fernweges vor dem Übergang nach Böhmen und fungierte wohl auch als Zollstätte. Mehr oder weniger gleichzeitig mit der Errichtung der Burg wird auch die Rodung des Waldes zur agrarischen Erschließung des Gebirgsbodens durch bäuerliche Kolonisten eingesetzt haben, sodass ab dem sechsten Jahrzehnt des 12. Jahrhunderts mit der Anlegung der ersten Waldhufendörfer gerechnet werden muss. Da ihre Gründung nicht in Urkunden eingegangen ist, bleiben deren Namen offen; sicherlich gehörte aber Zöblitz als das der Burg nächstgelegene Dorf dazu. Der Ortsname Zöblitz ist nicht slawischer Herkunft, wie manchmal behauptet wird³⁵ – die Endung auf -itz ist nicht ursprünglich im Na-



Der steinerne Unterbau der Feldscheune nach dem Brand 1992
Foto: Volkmar Geupel

men, denn die erste Nennung lautet Zcobelin, – sondern ein mit dem Personennamen Zobel gebildeter deutscher Name.³⁶ In der Vorburg des Nidbergs steht eine Ruine aus Bruchsteinmauerwerk, welche bis 1992 mit einer Feldscheune überbaut war. Der Baukörper von 6,25 x 6,6 m mit Mauerstärken zwischen 1,8 und 2,1 m weist einen Innenraum von 2,7 x 2,7 m bzw. von 7,3 m² auf.³⁷ Es spricht alles für ein mittelalterliches Bauwerk, wahrscheinlich einen Turm. Der Standort an der aus dem Böhmischem Steig hervorgegangenen Passstraße lässt

Vermessungsplan der Wüstung „Schwedengraben“
© Landesamt für Archäologie Sachsen





Ausgegrabenes Grubenhaus. Um die Fichte zu erhalten, musste ein kleiner Teil des Hauses unausgegraben bleiben.
© Landesamt für Archäologie Sachsen

einen Zusammenhang mit jener und dem 1323 urkundlich angesprochenen Zoll – ursprünglich ein königlicher, später ein grundherrlicher Zoll – vermuten, der hier eingenommen worden sein könnte. Das Gebäude ist nicht datiert, der massive Steinbau spricht aber für das 13. oder 14. Jahrhundert und könnte einen Vorgänger aus Holz oder Fachwerk ersetzt haben. Die Fernstraße verlief von hier aus im Zuge von Schlossberg- und Johannisstraße in Zöblitz und strebte in der Fortsetzung südlich an Ansprung vorbei zur Passhöhe in Rübenau.

Der Burgstelle gegenüber, auf der anderen Seite des Tales, befindet sich auf einer von

der Pockau in einem Bogen umflossenen Geländezunge eine namenlose Wüstung. Sie wird von einem Trockengraben begrenzt, welcher ein dem Gelände angepasstes unregelmäßiges Viereck von 250 m Durchmesser umschließt. In der örtlichen Tradition ist der Graben als „Schwedengraben“ überliefert. Im Südwesten führt ein von Lauterbach über das ehemalige Vorwerk Neudeck (1559 „forwerk Neideck“)³⁸ kommender, am Hang dreispurig auffächernder Hohlweg in das Wüstungsareal hinein, durchzieht dieses diagonal und verlässt es im Nordosten. Im weiteren Verlauf furtete der Weg die Pockau – heute durch die Flussregulierung sowie den Straßen- und den Bahnbau unterbrochen – und steigt auf der östlichen Talseite zum Nidberg auf. Mit dieser Verbindung zwischen Lauterbach und dem Nidberg, die im Zuge der Besiedlung entstanden war, wurde die Lokalität an das Wegenetz angeschlossen. Ausgrabungen in der Wüstung förderten Grubenhäuser und Backöfen zutage und erbrachten Hinweise auf Eisenverhüttung (Rennfeuer- und Schmiedeschlacken) und Buntmetallverarbeitung.³⁹ Die Topographie, die Umhegung mit einem Graben und letztendlich die archäologischen Funde und Befunde weisen die Siedlung als nichtagrarisch-städtisch strukturiert aus, die Entsprechungen in den sog. „Burgflecken“ findet.⁴⁰ In direkter Nachbarschaft zu einer Burg, bei Höhenburgen wie dem Nidberg weit unterhalb – „im Schatten der Burg“ – gelegen, waren Burgflecken Handwerker- und Marktsiedlungen, welche als unmittelbares Zubehör der Burg galten und diese wenigstens teilweise versorgten.⁴¹ Das archäologische Fundmaterial datiert den Burgflecken „Schwedengraben“ in die Zeit vom späten 12. bis zum späten 13. Jahrhundert/um 1300. Der Umfang des vom Nidberg aus erschlossenen Rodungsraumes ist nur sehr vage zu bestimmen. Zu den frühen Waldhufendörfern, die im 12. Jahrhundert angelegt worden sind, gehört neben Zöblitz auch Lauterbach. Die dortige Pfarrkirche, welche nach der Fluranalyse in einem Zuge mit der Dorfgründung erbaut worden sein muss, gilt als Mutterkirche der Zöblitzer Kirche.⁴² In dieser kirchlichen Verbindung ist mit Maïke Günther ein Indiz für eine frühere herrschaftliche Zusammengehörigkeit zu sehen.⁴³ Hypothetisch sind Zöblitz im Osten und Lauterbach im Westen zwei Eckpunkte des vom Nidberg aus kolonisierten Gebietes. Während des laufenden Siedlungsprozesses wurde zu Beginn des 13. Jahrhunderts auf der westlichen Seite des Pockautales die Burg Lauterstein errichtet.⁴⁴



Burgruine Lauterstein
Foto: Volkmar Geupel

Sie beherrschte hier den Flussübergang des Fernweges und war ein dem Nidberg nachgeordneter Stützpunkt der Kolonisation in dem wahrscheinlich für größere Ausdehnung vorgesehenen Gebiet. Ein mit dem Lauterstein verbundener Rodungsraum ist jedoch nur schwer zu fassen.⁴⁵

Der Burg Nidberg als Zentrum einer Rodungsinsel um das mittlere Pockautal kam eine komplexe Funktion zu: Sie war Sitz der siedelführenden Herren von Erdmannsdorf, die die bäuerliche Rodung und Siedlung organisierten, sie war vermutlich Einnahmestelle des königlichen Zolls und Grenzburg zu Böhmen an der Südostecke des Reichslandes Pleißen. Der an die Burg gebundene Burgflecken versorgte nicht nur den Herrnsitz, sondern auch die aus entfernten Gebieten kommenden Kolonisten mit gewerblichen Produkten und handwerklichen Leistungen. Für die im Umfeld und weitab vom Altsiedelland entstandenen Waldhufendörfer war die Nutzung der hier angesiedelten Gewerbe gleichermaßen unverzichtbar. Dass der Burgflecken dem entsprechend frequentiert worden war, bezeugen die drei teilweise tief ausgefahrenen und sich vor dem Eingang in den abgegangenen Ort an der Westseite vereinenden Weggleise. Wahrscheinlich umfasste das Einzugsgebiet auch die Siedlungsinseln um die Burg Liebenstein mit Ullersdorf und um die namenlose Burg am Nonnenfelsen mit Schletta (Wüstenschletta) und Hilmersbach.⁴⁶

Die Urkunde von 1323 lässt auf weittragende Veränderungen im Verlaufe des 13. Jahrhunderts schließen. Das mutmaßlich von den Herren von Erdmannsdorf erschlossene Gebiet um die Burgen Nidberg und Lauterstein

sowie der zu dieser Zeit im Besitz der Herren von Wiera befindliche Rodungsraum mit der Burg am Nonnenfelsen waren in den Herrschaftsbereich Schellenberg integriert worden. Die von ihrer Stammherrschaft um die Burg Schellenberg (Augustusburg) aus in das obere Bergland zwischen Flöha und Preßnitz strebenden Reichsministerialen von Schellenberg hatten hier im Zusammenhang mit ihrer Herrschaftsbildung und -abrundung in den kleinen, als wirtschaftliche Grundlage für selbständige Herrschaften nicht ausreichenden Rodungsräumen Fuß gefasst; Einzelheiten darüber bleiben aber im Dunkeln: Möglicherweise waren die hier ansässigen kleinen Herrschaftsträger wie die Genannten verdrängt oder aus anderem Grund zum Abzug bewegt worden. Die Erdmannsdorfer vollzogen in diesem Zusammenhang eine Rückwendung in das markmeißnische Altsiedelland Nordwestsachsens.⁴⁷

Der Herrschaftsbereich Schellenberg umfasste im frühen 14. Jahrhundert ein Gebiet, das sich von der Zschopau im Osten bis an die Vogtei der Wettiner Freiberg und von der Gegend um Oederan nach Süden bis auf den Erzgebirgskamm erstreckte. Das von Kaiser Friedrich II. (1212-1250) 1243 anlässlich der Verlobung seiner Tochter Margarethe mit Albrecht (1240-1314), dem Sohn Markgraf Heinrichs des Erlauchten (1221-1288), als Mitgift an die Wettiner verpfändete Pleißenland wurde 1290 von König Rudolf von Habsburg (1273-1291) aus der wettinischen Pfandherrschaft ausgelöst und, wenn auch nur kurzzeitig, als Königsland wiederhergestellt (Revindikation), bevor es 1324/1329⁴⁸ endgültig an die nach ihrem Sieg in der Schlacht bei Lucka 1307 und dem Tod Kö-



Zöblitz, Federzeichnung von Wilhelm Dilich, um 1626/29. Vorn rechts der Serpentinsteinbruch in der heutigen Schlossbergstraße Nr. 8.

nig Albrechts (1298–1308) 1308 gestärkten Wettiner übergang. Um 1300 erscheinen die Erdmannsdorfer wieder im Erzgebirge, im weiteren Umfeld ihres einstigen Kolonisationsraumes: 1299 sind sie in Forchheim⁴⁹, 1299 und 1307 führend in der Burgmannschaft von Zschopau⁵⁰ und 1304 als Verwalter des Lautersteins⁵¹ urkundlich bezeugt.

Wahrscheinlich in schellenbergischer Regie erfuhren die Burgen Nidberg und Lauterstein einen Bedeutungswandel. Der Lauterstein war in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts eine mit steinerner Ringmauer und Bergfried ausgestattete Anlage⁵², was wohl der gewachsenen Bedeutung der Burg entsprach, die sich mehr und mehr als Zentrum des obererzgebirgischen Teiles des Herrschaftsbereiches Schellenberg heraus hob. Der Nidberg hingegen trat bedeutungsmäßig zurück; die Burg wurde schließlich aufgegeben und mit ihr fiel auch gegen Ende des 13. Jahrhunderts der zugehörige Burgfleck wüst. Da bei den Ausgrabungen nirgendwo Brandschichten oder andere Anzeichen von Zerstörungen angetroffen wurden und sich das Fundmaterial auf normalen Siedlungsabfall beschränkte, muss von einer geplanten, friedlichen Aufgabe des Burgflecks durch seine Bewohner ausgegangen werden, die alles Brauchbare mitgenommen haben. Allein die Zollstätte könnte an ihrem Standort in der Vorburg des Nidberges überlebt haben, deren massiver Steinbau ohnehin für eine etwas jüngere Zeitstellung spricht.

Mit der Auflassung des Burgflecks ist die Frage verbunden, ob die Entwicklung von Zöblitz vom bäuerlichen Waldhufendorf zum Städtchen damit in Zusammenhang gebracht und an eine Siedlungsverlegung gedacht werden kann. Als Hypothese bietet sich an, dass sich die Bewohner der aufgegebenen burgabhängigen Siedlung in dem Dorf Zöblitz, den Gehöften gegenüber an der Nordseite der heutigen Johannisstraße, niedergelassen haben, wo sich aus der Neuansiedlung der Gewerbe für den Nahmarktbedarf und befördert durch die wesentlich günstigere Lage unmittelbar an der gebirgsüberschreitenden Fernstraße die Kleinstadt entwickelte.⁵³ Mit der Umwandlung des Bauerndorfes zum Städtchen verbindet sich ein erster Faktor der Entstehung der regellosen Parzellenflur, ein zweiter wurde mit der Entdeckung des Serpentinits Ende des 15. Jahrhunderts wirksam: Der Abbau und die Verarbeitung dieses Gesteins verliehen neue wirtschaftliche Impulse, die um/ab 1500 zur Bildung einer Gewerbesiedlung der Serpentinsteinhandwerker führten.⁵⁴

Im späten 13. Jahrhundert geriet der Herrschaftsbereich Schellenberg in den Fokus der Mediatisierungsbestrebungen der Markgrafen von Meißen. Besitzstreitigkeiten zwischen den Reichsministerialen von Schellenberg und dem Hauskloster der Wettiner Altzella nutzten die Markgrafen – vorgeblich zum Schutz des Klosters – zum Eingreifen. Die Schellenberger Fehde⁵⁵, die 1286, 1292 und 1323 mit Expeditionen der Markgrafen zum Schellenberg militärisch ausgetragen wurde, endete für die wegen Landfriedensbruch und ihrem radikalen Vorgehen gegen das Kloster der Reichsacht verfallenen Herren von Schellenberg mit dem Verlust ihres gesamten Besitzes im Pleißenland. Ihre reichsunmittelbare Herrschaft ging 1324 in die Hände der wettinischen Landesherren über, die nun ihre Oberhoheit im mittleren Erzgebirge abrunden konnten. Bereits 1323 war Markgraf Friedrich I. der Freidige (1307–1323) im Besitz von Burg und Herrschaft Lauterstein, welche er in jenem Jahr im Tausch gegen Einkünfte in Leipzig, Freiberg und Großenhain an Burggraf Albrecht IV. von Altenburg und Burggraf Otto I. von Leisnig verlehnte.⁵⁶ Die sich wohl erst in der Zeit der Revindikation nach 1290 formierte Herrschaft Lauterstein etablierte sich in der Folgezeit als profitable Grundherrschaft der Burggrafen von Leisnig – eine von mehreren Grundherrschaften, die sie nach dem Verlust ihrer reichsunmittelbaren Stellung als Vasallen der Wettiner erwarben. Sie umfasste 14 Dörfer⁵⁷, Zöblitz als städtischen Mittelpunkt der Herrschaft mit Markt und Einnahmestätte für Vieh- und Geleitszölle, ferner umfangreiche Waldungen. 1434 verkauften die Leisniger Burggrafen die Herrschaft an die Patrizierfamilie Berbisdorf aus Freiberg, welche 1497 Burg und Herrschaft in Ober- und Niederlauterstein teilte und die mittelalterliche Anlage schlossartig ausbaute. 1559 kaufte Kurfürst August von Sachsen (1553–1586) die Grundherrschaft und verwandelte sie in ein wettinisches Amt. Der Amtssitz befand sich auf dem Lauterstein, nach dessen Zerstörung 1639 u. a. in Zöblitz von 1684 bis 1697 und von 1752 bis 1819.⁵⁸

Hier, an der Schwelle zur Neuzeit, sei der Abriss der historischen Entwicklung von Zöblitz beendet. Er ist auch als Entgegnung auf Publikationen von Kurt Ihle⁵⁹ und Andreas Christl⁶⁰ gedacht, deren Darstellungen der Geschichte des Zöblitzer Raumes mangels Quellenkenntnis oder als die Quellen abwegig interpretierend zurückgewiesen werden müssen.

- 1 Hans Patze (Bearb.): Altenburger Urkundenbuch 976-1350, Jena 1955, Nr. 518.
- 2 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10004 Kopiale, Nr. 27, fol. 55v und Nr. 29, fol. 157r (alt 154r). Die Quelle ist „eine Leibgedingeverleihung durch den Markgrafen von Meißen an die Gemahlin des Burggrafen Albert von Leisnig zu Penig, Sophie, vom 19. Juli 1361“, so die Mitteilung von Dr. Manfred Kobuch an den Verfasser vom 15. September 1991.
- 3 Rudolf Kötzschke: Ländliche Siedlung und Agrarwesen in Sachsen, Remagen 1953, S. 214 f. und Karten 26-31; Susanne Baudisch/Karlheinz Blaschke (Hrsg.): Historisches Ortsverzeichnis von Sachsen, Leipzig 2006, S. 23.
- 4 André Thieme: Die herrschaftliche Grundlegung der hohen Kolonisation. Bemerkungen zu den Strukturen des mittelalterlichen agrarischen Landesbaues im Gebiet östlich der Saale, in: Enno Bünz (Hrsg.): Ostsiedlung und Landesbau in Sachsen. Die Kührener Urkunde von 1154 und ihr historisches Umfeld, Leipzig 2008, S. 162-206, hier S. 205.
- 5 Zum Reichsland Pleißen im Überblick (Auswahl): Walther Schlesinger: Egerland, Vogtland, Pleißenland. Zur Geschichte des Reichsgutes im mitteldeutschen Osten, in: Rudolf Kötzschke (Hrsg.): Forschungen zur Geschichte Sachsens und Böhmens, Dresden 1937, S. 61-91; ders.: Die Anfänge der Stadt Chemnitz und anderer mitteldeutscher Städte. Untersuchungen zu Königtum und Städte während des 12. Jahrhunderts, Weimar 1952; ders.: Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter. Bd. 2: Das Zeitalter der deutschen Ostsiedlung (1100-1300), Köln 1962; Gerhard Billig: Mittelalterliche Wehranlagen im alten Reichsland, in: Karl-Heinz Otto (Hrsg.): Aus Ur- und Frühgeschichte. Deutsche Historiker-Gesellschaft, Tagung der Fachgruppe Ur- und Frühgeschichte vom 30. Oktober bis 1. November 1959 in Schwerin, Berlin 1962, S. 142-175; ders.: Pleißenland – Vogtland. Das Reich und die Vögte. Untersuchungen zu Herrschaftsorganisation und Landesverfassung während des Mittelalters unter dem Aspekt der Periodisierung, Plauen 2002; Manfred Kobuch: Reichsland Pleißen und wettinische Territorien in der Blütezeit des Feudalismus (1156-1307), in: Karl Czok (Hrsg.): Geschichte Sachsens, Weimar 1989, S. 105-150; Karlheinz Blaschke: Geschichte Sachsens im Mittelalter, Berlin 1990, S. 138-143; Peter Degenkolb: Betrachtungen zur Entwicklung des Reichsgutkomplexes Pleißenland unter Friedrich I. Barbarossa, in: Arbeits- und Forschungsberichte zur sächsischen Bodendenkmalpflege 35 (1992), S. 93-100; André Thieme: Die Burggrafschaft Altenburg. Studien zu Amt und Herrschaft im Übergang vom hohen zum späten Mittelalter, Leipzig 2001; ders.: Pleißenland, Reich und Wettiner. Grundlagen, Formierung und Entwicklung der terra plisnensis bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts, in: Peter Sachenbacher/Ralph Einicke/Hans-Jürgen Beier (Hrsg.): Tegkwitz und das Altenburger Land im Mittelalter. 976/2001 – 1025 Jahre Ersterwähnung von Altenburg und Orten im Altenburger Land, Langenweißbach 2003, S. 39-60.
- 6 Karte des Pleißenlandes um 1200 siehe Blaschke 1990 (wie Anm. 5), S. 140.
- 7 Hubert Horace Lamb: Klima und Kulturgeschichte. Der Einfluss des Wetters auf den Gang der Geschichte, Reinbek 1989; Rüdiger Glaser: Klimageschichte Mitteleuropas. 1000 Jahre Wetter, Klima, Katastrophen, Darmstadt 2001.
- 8 Patze (wie Anm. 1), Nr. 19.
- 9 Gerhard Billig/Volkmar Geupel: Entwicklung, Form und Datierungen der Siedlungen in der Kammregion des Erzgebirges, in: Siedlungsforschung 10 (1992), S. 173-193.
- 10 Renate Wißwa: Die Entwicklung der Altstraßen im Gebiet des heutigen Bezirkes Karl-Marx-Stadt von der Mitte des 10. Jahrhunderts bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Rekonstruktion des Altstraßennetzes auf archäologischer Grundlage. Diss. Dresden 1987 [ungedruckt].
- 11 Wißwa 1987 (wie Anm. 10), S. 90-94.
- 12 Otto Posse (Hrsg.): Die Urkunden der Markgrafen von Meißen und Landgrafen von Thüringen 1100-1195 (Codex diplomaticus Saxoniae regiae, Erster Haupttheil, Bd. 2), Leipzig 1889 (folgend: CDS I, 2), Nr. 404.
- 13 Kopialbuch Hersfeld, fol. 38 (Randnotiz zur Urkunde über die Schenkung der Burgen Döbeln und Hwoznie an das Kloster Memleben von 981); Otto Posse (Hrsg.): Die Urkunden der Markgrafen von Meißen und Landgrafen von Thüringen 948-1099 (Codex diplomaticus Saxoniae regiae, Erster Haupttheil, Bd. 1), Leipzig 1882, Nr. 28.
- 14 Ernst Erich Metzner: Die deutschen Burgennamen, in: Burgen in Mitteleuropa. Ein Handbuch, Bd. 2, Stuttgart 1999, S. 30-32, hier S. 32; Ernst Eichler/Hans Walther (Hrsg.): Historisches Ortsnamenbuch von Sachsen, Berlin 2001, Bd. 2, S. 94 f.
- 15 Leo Bönhoff: Das Hersfelder Eigen in der Mark Meißen, in: Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde 44 (1923), S. 1-54, hier S. 5.
- 16 Volkmar Geupel: Neidberg – eine Burg aus dem Beginn des Landesbaues im mittleren Erzgebirge, in: Arbeits- und Forschungsberichte zur sächsischen Bodendenkmalpflege 46 (2004), S. 297-324.
- 17 Manfred Kobuch: Die Burgruine Lauterstein, in: Sächsische Gebirgsheimat 1978, Ebersbach 1978, Bl. 25. September bis 1. Oktober 1978.
- 18 Dieter Rübsamen: Kleine Herrschaftsträger im Pleißenland. Studien zur Geschichte des mitteldeutschen Adels im 13. Jahrhundert, Köln/Wien 1995, S. 42.
- 19 Rübsamen 1995 (wie Anm. 18), S. 43.
- 20 Eckhart Leisering (Bearb.): Acta sunt hec Dresdene... Die Ersterwähnung Dresdens in der Urkunde vom 31. März 1206, Halle/Saale 2006, S. 52 f.
- 21 CDS I, 2, Nr. 262. Auf diesen Sachverhalt machte kürzlich Prof. Dr. Karlheinz Hengst aufmerksam. Vgl. Karlheinz Hengst: Erdmannsdorf – Wiege für die Besiedlung des Erzgebirges, in: Erzgebirgische Heimatblätter 2022, Heft 4, S. 19-22.
- 22 Rübsamen 1995 (wie Anm. 18), S. 43; Hengst (wie Anm. 21).
- 23 Herbert Helbig: Der Wettinische Ständestaat. Untersuchungen zur Geschichte des Ständewesens und der landständigen Verfassung in Mitteldeutschland bis 1485, Münster/Köln 1955, S. 335.
- 24 Harald Schieckel: Herrschaftsbereich und Ministerialität der Markgrafen von Meißen im 12. und 13. Jahrhundert. Untersuchungen über Stand und Stammort der Zeugen markgräflicher Urkunden, Köln/Graz 1956, S. 37.
- 25 Gerhard Billig: Burgenarchäologische und siedlungskundliche Betrachtungen zum Flußgebiet der Zschopau und der Freiburger Mulde, in: Zeitschrift für Archäologie 15 (1981), Heft 2, S. 265-297; Billig 2002 (wie Anm. 5), S. 100-102.
- 26 Kobuch 1978 (wie Anm. 17); Kobuch 1989 (wie Anm. 5), S. 110.
- 27 Karlheinz Blaschke: Erdmannsdorf, in: Walter Schlesinger (Hrsg.): Handbuch der historischen Stätten Deutschlands. Sachsen, Stuttgart 1965, S. 89 f.
- 28 Hengst 2022 (wie Anm. 21).
- 29 Rübsamen 1995 (wie Anm. 18), S. 317, 498.
- 30 Schlesinger 1952 (wie Anm. 5), S. 44-50.
- 31 Schlesinger 1937 (wie Anm. 5), S. 73; Thieme 2003 (wie Anm. 5), S. 46 f.

- 32 Maïke Günther: Die Herrschaft Schellenberg. Beobachtungen zur Herrschaftsbildung im Erzgebirge vom 12. bis zum 14. Jahrhundert und zur Schellenberger Fehde mit dem Kloster Altzelle, Diss. TU Dresden 2003 [ungedruckt], S. 53-61.
- 33 Geupel 2004 (Anm. 16), S. 299; Volkmar Geupel: Führer zu den Burgen und Wehrkirchen im Erzgebirgskreis, Dresden 2013/2021, S. 20, Anm. 59.
- 34 Leo Böhnhoff: Die Burgen des sächsischen Erzgebirges. XIII. B. In der Mitte, 13. (26.) Erdmannsdorf. In: Glück auf. Zeitschrift des Erzgebirgsvereins 29 (1909), Heft 5, S. 65 f.
- 35 So z. B. Joachim Herrmann (Hrsg.): Die Slawen in Deutschland. Ein Handbuch, Berlin 1985, S. 511, Anm. 71.
- 36 Eichler/Walther 2001 (wie Anm. 14), Bd. 2, S. 648 f.: „Am ehesten ist von einem dt. [deutschen] gen. [genitivischen] ON [Ortsnamen] *Zobelīns(dorf) zum PN [Personennamen] Zobel mit diminutivem [verkleinerndem] mhd. -lin-Suffix, nhd. -lein, auszugehen. – ‚Siedlung einer (kleinen) Person namens Zobel‘ o.ä.“
- 37 Böhnhoff 1923 (wie Anm. 15), S. 5, sah in dem Bauwerk den Stumpf des Bergfrieds der Burg Nidberg, was aber nach dem Standort in der vergleichsweise nur leicht bewehrten Vorburg indiskutabel ist. Vgl. Geupel 2004 (wie Anm. 16), S. 315.
- 38 Der Name des Vorwerks knüpft an den der Burg Nidberg (= Neidberg) an. Vgl. Eichler/Walther 2001 (wie Anm. 14), Bd. 2, S. 94 f.
- 39 Hanns-Heinz Kasper/Hans-Joachim Blankenburg/Ulrich Josiger/Volkmar Geupel: Mineralogisch-geochemische Untersuchungen an den Eisenschlacken von Niederlauterstein, Kr. Marienberg, im Erzgebirge, in: Arbeits- und Forschungsberichte zur sächsischen Bodendenkmalpflege 29 (1985), S. 365-375. Ein Indiz für Buntmetallverarbeitung ist ein kleines halbkugelförmiges, grün patiniertes Kupfergussfragment.
- 40 Thomas Küntzel: Ehemalige Burgflecken – Siedlungen im Schatten der Burg, in: Burgen und Schlösser 44 (2003), Heft 3, S. 143-156; ders.: Die Stadtwüstung Nienover im Solling. Auswertung der Befunde zu Stadttopographie, Hausbau und Stadtbefestigung im 13. Jahrhundert, Rahden 2010, S. 396-398.
- 41 Die mutmaßliche Versorgung mit Brot zeigen die archäologisch nachgewiesenen Backöfen an. Außer den genannten metallverarbeitenden dürften auch weitere nichtagrarische Gewerbe hier angesiedelt gewesen sein wie beispielsweise Holzhandwerker, die aber weniger auffällige Spuren hinterlassen haben. Ferner ist mit der Anwesenheit von Händlern zu rechnen. Die begrenzten Erkenntnisse sind hier dem Umstand geschuldet, dass die Ausgrabungen mit Ausnahme der Grubenhäuser denkmalpflegerisch bedingt waren und sich auf kleine und bereits teilweise zerstörte Flächen beschränkten.
- 42 Sachsens Kirchen-Galerie. Bd. 12. Die Fürstlich Schönburgischen Receßherrschaften nebst den Ephorien Annaberg, Marienberg & Frauenstein, Dresden 1845, S. 13; Leo Böhnhoff, Beobachtungen und Bemerkungen zur Meißner Bistumsatrikel, in: Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde 35 (1914), S. 125-143, hier S. 136.
- 43 Günther 2003 (wie Anm. 32), S. 243.
- 44 Volkmar Geupel: Die Burgruine Lauterstein im Erzgebirge, in: Arbeits- und Forschungsberichte zur sächsischen Bodendenkmalpflege 45 (2003), S. 301-340. Nach der in den letzten Jahrzehnten erheblich verbesserten Kenntnis der mittelalterlichen Keramikentwicklung setzt das keramische Fundmaterial mit einer weit kleineren Anzahl von Fundstücken aus der Zeit um 1200 (1180-1220) ein, als nach den Ausgrabungen von 1974 bis 1979 zunächst angenommen worden war. Die geringe Zahl innerhalb der großen Fundserie spricht deshalb eher für eine Gründung der Burg nach 1200.
- 45 Günther 2003 (wie Anm. 32), S. 238-248.
- 46 Geupel 2004 (wie Anm. 16), S. 317 f.; Geupel 2013/2021 (wie Anm. 33), S. 106-112.
- 47 Billig 1981 (wie Anm. 25), S. 289; Billig 2002 (wie Anm. 5), S. 100.
- 48 1324 verpfändete Kaiser Ludwig III. der Bayer das Reichsterritorium Pleißenland an die Wettiner, welche auch die Lehnshoheit über die Reichsburggrafschaft Altenburg und 1329 die Lehnshoheit über die Reichsburggrafschaften Dohna und Leisnig erhielten.
- 49 Richard von Mansberg (Hrsg.): Erbarmanchaft Wettinischer Lande. Urkundliche Beiträge zur ober-sächsischen Landes- und Ortsgeschichte in Regesten vom 12. bis Mitte des 16. Jahrhundert. Bd. 1. Das Osterland, Dresden 1903, S. 331; Harm Wiemann: Die Burgmannen zwischen Saale und Elbe. Ein Beitrag zur Burgenverfassung im mitteldeutschen Osten, Crimmitschau 1940, S. 105 f.
- 50 Wie Anm. 49.
- 51 Thüringisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Altenburg, Urkunde vom 28. Oktober 1304.
- 52 Es besteht möglicherweise eine zeitliche Diskrepanz zwischen den frühesten archäologischen Funden (siehe Anm. 44) und den ältesten steinernen Bauwerken der Burg, der Ringmauer und dem darin eingebundenen Bergfried. Letzterer ist mit seinen geringen Maßen – 7,8 m äußerer, 3,0 bzw. 2,8 m innerer Durchmesser – eher in die Mitte oder zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts zu datieren. Das würde die Annahme einer weitgehend unversteinten Vorgängeranlage voraussetzen, für die es aber bislang keinen Beweis gibt.
- 53 Den Beweis dafür könnten entsprechende archäologische Funde und Befunde des 14. Jahrhunderts in diesem Stadtquartier erbringen. Bislang liegt aus dem gesamten historischen Stadtkern kein archäologisches Fundmaterial vor, das aber bei erdeingreifenden Bauarbeiten mit Sicherheit zu erwarten ist. Archäologisch relevante Bereiche sind nicht nur offene Flächen wie Höfe und Gärten, sondern auch nichtunterkellerte Teile der Bebauung.
- 54 Paul Roitzsch: Erzgebirgische Natur- und Kulturbilder aus dem Verwaltungsbezirke der Amtshauptmannschaft Marienberg. Bd. 1. Auf wilder Wurzel, Schwarzenberg 1929, S. 100; Hermann Löscher: Zöblitz, in: Walter Schlesinger (Hrsg.): Handbuch der historischen Stätten Deutschlands. Sachsen, Stuttgart 1965, S. 374 f.; Billig/Geupel 1992 (wie Anm. 9), S. 187.
- 55 Maïke Günther: Die Schellenberger Fehde gegen das Kloster Altzelle. Überlegungen zum mittelalterlichen Fehdewesen und zu seinen Auswirkungen auf die Beständigkeit einer Herrschaft anhand eines sächsischen Beispiels, in: Rainer Aurig/Reinhardt Butz/Ingolf Grässler/André Thieme (Hrsg.): Im Dienste der historischen Landeskunde. Beiträge zur Archäologie, Mittelalterforschung, Namenkunde und Museumsarbeit vornehmlich in Sachsen. Festgabe für Gerhard Billig zum 75. Geburtstag, Beucha 2002, S. 309-325.
- 56 Patze 1955 (wie Anm. 1).
- 57 Leo Böhnhoff: Die Burgen des sächsischen Erzgebirges XV. B. In der Mitte, 16. (29.) (Neu)Lauterstein, in: Glück auf, Zeitschrift des Erzgebirgsvereins 29 (1909), Heft 10, S. 156-158.
- 58 Roitzsch 1929 (wie Anm. 54), S. 71 f.
- 59 Kurt Ihle: Geschichte des Ortsteiles Niederlauterstein, Teil II, Marienberg 2001, S. 67-97.
- 60 Andreas Christl: Verschiebung der Höhengrenzen der ur- und frühgeschichtlichen Besiedlung am Erzgebirge. Diskussion der Ursachen dargestellt am mittleren Bereich, Langenweißbach 2004, S. 42-47.

Autor
Volkmar Geupel
Dresden

Neuerscheinungen

Marion Dammaschke: Bauernkrieger im Talar. Thomas Müntzer in der Belletristik seit 1945 (Thomas-Müntzer-Gesellschaft e.V., Veröffentlichung Nr. 28), Mühlhausen 2021, 317 Seiten, 27 Abbildungen, ISBN 978-3-935547-87-1, 15,00 Euro

Eine historische Persönlichkeit – bearbeitet zwischen Poesie und Wissenschaft – verspricht wohl stets Aufmerksamkeit, im Falle Thomas Müntzers aber mehr. Sie offenbart die historischen gesellschaftlichen (auch konfessionellen) Widersprüche und diversen Deutungsvarianten, die unterschiedlichen Ebenen, Zusammenhänge und Sach-Probleme von Fakt und Vision, den Wissenschaften Geschichte, Theologie und Literatur, die jeweiligen Quellenüberlegungen eingeschlossen, den zeitgenössischen gesellschaftlichen und weltanschaulich-politischen Gegensätzen und Absichten etc. Sie besitzt aber auch die Spannweite von 500 Jahren, die vor allem die Frage nach der Aktualität stellt – Denkmal oder Denk-Mal. Und all diese – zum Teil hochsensiblen – Probleme greift die Verfasserin auf – kenntnisreich, subtil und sicher agierend in den Weiten der Text- und Kontextlandschaft zwischen 1945 und 2021.

Nach konzeptionellen Vorbemerkungen führt die Autorin Räume vor, in denen zu Thomas Müntzer belletristisch gearbeitet wurde: DDR (einschließlich SBZ) (Kap. 1), BRD/Österreich (bis 1990) (Kap. 2); es folgt der „poetische Müntzer“ nach 1990 (Kap. 3) sowie dessen Ausstrahlung ins Internationale nach 1990 (Kap. 4). Ein Resümee und ein umfangreicher Anhang, in dessen Zentrum eine „Chronologie der literarischen Werke seit 1945“ steht, beschließen die Publikation. Marion Dammaschke gliedert ihre Arbeit nach den literarischen Gattungen Dramatik, Lyrik und Epik und ergänzt sie mit Autoren-Interviews und durch Verlagsgutachten zu vorgelegten Manuskripten, wodurch sie – bei aller individuellen Sicht der Gesprächspartner und Gutachter – eine Bereicherung schafft.

Unter den ca. 150 Autoren, deren literarische Arbeiten detailliert analysiert wurden – darunter viele mit mehreren Werken – finden sich Johannes R. Becher, Friedrich Wolf, Stephan Hermlin, Kurt Barthel, auch Volker Braun und Ernst Sommer, Hans Lorbeer und Rosemarie Schuder sowie Hans Bentzin, Dieter Forte, Bernd Giehl, Hannes Wertheim (eigentl. Sabine Werz), Chris-

tian Lehnert und Fredo Frotscher... Es ist eine Reihe von Schriftstellern, die das gebrochene Verhältnis von Liebe, Verehrung, Sachlichkeit und Überhöhung einerseits und Hass, Verteufelung, Verzerrung und Verspottung andererseits abbilden – ähnlich dem Müntzerbild der wissenschaftlichen Literatur. Szenenfotos aus Theater und Film sowie Buch-Illustrationen stellen angesichts der „Strenge der Schrift“ eine oft anrührende Nähe zum Stoff dar.

Dass auch die Kinder- und Jugendliteratur (mit vielen Abbildungen aus DDR-Verlagen) einen Platz erhält, darf man als spezielles Verdienst der Autorin betrachten.

Der Leipziger Schriftsteller Hans Pfeiffer (1925–1998) – als Dramatiker, Drehbuchautor und Romancier mit Müntzer vielfach verbunden – wird mit seinem Müntzer-Roman besonders ausführlich gewürdigt, hatte er doch mit „über einhunderttausend Exemplaren“ (S. 268) eine bemerkenswerte Breitenwirkung erzielt. Dammaschke verdeutlicht, wie Pfeiffer den Weg Müntzers in Etappen verfolgt und dessen Entwicklung von einigen Legenden befreit. Er habe Müntzers Überzeugung ernst genommen, „ein Botengänger und Knecht Gottes zu sein“ (S. 94).

Im Zusammentreffen Müntzers mit den Bergleuten habe Pfeiffer in ihnen seine potenziellen Verbündeten gesehen – im Berg aber auch ein Zentrum teuflischer Gier, das neuerliche Konflikte provoziere. Dammaschke skizziert die in Pfeiffers Text vorkommenden Begegnungen des reformatorischen Predigers mit Luther, den Zwickauer Storchianern, mit seiner Frau Ottilie und dem Mühlhäuser Heinrich Pfeiffer, der ihn und die Aufstandsbereiten letztlich im Stich gelassen habe (S. 101).

Mit gleicher Empathie wird das Werk des sprachgewaltigen und sozial engagierten Franzosen Éric Vuillard „Der Krieg der Armen“ (2019/20) behandelt, in dem Müntzer und „Müntzers Geist“ eine Zentralstellung besitzen und das zugleich den radikalen Prediger in eine geweitete internationale Öffentlichkeit rückt, womit ebenso der dem „Müntzerischen“ innewohnende Aktualitätsanspruch eine brisante Zuspitzung erfährt.

Marion Dammaschke spiegelt aber auch, dass in der DDR ein imposantes kulturelles Potential entstanden war – gewichtiger, als heute meist eingestanden.

Prof. Dr. Helmut Bräuer





Jürgen Herzog: Die Stadt Torgau 1550-1650 (Schriften des Torgauer Geschichtsvereins, Bd. 15), Sax Verlag Beucha/Markkleeberg 2022, 668 Seiten, Festeinband, 173 teils farbige Abbildungen und 87 Tabellen, ISBN 978-3-86729-283-2, 39,80 Euro

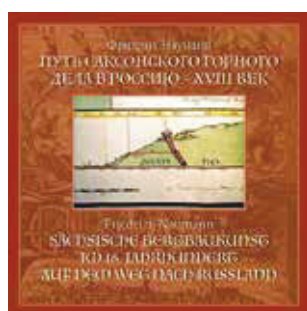
Dr. Jürgen Herzog hat in jahrzehntelanger Forschungsarbeit Quellen zur Torgauer Stadtgeschichte gesichtet. Im Blickpunkt standen lange jene Jahrzehnte, in denen Torgau kursächsische Residenz und „Hauptstadt der Reformation“ war. Mit dem vorliegenden Buch knüpft Herzog an diese Epoche an und schließt damit eine Lücke in der Stadtgeschichte. Die „Nachresidenzzeit“ galt bislang als wenig ergiebige Epoche in der Torgauer Stadtgeschichte. Mit dem dicken Buch in der Hand kann man sich eines Besseren belehren lassen. Denn Herzog entfaltet ein breit angelegtes kulturgeschichtliches Panorama einer wohlhabenden und gut verwalteten Stadt, die auch nach Verlust der Residenzfunktion politischen Stellenwert besaß und deren Bier einen großen Absatzmarkt hatte. Das Verhältnis der sächsischen Kurfürsten zur Stadt, die Ratsordnung, die Sozialstruktur der Einwohner, die Wirtschaft und das Kunst- und Kulturleben werden akribisch geschildert. Trotz der vielen Seiten ist diese Schilderung überhaupt nicht langweilig, denn Herzog lockert seinen Text durch Abbildungen, Tabellen, Diagramme und Stadtpläne übersichtlich auf. Hinzu kommen ein Quellenanhang und ein Register, das es ermöglicht, Namen der Stadtbewohner schnell aufzufinden. Das Buch kann auch für Leser, die keine Beziehung zu Torgau haben, von Interesse sein, denn es ist ein Musterbeispiel dafür, wie man Stadtgeschichte sowohl wissenschaftlich fundiert erforschen als auch anschaulich aufbereiten kann. Gerade die sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Darstellungen regen an, Herzogs Fragestellungen auch auf andere Städte zu übertragen.

Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Man liest, wie Ratssitzungen abliefen und wer daran teilnahm, wie der Ratshaushalt aufgestellt war (der in allen untersuchten Jahren Überschüsse erbracht!), welche soziale Leistungen der Gemeinde Kasten finanzierte, wie sich Seuchen auf die Stadt auswirkten und in welche Vermögensgruppen sich die Einwohner teilten. Großen Anteil an der Vermögensentwicklung hatte das Brauwesen. Die Bierproduktion war die wichtigste Einnahmequelle der Bürger und unterlag einem strengen Regelwerk. Brauen durften nur die Inha-

ber der Brauerbegrundstücke. Im 16. Jahrhundert hatten etwa 220 Brauerbegrundstücke eigene Brauhäuser. Herzog ermittelte die Braumengen und kam zu dem Ergebnis, dass 1545 11.210 Fass Starkbier produziert worden sind, was etwa 3,8 Millionen Liter Bier entspricht. Anhand der Lieferungen an den Leipziger Burgkeller errechnete er, dass die Brauerben der wohlhabenden Oberschicht wesentlich mehr Bier verkauften, als ihr Braurecht eigentlich zuließ. Mit Beginn des Dreißigjährigen Krieges gab es einen jähen Einbruch des Bierabsatzes. Nach dem Krieg, dessen Auswirkungen auf Torgau Herzog im letzten Abschnitt des Buches detailliert beschreibt, konnte sich die Stadt nie wieder richtig erholen,

Um es zusammenzufassen: Das Buch ist quellennah geschrieben, lässt sich von der Fülle des Materials und nicht von theoretischen Erwägungen leiten und liefert eine fundierte Analyse der Torgauer Stadtgesellschaft im 16. und 17. Jahrhundert. Die Ergebnisse sind anschaulich aufbereitet und auch für Nichthistoriker verständlich formuliert. Was das Buch nicht liefert, ist eine vergleichende Einordnung der Stadt Torgau in die deutsche und europäische Städtelandschaft. Es stellt aber das Material zusammen, das weitere Forschungen ermöglicht.

Dr. Matthias Donath



Friedrich Naumann: Sächsische Bergbaukunst im 18. Jahrhundert auf dem Weg nach Russland. Mironde-Verlag Niederfrohna 2022, Festeinband, 256 Seiten, 88 überwiegend farbige Abbildungen, ISBN 978-3-96063-045-6, 39,90 Euro

Darf man über den kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zwischen Russland und Deutschland sprechen, während in der Ukraine ein von Russland angezettelter Krieg tobt? Manche meiden das Russlandthema und finden es unpassend, an Verbindendes zu erinnern. Ich bin der Meinung, dass der Krieg natürlich nicht die Geschichte jahrhundertelanger Beziehungen zwischen Europa und Russland auslöscht – und dass es möglich sein muss, unvoreingenommen auf Russlands kulturelles Erbe zu schauen. Friedrich Naumanns Buch liefert ein gutes Beispiel dafür. Der Chemnitzer Professor für Wissenschafts-, Technik- und Hochschulgeschichte beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Bergbau in Sachsen und Russland und hat da-

rüber mehrfach publiziert (vgl. SHB 2/2019). Über Jahre hinweg baute die TU Bergakademie Freiberg kollegiale Beziehungen zur Bergbauuniversität in St. Petersburg auf, was sich darauf gründet, dass der bedeutendste russische Naturwissenschaftler des 18. Jahrhunderts, Michael Wassiljewitsch Lomonossow, einen Teil seiner Ausbildung in Freiberg erhielt. Lomonossow begründete einen langanhaltenden Wissenstransfer von Sachsen nach Russland. Friedrich Naumann geht den verschiedenen Etappen nach und stellt die Persönlichkeiten vor, die aus Russland nach Sachsen kamen oder umgekehrt die Erfahrungen des sächsischen Bergbaus im Zarenreich zur Anwendung brachten. Um dieses Wissen auch einem russischen Publikum zugänglich zu machen, entschied sich Naumann, das Buch vollständig zweisprachig anzubieten. Die beiden Sprachen stehen sich gleichberechtigt gegenüber. Naumann betont, dass das Buch entstand, als es intakte Beziehungen zwischen Deutschland und Russland gab. Im Blick auf die aktuelle Kriegslage kann es sein Ziel, die Verbindungen zwischen beiden Ländern zu vertiefen, nicht erreichen. Aber es werden auch wieder Zeiten kommen, in denen wir Brücken nach Russland benötigen. Die Geschichte kann eine solche Brücke sein. So wird Naumanns Buch seine Wirkung wohl erst in der Zukunft entfalten. Aber schon jetzt kann man es gut und gerne in die Hand nehmen: Der Niederfrohnauer Mironde-Verlag liefert ein solide hergestelltes Buch mit Festeinband und Lesebändchen, mit anschaulichen Abbildungen und farbig unterlegten Seiten. Es ist auch für Leser geeignet, die nicht vom Fach kommen. Diese hadern allenfalls mit der wissenschaftlichen Transkription aller russischen Namen – die zwar in technischen Fächern üblich ist, aber nicht unserer Sprach- und Lesetradition entspricht.

Dr. Matthias Donath

Anke Fröhlich-Schauseil: Max Langer 1897-1985. Maler in der Oberlausitz. Mit einem Beitrag von Roland Langer. Herausgegeben für die Städtischen Museen Zittau von Peter Knüvener. Verlag Gunter Oettel Görlitz/Zittau 2022, Festeinband, 256 Seiten mit zahlreichen farbigen Abbildungen, ISBN 978-3-944560-93-9, 29,80 Euro

Die Kunsthistorikerin Dr. Anke Fröhlich-Schauseil hat sich durch die Bearbeitung von

Werkverzeichnissen und Monografien vor allem sächsischer Maler einen Namen gemacht. In dem vorliegenden Band stellt die den Oberlausitzer Maler Max Langer vor, dem derzeit eine Ausstellung in den Städtischen Museen Zittau gewidmet ist, die man noch bis 16. April 2023 sehen kann. Zugleich wird der Künstler mit kleineren Ausstellungen im Heimatmuseum der Stadt Herrnhut, im Faktorenhof Eibau und im Heimatmuseum Ostritz gewürdigt. Dr. Fröhlich-Schauseil hat das Werk des Malers erforscht und als Kuratorin für die genannten Museen aufbereitet. Wem es nicht gelingen sollte, die Werke im Original zu betrachten, sollte zumindest den sehenswerten Begleit- und Katalogband zur Hand nehmen. Auch er ist liebevoll gestaltet und voller farbiger Abbildungen.

Was macht das Werk von Max Langer aus? Der Sohn eines Stubenmalers wurde in Niederoderwitz bei Zittau geboren. Er erhielt eine Ausbildung an der Kunstgewerbeschule Dresden, arbeitete jedoch Zeit seines Lebens nie als freiberuflicher Künstler, sondern verdiente seinen Lebensunterhalt als Dekorationsmaler. Sein künstlerisches Schaffen entstand nebenberuflich. Langer blieb seiner Heimat zeitlebens verbunden. Er wohnte und arbeitete in Niederoderwitz und griff in seinen Arbeiten die Lebenswelt der Menschen in der südlichen Oberlausitz auf. Langer arbeitete stets gegenständlich. Dabei sind seine Schöpfungen durchaus sehr unterschiedlich. Einerseits scharf konturierte Porträts, andererseits weich getupfte Blumen oder Impressionen aus Oberlausitzer Dörfern. Besonders beeindruckend sind seine „Volkskunstarbeiten“. Max Langer entwickelte einen Stil, der in seiner scheinbar naiven Darstellungsweise, der ornamentalen Komposition und einer augenzwinkernden Verfremdung von Heimatmotiven zwar volkstümlich erscheint, aber eben doch seine ganz eigene Handschrift zeigt. Ein wenig erinnern seine Bilder an den tschechischen Illustrator Josef Lada. Langer probierte sich in verschiedenen künstlerischen Techniken aus: So gestaltete er Hinterglasbilder, bemalte einen Bauernschrank oder dekorierte die Decke der Kottmar-Baude. Mit dem Zyklus „Ein Weberleben“ bildete er das Leben in einem Südläusitzer Dorf vor der Industrialisierung ab. Diese Werke Langers werden bleibende Bedeutung für die Kunst der Oberlausitz haben. Der Katalogband ermöglicht es, sich an ihnen zu erfreuen.

Dr. Matthias Donath



Verein für sächsische Landesgeschichte

Rückblick auf das Vereinsjahr 2022

Hinter unserem Verein liegt ein ereignisreiches Jahr, in dem wir nicht nur unser reguläres Vereinsprogramm wieder aufgenommen, sondern auch unseren 30. Vereinsgeburtstag gefeiert haben.

Von den spätmittelalterlichen Landesteilungen bis zur Kinogeschichte des frühen 20. Jahrhunderts konnten wir mit insgesamt elf Veranstaltungen in Präsenz ein vielseitiges Programm bieten und uns wieder regelmäßig treffen. Ausgebaut wurde das Angebot an Exkursionen, das die Vereinsmitglieder und interessierten Gäste von Wildenfels über Leipzig bis nach Weesenstein führte. Zu Ehren des 150. Geburtstags des Landes- und Kirchenhistorikers Leo Bönhoff veranstaltete der Verein in Kooperation mit der AG Sächsische Kirchengeschichte ein Kolloquium, dessen Ergebnisse im kommenden Jahr publiziert werden sollen. Fortgesetzt werden konnte dank der Gastfreundschaft des Evangelischen Bildungs- und Gästehauses Kohren-Sahlis und der Unterstützung durch das Sächsische Landeskuratorium Ländlicher Raum die Workshopreihe #Geschichtsvereine22, bei der Mitglieder historischer Vereine über moderne Veranstaltungsformate und Kommunikationsformen ins Gespräch kommen. Der Workshop erhielt erneut eine großzügige finanzielle Förderung durch die Deut-

sche Stiftung für Engagement und Ehrenamt.

Erstmals verliehen wurde der Hubert-Ermisch-Preis für Geschichte und Kultur Sachsens für herausragende studentische Abschlussarbeiten. Die Preisträgerin Sophie Döring erhielt die Auszeichnung für ihre an der TU Dresden eingereichte Masterarbeit „Krieg im Kino, Kino im Krieg. Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die deutsche Kinokultur zwischen 1914-1918“. Die Entscheidung über die Preisvergabe oblag einer fünfköpfigen Jury, bestehend aus Vorstands- und weiteren Vereinsmitgliedern, die die eingegangenen Bewerbungen begutachteten. Die Zusammensetzung der Jury wechselt jährlich und bietet jedem Mitglied aktive Mitwirkungsmöglichkeiten an der Vereinsarbeit.

Im Anschluss an die Preisverleihung fand die Mitgliederversammlung des Vereins statt, auf der turnusgemäß ein neuer Vorstand zu wählen war. Ergänzt um einen weiteren Beisitzer erhielt der seit 2019 amtierende Vorstand erneut das Vertrauen der Mitglieder und besteht für die folgenden drei Jahre aus Dr. Judith Matzke (Erste Vorsitzende), Prof. Dr. Joachim Schneider (Zweiter Vorsitzender), Martin Munke M. A. (Schatzmeister), Dr. Frank Metasch (Schriftführer), Lennart Kranz M. A., Dr. Friedrich Pollack und Dr. Michael Wetzel (alle Beisitzer). Mit überwältigender Mehrheit wählte die Mitgliederversammlung außerdem die beiden Gründungsväter des Vereins, Prof. Dr. Reiner Groß und Prof. Dr. Friedrich Naumann, zu Ehrenmitgliedern. Höhepunkt des Jahres 2022 war zweifellos unser 30. Vereinsgeburtstag, der Anlass zu Rückblick, Ausblick und geselligem Beisammensein bot. Intensiv von der AG Jubiläen vorbereitet wurde dieses Jubiläum im Rahmen des Sommerfestes auf Schloss Nickern feierlich begangen. Das bunte Programm bot einen Vortrag zur Gründungsgeschichte des Vereins, ein Podiumsgespräch mit persönlichen Erinnerungen von drei Vereinsvorsitzenden, die Verleihung der Ehrenmitgliedschaften an Prof. Dr. Friedrich Naumann und (in absentia) Prof. Dr. Reiner Groß sowie Zeitzeugeninterviews und eine großartige Geburtstagstorte.

Mit 248 Teilnehmern erreichten die Veranstaltungen 2022 etwas geringere Besuchszahlen als im Vorjahr (2021: 293, 2020:



Besichtigung der Sonderausstellung „Bauer sucht Schloss“ auf Weesenstein im Oktober 2022

160) bei insgesamt mehr Angeboten. Mit jeweils 15 bis 30 Gästen gab es etwas weniger Interesse an den einzelnen Angeboten als bei den digitalen Vorträgen des Jahres 2021. Auch wenn es viele positive Rückmeldungen über die Möglichkeiten von Präsenztreffen gab und auch die geselligen Lokalbesuche nach den Veranstaltungen gern wahrgenommen wurden, ist zu fragen, ob die Rückkehr zu reinen Präsenzveranstaltungen der richtige Weg ist. Die Intention des Vereins bleibt es weiterhin, Veranstaltungen möglichst im Hybrid-Format anzubieten. Allerdings sind dafür kostengünstige Räumlichkeiten mit stabilem WLAN nötig. Die technischen Voraussetzungen konnten durch unser Stammhaus, das Hauptstaatsarchiv Dresden, bislang leider nicht bereitgestellt werden.

Neben den genannten Schwerpunkten konnte 2022 weiter in die Öffentlichkeitsarbeit investiert werden. Nach dem Relaunch der Website im Vorjahr war es nun möglich, dank der großzügigen finanziellen Förderung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt für den Workshop #Geschichtsvereine22, einige Werbemittel (zwei Rollups, eine Beachflag und Präsentationsmappen) anzuschaffen.

Der Verein ist im vergangenen Jahr weiter gewachsen. Nachdem durch die Mitgliedschaft unserer Ermisch-Preisträgerin Sophie Döring M. A. die Mitgliederzahl des Vereins seit langer Zeit erstmals wieder die magische Grenze 100 überschritt, konnten wir zum Jahresende 102 Mitglieder in unseren Reihen verzeichnen. Im Jahr 2022 gab es insgesamt fünf Beitritte.

Dr. Judith Matzke



Rundgang durch Schloss Wildenfels zur Exkursion im Mai 2022

Ausblick

Das Jahr 2023 bietet wiederum ein thematisch, epochal und regional vielfältiges Programm mit zwölf Veranstaltungen. Dabei werden einige mittlerweile bewährte Reihen fortgesetzt, aber auch Neues ausprobiert. Neben dem Hauptstaatsarchiv Dresden sind wir mit Vorträgen vom Erzgebirge (Schleittau) über Chemnitz bis in die Oberlausitz (Kamenz) unterwegs. Dabei arbeiten wir in stärkerem Maß als bisher mit Kooperationspartnern zusammen. Zum zweiten Mal wird im Rahmen der Mitgliederversammlung der Hubert-Ermisch-Preis für Geschichte und Kultur Sachsens für eine herausragende studentische Abschlussarbeit verliehen werden. Ebenso knüpfen wir an die positive Resonanz auf unsere Workshop-Reihe #Geschichtsvereine2x an und werden im Rahmenprogramm des 54. Deutschen Historikertags in Leipzig einen sogenannten Hackathon zu landesgeschichtlichen Quellen anbieten, der die 2022 vorgestellte Arbeit mit Wikisource, Wikidata & Co. am praktischen Beispiel vertieft. Das Sommerfest führt uns ins Schillerhaus nach Leipzig, wo wir eine szenische Lesung aus Bernhard Schawohls historischem Roman „Hans-

Georg von Carlowitz (1772-1840) und die Zeichen der Zeit“ erleben.

Neu aufnehmen werden wir in unser Programm eine Reihe „Wie geht sächsisch?“, die in regelmäßigen Abständen Themen aufgreift, die für die Erinnerungskultur und die historische Identität in Sachsen eine besondere Rolle spielen. Dabei werden sowohl die Themen selbst als auch ihre aktuelle Wahrnehmung und ihr Stellenwert im kulturellen Gedächtnis reflektiert. Den Auftakt macht ein Vortrag von Professor Enno Bünz zur Übertragung der Kurwürde auf die Wettiner im Jahr 1423. Es ist beabsichtigt, die Vorträge dieser Reihe auf unserer Homepage zu veröffentlichen. Auch wenn es im Jahr 2023 eine kleine Jubiläumspause geben wird, arbeitet die Arbeitsgruppe weiter. Schwerpunkt sind die Vorbereitungen für die Feierlichkeiten zu 200 Jahren Sächsischer Altertumsverein 2024. Höhepunkt dieses Jubiläums wird der 51. Tag der Landesgeschichte sein, den der Gesamtverein der Geschichts- und Altertumsvereine zusammen mit unserem Verein im Oktober 2024 zum Thema „Die Geschichts- und Altertumsvereine und ihre Sammlungen“ in Dresden ausrichten wird. Eingeleitet wird der Tag der Landesgeschichte von einer Tagung, die sich der

Geschichte des Sächsischen Altertumsvereins widmet. In die Veranstaltungen werden Präsentationsmöglichkeiten für historisch arbeitende Vereine eingebettet sein, denn das Jubiläum soll ein Fest der Geschichtsvereine in ganz Sachsen werden. Wir fühlen uns sehr geehrt, da mittlerweile auch eine Zusage des Ministerpräsidenten zur Übernahme der Schirmherrschaft vorliegt. Die AG Jubiläen steht weiterhin jedem interessierten Vereinsmitglied offen und freut sich über personellen Zuwachs.

Haben Sie Interesse an den Angeboten des Vereins, möchten Sie sich an unseren Aktivitäten beteiligen oder wünschen Sie sich Unterstützung durch den Verein bei Ihrer landesgeschichtlichen oder heimatkundlichen Arbeit, dann können Sie gern Kontakt mit uns aufnehmen.

Kontakt:

Verein für sächsische Landesgeschichte e. V.
c/o Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden
Archivstraße 14, 01097 Dresden
Internet:
www.saechsische-landesgeschichte.de
E-Mail:
kontakt@saechsische-landesgeschichte.de
Twitter: @LaGeschSachsen

Veranstaltungen 2023

Ausführliche Informationen auf unserer Homepage:
www.saechsische-landesgeschichte.de

14. März 2023, 18.00 Uhr

König Albert als Heerführer
Vortrag von Dr.-Ing. Dietrich Noack im Hauptstaatsarchiv Dresden

König Albert (1828-1902) zählt zu den bedeutendsten Wettinern während ihrer langen Herrschaft. Seit 1873 verstand es Albert als König, Sachsen geschickt in das Deutsche Kaiserreich zu integrieren. Außenpolitisch unterstützte er Bismarck darin, zu den Kaiserreichen Österreich und Russland vernünftige Beziehungen zu pflegen. Insgesamt war Alberts Persönlichkeit dazu geeignet, die konstitutionelle Monarchie als eine seinerzeit zweckmäßige Staatsform zu empfehlen.

Darüber hinaus verfügte Albert auch über hervorragende militärische Fähigkeiten. So bescheinigte Moltke der Ältere, der Chef des Generalstabes im Deutsch-Französischen Krieg, Albert als dem einzigen deutschen Heerführer, während dieses Krieges keinen Fehler gemacht zu haben. Der Vortrag rückt diese sonst weniger beleuchteten Fähigkeiten Alberts in den Mittelpunkt der Betrachtung.

22. April 2023, 10.00 Uhr

Verleihung des Hubert-Ermisch-Preises für Geschichte und Kultur Sachsens 2023 mit Vortrag zur preisgekrönten Arbeit im Festsaal der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der TU Dresden im Tillich-Bau (Helmholtzstr. 6, 01069 Dresden, Raum 205) anschließend Mitgliederversammlung

16. Mai 2023, 18.00 Uhr

Der Moskauer Zar, der Kaiser und der Dresdner Kurfürst – Ein Korruptionsprozess gegen den Leipziger Kaufmann Heinrich Cramer von Clausbruch und sein Hintergrund

Vortrag von Prof. Dr. Stefan Ehrenpreis (Innsbruck) im Hauptstaatsarchiv Dresden

Eine Kooperation mit dem Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte der TU Dresden

Der kaiserliche Reichshofrat, das oberste Gericht im Heiligen Römischen Reich, war zwischen 1592 und 1599 mit dem umfangreichen Prozess gegen den Leipziger Kaufmann Heinrich Cramer von Clausbruch beschäftigt, der mit dessen Russlandhandel zusammenhing. Obwohl Cramer die Gunst

des sächsischen Kurfürsten besaß und zeitweise als dessen wirtschaftlicher Berater fungierte, konnten ihn seine Beziehungen nicht vor der Haft am Prager Kaiserhof bewahren. Seine Mitgesellschafter machten sich überdies der Bestechung schuldig und so entwickelte sich das Gerichtsverfahren zum größten Korruptionsfall der Regierungszeit Kaiser Rudolfs II. Der Vortrag widmet sich vor dem Hintergrund des zeitgenössischen Bildes Russlands den politischen Beziehungen zwischen Dresden und dem Kaiserhof und dem dramatischen Sturz eines damaligen „global investors“.

17. Juni 2023, 10.00 Uhr

Johann Traugott Lohse und der Spinnmühlenbau in Sachsen
Vortrag von Dr. Stefan Thiele (Chemnitz) im Schloss Schlettau mit anschließender Stadtführung durch den Ortschronisten Ralf Graupner inkl. Besichtigung der Lohseschen Spinnmühle

Johann Traugott Lohse (1760-1836) gilt als erster Repräsentant der sächsischen Industriearchitektur. Als Pionier des Fabrikbaus ist sein Name eng mit der Entstehung zahlreicher Spinnmühlen in Chemnitz und im Erzgebirge verbunden. Diese einzigartigen Zeugnisse der Industriellen Revolution in Sachsen sind heute großenteils abgerissen oder dem Verfall preisgegeben. Vortrag und Exkursion an einem seiner Hauptwirkungsorte widmen sich dem Schaffen Lohses und stellen eines seiner noch vorhandenen, jedoch weitgehend vergessenen Bauwerke vor.

1. Juli 2023

Hans-Georg von Carlowitz (1772-1840) und die Zeichen der Zeit
Sommerfest des Vereins für sächsische Landesgeschichte e. V. im Schillerhaus Leipzig mit szenischer Lesung aus Bernhard Schawohls historischem Roman
Eine Kooperation mit dem Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig, Schillerhaus
Vater der sächsischen Verfassung von 1831, Zeitgenosse von Aufklärung und Romantik, geprägt von humanistischer Gesinnung und Nächstenliebe – dies sind nur einige Facetten der vielschichtigen Biografie von Hans-Georg von

Carlowitz. Zur Würdigung dessen Lebenswerkes veröffentlichte Bernhard Schawohl aus Anlass des 250. Geburtstages von Carlowitz einen historischen Roman, der im Zentrum des Sommerfests des Vereins steht. Die Veranstaltung besteht aus einer Führung durch das Schillerhaus exklusiv für Vereinsmitglieder und einer öffentlichen szenischen Lesung des Romans mit dem Autor, dem Hüter der Carlowitz-Bibliothek auf Schloss Kuckuckstein, Gabor Schuster, und dem Leipziger Schauspieler Alexander Fabisch.

2. September 2023, 14.00 Uhr

Zwischen Gartenbau, frommer Stiftung und Totschlag. Die Kamenzer Stadtbücher des späten Mittelalters
Vortrag von Max Grund M. A. (Kiel) im Kamenzer Ratssaal (Markt 1, 01917 Kamenz) mit anschließender Führung
Eine Kooperation mit den Städtischen Sammlungen Kamenz

Kaum eine Quellenart ist für die Erforschung der Stadtgeschichte des späten Mittelalters so reichhaltig wie das Stadtbuch. Das Kamenzer Stadtarchiv verwahrt eine nahezu lückenlose Reihe dieser wertvollen Handschriften, was unter den sächsischen Kleinstädten einen seltenen Sonderfall darstellt. In ihnen spiegelt sich die ganze Vielfalt lokalen Alltags im Spätmittelalter. Ihre systematische Auswertung verspricht nichts weniger als ganz neue Einsichten in die Geschichte und Geschichten einer Kleinstadt im 15. und frühen 16. Jahrhundert.

20. September 2023

#Geschichtsvereine23 mit Hacking Regional History
Workshop im Rahmen des 54. Deutschen Historikertags in Leipzig
Die Veranstaltung setzt die Reihe #Geschichtsvereine2x zum Austausch über moderne Formate historischer Vereinsarbeit fort. Sie knüpft an das dort 2022 diskutierte Thema Wikisource und Wikidata als Werkzeuge für Geschichtsprjekte an. 2023 soll es mit Übungen zu OCR-Korrektur, Normdaten-Auszeichnung und Wikidata-Erschließung an digitalisierten Quellen der sächsischen Landesgeschichte ganz praktisch werden.

17. Oktober 2023, 18.00 Uhr

„Ich bin nun ganz verzweifelt.“
Schwangerschaftsabbruch in Sachsen 1945–1972 zwischen staatlicher Kontrolle und individueller Selbstbestimmung
Vortrag von Dr. Jessica Bock (Dresden/Berlin) im Frauenzentrum Lila Villa Chemnitz (Kaßbergstr. 22, 09112 Chemnitz)
Eine Kooperation mit weiterdenken. Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V. und dem Frauenzentrum Lila Villa Chemnitz

Der DDR wird bis heute oft pauschal eine fortschrittliche Frauen- und Gleichstellungspolitik attestiert. Als Beleg dafür gilt nicht zuletzt die 1972 eingeführte liberale Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch. Aus dem Blick gerät dabei, dass die Zeit davor durch eine ausgesprochen restriktive Regelung der körperlichen Selbstbestimmung der Frau geprägt war. In ihrem Vortrag zeichnet Dr. Jessica Bock die Gesetzgebung und die Praxis des Schwangerschaftsabbruchs am Beispiel Sachsens nach. Zugleich zeigt sie anhand ausgewählter Beispiele, wie Frauen sich dem Zugriff des Staates entzogen.

7. November 2023, 18.00 Uhr

Dresden 1866 – Die besetzte Stadt im vergessenen Krieg
Vortrag von Götz Krüger (Dresden) im Hauptstaatsarchiv Dresden
Im Gegensatz zu anderen Kriegen blieb Dresden 1866 von Kampfhandlungen und Zerstörungen verschont. Neben harten Maßnahmen der preußischen Zivilverwaltung und einer Cholera-Epidemie belasteten diesmal elf Monate preußischer Einquartierungen, deren Kosten nicht nur von den Hausbesitzern, sondern auch von deren Mietern vorzufinanzieren waren, viele Familien sehr stark. Doch im Empfinden vieler Menschen in Dresden war das Schlimmste, dass die Preußen die Stadt provisorisch befestigten. Und diese Befestigungen mussten auch nach dem Friedensschluss erhalten bleiben.

12. Dezember 2023, 18.00 Uhr

Die Afrika-Expedition Augusts des Starken. Globalisierung zwischen Wis-

senschaft, Exotismus und Politik
Vortrag von Prof. Dr. Andreas Rutz
(Dresden) im Hauptstaatsarchiv Dresden
aus dem Vortragsprogramm #ISGV25
zum 25-jährigen Jubiläum des Instituts
für Sächsische Geschichte und Volkskunde
2022/2023 – <https://www.isgv.de/isgv25>

August der Starke entsandte gegen
Ende seiner Regierungszeit eine Ex-
pedition nach Afrika, um dort „alles
Merckwürdige der Natur und Kunst“
untersuchen zu lassen. Dafür schickte
er zwei Leipziger Professoren mit ei-
nem Team aus Wissenschaftlern und
Zeichnern auf die Reise. Geplant war,
den immer noch weitgehend unbe-

kannten Kontinent von der Mittelmeer-
küste bis zum Kap der Guten Hoffnung
zu erkunden. Weiter als Nordafrika
kamen die Forscher aber nicht. Nach
dem Tod des Kurfürsten 1733 beorder-
te sie sein Sohn August III. zurück nach
Sachsen. Die sächsische Afrika-Expe-
dition zeugt vom Interesse an fernen,
,exotischen' Welten und vom Versuch,
diese nach Sachsen zu bringen. Sie
steht aber zugleich für die Bestrebun-
gen der europäischen Mächte der Zeit,
sich diese Welt anzueignen und sie sich
zu unterwerfen.

Haben Sie Interesse an den Angeboten
des Vereins, möchten Sie sich an unseren
Aktivitäten beteiligen oder wünschen Sie

sich Unterstützung durch den Verein bei
Ihrer landesgeschichtlichen oder heimat-
kundlichen Arbeit, dann können Sie gern
Kontakt mit uns aufnehmen.

Kontakt:

Verein für sächsische
Landesgeschichte e. V.
c/o Sächsisches Staatsarchiv –
Hauptstaatsarchiv Dresden
Archivstraße 14
01097 Dresden

Internet:

www.saechsische-landesgeschichte.de
E-Mail:
kontakt@saechsische-landesgeschichte.de
Twitter: @LaGeschSachsen

IMPRESSUM Sächsische Heimatblätter

ISSN 2944-3725

Unabhängige Zeitschrift für Sächsische Geschichte, Landeskunde, Natur und Umwelt
Mitteilungsblatt des Vereins für sächsische Landesgeschichte e. V. und des Zentrums für Kultur und Ge-
schichte e. V.

Herausgeber: Dr. Lars-Arne Dannenberg und Dr. Matthias Donath in Zusammenarbeit mit einem Redaktionsbeirat

Anschrift: Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna
shb@zkg-dd.de

Redaktion: Dr. Lars-Arne Dannenberg, Dr. Matthias Donath

Redaktionsbeirat: Dr. Jens Beutmann, Prof. Dr. Enno Bünz, Günter Donath, Prof. Dr. Angelica Dülberg, Dr.-Ing. Gerhard Glaser, Klaus
Gumnior, Dr. Konstantin Hermann, Dr. Wolfgang Hocquél, Prof. Dr. Uwe Ulrich Jäschke, Martin Munke, Dr.
Wolfgang Schwabenicky, Dr. André Thieme, Dr. Michael Wetzels, Dr. Peter Wiegand

Herstellung: DDV Elbland GmbH Meißen

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

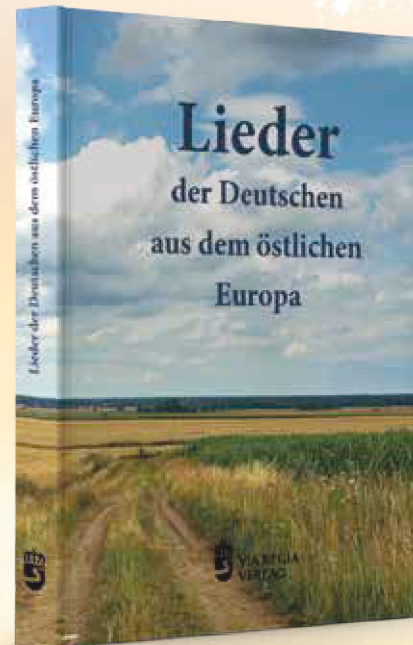
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift ist im Jahresabonnement (4 Ausgaben) zum Preis von 40,00 € inklusive MwSt., Versand und Porto
zu beziehen. Die Aufnahme eines Abonnements ist jederzeit möglich bei anteiligem Abopreis. Kündigungen
müssen schriftlich bis zum 15. November eines Jahres für das Folgejahr an das Zentrum für Kultur//Geschichte,
Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna, eingegangen sein. Im freien Verkauf kostet das Einzelheft zwischen 10,00 €
und 15,00 €.

Für den Inhalt der Beiträge sowie die Abbildungsrechte zeichnen jeweils die Autoren verantwortlich. Jede
Verwertung der Inhalte außerhalb der Grenzen des Urheberrechts ist unzulässig. Nachdruck, auch auszugs-
weise, darf nur mit Zustimmung der Herausgeber erfolgen.

Titelbild: Die in Dresden lebende vietnamesische Familie Thien Hoa Minh beim Bad in der Elbe vor der Silhouette
der Dresdner Altstadt, 2010. Foto: IMAGO/Sylvio Dittrich.

DER HEIMAT LAUSCHEN

Lieder und Dialekte aus dem östlichen Europa



Millionen Deutsche haben infolge des Zweiten Weltkrieges durch Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung ihre Heimat verloren. Im Gepäck hatten sie oft nur ihre Geschichten, ihre Lieder und den heimatlichen Dialekt.

Mit dem Ende der Erlebnissgeneration droht dieses Wissen verloren zu gehen. Um so viel wie möglich von der deutschen Kultur im Osten Europas festzuhalten, hat der Via Regia Verlag einige spannende Titel in sein Verlagsprogramm aufgenommen.

Der Band „Lieder der Deutschen aus dem östlichen Europa“ vereint knapp 150 Volks- und Heimatlieder, die einleitend kommentiert werden. Der Notensatz soll zu gemeinsamem Singen anregen. Der Band „Klang der Heimat“ stellt in unterhaltsamen Essays die Mundarten im östlichen Europa vor und versucht, den eigenwilligen Klang der Sprachen und Dialekte festzuhalten, von denen einige schon ausgestorben sind und andere vor dem Erlöschen stehen. 20 Essays regen zu einer Sprachreise durch das östliche Europa an.

Beide Bände sind im Via Regia Verlag erhältlich.
Weitere Informationen unter
www.via-regia-verlag.de oder info@via-regia-verlag.de